DM 6,– Nr. 9 September 1986 8. Jahrgang E 8080 E
Österreich 50,– öS
Schweiz 6,– sfr

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Zionismus:

Geschäfte mit Holocaust-Spenden

England:

Bürgerkrieg zwischen Nationalisten und Establishment

Botha soll gehen: Kapitulation, Verrat und Ausverkauf auf Raten im weißen Südafrika

Südafrikas Regierungschef treibt mit politischen Lügen und seiner »Reformpolitik« das Land ins Chaos

Euro-Dollar:

Kommt es zu einem Tschernobyl für die Großbanker?

JEDEN MONAT NEU!

Diagnosen

+++ Leser werben Leser +++ Leser

Lieber Diagnosen-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »Diagnosen« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »Diagnosen« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Peter Blackwood
DIE NETZWERKE DER INSIDER
Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für DIAGNOSEN geworben.

Senden Sie DIAGNOSEN ab ____ bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

In diesem H

▲ **Der Bombenanschlag am 4. März 1985 einer geheimen CIA-Aktionseinheit im Libanon galt eigentlich Muhammed Fadl Allah. Er tötete aber acht unschuldige Passanten, verletzte mehr als 200 und zerstörte mehrere Straßenzüge. Seite 23**

▶ **Die Auseinandersetzungen zwischen Nationalisten und dem englischen Establishment nehmen immer härtere Züge an. Joe Pearce spielt eine führende Rolle in der Nationalen Front und verbüßt zur Zeit eine einjährige Gefängnisstrafe. Seite 14**

Historiker des Revisionismus haben neue Tatsachen über den Untergang der »Lusitania« im Frühjahr 1915 zutage gefördert. Die Tragödie war der Auftakt, um die USA in den damals in Europa geführten Ersten ▼Weltkrieg hineinzuziehen. Seite 28

eft lesen Sie:

Theodor Herzl ist der Vater des Zionismus. ▶ Seine Schüler versuchen mit aller Macht die Existenz und die Stärke Israels zu erhalten und auszubauen. Der Eckstein für Israels Macht ist eine einzigartige Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Daneben operieren eine Reihe zionistischer Dienststellen, um weltweit Spenden für Israel zu sammeln. »Das Geschäft mit Spenden« ist der erste Beitrag in einer Reihe von Artikeln, die unser Mitarbeiter Charles M. Fischbein geschrieben hat. Es geht um die täglichen Manipulationen in der komplexen, hochmächtigen, hochspielenden Welt der zionistischen Spendensammlungen. Niemand ist besser für diese Artikelserie qualifiziert als Fischbein, der elf Jahre lang in der jüdischen Gemeindearbeit tätig war und vor drei Jahren sein Amt als Exekutivdirektor des Jewish National Fund niedergelegt hat. Seite 34

Louis Stofberg ist der bisher einzige Abgeordnete der angeblich weit rechtsstehenden Herstigte Nasionale Party (HNP) in dem südafrikanischen Parlament. Er ist der Vertreter einer immer stärker werdenden Bewegung, die den Standpunkt vertritt, daß die Weißen die Macht niemals abgeben und, falls notwendig, kämpfen werden, um das Recht auf Selbstbestimmung ihrer eigenen Zukunft zu bewahren. Seite 44 ◀

Warum schweigt der Weltkirchenrat zum Konflikt in Afghanistan? Eine Studie untersuchte jetzt die Haltung des Weltkirchenrates zu Afghanistan. Selten zuvor ist die Zwiespältigkeit der politischen Stellungnahmen des Weltkirchenrates deutlicher herausgearbeitet worden. Seite 49 ▼

Zu diesem Heft

Aus der Welt der Insider

Ekkehard Franke-Gricksch

Italiens Finanzminister Nino Andreatta ließ in einer Diskussion vor italienischen Journalisten im Anschluß an das Treffen der Trilateralen Kommission in Madrid die Katze aus dem Sack. Andreatta gab bekannt, daß nicht mehr als 30 Finanzinstitutionen das Ende dieses Jahrhunderts erleben würden und daß es die Aufgabe der Regierungen sei, dieser unvermeidlichen Evolution Vorschub zu leisten.

Trilaterale Kommission: Der Griff nach der Weltmacht, Seite 18

Die David-Rockefeller-Organisation der Trilateralen Kommission, die lange Zeit von Henry Kissinger geleitet wurde, war in den siebziger Jahren als der Denk-Tank der Carter-Administration entstanden und bildet seit Anfang der achtziger Jahre ein Gläubigerkartell gegenüber den Entwicklungsländern. Sie ist Befürworter für eine globale Zentralbank, globale Kontrollen über die Weltwirtschaft und für eine Eine-Welt-Regierung seit ihrer Gründung im Jahr 1973.

Die Trilaterale Kommission hat eine Absichtserklärung abgegeben: Sie möchte die vereinheitlichte Gläubigerorganisation werden, die allen Regierungen die Politik diktiert. Als Andreatta von einer Handvoll von Geld-Instituten sprach, die die Weltfinanzen kontrollieren, und zwar uneingeschränkt von nationalen Grenzen oder örtlichen Bestimmungen, hatte er gerade eine Zusammenkunft eben jener Institution verlassen, die sich als eine der Überlebenden sieht: die Banca Nazionale de Lavoro.

David Rockefeller: »Die Zukunft gehört den multinationalen Banken und den multinationalen Firmen.«

»Die Zukunft gehört den multinationalen Banken«, so sagte David Rockefeller auf dem Madrider Treffen. »Das allgemeine Interesse der Menschheit wird sich, wirtschaftlich gesehen, entwickeln, wenn die Kräfte des freien Marktes die nationalen Grenzen überschreiten. Der Augenblick ist gekommen, die Belagerung gegen die multinationalen Firmen zu beenden und die Entwicklung der Weltwirtschaft fortzusetzen.«

CIA: Casey klagt Medien wegen Verrat an, Seite 25

Der allerneueste Versuch des CIA-Direktors William Casey, die Nachrichten-Medien einzuschüchtern, kam in Form eines Antrages beim amerikanischen Justizministerium, die US-Fernsehstation NBC wegen einer Story über den als Sowjetagenten beschuldigten Ronald Pelton strafrechtlich zu verfolgen. Caseys Vorgehen gegen NBC kam nach einer Reihe von Drohungen, die er gegen mehrere amerikanische Nachrichten-Organe ausgestoßen und dafür ein obskures, kaum angewandtes Gesetz von 1950 zitiert.

Die Information über den Spionagefall Pelton, die Casey so verzweifelt vor der amerikanischen und westlichen Öffentlichkeit verheimlichen will, und zwar weil sie angeblich der nationalen Sicherheit der USA schaden würde, ist ein ganz alter Hut.

Pelton hat die Sowjets mit Informationen über Abhörvorgänge durch US-U-Boote beliefert. Der Code-Name lautete »Ivy Bells«. Diese Operation gibt es seit Jahren. Man nannte sie auch »Holystone«.

William Casey, der Direktor des amerikanischen Geheimdienstes, versteht nur etwas von Börsenspekulationen.

Casey weiß vielleicht nicht genug vom Nachrichtenwesen, um zu erkennen, was er macht, oder daß er bis über den Kopf drin steckt, wie einige Beobachter meinen. Dennoch besitzt Casey eine Menge politisches Leder, und Leute haben Angst vor ihm. Er hat sich darauf verlegt, Informationen an die Nachrichtenmedien, insbesondere die »Washington Times« – die Zeitung der Moonies –, durchsickern zu lassen, die persönliche Probleme von US-Senator David Durenberger betreffen. Dieser Mann, der oft ehrlich und aufrichtig die Klugheit von Caseys Operationen in Frage gestellt hat, soll damit diskreditiert werden.

Nichtsdestoweniger ist es für Beobachter in Washington offensichtlich, daß Casey einen Totalangriff auf den US-Kongreß und die Nachrichtenmedien gestartet hat, um die wachsende Kritik am CIA und seiner Führung der Geheimdienst-Bürokratie niederzuwalzen.

Erster Weltkrieg: Der Untergang der »Lusitania«, Seite 28

In den heutigen Zeiten, wo sich ähnliche Zwischenfälle wie der Untergang der »Lusitania« laufend wiederholen, ist es nicht uninteressant, sich an die wahre Geschichte hinter den Ereignissen zu erinnern, die zur Tragödie dieses Schiffes geführt haben. Es ist eine Geschichte des internationalen Ränkespiels durch mächtige Interessengruppen und Schlüsselfiguren auf höchster Ebene der Regierungen Großbritanniens und Amerikas.

Englische und amerikanische Politiker schickten die »Lusitania« auf den Weg nach Europa, in eine von U-Booten wimmelnde Kriegszone, in der Hoffnung, daß ein Angriff auf das Linienschiff die Verwicklung Amerikas in den europäischen Krieg herbeiführen würde. Und sicher ist, das Seeunglück löste eine Kettenreaktion aus, die Amerika schließlich in den Ersten Weltkrieg führte.

Zionismus: Das Geschäft mit Spenden, Seite 33

In dieser Ausgabe beginnen wir mit der ersten Folge einer Reihe von Artikeln von Charles M. Fischbein über die täglichen Manipulationen in der komplexen, hochmächtigen, hochspielenden Welt der zionistischen Spendensammlungen. Niemand ist besser für diese Artikelserie qualifiziert als Fischbein, der elf Jahre lang in der jüdischen Gemeindearbeit tätig war und vor drei Jahren sein Amt als Exekutivdirektor des Jewish National Fund niedergelegt hat.

Der Eckstein für Israels Macht sind einerseits seine einzigarti-

Charles M. Fischbein war 11 Jahre in der jüdischen Gemeindearbeit tätig als Direktor des Jüdischen Nationalfonds.

»Diagnosen«, die Zeitschrift mit dem Vogel Phönix als Symbol. In Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight« versucht dieses zeitkritische Magazin die Leser sehr eingehend und fundiert über aktuelle politische und wirtschaftliche Belange mit Kommentaren und Analysen zu informieren. »Diagnosen« steht dafür ein weltweiter Mitarbeiterstab zur Verfügung. Neben der täglich veröffentlichten Meinung in den Medien des Establishments hat der deutsche Leser zum ersten Mal die Möglichkeit, die andere Seite der Ereignisse und Nachrichten kennenzulernen. Er hat somit die Chance, sich besser eine eigene objektive Meinung zu bilden, und er kann nun besser die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt beurteilen und einordnen.

gen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Aufgrund dieser Beziehungen hat Israel Zugang zu hochgeheimen US-Technologien und kann eine Schlüsselrolle in der amerikanischen Außenpolitik spielen.

Weiter beruht Israels Existenz auf der Stärke und Macht der Vielzahl von zionistischen Dienststellen und Organisationen, die in der Welt operieren. Zusammen bringen sie Hunderte von Millionen von Dollar auf und stellen die Netzwerke bereit, durch die zionistische Geschäftsleute gedeihen.

Fischbein hat während seiner elf Jahre in der zionistischen Bewegung für die B'nai B'rith-Loge, die United Jewish Appeal gearbeitet und dabei Kenntnis erhalten von Hunderten von zweifelhaften oder illegalen »Scheinmanövern«, die von Zionisten-Organisationen begangen wurden.

Südafrika: Goldaktien Geschäft oder Risiko?, Seite 42

Dem kommunistisch angeführten »African National Congress« (ANC) und Straßenbanden ist es gelungen, den Anschein zu erwecken, daß sie die Regierung Südafrikas destabilisieren. Als eine Folge davon sind die Preise für südafrikanische Goldaktien, die in Europa und Amerika breit gehandelt werden, zurückgegangen.

Diese Aktienkurse steigen und fallen in Harmonie mit dem Goldpreis, der seit 1980 gedrückt ist. Doch Vorhersagen in den amerikanischen Medien über den bevorstehenden Kollaps von Südafrika und die Machtübernahme durch eine von Schwarzen geführte Regierung haben die Kurse dieser Aktien noch weiter nach unten gedrückt.

Selbst das südafrikanische Establishment ist zur Kapitulation bereit. Auf einer breit publizierten Versammlung in Johannisburg im Jahr 1979 hat Premierminister P. W. Botha die Kapitäne der südafrikanischen Industrie ausdrücklich aufgefordert, ihn dabei zu unterstützen, das Land auf einen neuen, liberalen Kurs zu führen, und ihre Reaktion darauf ist generell begeistert gewesen. Der liberale Kurs hat sich in der Tat durchgesetzt.

Die Mehrheit der südafrikanischen Presse, einschließlich Buch- und Zeitschriftenvertriebe, befindet sich im Besitz von Harry Oppenheimers Anglo-American Corp. Die staatliche South African Broadcasting Corp. steht für eine »Privatisierung« an, und zwar auf dem Weg des Aktienverkaufs an die Öffentlichkeit. Es dürfte wahrscheinlich sein, daß am Ende die effektive Kontrolle in der Hand von Oppenheimer-Interessen liegt. Dies kann nur zu einer weiteren Unterminierung der Moral des weißen Südafrikas führen.

Schon Baron Edmond de Rothschild riet: »Kaufen, wenn Blut in den Straßen fließt!«

Das passiert jetzt buchstäblich, und ein risikofreudiger Anleger könnte gut beraten sein, einige unumschränkte Mittel – Mittel, deren Verlust er verkraften kann – für eine Anlage in südafrikanischen Aktien einzusetzen. Es gibt dafür zwei Gründe.

Erstens, wie Ivor Benson in dieser Ausgabe berichtet, treffen die Weißen Südafrikas Maßnahmen, um ihr eigenes Schicksal wieder in die eigene Hand zu nehmen. Es ist lächerlich, zu denken, der ANC oder irgendeine andere Terroristengruppe könnte einen großen Erfolg bei der Störung der südafrikanischen Wirtschaft haben, wenn die Regierung den Willen hat, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Es gibt noch einen zweiten Grund, warum Südafrika nicht zusammenbrechen wird: dem Establishment, das eine »geregelte Übertragung« der Macht an die »Mehrheitsherrschaft« zu erreichen versucht, schuldet Südafrika, über seinen Bankensektor, 24 Milliarden Dollar. Südafrika befindet sich in der beneidenswerten Position, daß es das gesamte Kartenhaus des internationalen Bankensystems zum Einsturz bringen kann. Wenn es gegen die Wand gedrängt wird, und unter Führung einer Regierung, der das nationale Interesse am Herzen liegt, könnte sich das Land dazu entschließen.

Südafrika: P. W. Botha sollte gehen, Seite 45

In Südafrika sind Verrat und Ausverkauf des weißen Mannes – euphemistisch als »Verhandlung«, »Reform« und »Frieden« bezeichnet – an der Tagesordnung. Dieses Ziel wird nicht nur von jeder Turmspitze verkündigt, es beherrscht auch Radio und Fernsehen und alle Zeitungen. Der Anführer dieser Kampagne ist Pieter Willem Botha. Er zögert nicht, seine unsterbliche Seele aufs Spiel zu setzen mit der Verbreitung der unverschämtesten Lügen, um seine neue Politik der Reform und Veränderung voranzutreiben.

Bothas neue Politik der Reform und Veränderung – und jetzt seine »Friedens«-Initiativen mit Kommunisten innerhalb und außerhalb der südafrikanischen Grenzen – bedeutet nichts anderes, als daß er alles in seiner Macht Stehende tut, um Freundschaft mit Schwarzafrika zu schließen als einem Mittel, um die traditionelle Politik der getrennten Entwicklung und den Status quo der weißen Nation in Südafrika aufrechtzuerhalten.

In Wirklichkeit aber haben seine neuen Initiativen immer nichts anderes bedeutet als die Beschwichtigung des schwarzen Nationalismus und Beschwichtigung des Kommunismus – kurz, die Beschwichtigung aller Feinde der weißen Rasse und Zivilisation.

Die Weißen in Südafrika beschuldigen Pieter Willem Botha des Verrates und fordern darum seinen Rücktritt.

Südafrikas Feinde werden keine Konzessionen an die Weißen machen, daher müssen sie alle Konzessionen machen, die für den »Frieden« notwendig sind, einschließlich der eigenen schlußendlich politischen und militärischen Kapitulation.

Die jüngste Geschichte hat gezeigt, wie eben dies in Mozambique, Angola und Rhodesien stattgefunden hat, wie dasselbe heute in Südwestafrika und in Südafrika stattfindet.

P. W. Botha weiß sehr wohl, daß die neuen verfassungsmäßigen Initiativen, die er in Gang gesetzt hat, nichts anderes bedeuten als einen massiven und radikalen revolutionären Wandel in Südafrika, der die Vernichtung und das Ende der weißen Nation mit sich bringt.

Das Problem der Weißen in Südafrika ist es daher, den Willen der weißen Nation wachzurütteln und zu sammeln. Dies muß nicht nur geschehen, um die zionistischen und kommunistischen Feinde des Landes zu konfrontieren, sondern die subversive P.-W.-Botha-Regierung in ihrem Weg aufzuhalten. Ohne Zweifel – Pieter Willem Botha muß gehen! □

Vertrauliches

UdSSR

Rückkehr zum Liberalismus?

»Liberale« haben auf dem 27. Kongreß der sowjetischen Kommunistischen Partei im Frühjahr 1986 gegenüber den Vertretern des harten Kurses gewonnen, wenn man einem Artikel Glauben schenken darf, den der israelische Sowjetologe, Michail Agursky, in der »Jerusalem Post« veröffentlicht hat.

Agursky, ein russischer Emigrant, arbeitet gegenwärtig an dem sowjetischen und osteuropäischen Forschungszentrum der Hebrew University in Jerusalem. Solche »Emigranten« leisten große Dienste für den KGB, indem sie Desinformationen aus »Expertenmund« über die Sowjetunion an den Westen verbreiten. Vor einigen Jahren sagte Agursky privat in einem Gespräch mit Journalisten: »Ich vertrete eine Fraktion des sowjetischen KGB, die gegen die andere Fraktion arbeitet.«

Agursky schreibt jetzt über den Moskauer Parteikongreß: »Offenbar ist der erbitterte Kampf um die Parteiführung noch lange nicht beendet.«

Während er den angeblichen Niedergang der harten Linie der Suslow-Ponomaryow-Gruppe in dem »ideologischen Zweig« der Partei ankündigt, schreibt Agursky: »Es ist offensichtlich, daß es jetzt Möglichkeiten gibt, um zu dem sogenannten ideologischen ›Liberalismus‹ der Zeit von 1965 bis 1966 zurückzukehren, die heute als ›die goldenen Tage‹ der sowjetischen Nachkriegsära betrachtet werden. Vielleicht verheißen die Änderungen eine gewisse Modernisierung in der veralteten offiziellen Ideologie, wie zum Beispiel zunehmende Integration infolge von Management, Systemanalysen, Soziologie und quantitativen Methoden in der sowjetischen Sozialwissenschaft, sowie neuer Versuche, einen Ausweg aus dem wirtschaftlichen Engpaß zu finden.«

In Agurskys Bericht werden die tatsächlichen Ergebnisse des Parteikongresses nicht erwähnt: die vollständige Mobilmachung der Partei und des Regierungsapparates für den Aufbau einer Kriegswirtschaft. □

Waffenhandel

Schwedischer Waffenhersteller im Verhör

Der schwedische Generalstaatsanwalt, Stig Aage, hat eine offizielle Untersuchung der Anklagen angeordnet, wonach Bofors-Nobel-Industries, der größte schwedische Waffen- und Sprengstoffhersteller im Besitz des Wallenberg-Gyllenhammer-Konzerns, an illegalem Waffenschmuggel beteiligt sein soll. Bofors wird angeklagt, Raketensysteme und andere Waffen in Länder des Mittleren Ostens geschmuggelt zu haben, und zwar über Singapur und andere Transitstationen.

Im März wurde der Handel an der Börse mit Bofors-Aktien unterbrochen, als man die Unterzeichnung eines Waffenabkommens mit Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar mit dem indischen Verteidigungsministerium erwartete. Der Vertrag ist der größte Exportauftrag in der Geschichte der Firma. Bofors stand erst kürzlich im Brennpunkt von Untersuchungen bezüglich seiner geheimen Waffengeschäfte mit dem Regime Khomeinis im Iran.

Vor zwei Jahren hatte Nobel eine Sprengstoff-Fabrik im Iran gebaut. Firmensprecher behaupten, die Sprengstoffe dienen dem friedlichen Einsatz im Bergbau.

Bofors Präsident, Claes-Ulrik Winberg, wurde im November 1985 von dem schwedischen Arbeitgeberverband zum Rücktritt gezwungen, als es ebenfalls zu einer großen Auseinandersetzung mit der damaligen Regierung des Premierministers Olof Palme wegen geheimer Waffengeschäfte mit dem Iran über Schweizer Tarnunternehmen gekommen war.

Westliche Geheimdienst-Informanten berichten, daß es zwischen Palme und Bofors, die integraler Bestandteil des mit den Sowjets verbundenen Wallenberg-Gyllenhammer-Industriespionage-Apparates sind, zu einem Zusammenstoß kam, und zwar kurz vor Palmes Ermordung im März 1986. □

Sikh-Terroristen

Gandhi setzt London unter Druck

Der indische Premierminister, Rajiv Gandhi, hat Druck auf den britischen Außenminister, Sir Geoffrey Howe, ausgeübt, damit er ein neues Parlamentsgesetz für die Auslieferung von Sikh-Extremisten und andere indische Flüchtlinge einbringe, die in Großbritannien leben.

Indiens Regierende sind wütend, daß Großbritannien als ein Refugium für »Khalistan«-Separatisten benutzt wird, zu denen auch Jagjit Singh Chauhan gehört, der damit prahlt, daß seine Gruppe Premierministerin Indira Gandhi ermordet hat und auch ihren Sohn Rajiv bei der erstbesten Gelegenheit umbringen würde.

Der indische Außenminister, Bhandari, hat Großbritannien öffentlich dafür getadelt, zuzulassen, daß Sikh-Terroristen in London »ungestraft« arbeiten.

Bei seinem Besuch im April in Indien, wo der britische Außenminister mit Ghandi und dem indischen Innenminister, Bali Ram Bhagat, zusammentraf, wurden auch Fragen besprochen, warum Großbritannien nichts gegen Sikh-Separatischen unternehme. Howe meinte dazu, daß es »demokratische Prinzipien verraten« würde, Leute auszuliefern, weil sie für den Separatismus seien. »Wir können keine Leute ausliefern, die nichts anderes getan haben , als eine Meinung zu äußern«, sagte der britische Außenminister.

Die britische Regierung hat Timothy Renton, Staatssekretär im Außenministerium, für die Überwachung der Kooperation mit der indischen Regierung gegen den Sikh-Terrorismus ernannt. □

USA

Palau neuer Militärstützpunkt

Der winzige Inselstaat Palau im westlichen Pazifik hat nach jahrelangem Widerstand jetzt zugestimmt, US-Militärbasen aufzunehmen, und zwar im Austausch gegen die teilweise Unabhängigkeit und eine verstärkte Wirtschaftshilfe durch die USA. Palau befindet sich östlich der Philippinen und westlich der Marshall-Inseln-

Der Präsident von Palau, Lazarus Salii, sagte, das Abkommen, im Wert von über drei Milliarden Dollar an amerikanischen Hilfeleistungen, sei »lebenswichtig«, um seinen Inselstaat in der kommenden Dekade in ein »Paradies auf Erden« zu verwandeln.

Doch der Senatspräsident, Isidoro Rudimch, äußerte sich wesentlich kritischer: »Unser Volk hat dem amerikanischen Stützpunkt die Tore geöffnet, weil sie ein unvermeidbares Übel sind. Der große Fisch frißt immer den kleineren.«

Das Abkommen soll einen Ausgleich für den erwarteten Verlust der US-Basen in Clark Field und Subic Bay auf den Philippinen sein, und zwar durch die Errichtung eines Bogens von amerikanischen Verteidigungsanlagen, der sich Hunderte von Meilen von den nördlichen Marinas nach Guam, den Marshall-Inseln und Palau erstreckt. Doch Palau, mit seiner Bevölkerung von nur 13 000 Menschen und einer Atomverbots-Bestimmung in seiner Verfassung, ist kaum ein Ersatz für die Einrichtungen auf den Philippinen. »Es ist ein Scherz«, meinte ein Geheimdienst-Experte lakonisch. □

Schweden

Sowjetischer Botschafter unter Beschuß

Boris Pankin, der sowjetische Botschafter in Schweden, ist im schwedischen Parlament unter

Beschuß geraten. Pankin ist Generalmajor im KGB.

Der Text eines Schreibens aus dem Februar 1986, das Pankin an eine Gruppe von schwedischen Parlamentariern geschickt hatte, wurde jetzt in der Öffentlichkeit bekannt, und zwar von einigen, die der Meinung waren, daß seine Einmischung etwas zu weit gegangen ist. Nach der schwedischen Tageszeitung »Svenska Dagbladet« hat Pankin schwedische Gesetzgeber dafür angegriffen, daß sie eine Gesetzesvorlage mit einer »ausgeprägten anti-sowjetischen Haltung« eingebracht hätten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Kurt Hugosson gab eine wütende Erwiderung auf Pankins einzigartige Einmischung ab und sagte, es ist »bemerkenswert, daß ein Botschafter seine Verärgerung über einen Gesetzesantrag zeigt, der im schwedischen Parlament eingebracht wurde. Er stellt sich damit selbst mitten in unsere internen Angelegenheiten hinein.«

An anderer Stelle an der Nordflanke der NATO wurde ein hoher, mit dem KGB verbundener Offizieller, Boris Pastykhow, zum sowjetischen Botschafter in Dänemark ernannt. Wie gut unterrichtete Kreise sagen, sind Pastykhows Aufgabenstellungen »direkt mit KGB-Desinformationen« verbunden. Pastykhow ist seit 1978 ein vollberechtigtes Mitglied des Zentralkomitees, eine Auszeichnung, die nur eine Handvoll sowjetischer Botschafter im Ausland für sich beanspruchen können. □

Entwicklungshilfe

Afrika braucht 115 Milliarden Dollar

Ein Wiederaufbauprogramm für die afrikanische Wirtschaft mit dem Ziel, den Kontinent vor der tatalen Katastrophe zu retten, wird etwa 115 Milliarden Dollar kosten, wie der geschäftsführende Sekretär der Wirtschaftskommission für Afrika sagte.

Professor Adebayo Adedeji berichtete auf einer Konferenz von afrikanischen und UN-Wirtschaftsbeauftragten, daß afrikanische Nationen 80 Milliarden Dollar beitragen könnten, während der Rest von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen gestellt werden müsse.

Er sagte, daß, wenn der Zinsdienst für den Kontinent hoch und die Weltwarenpreise – insbesondere für Mineralien und Nahrungsmittel – niedrig bleiben, die Bemühungen um einen Wirtschaftsaufschwung möglicherweise vergeblich sind.

Der Feldzug zur Umkehrung des wirtschaftlichen Rückgangs in Afrika war 1985 gestartet worden, angespornt durch die weitverbreitete Dürre und Hungersnot. □

High-Technologie

Abkommen zwischen BOEING und SAAB

Die Boeing Corporation in Seattle, Washington, hat ein Abkommen mit SAAB-Scania in Schweden für die Entwicklung von Großkomponenten seiner nächsten Generation von 7J7-Flugzeugen unterzeichnet. In dem neuen Entwurf wird eine revolutionäre Propellerkonstruktion verwendet, die bei der NASA entwickelt wurde und als »Propfan« bekannt ist, mit dem der Kraftstoffverbrauch um 45 Prozent reduziert werden soll.

Der SAAB-Industriekonzern gehört zu dem Wallenberg-Gyllenhammer-Konzern, der wegen Industriespionage und illegalem Transfer von sensitiver amerikanischer Technologie an die Sowjetunion verurteilt worden ist.

Seit der Zeit der Russischen Revolution hat der Wallenberg-Konzern enge Beziehungen mit der Sowjetunion unterhalten. Der gegenwärtige Geschäftsträger des Konzerns, Hans Werthen, ist in großem Maßstab in die sowjetischen Wirtschaftsangelegenheiten verwickelt. Von vielen internationalen Geschäftsleuten wird er als »der wichtigste internationale Einsatzmann der Sowjetunion« betrachtet.

Der stellvertretende Vorsitzende von einem der Konzernunternehmen, der Electrolux, ist Peter Wallenberg, ein »vertraulicher« Klient von Kissingers Associates. Wallenberg ist auch Vorsitzender der ASEA, der Nuklear-, Roboter- und Bautechnikfirma, die dabei erwischt wurde, sensitive amerikanische Computertechnologie und andere vom Export ausgenommene Geräte in die Sowjetunion geschmuggelt zu haben, und zwar zu der Zeit, als Kissinger ein Berater von Wallenberg war. □

Schweden

Die Industrie schaut nach Osten

Eine Delegation von 70 führenden Industrieunternehmen Schwedens war unter der Leitung des neuen Premierministers, Ingvar Carlsson, in Moskau. Die Delegation wurde angeführt von den Firmen der Wallenberg-Gyllenhammer-Gruppe, darunter die Nobel Industries, der gigantische Waffenkonzern, der jetzt wegen illegalen Waffenschmuggels an den Iran vor Gericht steht; Axel Johnson & Co., die von der sowjetischen Zeitschrift »International Affairs« als die »erste westliche Firma« gelobt wurde, die mit der neuen bolschewistischen Regierung 1919 Geschäfte gemacht hat, sowie Alfa Laval, »Veteran des Sowjethandels seit 1920«. □

Libyen

Gaddafi will bei Fiat aussteigen

Fiats libyische Partner haben Vorkehrungen getroffen, um bei dem in Turin ansässigen italienischen Autohersteller auszusteigen. Die Transaktion, mit der Fiats libysche Partner ihre Aktienpakete – 15,9 Prozent Stammaktien und 13,08 Prozent Vorzugsaktien – verkaufen werden, soll abschlußreif sein.

Weder Fiat noch die libysche Firma für Auslandsinvestitionen, über die die Teilhaberschaft im Jahr 1976 abgewickelt worden war, haben bisher zu den Informationen Stellung genommen. □

USA

Attacke gegen das Pentagon

Der zweite Teil des Berichtes der Packard-Kommission wurde jetzt in den USA freigegeben. Er verlangt, daß das Pentagon die Entwicklungs- und Einführungszeit für neue Waffen um die Hälfte verkürzt, indem es die Praktiken der Privatindustrie nachahmen soll. Darüber hinaus sollten die 165 000 Angestellten des amerikanischen Verteidigungsministeriums für Forschung, Beschaffung und Logistik um 10 bis 20 Prozent verringert werden.

Der Vorsitzende, David Packard, sagte, das Pentagon solle die Vorlaufzeit für Waffen von acht bis zwölf Jahren auf vier bis sechs Jahren verringern, wobei man solche Zeitpläne tatsächlich bei Programmen wie den Marschflugkörpern und den Minuteman-Raketen eingehalten habe. Wenn der amerikanische Kongreß und die Privatindustrie zusammenarbeiten, dann »sprechen wir von Einsparungen, die in der Größenordnung von zweistelligen Milliardenbeträgen liegen«.

US-Präsident Ronald Reagan und Verteidigungsminister Caspar Weinberger haben bereits ihre Absicht kundgetan, den ersten Bericht der Kommission in die Tat umzusetzen, der unter anderem die Neuordnung der Joint Chiefs of Staff vorsieht. Bisher hat die amerikanische Regierung zu dem letzten Teil noch keinen Kommentar abgegeben. □

Atom-Industrie

Uran-Anreicherungswerk zu verkaufen

US-Senator Wendell Ford verkündete, er sei von dem US-Energieministerium informiert

worden, daß es die Absicht hege, seine Uran-Anreicherungswerke in Paducah und Portsmouth zu verkaufen.

Ford nannte die Entscheidung zur »Privatisierung« der Uran-Anreicherungs-Industrie »so verkehrt wie nur eben möglich«. Seiner Meinung nach werde damit ein Schlüsselbestandteil der amerikanischen Verteidigung zum Verkauf angeboten, da die Werke Uran erzeugen, daß in Atombomben verwendet wird.

»Warum mit den Russen über die Anzahl der Raketen feilschen, wenn man bereit ist, Amerikas nukleares Know-how an den höchsten Bieter zu verkaufen?« wie Ford fragte. »Diese Regierung hat unsere Kinder und deren Kinder mit einer Schuldenlast von einer Billion Dollar beladen. Wieder einmal geht die Regierung ihr unkontrolliertes Problem der selbsterzeugten Schulden mit einer geldlichen Schnell-Lösung an. Diesmal will sie eine Investition der Steuerzahler verkaufen, die selbsttragend ist. Das ist schlechtes Wirtschaften und eine schlechte Politik der öffentlichen Hand und trägt alle Anzeichen dafür, daß es nicht durchdacht wurde.

Und wenn man den Nuklear-Aspekt des amerikanischen Energieprogramms auf den Auktionstisch legt, dann lädt man die Welt ein – Feind wie Freund – für ein lebenswichtiges Stück der amerikanischen Verteidigungs-Technologie zu bieten«, sagte Ford. □

Südafrika

Bilanz des Terrors

Es ist in letzter Zeit in Südafrika in dem Kampf der extremistischen Schwarzen gegen ihre verhandlungsbereiten Mitbürger Furchtbares geschehen. In dem ersten Drittel dieses Jahres wurden 175 Schwarze durch Linksradikale ermordet, fast alle nach der abscheulichen Folter-Technik der Halskrause. In der gleichen Zeit wurden 720 Häuser und 220 schwarze Unternehmen niedergebrannt.

Bei der Ermordung durch die Halskrause wird dem Opfer ein Automobilreifen um den Hals gelegt, dieser mit Benzin gefüllt und angezündet. Was die Menschen dabei leiden müssen, kann man sich lebhaft vorstellen. In dieser furchtbaren Weise starben nicht nur Männer, sondern ebenso Frauen und Kinder. Und Frau Mandela bekennt sich zu dieser bestialischen Form des Terrors.

Dem Afrikanischen National-Kongreß (ANC), der nachweislich aus der Kommunistischen Partei Südafrikas hervorgegangen ist, fehlt die Legitimation durch die Mehrheit der Schwarzen. Daher wird das System angewendet, das auch in anderen Ländern, wie Vietnam oder Rhodesien, erfolgreich war: Diejenigen, die verhandeln wollen, die einen friedlichen Übergang suchen, werden so lange terrorisiert, bis sie sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu äußern. □

Abtreibung

CDU-Regierung zahlt

Die deutsche Bundesregierung zahlt mit jährlicher Anpassung hohe Beträge an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und an die Internationale Plannet Parenthood Federation (IPPF). 1984 waren es 35 Millionen DM an die UNFPA und 6 Millionen DM an die IPPF.

Die amerikanische Regierung lehnte es 1984 bei der Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Mexiko-Stadt ab, diese Einrichtungen weiter finanziell zu unterstützen, da sie Abtreibungen selbst vornehmen und aktiv fördern. Der Vertreter der USA betonte, daß Abtreibung nicht Bestandteil von Familienplanungsprogrammen sein könnte und die bloße Eindämmung der Bevölkerungsexplosion kein Mittel gegen Hunger sei. Dagegen sollte nach der positiven Entwicklung, wie beispielsweise in Hongkong und Südkorea, getrachtet werden. Die deutsche Bundesregierung dagegen sagte ihre weitere finanzielle Unterstützung zu.

Der Vatikan forderte auf der Konferenz, daß die Abtreibung als Mittel der Familienplanung »ausgeschlossen« wird. Auf Wunsch einiger Staaten hatte er sich dann zu der Formulierung »nicht gefördert« bereit erklärt. □

Desinformation

Es gibt nicht nur einen Aids-Virus

Das »New York Times Magazine« veröffentlichte einen Artikel, der berichtet, daß ein Team von Harvard-Universitäts-Professoren, darunter der bekannte Dr. Myron Essex und Dr. William Haseltine, Alarm schlägt und aussagt, daß der Aids-Virus viel gefährlicher und verbreiteter ist, als es die öffentlichen Stellen zugeben wollen.

In dem Artikel wird Dr. Essex zitiert: »Sie haben versucht, die Öffentlichkeit zu informieren, ohne sie unmäßig zu schockieren. Aber wir außerhalb der Regierung können freier sprechen. Tatsache ist, daß die unguten Voraussagen derer, die seit dem Auftauchen von Aids den Untergang beschworen haben, gar nicht weit daneben getroffen haben.«

Der Artikel berichtet über die Befunde des Harvard-Teams, daß »es nicht nur einen einzigen Aids-Virus gibt, sondern einen ganzen Satz von 20, soweit wir wissen«. □

Kuba

Afrikanische Schüler gehen in Havanna zur Schule

Laut einer Meldung von Radio Havanna wurden 1985 in Kuba rund 15 000 ausländische Schüler unterrichtet. Diese stammten aus folgenden Ländern: Angola, Guinea, Mozambique, Äthiopien, Namibia, Kongo, Sao Tome und Principe, der »Demokratischen Arabischen Republik Sahara«, Jemen, Ghana und Nicaragua.

Die aus Namibia stammenden Schüler sind von der aus Angola operierenden »Befreiungsbewegung« SWAPO nach Kuba gebracht worden. Ein beträchtlicher Teil davon dürfte zuvor gewaltsam von Namibia nach Angola entführt worden sein. □

Äthiopien

Ausbildung von ANC- und SWAPO-Kämpfern

Wie Radio Addis Abeba verlauten ließ, hat der äthiopische Partei- und Staatschef Mengistu Haile Mariam den beiden mit terroristischen Mitteln gegen Südafrika kämpfenden »Befreiungsbewegungen« African National Congress (ANC) und South West African People Organization (SWAPO) das Angebot unterbreitet, 10 000 ANC- und SWAPO-Mitglieder in Äthiopien zu Kämpfern auszubilden.

Äthiopien, das noch immer auf massive Hilfeleistungen der Industriestaaten angewiesen ist, um seine eigene Bevölkerung wenigstens notdürftig zu ernähren, will mit diesem Angebot den beiden gegen Südafrika operierenden »Befreiungsbewegungen« die Möglichkeit einräumen, in Regionen, die für die südafrikanischen Streitkräfte unerreichbar seien, Kämpfer für ihren späteren Einsatz auszubilden. Damit wolle Äthiopien, so erklärte der Marxist Mengistu, einen Beitrag leisten, die nationale, soziale und wirtschaftliche Unabhängigkeit der von Südafrika unterdrückten Bevölkerung zu verwirklichen. □

Tschernobyl

Strafbataillone zu Löscharbeiten

Bei der Brandbekämpfung unmittelbar nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl wurden

Bau- oder Strafbataillone der sowjetischen Armee eingesetzt, in denen vor allem Christen und Angehörige bestimmter Volksgruppen – etwa Deutsche – ihren Dienst verrichten. Darauf hat jetzt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) mit Sitz in Frankfurt am Main hingewiesen. Wie es in einer Erklärung heißt, »ist der IGfM bereits ein erster Fall bekannt, in dem ein Christ nach seinem Einsatz in Tschernobyl Ende April 1986 als ›verschwunden‹ gilt«.

Seinen Angehörigen verweigerten die zuständigen Behörden bisher jede Auskunft über sein Schicksal. Nach Angaben der IGfM sind sich bei den Einsätzen in Tschernobyl »offensichtlich nicht einmal die Kommandeure der helfenden Truppen über das Ausmaß der Gefahr im klaren gewesen«. In den Strafbataillonen leisten Sowjetbürger ihren Wehrdienst ab, die – so die IGfM – »für den Dienst in der regulären sowjetischen Armee als nicht vertrauenswürdig erscheinen«. □

SWAPO

Kirchengelder für Terrorzwecke

Auf einen Mißbrauch von Finanz- und Sachmitteln des Namibischen Kirchenrates (CCN) durch die von Angola aus operierende Widerstandsorganisation SWAPO hat der Kölner Dozent und Publizist Henning von Löwis of Menar aufmerksam gemacht. In einer kürzlich erschienenen Studie mit dem Titel »Apostel der Gewalt? – Der Namibische Kirchenrat und die SWAPO« weist Löwis auf die enge personelle Verflechtung zwischen der prokommunistischen SWAPO und dem CCN hin, die dazu geführt habe, daß Gelder – so der Wissenschaftler – des Kirchenrates für politische Aktivitäten der SWAPO verwendet würden.

Den Kirchenrat, der nach Angaben des EKD-Kirchenamtes in Hannover in diesem Jahr 160 000 DM von der EKD erhält, bezeichnete Löwis in der Studie als »politisches Instrument« der SWAPO. 16 seiner 34 fest angestellten Mitarbeiter seien Mitglieder der SWAPO. Fünf der Kirchenfunktionäre gehörten sogar dem Nationalen Exekutivkomitee der SWAPO an, die Löwis als »Guerillaorganisation« bezeichnet. Als »führender Aktivist der SWAPO« nehme vor allem der stellvertretende Bischof der 164 000 Mitglieder zählenden Evangelisch-Lutherischen Kirche, Zephania Kameeta, eine »Schlüsselrolle bei der Programmierung der namibischen Kirchen auf SWAPO-Kurs« ein.

Wie Löwis weiter schreibt, gebe es nicht eine einzige kritische Aussage von Vertretern des CCN zu den Waffenlieferungen östlicher Staaten an die SWAPO, durch die Jahr für Jahr zahlreiche – zumeist schwarze – Bürger Namibias den Tod fänden. Der Kirchenrat attackiere allein die westliche Welt. Mit dieser antiwestlichen Haltung liege er ganz auf der SWAPO-Linie, die »organisatorisch fest in das globale Netz sowjetischer Frontorganisationen eingebunden ist«. Die Studie ist kostenlos beim Namibia Information Office, Venusberg 35, D-5300 Bonn, erhältlich. □

Lutherischer Weltbund

Bekenntnis zu Rockefeller

Eine Signalwirkung auf seine 104 Mitgliedskirchen erhofft sich der Lutherische Weltbund (LWB) vom Abbruch seiner Verbindungen mit drei Banken, die Geschäftsbeziehungen zu Südafrika unterhalten. Das erklärte der Generalsekretär dieses weltweit rund 54 Millionen Lutheraner umfassenden Dachverbandes, Gunnar Staalsett.

Kurz zuvor war die Entscheidung bekanntgegeben worden, die LWB-Konten bei der New Yorker Citybank, der National Westminster Bank in London und dem Schweizerischen Bankverein in Zürich bis Ende des Jahres zu kündigen. Aufgrund eines Beschlusses der letzten LWB-Vollversammlung 1984 in Budapest hatte die Genfer LWB-Zentrale die sieben Banken, bei denen sie Konten unterhält, nach ihren Verpflichtungen in Südafrika und ihrer Bereitschaft gefragt, einem vom LWB aus Protest gegen die Rassentrennungspolitik der südafrikanischen Regierung geforderten Abzug von Investitionen aus dieser angeblichen Krisenregion nachzukommen.

Nach Auswertung der Antworten und weiteren Gesprächen wurde, so der LWB-Informationsdienst, »in Genf gefolgert«, daß nur die Chase Manhattan Bank von David Rockefeller, die Evangelische Darlehensgenossenschaft in Kiel und die Bank Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. in Frankfurt sowie die Stockholmer Skandinaviska Enskilda Banken in ihren Richtlinien mit den Südafrika-Grundsätzen des Weltbundes übereinstimmen. □

NATO

Kissinger für US-Truppenabzug

Der US-Assistant Secretary of Defense, Richard Perle, hat die Forderung von Henry Kissinger unterstützt, amerikanische Truppen aus Westeuropa abzuziehen, und zwar während eines Briefings von Auslandskorrespondenten in Washington.

Die Londoner Zeitung »Guardian« berichtet dazu: »Die Vereinigten Staaten müssen ihre Aufstellung von Truppen in Europa neu überdenken, wenn sie von ihren NATO-Verbündeten nicht die Zusicherungen erhalten, daß sie in Krisenzeiten in andere Schauplätze verlegt werden können.«

Perle sagte dazu, es gebe derzeit »keine Pläne« für einen Abzug von US-Truppen aus Europa, doch »wenn die Vereinigten Staaten Unterstützung brauchen und diese Unterstützung nicht aus Europa kommt, dann wird dies nur noch das Gefühl der Isolierung bestärken, das bereits in Amerika herrscht und Gesetze leichter machen, die die Freiheit der Regierung beschränken, Truppen nach Übersee zu senden. Wenn durch die Zuweisung von amerikanischen Streitkräften an Europa, Amerika seinen militärischen Bedürfnissen anderswo in der Welt nicht nachkommen kann, dann, so denke ich, wird man es sich logischerweise zweimal überlegen, ehe man jene Streitkräfte für Europa bereitstellt«.

Kissingers jüngster Vorschlag für einen amerikanischen Truppenabzug war in mehreren internationalen Zeitungen gleichzeitig in aller Welt erschienen. □

Terrorismus

Verbindung zu Frankreichs Sozialisten

Naji Allouche, bekannter als Nahost-Terrorchef »Abu Ibrahim«, hat in den letzten fünf Jahren enge Verbindungen zu der Sozialistischen Partei Frankreichs unterhalten, wie Nahost-Geheimdienstquellen behaupten. Der von Damaskus operierende Allouche-Ibrahim ist der Anführer der Terroristen-Organisation »15. Mai«, zu der der tunesische Terrorist Habib Maamar gehörte, der in der ersten Maiwoche in Nancy verhaftet wurde.

Maamar ist der terroristischen Gewaltakte sowie des Mordes angeklagt, die in den letzten zwei Jahren im Auftrag von Abu Ibrahim begangen wurden.

Allouche-Ibrahim ist seit Jahren eine führende Figur in der in Athen ansässigen Union der palästinensischen Schriftsteller und Journalisten gewesen, und es war bekannt, daß er in seiner »akademischen Funktion« regelmäßig von der internationalen Abteilung der Sozialistischen Partei Frankreichs empfangen wurde.

Ehemals Mitglied der al-Fatah, hat sich Allouche-Ibrahim 1978 von dem PLO-Führer Yasser Arafat getrennt und sich Abu Nidal in Bagdad, Irak, angeschlossen. Später haben sie sich getrennt, doch sind beide nach Damaskus gegangen, wo sie ihre Basis für ihre terroristischen Operationen aufgestellt haben. Der KGB hat derartige Terroristen über den syrischen Geheimdienst seit 1967 eingestellt, als Juri Andropow Chef des KGB wurde. □

Zitate

Politik

Manfred Rommel, Oberbürgermeister von Stuttgart: »In der Politik spielt Mode eine Rolle. Eine modische Gesinnung beruht darauf, daß man eine Ansicht hat, weil sie andere aus dem gleichen unzulänglichen Grunde ebenfalls haben.«

Südafrika

Sir Geoffrey Howe, britischer Außenminister: »Unser Ziel – genauso wie das unserer europäischen Partner – ist, Apartheid so schnell wie möglich zu beenden. Je schneller, desto besser, denn desto kürzer wird auch die Periode der Gewalt. Unser Ziel ist es also, den Dialog zu fördern, damit die Gewalt so schnell wie möglich beendet wird. Wir glauben, daß von Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und dem Rest der Welt ergriffene Maßnahmen eine wichtige Rolle spielen und gespielt haben, die südafrikanische Regierung dazu zu bringen und zu drängen, einige Reformen vorzunehmen. Wir haben es in den letzten paar Jahren gesehen, daß dies der Fall war. Einige Bereiche der Apartheid wurde abgeschafft, aber leider ist das noch nicht genug.«

FDP

Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister: »Wenn es eine Kraft gibt, die ohne inneren Bruch die ganze deutsche Außenpolitik tragen kann, dann ist es die FDP. Und das zeigt, wie wichtig gerade für eine Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik die FDP ist.«

Gorbatschow

George Shultz, US-Außenminister: »Er ist viel jünger als seine Vorgänger. Er hat zu erkennen gegeben, daß er über große Fähigkeiten verfügt. Das hat bereits einen Unterschied bewirkt. Unsere Verbündeten haben uns fest und stark in unseren Bemühungen unterstützt, das gilt besonders für die Aufstellung nuklearer Mittelstreckenraketen, die 1983 begann. Dadurch wurde bewiesen, daß wir alle verantwortungsbewußt zusammenarbeiten, um angesichts der Drohung der atomaren Vergeltung ein Gleichgewicht zu halten. Es ist uns gelungen, vierzig Jahre lang den Frieden zu bewahren, aber die Menschen erkennen immer deutlicher, daß das gesamte nukleare Problem unter Kontrolle gebracht werden muß. Man ist sich allgemein einig in dem Bestreben, die Lage zu verbessern, indem wir unser Ziel des weltweiten Abbaus von Atomwaffen mit Nachdruck verfolgen.«

Trilaterale

Zbigniew Brzezinski, früher US-Sicherheitsberater unter Präsident Jimmy Carter, heute Chefdenker der Trilateralen Kommission: »Überlaßt den Sowjets die eurasische Landmasse, und die Vereinigten Staaten können überleben.«

Europa

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Ein Europa, in dem ich nicht mehr mit Überzeugung und Heimatliebe ein Deutscher sein könnte, hielte ich weder für erstrebenswert noch für lebensfähig. Ich war immer schon der Überzeugung und bleibe dabei, daß ein guter Europäer kein schlechter Patriot sein muß. Mancher ist gerade deshalb kein schlechter Europäer, weil er ein guter Patriot ist.«

Freiheit

Otto von Habsburg, ältester Sohn des letzten österreichischen Kaisers: »Die Barbaren kamen erst in Bewegung, als sie erkannten, daß es dort keinen Wiederstand mehr gebe, weil die Menschen in Wohlstand und sittlicher Verkommenheit nicht mehr bereit waren, ihre Ideale zu verteidigen.«

Kernkraft

Hans Blix, Generaldirektor der in Wien ansässigen Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): »Sie werden bei uns wohl kaum jemanden finden, der gegen die Atomkraft eingestellt ist. Doch es gibt eine große Differenz zwischen den Kernkraft-Gegnern und uns: Viele der Gegner hassen die Kernkraft aus ihrem vollen Herzen heraus. Ich wiederum kenne niemanden, der die Kernkraft heiß und innig liebt, obwohl er für sie ist. Wir von der IAEO würden eher sagen, daß es sehr schade ist und daß es an ihrer Stelle nichts Besseres gibt.«

Naivität

Dr. Martin Bangemann, Bundeswirtschaftsminister und FDP-Vorsitzender: »Ich wende mich ganz entschieden gegen das allenthalben entfachte Endzeit-Gerede. Das dient nur der Verunsicherung der Bürger.«

Betonstaat

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender: »Ich versichere, daß die bayerische Staatsregierung den Terror nicht hinnehmen, sondern unterdrücken wird. Ich warne die Gewalttäter. Der Staat wird sich wehren. Für die Folgen sind die Gewalttäter und ihre Helfer, zum großen Teil Schreibtisch- oder Mikrofontäter, verantwortlich.«

Mythos

Mario Vargas Llosa, peruanischer Schriftsteller: »Es gibt eine politische Romantik, der diese Intellektuellen nur zu leicht erliegen. In Europa und in allen entwickelten Ländern. Das heißt, daß sie in Gesellschaften leben, die über Mechanismen zur schrittweisen Lösung anstehender Probleme verfügen. Diese Mechanismen schließen aber gleichzeitig die Möglichkeit für tiefgreifende politische Veränderungen und damit auch für die Realisierung der Utopie aus – oder rücken sie zumindest in weite Ferne. Gerade die Utopie aber hat die Intellektuellen schon immer fasziniert und deshalb erliegen sie dem Freudschen Übertragungssyndrom: Was sie in ihren eigenen Ländern nicht finden, das suchen sie in fernen exotischen Gegenden, und Lateinamerika dient nun dazu, um ihre Träume wachzuhalten. Illusionen und Mythen sind etwas sehr Schönes, und ein Schriftsteller stellt sie im Grunde genommen sein ganzes Leben lang her. Das Unglück ist nur, daß diese Intellektuellen die Realität vernebelt und verdreht wahrnehmen.

Ich verstehe, daß ein deutscher Intellektueller, der für sein Land ein Regime wie das kubanische wünscht, Kuba auch lobpreist. Wenn er aber meint, daß das Regime der DDR diktatorisch ist, dann kann er auch Kuba kaum für ein ideales Regime halten. Das kubanische und das Regime der DDR sind exakt gleich. Es wird hier eine Unterscheidung gemacht, die für mich moralisch nicht akzeptierbar ist. Denn es sieht ja so aus, als sei Lateinamerika eine Welt, in der die Diktatur aus romantischen Gründen, die aber nicht für das eigene Land gelten, zu rechtfertigen ist.«

Libyen

Sir Geoffrey Howe, britischer Außenminister: »Im Fall Libyen wurde meines Erachtens die Notwendigkeit europäischer Einigkeit unterstrichen und es deckte eine Stelle auf, wo es Europa bis dahin nicht gelungen war, ausreichende Einigkeit zu erzielen und der Bedrohung durch den Terrorismus entgegenzutreten. Schon im Dezember 1984 beschlossen wir in Dublin, eine gemeinsame Anti-Terror-Politik zu konzipieren. Im Januar 1986 befanden wir uns immer noch in diesem Prozeß, und die Gemeinschaft war nach dem libyschen Attentat auf die Berliner Diskothek unglücklicherweise noch nicht in der Lage, einheitlich und geschlossen zu reagieren, was wirklich notwendig gewesen wäre. Heute wäre dies möglich. Nach dem Libyen-Fall haben wir sehr schnell eine Situation geschaffen, die ein einheitliches Vorgehen ermöglicht. Das ist eine positive Seite unserer Entwicklung.« □

Geld

Wirtschaftliche Kollaboration

C. Gordon Tether

Wo hört die wohlwollende internationale Kooperation auf und wo fängt der Interventionismus nach der Art des »großen Bruders« an?

Es sprach zweifellos alles für ein globales Bemühen, sich von dem Motiv »jedes Land für sich allein« zu trennen. Es war zum dominanten Merkmal der Weltwirtschaftsszene geworden, nachdem die Vereinigten Staaten die Philosophie des freien Marktes mit voller Hingabe zum Beginn der achtziger Jahre verfolgt hatten und die anderen wichtigen Industrieländer ermutigten, mitzuhalten. Diese Wirtschafts- und Finanzpolitik führte langsam zum Einsetzen der Anarchie auf dem Aktienmarkt und zu einem Ansteigen der Zinssätze auf bisher nicht dagewesene Höhen. Damit erreichte das neue amerikanische Regime eine massive Unterbrechung der Wirtschaftstätigkeit in allen Teilen der Welt.

Stagnation an der Tagesordnung

Wie die Statistik eindeutig zeigt, ist es nur in den Vereinigten Staaten zu einem nennenswerten Wirtschaftswachstum in den anschließenden Jahren gekommen, und selbst dort hat sich in jüngster Zeit eine ausgeprägte Tendenz zu einem Abflachen gezeigt. Anderswo in den entwikkelten Ländern ist die Stagnation an der Tagesordnung. Länder der dritten Welt, das heißt jene, die einen Anstieg des Lebensstandards am meisten benötigten, haben sogar noch schlechter abgeschnitten, da die Pro-Kopf-Leistung von Jahr zu Jahr einen erheblichen Rückgang aufweist, abgesehen von wenigen glücklichen Ausnahmen.

Die Entscheidung, die die führenden Industriestaaten im Mai 1986 auf dem Wirtschaftsgipfel getroffen haben, die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu verstärken, insbesondere zur Erreichung der größeren Stabilität der Wechselkurse, wurde zunächst sehr begrüßt. Dieser Entschluß hat zweifellos zur erheblichen Verringerung der starken Kursschwankungen beigetragen und dadurch allen handeltreibenden Ländern geholfen.

Indem der Weg für eine geregelte Abwertung des US-Dollar, der in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ein absurd hohes Niveau erreichte, geebnet wurde, ist den Vereinigten Staaten besonders geholfen worden. Wenn sich dies bisher noch nicht in einer ausgeprägten Verbesserung der amerikanischen Export-Import-Bilanz manifestiert hat, dann nur, weil es immer eine zeitliche Verzögerung von etwa einem Jahr gibt, bis sich die veränderten Devisenkurse in dem Handelsverkehr durchsetzen.

Verstärkung der multilateralen Überwachung

So weit, so gut. Nachdem sich der erste Schritt in die neue Richtung als derart erfolgreich erwiesen hat, wäre es kaum überraschend, wenn man ihn nicht mit Begeisterung mehrere Stufen weiter führen würde.

Und tatsächlich hat dieser Wunsch seinen Ausdruck auf dem letzten Wirtschaftsgipfel in so hohem Maße gefunden, daß der amerikanische Schatzminister James Baker die Ergebnisse dort anschließend als »eine Entwicklung, wie wir sie seit dem Kollaps des Bretton-Woods-Systems der internationalen Finanzkollaboration zu Beginn der siebziger Jahre nicht gesehen haben«, beschrieben hat.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob die wirtschaftliche Kooperation unter den Ländern zu jenen selbstverständlichen Dingen gehört, von denen die Welt nicht genug haben kann. Und so lange, wie sie wirklich wohlwollend bleibt, frei von Zwang, daß die Länder unter Druck gesetzt werden, mitzuhalten, stimmt es wahrscheinlich auch.

Leider gibt es aber immer eine Tendenz, daß man den Prozeß in diesem Sinne übertreibt. Und man entzieht sich nur schwerlich der Schlußfolgerung, daß die neuen, auf dem Tokioer Gipfel vereinbarten Abkommen gerade diese Gefahr in sich bergen.

Das zum Schluß der Gespräche veröffentlichte Kommuniqué beispielsweise weist auf die Notwendigkeit für »enge und fortlaufende Koordination der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder« durch die wichtigsten Industriestaaten hin und forderte ihre Finanzminister auf, sich zumindest einmal im Jahr zusammenzusetzen, »um ihre nationalen Wirtschaftszielsetzungen zwecks Vergleichbarkeit zu prüfen«.

Weiter wird erwähnt, daß es wünschenswert sei, mit dem Internationalen Währungsfonds zusammenzuarbeiten, um die multilaterale Überwachung zu verstärken, den Protektionismus aufzuhalten und umzukehren sowie Handelsrestriktionen zu verringern und abzubauen.

Es ist nicht schwer, zu erkennen, daß hier mehr als nur eine Anregung gemacht wird, die Politik des »großen Bruders« massiv in die wirtschaftliche Kollaboration einzuführen. Der bundesdeutsche Kanzler, Dr. Helmut Kohl, hat dies in der Tat stillschweigend anerkannt, als er »Befürchtungen über erhöhte Aufsicht und Überwachung« seiner eigenen Regierung zum Ausdruck brachte.

Es geht nicht um die Interessen der Menschen

Gewiß, probieren geht über studieren. Viel wird von dem Geist abhängen, in dem die neuen Zielsetzungen verfolgt werden. Aber eine ernste Warnung vor dem, was kommen könnte, zeigt sich in der Weise, wie die wirtschaftliche Souveränität in der dritten Welt in den letzten beiden Jahren als ein Ergebnis der Überwachungstätigkeiten des Internationalen Währungsfonds abgebaut wurde.

Länder von der Größe und der Macht der Gipfelteilnehmer lassen sich natürlich nicht so leicht herumstoßen wie Dritte-Welt-Länder, die sich mit gewaltigen internationalen Verschuldungsproblemen abplagen. Aber sie könnten erhebliche Schwierigkeiten erleben, wenn sie dem Druck von Gruppierungen der anderen Länder ihrer Kategorie Widerstand entgegensetzen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß der Internationalismus des »Big Business«, für den die Idee der Einrichtung eines »Eine-Welt«-Wirtschaftssystems so attraktiv ist, heutzutage großen Einfluß in den Korridoren der Macht in allen Ländern dieser Kategorie hat. Mit anderen Worten, die Interessen der Masse der Bevölkerung sind möglicherweise nicht der Leitfaktor für die politischen Entscheidungen, die auf Regierungsebene getroffen werden.

Wir haben in jüngster Zeit, in der Form der Aktion, die gegen Libyen von den Vereinigten Staaten mit Hilfe der Briten geführt wurde, einen Hinweis auf eine neue Form der internationalen Schikane auf dem politischen Feld erlebt. Wir hoffen, daß sich nicht ein wirtschaftliches Gegenstück dazu entwikkelt. □

England

Nationalisten gegen Establishment

Robert Hoy

Joe Pearce, der ehemalige Vorsitzende der National Front (NF) in Großbritannien, sitzt derzeit seine zweite Gefängnisstrafe wegen Verletzung des englischen Rassengesetzes (Race Relations Act) ab.

Der Race Relations Act bestimmt, daß die mündliche oder schriftliche Äußerung, die »Rassenhaß hervorrufen könnte«, ein Vergehen ist. Das Gesetz wird zunehmend dazu verwendet, um Gegner der Multi-Rassengesellschaft, die von den Liberalen nach dem Zweiten Weltkrieg in England geschaffen worden ist, zum Schweigen zu bringen.

Unvermögen der englischen Regierung

Pearce wurde angeklagt, nachdem er die Berichte der englischen Regierung selbst über den alarmierenden Anstieg der Kriminalität unter Nichtweißen nachgedruckt hatte. Die Regierung, die zwar die Tatsache der zunehmenden Verbrechen unter der nichtweißen Bevölkerung zugibt, ist jedoch der Auffassung, daß die Wahrheit keine Verteidigung ist und daß diese Nachdrucke von Tatsachen aus den Regierungsstatistiken, die Pearce vorgenommen hat, einen »Anreiz für Rassenhaß« darstellen und damit ein Vergehen gemäß dem Gesetz über Rassenbeziehungen sind.

Das Unvermögen der englischen Regierung, für ihre selbst aufgezwungenen Rassenprobleme eine Lösung zu finden, wurde in einem Wortwechsel zwischen Pearce und dem Staatsanwalt, Andrew Collins, deutlich. Pearce verteidigte sein Recht auf Veröffentlichung jeder Tatsache, wie unangenehm sie auch sein mag: »Wir sagen die Wahrheit. Rassenbedingte Gewalttaten geschehen, und nur wir sagen die Wahrheit darüber. Andere Zeitungen weigern sich, dem englischen Volk diese Tatsachen über die steigende Kriminalität von Nichtweißen zu berichten.«

Collins erwiderte: »Nun, eh, ja, aber die Art Dinge zu sagen, ist nicht sehr nett, nicht wahr?«

Offensichtlich denken englische Geschworene jedoch nicht, daß es sehr nett ist, in einem von Rassenproblemen belasteten Dampfkessel leben zu müssen, zu dem viele englische Städte geworden sind, weil die Geschworenen in drei getrennten Fällen die Angeklagten in Rassengesetz-Prozessen für nicht schuldig befunden haben.

In zwei Prozessen in London wurden Ian Anderson, ehemals Vorsitzender der NF, und Parteiorganisator Sidney Cambell freigesprochen. Und in Newcastle wurden vier junge NF-Mitglieder freigesprochen: die Beschuldigungen, sie hätten Rassenhaß geschürt, wurden von den Geschworenen buchstäblich mit Lachen aus dem Gerichtssaal vertrieben.

Die vier NF-Mitglieder, Gordon Stridiron, Philip Nanson, Stephen Wilkinson und Ronald Horton, waren wegen des Verkaufs von Exemplaren der »NF News«, »Nationalism Today« und »Bulldog« in Newcastle festgenommen worden.

Aufruhr unter Nichtweißen

Die Staatsanwaltschaft behauptet, die NF-Publikationen würden wahrscheinlich »Rassenhaß erregen«. Um dies zu beweisen, las der Staatsanwalt dem Gericht einen Artikel aus »Nationalism Today« laut vor.

Der Artikel, eine Satire auf das lokale Polizeiwesen, erntete von den Geschworenen, Polizeibeamten und Gerichtsdienern schallendes Gelächter. Die einzige Person, die daran keine Freude hatte, war der Richter, der sich krampfhaft bemühte, die »Ordnung« im Gerichtssaal wieder herzustellen.

Die Geschworenen waren einstimmig in ihrem Urteil, daß alle vier NF-Mitglieder nicht schuldig sind.

Zweifellos stehen Mitglieder von Geschworenengerichten unter dem Einfluß der in England schmerzlich offenbaren Rassenspannungen und meinen, daß die Zeit gekommen ist, das Problem offen zu besprechen.

Rassenaufruhr, der sich seit 1981 über England ausgebreitet hat, wiederholte sich noch gewalttätiger am 28. September 1985 in Brixton und am 7. Oktober 1985 in Tottenham.

Brixton und Tottenham sind von Einwanderern übervölkerte Städte in der Nähe von London, einer Stadt, deren Bevölkerung heute zu mehr als 18 Prozent aus Nichtweißen besteht. Die Straßenkrawalle der nichtweißen »Jugendlichen« hinterließen 500

Joe Pearce mit seiner Frau Gena und ihrer Tochter vor der Wohnung in London. Er spielt eine führende Rolle in der Nationalen Front und verbüßt zur Zeit eine einjährige Gefängnisstrafe.

Verletzte und einen getöteten Polizisten.

Aus Angst vor einem wütenden Zurückschlagen der Weißen in naher Zukunft versuchen die Liberalen, unter dem Vorwand des Schutzes für »Minderheiten«, die Schuld an Rassenspannungen Leuten in die Schuhe zu schieben, die gegen die Multi-Rassengesellschaft eintreten, und implizieren, daß jede Diskussion der Frage, wie gut sie auch gemeint sein möge, immer zur Erregung von Haß führt.

In der folgenden offiziellen Erklärung lehnt die NF den Extremismus ab: »Von jetzt an muß die Nationale Front laut und deutlich sagen, daß wir als Weiße-Rassenanhänger Rassenhaß verurteilen. Als Weiße-Rassenanhänger verurteilen wir die Wurzel der Ursache für Rassenfeindschaft und das aufgezwungene Multi-Rassentum.

Als Weiße-Rassenanhänger erkennen wir die Vielfalt der Kulturen an, die diese Erde bereichern, sowie die angeborenen Rassenunterschiede, die jener Vielfalt zugrunde liegen.

Als Weiße-Rassenanhänger hassen wir nur jene politisch-wissenschaftlichen Kräfte, die alle Rassen – Schwarze wie Weiße – im Namen des Internationalismus und Multi-Rassentums vernichten wollen und nur eine Welt zulassen, die grau, steril, wurzellos, rassenlos, uniformiert und sehr, sehr langweilig ist.«

Sündenbock für soziales Übel

Der Versuch des liberalen Establishments, einen Sündenbock für Englands soziale Übel zu finden, führte die Presse dazu, den jungen NF-Anhängern die Schuld an dem Krawall im Heysel-Fußballstadion im Sommer 1985 in Belgien zu geben, wo mehrere Personen getötet wurden. Die Medien ignorierten die Aussage der untersuchenden englischen Polizei, die am 5. Juli 1985 erklärte: »Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die National Front oder irgendeines ihrer Mitglieder an den Ereignissen im Heysel-Stadion in Brüssel beteiligt waren.«

In der Hauptsache machen weiße Jugendliche der Arbeiterklassen dem liberalen Establishment

Joe Pearce in der Diskussion mit »zornigen jungen Männern«, die zu den Hauptwortführern der nationalen Bewegung in England zählen.

Angst. Daher sind sie zum Hauptangriffsziel der Verfolgung nach dem Rassengesetz geworden.

Im Dezember 1985 ist Ian Stuart, ein NF-Mitglied und Sänger der beliebten Rockband »Screwdriver«, deren letzte Platte mit dem Titel »White Power« mehr als 15 000mal verkauft wurde, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden – ein offener Versuch der politischen Einschüchterung.

Stuart wurde wegen eines Überfalls angeklagt, als er sich selbst in einem Kampf mit einer Gruppe von nichtweißen Jugendlichen verteidigt hat, den diese begonnen hatten, als sie in ihm einen Aktiven der NF erkannten.

Der Amerikaner Robert Johnston war bei dem Prozeß anwesend, und er war schockiert über die offene politische Voreingenommenheit des Richters, der Stuart als ein Symbol für die weißen Jugendlichen der Arbeiterklasse bezeichnete, die vom Establishment unter Kontrolle gehalten werden müssen.

Johnston sagte gegenüber amerikanischen Journalisten zu dem Prozeß: »Normalerweise hätte das Strafmaß drei Monate betragen. Der Richter erklärte, daß die Maximalstrafe verhängt wurde, weil das Gericht der Meinung war, es müsse ein Exempel statuiert werden.«

Eine zuhöchst verurteilenswerte Anklage gegen die englische Regierung kam in der amerikanischen ABC-Nachrichten-Sendung »Nightline« zur Sprache, als die Mißstände der Polizeigewalt in Großbritannien aufgedeckt wurden.

Ian Stuart, Lead-Sänger einer beliebten Rockband, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er sich in einem Kampf mit Schwarzen verteidigt hatte.

Die Anklagen waren in einer englischen Dokumentarreihe mit dem Titel »20/20 Vision« enthalten, für die die Regierung keine Erlaubnis gegeben hatte, daß sie von der regierungseigenen BBC gesendet wurde.

Provozierte Polizeiverbrechen

Der Dokumentarbericht beschuldigte die Geheimpolizei der sogenannten Special Branch damit, daß sie als NF-Mitglieder posiert und wiederholt Nichtweiße angegriffen haben in einem Versuch, Kämpfe zwischen weißen und nichtweißen Jugendlichen zu provozieren, die die Polizei dann der NF in die Schuhe schieben konnte.

In dem Dokumentarbericht wird der untergetauchte Polizei-Informant Ronnie White mit dem Bekenntnis zitiert: »Wir sind in Haufen gegangen und haben eine kleine Gruppe von Nichtweißen gesucht und sie angegriffen, wobei wir sie mit den Stielen von Spitzhacken schlugen.«

Der Reporter fragte White: »Stimmt es dann, daß die Polizei die National Front infiltriert hat und selbst Gewaltakte begangen hat, und Sie ein Zeuge und ein Beteiligter waren?«

White erwiderte: »Leider, ja.«

Trotz der Verfolgung durch die Regierung setzt die englische Jugend dem Rassengesetz zunehmend Widerstand entgegen.

Der derzeitige Vorsitzende, Martin Wingfield, hat sich im letzten Winter geweigert, eine vom Gericht verhängte Geldstrafe dafür zu entrichten, daß er sich gegen die Einwanderung von Nichtweißen nach Großbritannien ausgesprochen hat. Er wählte statt dessen eine dreimonatige Haftstrafe. Er wollte mit dem Gericht nicht kooperieren.

Heute machen die liberalen Gerichte den weißen Jugendlichen in England den Prozeß, aber es könnte die Zeit kommen, da das englische Volk den Politikern den Prozeß machen wird. □

Frankreich

Einmischung in nationale Belange

Beat Christoph Baeschlin

Das massive jüdische Einschreiten gegen die Wahl Kurt Waldheims als Staatspräsident von Österreich ist kein Einzelfall. In Frankreich geschieht nach den letzten Parlamentswahlen ähnliches.

Das angesehene sozialistische Kampfblatt »Le Monde« hat nach den französischen Parlamentswahlen im letzten Frühjahr folgende sonderbare Nachricht veröffentlicht: »Die B'nai-B'rith-Gesellschaften warnen die Partei der neuen Parlamentsmehrheit eindringlich davor, die extremistischen Parolen von der zunehmenden Kriminalität zu verwenden. Zudem erinnern sie die Vertreter der Regierungsparteien an die von ihnen übernommene Verpflichtung, auf keinen Fall mit der Nationalen Front zusammenzuspannen. Diese Verpflichtung ist im Laufe des ›Forums‹ vor versammeltem B'nai B'rith eingegangen worden.«

Warum ein solcher Schwur?

Das ist dicke Post und reiht sich würdig an die Polemik gegen Kurt Waldheim.

Die französische Tageszeitung der nationalen Rechten »Présent!« sah sich am 20. Juni 1986 zu folgendem Kommentar veranlaßt: »Mit diesem Aufruf offenbart sich ein geheimes und entscheidendes Element der französischen Innenpolitik. Gleichzeitig wird da eine Erklärung geliefert für die unfaßbare Zurückweisung der Nationalen Front durch die neue Regierungsmehrheit. Jedoch ist die Enthüllung unvollständig geblieben. Trotz einer öffentlichen Anfrage weiß man immer noch nicht, welche Parteienvertreter diesen unheilvollen Schwur getan haben, und man weiß immer noch nicht, wer diese Parteienvertreter zu diesem eigenartigen Vorgehen beauftragt hat. Auch hat man nicht erfahren, wie die B'nai-B'rith-Gesellschaften dazu kommen, einen derartigen Schwur zu fordern.«

Vor einigen Wochen erhielt die Welt davon Kunde, daß schon wieder eine Protestaktion gegen das Karmeliterkloster in Auschwitz unternommen wurde. Eine Depesche der Agence-France-Presse, der offiziellen französischen Nachrichtenagentur, lautete: »Eine internationale jüdische Organisation protestiert ihrerseits gegen das Karmeliterkloster Auschwitz, indem sie der UNESCO ein Dokument einreichte, worin Polen angeklagt wird, eine internationale Übereinkunft zu mißachten; denn das bei Auschwitz gelegene Lager sei als ›Denkwürdigkeit im Eigentum der Menschheit‹ eingestuft.«

LePen und seine 35 Abgeordneten der Nationalen Front sind das Zünglein an der Waage in der französischen Nationalversammlung. Von ihnen hängt das Schicksal der Regierung Chirac ab, der aber mit den Nationalen aufgrund einer Verpflichtung nicht zusammen arbeiten darf.

Wieder die B'nai B'rith-Loge

Im erwähnten Artikel vom 20. Juni führt die Tageszeitung »Présent!« dazu aus: »Erst im dritten Abschnitt der AFP-Depesche wird gesagt, um welche Organisation es sich da handelt: ›Das Dokument wurde durch den ständigen Vertreter bei der UNESCO des internationalen Rates von B'nai B'rith überreicht.‹«

Und AFP berichtet, daß es sich um eine der wichtigsten jüdischen Hilfsaktionen handelt. Diese zähle 500 000 Mitglieder in 48 Staaten; sie sei besonders in den USA sehr verbreitet, denn sie ist dort im Jahre 1943 gegründet worden.

Kurt Waldheim, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen und seit einigen Monaten Österreichischer Bundespräsident, ist die neue Zielscheibe im Holocaust-Geschäft.

»Présent!« stellt die Frage: »Also wiederum B'nai B'rith? Und diese sei eine Hilfsorganisation? Diese Umschreibung stimmt einen träumerisch. Denn wie kommt eine Hilfsorganisation dazu, gegen ein Karmeliterkloster zu Felde zu ziehen? Auf jeden Fall scheint uns, daß es kaum gegenseitige Hilfe ist, was diese Organisation zu ihrer kürzlich erfolgten Einmischung in die französische Innenpolitik veranlaßt hat.«

Diese ausschließlich jüdische Freimaurerei ist in New York von eingewanderten deutschen Juden gegründet worden. Die Geheimgesellschaft wuchs daher vorerst in den USA und im deutschsprachigen Raum. Im Jahre 1932 erfolgte die Gründung einer Loge in Paris. Diese wurde nach 1945 von Pierre Jean Bloch geleitet, dem Mann, der in London während des Krieges eine Schlüsselposition in der Umgebung de Gaulle's eingenommen hatte und nach Kriegsende beauftragt war, die Gleichschaltung der französischen Presse vorzunehmen, also die französische »Umerziehung« einzuleiten.

In New York ist Samuel Rosenmann zu nennen, Vorsteher der B'nai B'rith-Loge für den Staat New York und einflußreicher Berater der Präsidenten Roosevelt und Truman.

Besonders bemerkenswert ist die Zweckbestimmung der Loge. Im jüdischen Jahrbuch »Guide juif de France« ist sie so formuliert: »Zusammenschluß der Juden zur Förderung ihrer höchsten Interessen und derjenigen der Menschheit, Verteidigung des religiösen und geistlichen Erbes der Juden durch zielstrebige erzieherische und kulturelle Tätigkeit, insbesondere bei der Jugend, im Bedarfsfalle sich gegen den Hang zur Assimilierung zur Wehr zu setzen.«

Vermischung der Rassen bekämpfen

Ja, Sie haben richtig gelesen: »Sich gegen den Hang zur Assimilierung zur Wehr zu setzen.« Also: Die Rassenvermischung bekämpfen!

Die mächtige jüdische Freimaurerloge kämpft für die Erhaltung des jüdischen Volkstums, der jüdischen Religion und Kultur. Genau das ist der Kampf, zu dem auch die Nationale Front in Frankreich antritt, und was B'nai B'rith als »unmoralisch« verurteilt und zu unterdrücken sucht.

Gemäß B'nai B'rith haben einzig die Juden das Recht, ihr Volkstum zu verteidigen. Das stimmt nachdenklich. □

Bilderberger + Trilaterale

Mehr Rüstung – mehr Profite

James P. Tucker jr.

Auf der Jahresversammlung hinter verschlossenen Türen in Madrid erlebte die Trilaterale Kommission »unerwartete Meinungsverschiedenheiten«. Allerdings waren von diesen Unstimmigkeiten die Megaprofite aus den empfohlenen Militärprogrammen ausgenommen.

Die von den Trilateralen und ihrer Schwestergruppe, den Bilderbergern, diktierte Globalpolitik zeigte, wie gewöhnlich, ein einheitliches Bild: Förderung von Präsident Ronald Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative (SDI) und gleichzeitig Forderung nach Stärkung der konventionellen Streitkräfte. Auf dem Spiel stehen Dollar-Profite in Höhe von vielen Milliarden Dollar.

Als Schützenhilfe für ihre Mitglieder, zu denen internationale Finanziers und politische Führer gehören, wurden eindrucksvolle »Reports« durch ihre Kollaborateure verteilt. Ein Bericht, erstellt durch den Council on Foreign Relations (CFR), nahm ausführlich für SDI und die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte Stellung und diente als Hauptgesprächsunterlage auf dem Treffen der Bilderberger in Gleneagles in Schottland.

Während der CFR-Report auch auf der Madrider Konferenz der Trilateralen Kommission vorlag, so gab es noch einen weiteren, widersprüchlicheren Report, und zwar diesmal von einem alten Verbündeten der Internationalisten, der Brookings Institution. Der CFR und die Brookings Institution hängen eng mit den Trilateralen und Bilderbergern zusammen und entsenden jedes Jahr Vertreter zu beiden Treffen.

Daher war der Brookings-Report mit dem Titel »The 1987 Defense Budget« (»Der Verteidigungshaushalt 1987«) eine Auftragsarbeit. Zu den Brookings-Treuhändern für den Report zählen solche Glanzfiguren der beiden Gruppierungen wie A. W. Clausen (Präsident der Weltbank), Robert McNamara (ehemaliger US-Verteidigungsminister und Präsident der Weltbank) sowie Douglas Dillon (ehemaliger amerikanischer Schatzminister). Finanziert wurde der Report durch die Ford-Foundation und die John D. and Catherine T. MacArthur-Foundation.

Ronald Reagan hat den bis dahin in der Wählergunst erfolglosen George Bush zum Vizepräsidenten gemacht.

Der Report wurde an den inneren Zirkel, zwei Tage vor der Eröffnung der Trilateralen-Konferenz in Madrid, verteilt. Interessanterweise regt der Report an, die Ausgaben sowohl für SDI als auch für konventionelle Verteidigung zu verringern, da Amerikas Militärmacht ohnehin überwältigend bleiben werde. Diese Empfehlung steht in direktem Widerspruch zu den Berichten und Stellungnahmen sowohl der Trilateralen als auch der Bilderberger in diesem und dem vergangenen Jahr.

Die NATO soll einsparen

Auf die Frage, wie es zu diesem Widerspruch zu der CFR-Studie und der einstimmigen Verlautbarung der Bilderberger kommt, antwortete der Autor Joshua M. Epstein: »Ich weiß nicht, ob sie auf der Madrider Konferenz diskutiert wird oder nicht.«

Die Trilateralen sind besorgt, daß George Bush die Präsidentschafts-Nominierung der Republikaner nicht erreicht.

Laut Epstein soll die NATO in einem Vierjahreszeitraum 19 Milliarden Dollar einsparen, da sie jetzt »die materiellen Möglichkeiten besitzt, den Warschauer Pakt aufzuwiegen«. Erreicht würde dies teilweise dadurch, daß man von der auf »Tiefangriff« gerichteten F-15 umstellt auf die weniger kostspielige F-16.

Epstein fordert »echte Einfrierungen« im Steuerjahr 1987 für SDI und das Midgetman-Raketenprogramm, um für die amerikanischen Steuerzahler bis 1990 Einsparungen in Höhe von 56 Milliarden Dollar zu verwirklichen.

Wie ein Brookings-Offizieller sagte, stellt der Verzicht die Ansicht des Autors dar und »sollte nicht der Institution oder den Foundations zugeschrieben werden«.

Ein anderer Brookings-Offizieller stellte zwei wichtige Punkte heraus: Erstens, in all den zahlreichen Brookings-Reports sind die Autoren angeblich »unabhängig«, damit sie glaubwürdig sind, wenn auch die Schlußfolgerungen gewöhnlich voraussehbar sind.

Zweitens, möglicherweise wurde dieser eine Fall der Meinungsverschiedenheit begrüßt, um zu »demonstrieren, daß es einen echten Dialog gibt, und nicht bloß inszenierte Sitzungen«.

Dessen ungeachtet, so auch die Meinung dieses Informanten, würden die international Verantwortlichen, die an beiden Sitzungen teilnehmen, nach Hause zurückkehren, um die Sache von SDI und verstärkter konventioneller Kapazitäten voranzutreiben.

Einige der Trilateralen äußerten Besorgnis über den amerikanischen Vizepräsidenten George Bush, ein Anhänger der Trilateralen, der für die nächste amerikanische Präsidentschafts-Nominierung der Republikaner 1988 und den möglichen Einzug ins Weiße Haus vorgesehen ist.

Einige meinten, er scheine ein schwacher Kandidat zu sein, weil er »das letzte Mal, als er allein angetreten ist«, nicht in den amerikanischen Senat kam. »Mit Reagan auf der Parteikarte hätte jeder zum Vizepräsidenten gewählt werden können«, so bemerkte ein anderer Beobachter.

Doch die Befürchtungen, daß die wahrscheinliche Kandidatur des TV-Predigers Pat Robertson und andere Faktoren den Wahlkampf von Bush beeinträchtigen könnten, wurden beiseite geschoben. Jerry Falwell sei von Anfang an für Bush gewesen – obwohl der Prediger zuvor die Trilaterale Kommission kritisiert hatte – und dies sei ein Beispiel dafür, daß alles in »der richtigen Spur läuft«. □

Trilaterale Kommission

Der Griff nach der Weltmacht

Peter Blackwood

Italiens Finanzminister Nino Andreatta ließ in einer Diskussion vor italienischen Journalisten im Anschluß an das Treffen der Trilateralen Kommission in Madrid die Katze aus dem Sack. Andreatta gab bekannt, daß nicht mehr als 30 Finanzinstitutionen das Ende dieses Jahrhunderts erleben würden und daß es die Aufgabe der Regierungen sei, dieser unvermeidlichen Evolution Vorschub zu leisten.

Die David-Rockefeller-Organisation der Trilateralen Kommission, die lange Zeit von Henry Kissinger geleitet wurde, war in den siebziger Jahren als der Denk-Tank der Carter-Administration entstanden und bildet seit Anfang der achtziger Jahre ein Gläubigerkartell gegenüber den Entwicklungsländern. Sie ist Befürworter für eine globale Zentralbank, globale Kontrolle über die Weltwirtschaft und für eine Ein-Welt-Regierung seit ihrer Gründung im Jahre 1973.

Die Zukunft gehört den Multinationalen

Die Trilaterale Kommission hat eine Absichtserklärung abgegeben: Sie möchte die vereinheitlichte Gläubigerorganisation werden, die allen Regierungen die Politik diktiert. Als Andreatta von einer Handvoll von Geld-Instituten sprach, die die Weltfinanzen kontrollieren, und zwar uneingeschränkt von nationalen Grenzen oder örtlichen Bestimmungen, hatte er gerade eine Zusammenkunft eben jener Institution verlassen, die sich als eine der Überlebenden sieht.

»Die Zukunft gehört den multinationalen Banken«, so David Rockefeller auf dem Madrider Treffen. »Das allgemeine Interesse der Menschheit wird sich, wirtschaftlich gesehen, entwikkeln, wenn die Kräfte des freien Marktes die nationalen Grenzen überschreiten. Der Augenblick ist gekommen, die Belagerung gegen die multinationalen Firmen zu beenden und die Entwicklung der Weltwirtschaft fortzusetzen.«

Andreattas Bemerkungen fanden anläßlich eines Treffens über Wirtschaftsstrategie statt, das unter der Schirmherrschaft der Banca Nazionale de Lavoro (BNL) in Venedig stattfand. Thema des Treffens waren »Strategien der großen internationalen Banken« und »Management der Banken in der Zukunft«. Vor knapp einem Jahr war Henry Kissinger zum internationalen Berater der BNL ernannt worden.

Neben David Rockefeller von der Chase Manhattan Bank nahmen zwei Spitzenbeauftragte von Shearson Lehman Brothers teil sowie die Schwestergesellschaft Shearson Lehman American Express, einschließlich Shearson Lehman Senior Manager, Philip Caldwell, und Shearson Lehman American Express Managing Director, Richard Holbrooke, ein ehemaliger Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium in der Carter-Regierung, der jüngst aktiv an dem Sturz von Präsident Ferdinand Marcos auf den Philippinen beteiligt war.

Andere Teilnehmer waren Top-Beauftragte der Midlands-Bank, Banque Brussels Lambert, Banco March of Spain, Banca Commerciale Italiana (BCI) aus Mailand.

Anerkennung der Moskauer territorialen Forderung

Henry Kissinger trat 1984 in den Aufsichtsrat von American Express ein, und zwar sofort nachdem Edmond Safra, der zu den anrüchigsten Finanziers weltweit zählt, die Kontrolle über die internationalen Bankgeschäfte von Amex übernommen hatte.

Kissingers jüngster öffentlicher Vorstoß war ein weitverbreiteter Vorschlag, mit dem Lob von US-Außenminister George Shultz, amerikanische Bodentruppen aus Westeuropa abzuziehen. Das entspricht nicht nur Kissingers Profil, sondern auch den politischen Zielsetzungen der Finanziersfraktion, deren Eigentum er ist. Die Banken, die die Absicht haben, auf der finanziellen Flutwelle zu reiten, wissen, daß ihre Strategie den industriellen und militärischen Ruin des Westens beinhaltet. Sie haben ihre Absicht deutlich gemacht, der wichtigsten territorialen Forderung der Sowjets nachzukommen, nämlich Westeuropa.

Henry Kissingers jüngster Vorstoß: Abzug amerikanischer Bodentruppen aus Europa und Erfüllung sowjetischer territorialer Forderungen.

Die Schlußerklärung der Trilateralen Kommission, die in Madrid von den drei Regionalpräsidenten, Rockefeller (Nordamerika), Georges Berthoin (Europa) und Isamu Yamashita (Japan), abgegeben wurde, hebt hervor, daß der Tokioer Gipfel im Mai 1986 »die benötigte trilaterale Kohäsion verstärkt hat«, insbesondere weil auf dem Gipfeltreffen nicht nur wirtschaftliche Fragen erörtert wurden, sondern auch die »Bekämpfung internationaler Gesetzlosigkeit und weltweite Perspektiven des Umweltschutzes«. Die Trilaterale Kommission hatte die teilnehmenden Nationen aufgefordert, die beiden letzteren Themen anzuschneiden, wie es in der von Rockefeller, Berthoin und Yamashita abgegebenen Erklärung heißt.

Leider haben sich die sieben Staats- beziehungsweise Regierungschefs, die in Tokio zusammengekommen waren, an die trilaterale Tagesordnung gehalten, wenn auch nicht in der Weise, wie in der Erklärung behauptet wird. Die Teilnehmer des Tokioer Gipfels vereinbarten, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Maßnahmenkatalog für wirtschaftliche Leistungen zu geben, wodurch der IWF der Schiedsrichter in allen Streitigkeiten bei Wechselkursen und in der Handelspolitik ist, sowie in der inländischen Wirtschaftspolitik der großen Industrienationen.

Handelskrieg zwischen USA und Europa

Allerdings wurden die Kriterien vage belassen, was einer Absichtserklärung unter den führenden Nationen gleichkommt, im Hinblick auf diese Kriterien nicht ehrlich zu sein.

Im wesentlichen ging es bei diesem Treffen der Trilateralen Kommission darum, ein interna-

tionales System des gegenseitigen Betrügens einzurichten, in dessen Rahmen jene Gruppe, die als das beratende Gremium dient, in dem IWF-Entscheidungen entstehen, die Betrügereien überwacht.

Ein Offizieller der Trilateralen Kommission meinte: »Die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit muß verstärkt werden, und dies darf nicht ad hoc geschehen, sondern muß systematisch vor sich gehen; das heißt, daß Institutionen wie der IWF, GATT und so weiter absolut zu verstärken sind. Der IWF ist in seinen Bemühungen teilweise erfolgreich gewesen, doch schlußendlich besteht die Notwendigkeit für eine politische Verwirklichung der Zusammenarbeit, und das bedeutet einmal die Überwindung der Einschränkungen, wie sie von der nationalen Souveränität verkörpert werden.«

Trotz aller Reden über die internationale Zusammenarbeit »fanden die Vertreter der großen Industrienationen jede Menge Streitstoff auf dem Treffen«, wie Leonard Silk, ein Rokkefeller-Freund, in der »New York Times« schrieb. Die »New York Times« war die eine der beiden US-Zeitungen, die an dem Treffen teilnahmen.

»An der Spitze der Liste der Streitfragen standen die protektionistische Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft und Amerikas Drohung mit Gegenmaßnahmen, Amerikas Unzufriedenheit über den riesigen Handelsüberschuß Japans und Japans Unzufriedenheit über den rapide ansteigenden Yen-Kurs, Amerikas nachdrücklicher Wunsch, andere Länder, insbesondere die Bundesrepublik, mögen ihre Wirtschaft schneller expandieren sowie ausländische Kritik an der nur langsam vor sich gehenden Schließung des amerikanischen Haushaltsdefizits.«

Es zeigt sich, daß die Trilaterale Kommission eine koordinierende Rolle in dem »Handelskrieg« spielt, der sich jetzt zwischen Amerika und Westeuropa entwickelt. Der Beauftragte der Europäischen Gemeinschaft für Außenbeziehungen, Willy de Clercq, verlangte, daß die Europäer Handelsrestriktionen gegenüber Amerika in Kraft setzen, und zwar als Gegenmaßnahmen für amerikanische Importbeschränkungen für Europa im Anschluß an den Beitritt von Spanien und Portugal in die EG.

De Clercq beschuldigte die Vereinigten Staaten der »Nötigung« und der einseitigen Zuwiderhandlung gegen das Allgemeine Handels- und Zollabkommen (GATT). De Clercqs Bemerkungen kamen wie gerufen für die protektionistische Bewegung im amerikanischen Kongreß, wo das House im Mai ein Handelsgesetz verabschiedet hat, wobei ein Veto ausgeschlossen war, trotz aller Bemühungen Reagans gegen dieses Gesetz.

Ist der Welthandel zusammengebrochen?

Nachdem die Protektionisten im amerikanischen Kongreß Munition erhalten hatten, die sie gegen den Präsidenten verwenden konnten, zeigte sich derselbe Willy de Clercq in Madrid, wo er einer der vier Hauptredner eines trilateralen Ausschusses zum Thema »Die Zukunft der internationalen Handelssysteme« war, wobei er das Podium mit dem Direktor des Ausschusses, Arthur Dunkel aus der Schweiz, teilte, der internationale Direktor des GATT ist.

Trilaterale Schlichtung eines Handelskrieges sollte ernst genommen werden: Wenn die führenden Industrienationen dumm genug sind, untereinander um das zu kämpfen, was an Welthandel übrig-geblieben ist, dann sind sie ganz sicher dazu in der Lage, die Trilaterale Kommission zur Schlichtung des Schlamassels einzuladen.

In Wirklichkeit ist der Welthandel nach 1980 zusammengebrochen und nie wieder belebt worden. Ohne Maßnahmen zur Wiederbelebung des Handels, insbesondere mit hoch-technologischen Investitionsgütern, wird die Weltwirtschaft auf ihrer Abwärtsspirale in den finanziellen Kollaps fortfahren. Indessen mehren dieselben supranationalen Institutionen, die das Problem verursacht haben, das heißt, der Internationale Währungsfonds und das Allgemeine Handels- und Zollabkommen (GATT), ihre eigene Macht, um in die Angelegenheiten der streitenden Parteien einzugreifen. □

US-Dollar

Des Kaisers neue Kleider

Martin Burns

Die Misere der überlasteten Staatsschuldner ist inzwischen hinlänglich bekannt. Dritte Welt und kommunistische Länder haben sich westliche Gelder wie US-Dollar und andere harte Währungen geborgt, sei es von Banken, internationalen Organisationen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungfonds oder von öffentlichen Einrichtungen in den Industrienationen.

Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß diese Schuldnerländer nicht genügend Auslandsdevisen durch den Verkauf ihrer Exporte und die Einnahmen aus dem Touristengeschäft verdienen, um so ihre Zinsen auf die Schulden begleichen zu können, von der Tilgung der Kapitalsumme einmal ganz zu schweigen.

Neue Kredite für alte Schulden

Seit 1982 – also seit nunmehr vier Jahren – haben Establishment-Politiker, Diplomaten und Banker Berge versetzt, um dieses internationale System des Schuldengeldes vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Banken und Regierungen haben neue Anleihen gemacht, oft gegen ihr besseres Wissen, damit Zinsrückstände bezahlt und alte Kredite »auf dem laufenden« gehalten werden konnten.

Andere Zinsrückstände wurden kapitalisiert, wobei überfällige Zinsen auf die Kapitalsumme bestehender Kredite aufgeschlagen werden, für die zusätzliche Zinsen zu zahlen sind. Und es wurden sogar neue Kredite aufgenommen, gelegentlich sogar für ein lohnenswertes Entwicklungsprojekt, aber meistens um die lebenswichtigen Importe zu finanzieren, wie zum Beispiel Lebensmittel, Medikamente, Ersatzteile und Erdölerzeugnisse, und um einen totalen Kollaps der Geldwirtschaft in den verschiedenen Ländern der dritten Welt zu verhindern.

Obwohl die Schwere des Problems allgemein anerkannt ist, sind die Amerikaner generell zuversichtlich, daß die westlichen Industrienationen damit fertig werden können. Denn schließlich werden die meisten internationalen Kredite in US-Dollar vergeben, und das Establishment hat klargemacht, daß kein großes Geldinstitut mit dem Bauch nach oben schwimmen wird. Betrachten wir die Rettung der Continental Illinois Bank im Jahr 1984: kein Einleger hat einen Pfennig verloren, ihre Risiken wurden von »der Regierung« übernommen, tatsächlich jedoch vom Steuerzahler.

Das Spiel mit dem Euro-Dollar

Aber das Establishment sagt dem Steuerzahler in Amerika und in anderen westlichen Industrieländern nicht, daß die meisten Bankkredite an ausländische Schuldner nicht von den Banken wie zum Beispiel Chase Manhattan, Bank of America und Continental Illinois in den Vereinigten Staaten aufgebracht werden, sondern von europäi-

US-Dollar

Des Kaisers neue Kleider

schen, kanadischen, Hongkong- und Singapur-Banken beziehungsweise von den Überseeniederlassungen der großen amerikanischen Banken. Diese Niederlassungen unterliegen nicht denselben gesetzlichen Forderungen wie ihre Muttergesellschaften in Amerika, und seien sie noch so unzureichend.

Alle diese Banken geben Anleihen in sogenannten »Euro-Währungen« aus.

Ein Euro-Dollar ist einfach ein Dollar, der außerhalb der USA im Umlauf ist, so wie ein Euro-Yen außerhalb von Japan zirkuliert und ein Euro-Sterling ein englisches Pfund außerhalb Großbritanniens ist.

Sind diese Euro-Währungen einfach Zahlungen für Güter und Dienstleistungen im Ausland, so wie die Dollar, die Amerikaner für Toyotas aus Japan bezahlen? Nur zum Teil. Die meisten Euro-Währungen werden von Banken in derselben Weise erschaffen wie die Dollars in den Vereinigten Staaten: Man borgt sie ins Dasein zu entsprechenden Zinsen.

Es gibt keine formellen Reserveforderungen oder andere Limits für die Schaffung von Euro-Währungen. Die einzige Begrenzung liegt in der Fähigkeit des Verleihungsinstitutes, die Schecks einzulösen, die auf die ausgeborgten Gelder ausgestellt werden, sobald sie zur Zahlung vorgelegt werden.

Daß es keine Reserveforderung gibt, ist ungeheuer wichtig. Die Schaffung von Geld aus der Luft, das mit Zinsen verliehen wird, unterliegt ganz und gar keiner Aufsicht von außen. Während jede Regierung die Aufsicht über das Bankengeschäft im Inland hat, fragt sich, wer die Schweizer Niederlassung einer britischen Bank beaufsichtigt, die US-Dollar nach Ghana verleiht, um Toyotas aus Japan zu importieren? Die Antwort ist: niemand.

Nachdem nun die Kredite vergeben, die Toyotas gekauft und überwiegend im Dschungel verrottet sind, was bleibt? Nun, die Schulden; Schulden, die nicht zurückgezahlt werden können.

Noch schlimmer ist, daß die Banken nicht einmal wirklich die Rückzahlung der Kapitalsumme wollen. Ihr Wunsch ist, daß dieses Geld hart arbeitet und Zinsen einbringt. Für einen Banker ist ein Dollar, der zurückbezahlt wird oder in einem Safe liegt, eine Passiva, die Einlage eines anderen, auf die er Zinsen zahlen muß. Ein Kredit dagegen ist eine Aktiva, der produktive Einsatz seiner Passiva, die ein Zinseinkommen verdienen.

Die Erfindung der Sowjets

Damit steht eine Bank unter Druck, bis an die Grenzen ihrer Ressourcen auszuleihen und so die Einkommen zu maximieren. Die Rückkehr einer Kapitalsumme ist kein Einkommen; im Gegenteil. Es verringert die Aktiva einer Bank – ihr Portefeuille an Krediten.

Allerdings gibt es etwas, das schlimmer ist als die Rückzahlung eines Kredites – nämlich der Verzug. Aus diesem Grund bestehen alle internationalen Banken und ihre Heuerlinge auf dem »freien Handel«. Da sie an Länder wie Mexiko und Zaire weit über jedes Maß Geld ausgeliehen haben, verlangen sie, daß die Industrieländer ausländische Produkte anstatt der eigenen kaufen, damit die Auslandsschuldner ihre Schulden bedienen können.

Ein amerikanischer Banker kann bei einem inländischen Schuldner, der in Verzug ist, pfänden, aber die Pfändung von Mexiko oder Zaire ist in der Tat unmöglich.

Der Euro-Dollar ist tatsächlich von den Sowjets erfunden worden, und zwar Ende der vierziger Jahre, nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Sowjets befürchteten, daß, wenn sie ihre Dollar, mit denen sie ihre Importe aus dem Westen bezahlten, in amerikanischen Banken aufbewahren würden, diese im Falle einer Konfrontation oder eines Disputes eingefroren werden könnten, so wie später 1979 und 1986 die iranischen beziehungsweise libyschen Gelder eingefroren wurden.

Die Sowjets wollten ihre Dollar lieber in Banken haben, die ihnen in Paris und in London gehörten. Die Telexanschrift der Pariser Bank war »Eurobank«, und diesem Zufall verdankt der »Euro-Dollar« seinen Namen.

1960 befanden sich rund 3 Milliarden Euro-Dollar im Umlauf. Heute befinden sich mehr als 1,5 Billionen Dollar in Euro-Währungen im Umlauf, wobei eine Billion auf US-Dollar entfallen und der Rest auf die wichtigsten europäischen Währungen und den Yen. Die Höhe der US-Dollar im Umlauf außerhalb der Vereinigten Staaten übersteigt das offizielle Geldvolumen M-1 (Bargeld und Giroeinlagen) um rund 50 Prozent.

Der Westen tritt nunmehr in das fünfte Jahr eines starken wirtschaftlichen Aufschwungs ein. Während dieser Zeit hat Amerika absichtlich ein einmaliges Handelsbilanzdefizit mit der übrigen Welt unterhalten; sowohl um die Wirtschaften seiner Handelspartner zu stimulieren als auch um Dollar in die Hände der dritten Welt zu legen, damit sie ihre Schulden bedienen können.

Ein Tschernobyl der Banken

Jetzt drängen die USA ihre Handelspartner, vor allem Japan, zu ähnlichen Defiziten, da der Verlust von Arbeitsplätzen und Industriekapazitäten, die die Amerikaner erlitten haben, sie buchstäblich mit dem Verlust ihres Großmachtstatus bedroht.

Näher liegt jedoch das Problem eines Bankenunfalls, den das Establishment nicht kontrollieren kann, vergleichbar mit dem Atomunfall in Tschernobyl. Es gibt zwei wahrscheinliche Konsequenzen im Falle eines solchen Unfalls, der wahrscheinlich von der absoluten Zahlungsunfähigkeit eines souveränen Schuldners herbeigeführt werden würde und zu dem Zusammenbruch von einer oder mehreren Banken führen könnte, die übermäßig viele der Schuldscheine des zahlungsunfähigen Landes besitzen.

Die eine Gefahr ist, daß der Markt sofort den echten Wert ähnlicher Anleihen anderer Länder heruntersetzen würde und damit die derzeitige Fiktion ignoriert, daß diese Kredite wertvolle Aktiva seien, deren Zinsen entweder gezahlt oder kapitalisiert werden. Dadurch erhöht sich die Möglichkeit einer Multiplikation der Bankrotte bei großen Banken, wenn sie den echten »Wert« ihrer ausländischen »Aktiva« erkennen müssen.

Viele dieser Aktiva sind zweifellos absolut wertlos. Es ist wie in dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern: Euro-Währungen, im Vergleich mit wirklichem Geld, sind wie des Kaisers neue Kleider im Vergleich zu wirklichen Kleidern.

Die andere Gefahr ist, daß die eine Billion in US-Währung, die in der Welt zirkuliert, oder zumindest das, was übrigbleibt, nachdem die Euro-Dollar-Kredite auf einen realistischen Wert abgeschrieben wurden, den Versuch machen werden, »nach Hause« in die Vereinigten Staaten zu gelangen, um hier Dinge von wirklichem Wert zu kaufen.

Diese Euro-Dollar werden derzeit außerhalb der Vereinigten Staaten in Umlauf gesetzt, Transaktion nach Transaktion: Frankreich kauft Erdöl von Saudi-Arabien und bezahlt mit Dollar. Saudi-Arabien kauft Toyotas aus Japan mit diesen Dollar, das dann damit Wolle und Leinen aus Schottland kauft. Diese Dollar laufen um die Welt, immer wieder, ohne je in die Vereinigten Staaten zu kommen, einfach weil der US-Dollar die gewählte Währung für den internationalen Handel ist.

Wenn der Dollar diesen überhöhten Status verlieren würde, und Hunderte von Millionen von Euro-Dollar plötzlich »heim« nach Amerika kämen, hätte dies inflationäre Konsequenzen von enormer Bedeutung. □

Geld-Geheimnisse unter Eid enthüllt

Während eines Prozesses in Kanada hatte der Rechtsanwalt Douglas Christie die Gelegenheit zu einem Kreuzverhör von John Burnett, dem Senior-Vize-Präsident der Royal Bank of Canada.

Bei dem Verhör durch den kanadischen Staatsanwalt Peter Griffiths hat John Burnett behauptet: »Die Natur der Geschäfte der Royal Bank, wie im Fall der meisten Handelsbanken, ist das Borgen von Geld zu unterschiedlichen Zinssätzen für unterschiedliche Laufzeiten, und die Ausleihung des so geborgten Geldes, zusammen mit seinem Kapital, zu unterschiedlichen Zinsen und unterschiedlichen Laufzeiten.«

Bei der Befragung durch den Rechtsanwalt Douglas Christie bezüglich Kreditbeschaffung und Auslandskredite kam es zu folgendem Dialog:

Christie: Gut, lassen Sie mich es so formulieren: Damit kann eine kanadische Bank nur eine bestimmte Anzahl von kanadischen Dollars schaffen. Stimmen Sie dem zu?

Reserven sind nur gering

Burnett: Korrekt.
Christie: Einen von 20 oder 20mal einen, wirklich. Richtig – auf die durchschnittlichen Reserven?
Burnett: Das ist die Tatsache, von der ich sagte, ich könne sie nicht akzeptieren.
Christie: Sie akzeptieren diese Tatsache nicht?
Burnett: Nein. Ich konnte keinen Kommentar zu der Richtigkeit der Äußerung abgeben.
Christie: Aber allgemein sind Reserven ein sehr geringer Anteil an der Höhe der Einlagen – etwa 5 Prozent?
Burnett: Korrekt.
Christie: Sie halten also einen Dollar in Einlagen für je 20, die Sie ausleihen. Dazu sind Sie verpflichtet.
Burnett: Ja.
Christie: Ich schlage Ihnen vor, daß sie für den Devisenhandel und für Kredite an ausländische Stellen und in ausländischen Grenzen keine Mindestreservenforderungen einhalten müssen. Sie brauchen nach kanadischem Recht nicht einen Dollar an Einlagen für je 20 zu halten, die Sie verleihen.
Burnett: Richtig.
Christie: Der andere Mann, der Amerika regiert, Federal-Reserve-Vorsitzender Volcker, gibt ein bißchen, aber verliert nicht. Ist das für seine Position zutreffend?
Burnett: Ja. Es ist eine zutreffende Beschreibung seiner Position als Vorsitzender des Federal Reserve Board.

Internationales Syndikat der Banker

Christie: Sind Sie der Meinung, daß Sie das Funktionieren der internationalen Finanzen in bezug auf den Internationalen Währungsfonds und die Position des Federal Reserve Board verstehen?
Burnett: Nein, ich bin nicht dieser Meinung.
Christie: Ich lege Ihnen nahe, daß die internationale Beziehung, die Sie mit kanadischen Banken und anderen Banken beschrieben haben, ein internationales Netzwerk zur finanziellen Kontrolle geschaffen hat. Verneinen Sie das?
Burnett: Ich verneine das.

(Nach einer langen Diskussion über die Betreibung von Auslandskrediten, ging das Kreuzverhör weiter.)

Christie: Und die Bedingungen, zu denen er zurückbezahlt werden kann, sind aushandelbar, aber ich sage Ihnen, daß, wenn die endgültige Entscheidung gefällt wird, das internationale Syndikat von Banker, die das Geld leihen, das Leben für ein Land sehr schwer machen könnte, das sich weigert zu zahlen oder einem bestimmten Ratschlag nicht nachkommt.
Burnett: Ein Banker könnte auch das Leben für die ABC Motor Company in Toronto sehr, sehr schwer machen.
Christie: Aus welchem Grund haben die Banken beschlossen, keine Kredite an Südafrika zu vergeben?
Burnett: Ich habe der Bank nicht angehört, als sie jene Entscheidung traf.
Christie: Nun, ich möchte Ihnen eine Anregung geben. Hat es nicht einen politischen Grund?
Burnett: Oder moralischen.
Christie: Nun gut. Somit trifft die Bank ein moralisches oder politisches Urteil über Südafrika. Korrekt?
Burnett: Korrekt.
Christie: Warum trifft sie kein ähnliches moralisches oder politisches Urteil über Rumänien oder die Tschechoslowakei, wo die Menschen ebenso unterdrückt sein könnten? Darf ich vorschlagen, daß Sie eine Präferenz für jene Länder haben?
Burnett: Präferenz wem gegenüber?
Christie: Gegenüber Südafrika.
Burnett: Gegenüber Südafrika? Ich vermute, das ist eine brauchbare Beobachtung.
Christie: Nun, denken Sie, daß es in den Ländern Rumänien, Jugoslawien oder Polen Unterdrückung gibt, die auf gewisse Weise von Auslandskrediten subventioniert wird, um die Regierungen davon abzuhalten, einige wirtschaftliche Schwierigkeiten zu konfrontieren?

Unterstützung des Kommunismus

Burnett: Ich habe keine Möglichkeit, davon zu wissen. Die Finanzierungen, die überwiegend in diese Länder fließen, sind in der Form der Finanzierung von Handel. Sie finanzieren Export von kanadischen Produkten und Dienstleistungen.

Und wenn wir besorgt sein sollten, kanadische Produkte kommunistischen Ländern zur Verfügung zu stellen, wenn das heißt, den Kommunismus zu unterstützen oder den Bestrebungen des Weltkommunismus zu dienen, das heißt, die Finanzierung von kanadischen Ingenieurleistungen oder Konsumproduktion, dann meine ich, ist dies eine politische Entscheidung, dann sollte uns unsere eigene Regierung sagen, daß wir das nicht tun sollen. Dies ist nicht der Fall. Wir werden von der Regierung kräftig ermutigt, bei der Handelsfinanzierung mitzuwirken, wohin auch immer.

Wenn wir der Befürwortung und Unterstützung kommunistischer Regimes schuldig sind, dann ist es auch die Regierung von Kanada. Und wir können uns nicht fromm zurücklehnen und sagen: »Wir stimmen mit Ihnen politisch nicht überein; wir stimmen mit Ihrem politischen System nicht überein und daher werden wir keine kanadischen Güter zu Ihnen exportieren; wir meinen, weil Sie kommunistisch sind, sollten Sie keinen kanadischen Weizen haben.«

Sie werden ihren Weizen von Argentinien, von den USA, von Australien oder sonstwoher bekommen. Und ich meine nicht, daß es die Aufgabe eines Bankers ist, jene politischen, international politischen Entscheidungen zu treffen. Wenn wir irgendeine Direktive von unserer Regierung darüber erhielten, wie wir unsere Bankgeschäfte zu führen hätten, dann wäre das absurd.

Christie: Gibt es einen signifikanten Unterschied zu Ihren Krediten an Argentinien in anderer Hinsicht? Sie haben doch keine Sicherheit der Pfändung bei der argentinischen Regierung, aber Sie haben Sicherheit der Pfändung bei einem Farmer in Westkanada.
Burnett: Nun, ich denke – ja, das sollte doch ganz offensichtlich sein.
Christie: Und ich frage Sie, ob es nicht wahr ist, daß bei einer Einlage von einem Dollar, für die Sie 20 Dollar ausleihen, das ganze ein Geschäft für Sie allein wird.
Burnett: Ja. □

Geheimdienste

Kampf zwischen FBI und CIA

Warren Hough

Das Weiße Haus versucht sich als Schiedsrichter in einem Zusammenstoß zwischen dem FBI-Direktor William Webster und dem CIA-Chef William Casey, zu dem es wegen mehrerer Sicherheitsfälle in letzter Zeit kam, bei denen der Mossad, der israelische Geheimdienst, eine kriminelle Rolle gespielt haben soll.

William Webster, früher Richter, und William Casey, millionenschwerer Börsenspekulant, liegen sich in den Haaren darüber, wie amerikanische bundesstaatliche Untersuchungen zu behandeln sind, in die am Ende israelische Agenten verwickelt sind.

Grobe Mißachtung von US-Gesetzen

»Webster ist ein schnurgerader Mann«, sagte Connie Hicks, ein kürzlich pensionierter Polizeibeamter, der jetzt als Sicherheitsbeauftragter in Manhattens Diamantenviertel arbeitet. »Er will die Dinge nach den Buchstaben des Gesetzes regeln: ›Gesetzesbrecher müssen strafrechtlich verfolgt werden.‹ Casey dagegen ist ein Raubtier. Wenn seine Agenten über ein Verbrechen stolpern, will Casey wissen: ›Wie können wir es zu unserem Vorteil ausbeuten?‹.«

Außerdem sagen Informanten, die ihn seit Jahren gut kennen, daß Casey eine führende Figur in dem inneren Kreis von nationalen Sicherheitsberatern gewesen sei, die US-Präsident Ronald Reagan dazu überredet haben, daß Israel Amerikas zuverlässigster und nützlichster Verbündeter im Kampf gegen den Terrorismus sei.

Jetzt hat eine von dem FBI geführte Untersuchung der Gegenspionage herausgestellt, daß Israel eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Amerikas ist. Sie hat bestätigt, daß israelische Spione, in beispielloser Zahl, die Regierung unterwandert haben, und daß einige dieser ausländischen Agenten Riesentransaktionen mit militärischer Konterware vornehmen, und dies unter Mißachtung und manchmal sogar in grober Verletzung der amerikanischen Gesetze.

Noel C. Koch, ein mutmaßlicher Mossad-Getreuer, zuständig für Terroristen-Abwehr, mußte seine Arbeit quittieren und Privatberater werden.

Der Fall des Michael Pillsbury, der kürzlich aus einer Spitzenposition im Grundsatzplanungsbüro des US-Außenministeriums entlassen wurde, nachdem ein FBI-Lügentest angezeigt hatte, daß er ein Sicherheitsrisiko sei, ist typisch, wie aus amerikanischen Polizeikreisen zu erfahren ist.

Zu seiner Überraschung mußte das Weiße Haus erfahren, daß Pillsbury bei einer FBI-Überprüfung schon 1979 als ein Mossad-Mann in Verdacht geriet, als er ein hoher Beauftragter der »Arms Control and Disarmament Agency« (Amt für Waffenkontrolle und Abrüstung) war.

Aufgrund eines Hinweises wurde Pillsbury im Oktober 1979 auf dem Dulles Airport in Washington von den amerikanischen Bundesbeamten abgefangen.

Berichten zufolge haben sie in dem an Pillsburys linker Hand angebundenen Aktenkoffer hochvertrauliche Regierungsdokumente gefunden, während die Bordkarte in seiner rechten Hand zeigte, daß er einen schnellen Trip nach Israel machen wollte.

William Webster, FBI-Direktor, ist dafür, daß auch Israel-Getreue nach den Gesetzen strafrechtlich verfolgt werden.

Es geht um fünf bekannte Agenten

Auf Drängen des FBI wurde Pillsbury 1979 entlassen. Doch er wurde anschließend »wieder eingestellt«, und zwar als Berater des amerikanischen Außenministeriums, als sich eine Reihe von einflußreichen »Doppelt-Loyalen«, darunter ein Mitglied aus dem Stab von Senator Jesse Helms und ein hoher CIA-Offizieller, zusammentaten und ihn protegierten.

Daß Pillsbury zum zweiten Mal entlassen wurde, hat eine Reihe von Fragen bezüglich seiner vorherigen Wiedereinstellung aufgeworfen. Außerdem hat es dazu geführt, wie Informanten berichten, daß ein anderer mutmaßlicher Mossad-Getreuer seinen Job als Top-Sicherheitsberater Amerikas plötzlich aufgegeben hat: das Weiße Haus hat bekanntgegeben, daß Noel C. Koch, der stellvertretende zweite Verteidigungssekretär, zuständig für Spezialeinheiten und Terrorismus-Abwehr, seine Arbeit quittiert und Privatberater wird.

Koch, der als ein früherer Lobbyist der Israelis in Washington bekannt ist, hat auch Berichte an Jack Anderson, einen umstrittenen Schreiberling, durchsickern lassen, der sich einige Peinlichkeiten in diesem Jahr aufgrund zahlreicher Ungenauigkeiten in seiner Syndikatskolumne eingehandelt hat.

Amerikanische Waffen auf dem internationalen Schwarzmarkt

Wie in Pentagonkreisen gemunkelt wird, ist der Abgang dadurch bedingt, daß Beweismaterial Koch sowohl mit der israelischen Regierung, als einen mutmaßlichen Geheimdienst-Informanten, als auch mit einigen von Andersons jüngsten Falschaussagen verbindet. Diese Anschuldigungen erwiesen sich als zu viel, sie stellten ein »kumuliertes Sicherheitsrisiko« dar. Doch andere Informanten sagen, die zugrunde liegenden Fakten sehen noch schlimmer aus.

Gemäß dieser informierten Version wurde Koch nach einer Reihe von Top-secret-FBI-Vorladungen fallengelassen, die ihn mit israelischen Versuchen in Verbindung gebracht hatten, amerikanische Waffen auf dem internationalen Schwarzmarkt zu verkaufen, wo terroristische Fraktionen ihre Waffen einkaufen.

Schwarze Geschäfte zu überhöhten Preisen

In diesen vertraulichen FBI-Vorladungen, so gut unterrichtete Kreise, ging es um fünf Fälle der neuesten Zeit. Dabei wurde festgestellt, daß fünf bekannte

israelische Agenten Riesenladungen mit Konterbandewaffen aus den Vereinigten Staaten an überseeische Vertriebsstellen geleitet haben, an denen sie von Schwarzmarkt-Einkäufern zu überhöhten Preisen in Millionenhöhe erworben werden konnten.

Wie zu erfahren ist, stehen drei dieser umfangreichen Waffen-Gesetzverstöße in direkter Verbindung mit der israelischen Regierung und ihrer Lobby in den USA, für die Koch ein Sprecher und Geldauftreiber gewesen ist, bevor er an Bord der Reagan-Regierung im Jahr 1985 kam.

Paul Sjeklocha, alias Paul Cutter, der im Juli 1985 in Miami wegen seiner Beteiligung an einem Waffenschmuggel im Wert von über 200 Millionen Dollar verhaftet wurde, ist, so stellte man fest, eine Schlüsselfigur und Vorstandsmitglied des »Jewish Institute for National Security Affairs« (JINSA) gewesen, der Hauptlobby des israelischen Militär-Establishments und des Mossad in Washington. FBI-Untersuchungsbeamte haben jetzt dokumentierte Verbindungen zwischen Koch und Pillsbury und JINSA vorgelegt.

Bei einer Untersuchung über einen Waffenschmugglerring, der plante, US-Militärgerät an Kunden zu bringen, die kraft Gesetz von deren Erwerb ausgeschlossen sind, führte die Spur bis nach London, wo einer seiner Hauptmänner als Howard Levy, alias Lee Howard, identifiziert wurde. Es handelt sich um einen ehemaligen Public-Relations-Mann aus Washington, der die Liaisonarbeiten zwischen der Carter-Mondale-Wahlkampagne und mehreren israelischen Interessengruppen erledigte, mit denen Koch 1975 bis 1976 zusammengearbeitet hat.

Zum schlimmsten Skandal kam es in der letzten Aprilwoche, als ein hoher israelischer Offizier, General Abraham Bar-Am, zusammen mit 15 Komplizen von FBI-Agenten und Detektiven auf den Bahamas verhaftet wurde. Unter Anführung der Ergebnisse einer von Webster überwachten Großuntersuchung hat der Commissioner des US-Zollamtes, William von Raab, General Bar-Am angeklagt, einer der »Leute gewesen zu sein, die Waffen für den internationalen Terrorismus liefern ... Makler des Todes, die einen internationalen terroristischen Freimarkt betreiben«.

Obwohl die amerikanischen Establishment-Medien es zu berichten versäumt haben, ist zu erfahren, daß Bar-Am enge Kontakte zu der Heritage Foundation hatte, dem Denk-Tank der Republikaner in den USA, der für seine Unterstützung Israels bekannt ist.

Casey will den Deckel zuhalten

Gemäß diesen Informanten ist Bar-Am zunächst durch ein von der Heritage Foundation protegiertes Programm nach Amerika gekommen. Dieses Programm hat mehrere ehemalige Offiziere der Israelis nach Washington gebracht, um amerikanische Experten zu »konsultieren« und Israels Strategie zu erörtern, insbesondere hinsichtlich »präventiver gegen-terroristischer Operationen« und mobiler, bewaffneter Manöver.

Casey soll vor Zorn geschnaubt haben, als er von dem FBI-Fall erfuhr, der zu der Verhaftung des israelischen Generals und seines Teams von Waffenschmugglern geführt hat.

Wie ein Assessor der US-Staatsanwaltschaft in New York erklärte: »Seit Jahren ist Casey einer der Hauptberater, die Reagan immer wieder erzählt haben, daß Israel unsere einzige Hoffnung im Mittleren Osten und unsere beste Kraft gegen den Terrorismus sei. Jetzt hat der FBI eine ganze Kette von Untersuchungen durchgezogen, die das Gegenteil beweisen. Sie zeigen, daß Israel uns ausspioniert und unsere nationalen Sicherheitsgesetze unterläuft, häufig nur, um ein paar Millionen Dollar zu verdienen.

Webster möchte diese Fälle verfolgen, Casey will, daß sie fallengelassen und auf immer vergraben werden. Nur Reagan persönlich kann diesen Disput beilegen, und wie ich höre, möchte der Präsident am liebsten nichts damit zu tun haben. Andere Offizielle im Weißen Haus bemühen sich, die Wogen zu glätten, doch einstweilen steht es unentschieden.« □

CIA

Politik mit Bomben

Warren Hough

Scheich Muhammed H. Fadl Allah, 65, ist in der ganzen islamischen Welt als ein Führer mit einmaliger Auszeichnung bekannt: Er hat nicht nur einen von US-Agenten unternommenen Mordanschlag überlebt, sondern es auch noch erlebt, daß ein früherer CIA-Direktor das Verbrechen in der Öffentlichkeit erörtert hat.

Am 1. Juni 1986 hat Admiral Stansfield Turner, der während der Carter-Regierung als Direktor der Central Intelligence Agency (CIA) gedient hat, in einem amerikaweit übertragenen Fernsehinterview die Mutmaßung aufgestellt, daß »wir«, das heißt der CIA, versucht haben, Fadl Allah mit einer riesigen Autobombe auszuradieren. »Er entkam unverletzt«, sagte Turner, »aber es wurden acht unschuldige Passanten bei der Explosion getötet und mehr als 200 verletzt.«

Scheich Muhammed Fadl Allah sollte durch eine geheime CIA-Aktionseinheit im März 1985 ermordet werden.

Zusammen mit dem Mossad

Fast sofort nachdem eine schwere Bombe in einem kleinen Lastkraftwagen nahe bei Fadl Allahs Haus in dem Beiruter Vorort Bir-al-Abid durch Fernsteuerung am 4. März 1985 zur Explosion gebracht worden war, haben diplomatische und geheimdienstliche Beobachter auf eine spezielle, geheime CIA-Aktionseinheit hingewiesen, die im Libanon stationiert ist.

Nach besten Beweisen, die von UN-Informanten zugänglich gemacht wurden, wurde der Terroranschlag, der mehrere Straßenzüge zerstörte und mehr als 300 Betroffene hinterließ, von libanesischen Aktiven verübt, die von CIA-Fallbeauftragten ausgebildet und gelenkt wurden.

Die US-Agenten führten zusammen mit dem israelischen Geheimdienst Mossad eine Geheimoperation im Libanon durch.

Trotz solcher seit langem anstehender Beschuldigungen hat die im Fernsehen geäußerte Mutmaßung des ehemaligen CIA-Chefs Turner die Mehrheit der islamischen Welt mit der Gewalt einer zweiten Bombe getroffen. Von Millionen von shiitischen Moslems als geistiger Führer seit langem verehrt, ist Fadl Allah aus dem versuchten Attentat mit internationalem Anstrich als ein Hauptziel des kostspieligen neuen Geheimdienstprogramms – 1,1 Milliarden Dollar im Jahr 1985 – der Reagan-Administration hervorgegangen.

Auf der Liste der Feinde Israels

Doch in Amerika kennt fast niemand den charismatischen Shiiten-Ältesten bei seinem Namen. Der Grund ist einfach: Fadl Allah steht hoch auf der Liste der »öffentlichen Feinde« nicht in den USA, sondern in Israel.

Wer ist dieser mysteriöse libanesische Führer, dessen Vorhandensein die Reagan-Administration zu solchen verzweifelten – und in den Augen der Welt verabscheuungswürdigen – Attacken treibt?

CIA

Politik mit Bomben

Journalisten der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« haben kürzlich ein Interview mit Fadl Allah machen können:

Sind Sie ein Feind des Westens?

Frage: Informanten im Weißen Haus sagen – zumindest in privaten Gesprächen –, daß Sie in Geheimdienstberichten als ein Mann der Gewalt und als ein »Fanatiker« beschrieben werden, der eine schwerwiegende Bedrohung für amerikanische Interessen darstellt. Sind Sie ein Feind des Westens?

Fadl Allah: Der Westen beschuldigt mich der Gewalt – nicht nur die amerikanische Presse, sondern auch andere Kritiker. Ich bin das Gegenteil: ein Mann der religiösen Gelehrsamkeit und des Dialoges. Meine friedvollen Überzeugungen sind im einzelnen in meinem jüngsten Buch »Islam and the Theory of Force« (»Islam und die Theorie der Macht«) dargelegt.

Frage: Warum will Sie dann die amerikanische Regierung mit allen Mitteln beseitigen?

Fadl Allah: Ich denke, die Vereinigten Staaten haben angefangen, mich als einen Feind zu betrachten in der Zeit der Invasion des Libanon durch Israel 1982, als ich für den Widerstand gegen die ausländischen Streitkräfte eingetreten bin.

In einem Geheimdienstbericht, den die Amerikaner an Israel gegeben haben, so wurde mir gesagt, heißt es, daß ich die Kämpfer gesegnet habe, die gegen die Invasoren kämpften, darunter auch einige Militante, die Bombenanschläge gegen amerikanische Ziele durchführten.

Ich möchte Ihnen sagen, daß alle diese Berichte unwahr sind. Ich bin gegen Besetzung und Kolonialismus. Ich unterstütze den Kampf gegen den Kolonialismus. Aber es ist eine Lüge, wenn man mich anklagt, ich führe Leute in die Gewalt.

Ich bin dem Westen nicht feindlich gesonnen. Im Gegenteil, ich habe seit der Invasion zahlreiche Bemühungen unterstützt, um Gewalttaten zu mäßigen und einzudämmen, denen die Zivilbevölkerung zum Opfer fallen könnte. Der Mossad und der CIA scheinen leider keine derartigen Skrupel zu haben.

Unsere Feinde beschuldigen uns, antijüdisch zu sein, sämtliche jüdischen Siedler aus Palästina vertreiben zu wollen. Das ist eine Lüge. Der Islam ist in der ganzen Geschichte eine Religion gewesen, die die Koexistenz mit anderen Glaubensbekenntnissen verstanden hat. Sie hat den Mittleren Osten 14 Jahrhunderte lang regiert, doch sie hat immer die Koexistenz von Christentum, Judaismus und anderen Religionen mit dem Islam zugelassen.

Die zionistischen Eindringlinge

Unser derzeitiger Konflikt mit dem Zionismus ist einfach: Sie, die politischen Zionisten, haben das Land Palästina gestohlen und sein Volk vertrieben. Daher fordern wir die Israelis auf, Palästina zu verlassen und das Land an seine rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben. Alle die Juden, die dort vorher gewohnt haben – alle, die einen Rechtstitel auf ihre Ländereien haben –, werden das Recht erhalten, in Palästina zu bleiben, zusammen mit Christen und Moslems, die dort gelebt haben.

Dies ist ganz und gar keine antijüdische Frage.

Ich möchte das verdeutlichen: Nehmen Sie an, die zionistischen Eindringlinge in Palästina beschließen morgen, den Judaismus aufzugeben und zum Islam überzutreten, den moslemischen Glauben en masse anzunehmen. Unsere Position wäre noch immer genau dieselbe: gestohlenes Land muß an die rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden. Jedes andere Resultat wäre rechtswidrig.

Frage: Es hat Gerüchte gegeben, daß Sie den Anführern der islamischen Republik Iran nahestehen; vielleicht sogar, daß Sie an eine ähnliche Regierung für den Libanon denken.

Fadl Allah: Weder ich noch die Regierenden im Iran, einschließlich Imam, der Ayatollah Ruhollah Khomeini, denken daran, den Libanon in eine islamische Republik zu verwandeln, zumindest nicht in dem Sinne, in dem es in der amerikanischen Presse berichtet wird. Es gibt tiefgehende Unterschiede zwischen unseren beiden Ländern – Iran und Libanon –, und unsere gesellschaftlichen Systeme sind nicht gleich.

Bezüglich meiner Kontakte mit iranischen Staatsmännern, so reichen diese weit in die Vergangenheit zurück, lange bevor die islamische Republik gegründet wurde. Unsere Beziehung beruht auf Freundschaft und gegenseitigem Vertrauen. Doch heißt das nicht, daß wir unsere Nationen gleichrichten wollen. Sie sind separate Einheiten, mit unterschiedlichen ethnischen und konfessionellen Problemen, und sie werden das noch eine lange Zeit bleiben.

Frage: Amerikaner werden in Furcht und Schrecken versetzt, wenn sie von den Gewaltausbrüchen im Mittleren Osten hören. Was können sie tun, um Frieden in dieser Region wiederherzustellen?

Fadl Allah: Amerika ist in diese Gewalt verwickelt, genauso wie wir, und es muß seinen Teil der Verantwortung dafür übernehmen. Warum den Konflikt auf »Terroristen« und »Fanatiker« schieben? Dem Islam ist all solcher Extremismus abhorrent.

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger hat die Kette der Ereignisse ausgelöst, die zu dem Bürgerkrieg im Libanon geführt haben, und seitdem hat die amerikanische Politik die israelische Invasion unseres Landes herbeigeführt, bei der Tausende umgekommen sind. Ganze Nationen werden von der israelischen Kriegsmaschine geplagt und unterdrückt, und dies mit amerikanischer Unterstützung.

Die Amerikaner müssen erkennen, daß unterdrückte Völker jedes Opfer bringen, um ihre Freiheit zurückzugewinnen. Man kann nicht erwarten, daß unterdrückte Menschen sich immer vernünftig verhalten.

Um Frieden im Mittleren Osten zu finden, müssen die Amerikaner die Außenpolitik ihrer eigenen Regierung unter Augenschein nehmen. Wenn jene Politik geändert und auf die Verwirklichung des Friedens gerichtet wird, werden Gewalttaten in unseren Ländern abflauen, und kein Amerikaner wird sich mehr vor einem Besuch bei uns fürchten müssen. □

Der Bombenanschlag des CIA galt eigentlich Fadl Allah, er tötete aber acht unschuldige Schiiten und zerstörte mehrere Straßenzüge.

CIA

Casey klagt Medien wegen Verrats an

Victor Marchetti

Der allerneueste Versuch des CIA-Direktors William Casey, die Nachrichten-Medien einzuschüchtern, kam in Form eines Antrags beim amerikanischen Justizministerium, die US-Fernsehstation NBC wegen einer Story über den als Sowjetagenten beschuldigten Ronald Pelton strafrechtlich zu verfolgen. Caseys Vorgehen gegen NBC kam nach einer Reihe von Drohungen, die er gegen mehrere amerikanische Nachrichten-Organe ausgestoßen und dafür ein obskures, kaum angewandtes Gesetz von 1950 zitiert hat.

Die Aktion des CIA-Direktors hat die »Washington Post«, eine der Nachrichten-Organe, die er zuvor bedroht hat, so in Rage versetzt, daß sich die Zeitung entschloß, ihre eigene Story über den Spionagefall Pelton zu veröffentlichen, eine Story, die sie seit Wochen zurückgehalten hatte, weil Casey gedroht hatte, er werde den Staatsanwalt einschalten, wenn sie herauskäme. Die Story erschien einen Tag nach Caseys Angriff auf die NBC.

Heimlichtuerei im Fall Pelton

Wie zahlreiche Quellen innerhalb der Establishment-Medien und im US-Kongreß sagen, hat Casey einen Krieg angefangen, »den er nicht gewinnen wird«.

Die Information über den Spionagefall Pelton, die Casey so verzweifelt vor der amerikanischen und westlichen Öffentlichkeit verheimlichen will, und zwar weil sie angeblich der nationalen Sicherheit der USA schaden würde, ist ein ganz alter Hut, wirklich sehr alt. Die Sowjets wissen davon seit mindestens 20 Jahren.

Wen also wollen Casey und seine Heimlichtuer im dunkeln lassen? Gewiß nicht den Kreml.

Die Antwort ist einfach: das amerikanische Volk. Und das ist der wahre Grund für die Ausübung von unmäßiger Geheimhaltung der Regierung, eine Geheimhaltung, die im Verlauf der Reagan-Regierungszeit mehr und mehr zugenommen hat.

Der wahre Grund für Geheimhaltung in der Regierung ist – und war es immer –, die Öffentlichkeit in Unkenntnis zu halten. Auf diese Weise wissen die Bürger nicht, was ihre Regierung macht, und vor allem sind die Menschen leicht zu manipulieren. Die Regierung kann das Volk anlügen, und die Bürger werden es nie merken.

William Casey, CIA-Direktor und Börsenspekulant, sieht seinen letzten Ausweg in einer Beschuldigung der Presse.

Pelton hat die Sowjets mit Informationen über Abhörvorgänge durch US-U-Boote beliefert. Der Code-Name für die Operation lautete »Ivy Bells«. Diese Operation gibt es seit Jahren. Man nannte sie auch »Holystone«. Und die Sowjets erfuhren davon schon vor Jahrzehnten, als andere Verräter sich an Moskau verkauft haben.

Casey weiß nicht genug vom Nachrichtendienst

Doch laut Casey liefert diese Operation, bei der sowjetische Häfen von Atom-U-Booten beschattet werden, entscheidende Verteidigungs-Informationen an die amerikanischen Geheimdienste. Deshalb sollte die amerikanische Öffentlichkeit nichts darüber erfahren.

Es spielt keine Rolle, daß die Sowjets voll im Bilde sind und Maßnahmen ergriffen haben, um die Informationen zu beschränken und zu verzerren, die von den U-Booten aufgefangen werden.

dien, insbesondere die »Washington Times« – die Zeitung der Moonies –, durchsickern zu lassen, die persönliche Probleme von US-Senator David Durenburger betreffen. Dieser ist der Vorsitzende des ausgewählten Senatsausschusses für die Überwachung der Geheimdienste. Dieser Mann, der oft ehrlich und aufrichtig die Klugheit von Caseys Operationen in Frage gestellt hat, soll damit diskreditiert werden.

Und, wie ein kürzlich pensionierter hoher CIA-Beauftragter gesagt hat, Casey hat auch »nach Wegen gesucht, um auch Leahy zu kriegen«. US-Senator Patrick Leahy ist der Vize-Vorsitzende des Senatsausschusses, der eine gewisse Kontrolle über Casey und die Arroganz der Geheimdienst-Bürokratie auszuüben versucht.

Totalangriff auf den US-Kongreß

»Leahy hat zu saubere Hände«, wie ein Senatsmitarbeiter sagte. »Casey kann nicht an ihn ran. Der Senator hat gegen Casey mehr in der Hand als Casey gegen Leahy. Vielleicht behandelt Casey ihn deswegen mit Samthandschuhen.«

US-Boote schleichen in fremde Häfen und sammeln Nachrichten. Casey behauptet, Berichte in der Presse darüber verstoßen gegen ein Geheimhaltungsgesetz.

Gewiß, Casey erkennt vielleicht nicht, daß die Sowjets, wenn sie die Operation für eine wahre Bedrohung ansehen würden, eines dieser Anschleich-U-Boote versenken würden, so, wie sie in den vergangenen Jahren die U-2 und andere antennenmäßigen Eindringlinge abgeschossen haben.

Casey weiß vielleicht nicht genug vom Nachrichtendienst, um zu erkennen, was er macht, oder daß er bis über den Kopf drin steckt, wie einige Beobachter meinen. Dennoch besitzt Casey eine Menge politisches Leder, und Leute haben Angst vor ihm.

Er hat sich darauf verlegt, Informationen an die Nachrichtenmedien [...]

Nichtsdestoweniger ist es für Beobachter in Washington offensichtlich, daß Casey einen Totalangriff auf den US-Kongreß und die Nachrichtenmedien gestartet hat, um die wachsende Kritik an dem CIA und seiner Führung der Geheimdienst-Bürokratie niederzuwalzen. Es ist ebenso offenbar, daß Casey, jedenfalls zur Zeit, die Unterstützung des Weißen Hauses hat.

Aber wie ein Mitarbeiter der Reagan-Regierung äußerte, hat die Unterstützung des Weißen Hauses eine Bedingung: »Wenn er in diesem Kampf Mist baut, ist er draußen!« □

CIA

Vertuschung des Falles Pollard

Warren Hough

Trotz der von der Reagan-Administration versuchten Vertuschung, gewährt die durch die Verhaftung von Jonathan Jay Pollard und seiner Frau am 25. November 1985 eingeleitete Untersuchung in den Spionagefall der Öffentlichkeit einen seltenen Einblick in die Bemühungen Israels, die strengst gehüteten Geheimnisse Amerikas zu stehlen.

Aus Angst vor einem Geschworenenprozeß haben die US-Bundesanwälte mit den beiden angeklagten Spionen eine Bekenntnisvereinbarung erreicht. Demnach hat sich Pollard am 4. Juni zu der Spionage – Verkauf von vertraulichen Informationen an Israel – bekannt, und zwar unter der Bedingung, die ihn mit großer Sicherheit vor der lebenslänglichen Verurteilung bewahren wird, die er andernfalls erhalten hätte.

Nach Pollard trat seine Ehefrau, Anne Henderson-Pollard, in den Angeklagtenstand, die sich für zwei Vergehen als schuldig bekannte: Verschwörung zur Entgegennahme von gestohlenen Regierungsakten und Komplizenschaft in dem unerlaubten Besitz von vertraulichen Papieren für nationale Sicherheit.

Selbst die nur sehr flüchtig skizzierten Hintergrundangaben zu dem Fall, die im Verlauf dieses sehr schnellen und wenig kommentierten Verfahrens von US-Attorney Joseph E. diGenova, Leiter der Staatsanwaltschaft, herausgegeben wurden, bieten aufschlußreiche Einblicke, wie israelische Meisterspione Pollard, einen amerikanischen Regierungsbeamten, in ein gehorsames Werkzeug umgepolt haben, dessen einzige Treue am Ende nur noch Israel galt.

Wie die Anklage enthüllte, hat Pollard mehr als ein Jahr lang eine Aktentasche mit gestohlenen US-Regierungsgeheimnissen gefüllt, und das dreimal in der Woche. Es wurde zur Regel. Mit einem sogenannten Kurierausweis – dessen Ursprung von der Regierung niemals aufgeklärt wurde – hat Pollard diese mit vertraulichen Akten gefüllten Taschen von dem Marine-Hauptquartier in Maryland mitgenommen, wo er mehr als fünf Jahre als ein Nachrichtenexperte angestellt war, ohne überprüft oder durchsucht zu werden.

Jonathan Jay Pollard verkaufte US-Geheimakten kofferweise an den israelischen Geheimdienst.

In einem Auto packte dann Pollard die gestohlenen Dokumente aus dem Kuriersack in eine Briefmappe und dann in einen größeren Aktenkoffer. Zweimal im Monat, pünktlich wie eine Uhr, lieferte er einen Koffer voll mit Dokumenten an das Washingtoner Apartment eines Sekretärs der israelischen Botschaft ab. Dieser war Irit Erb. Das Ganze wurde dann von Diplomaten des Nahost-Zwergstaates fotokopiert.

Geleitet wurde die Operation Pollard, wie aus des Unterlagen der Staatsanwaltschaft hervorgeht, von Rafael »Dirty Rafi« Eitan, einem Top-Offiziellen des Mossad, dem israelischen Geheimdienst. Neben Meisterspion Eitan wurden von der Anklage zwei weitere israelische Fall-Offizielle identifiziert, die Pollard regelmäßig »gehandhabt« haben: Oberst Aviem Sella und Joseph Yossi Yagur, ein Mossad-Offizier, der in den Vereinigten Staaten unter dem Mantel eines »Wissenschaftskonsuls« akkreditiert war.

Auf Fragen von Journalisten im Anschluß an die Schuldanhörung von Pollard gab US-Staatsanwalt diGenova bekannt, daß keiner von Pollards israelischen Kontrolleuten angeklagt worden sei.

Bekannt ist, daß alle vier israelischen Offiziellen die Vereinigten Staaten verlassen haben. Ohne formelle Anklage könnten sie keinem Auslieferungsverfahren unterworfen werden, wie die US-Bundesstaatsanwaltschaft zugab.

Das von Pollard für seine israelischen Aufseher gestohlene Material stellt eine »Enzyklopädie« der wertvollsten Regierungsgeheimnisse dar, wie ein Informant sagte. Sie enthielten detaillierte Pläne für Marine-Einsätze, Topsecret-Akten über arabische Nationen wie zum Beispiel Saudi-Arabien und Muster von Satellitennachrichten, die zu den vom amerikanischen Sicherheitsdienst äußerst gehüteten Aktiva zählen.

Als Belohnung für die Ablieferung solcher Geheimnisse in Mengen zahlte Eitan jeden Monat 2500 Dollar in bar an Pollard. Außerdem erhielt das Ehepaar eine Luxusreise im Wert von 10 000 Dollar nach Paris geschenkt, wo sie sich heimlich mit Eitan, Yagur und Sella trafen.

Pollard kehrte nach Washington mit genauen Anweisungen zurück, wie er dem Geheimdienst Israels dienen könne. Mrs. Pollard brachte eine »teure Diamantuhr und einen Saphirring« mit, wie die Mossad-Geschenke in der Anklage beschrieben wurden. Nicht erwähnt wurde jedoch, daß, da Israels Sicherheitsbudget von amerikanischen Subventionen finanziert wird, die amerikanischen Steuerzahler die Rechnung für Pollards Belohnung beglichen haben.

Vor allem aber haben die israelischen Handlanger den in Amerika geborenen Pollard in eine Marionette verwandelt und schlußendlich in einen ihrer Mitbürger. Der Spion hatte einen israelischen Paß unter dem Namen »Danny Cohen« erhalten, und ein überseeisches Bankkonto war unter diesem Decknamen für ihn eröffnet worden.

Eitan versicherte Pollard, daß in den nächsten 10 Jahren – solange sollte die Operation laufen – 30 000 Dollar auf das Cohen-Konto jährlich von dem Mossad eingezahlt würden. Damit hätte er dann ein Finanzpolster, wenn der doppelt-loyale Marine-Angestellte aus dem Spionagegeschäft einmal aussteigen würde.

Zu den erschreckendsten Enthüllungen im Gefolge des Pollard-Skandals gehört wohl die lange während und weitreichende Rolle, die Eitan bei dem Diebstahl von amerikanischen Schlüsselgeheimnissen gespielt hat.

Bereits 1967/68 wurde vom FBI eine Reihe von israelischen Spionen namhaft gemacht sowie ihre Komplizen, als untersucht wurde, wie der Mossad atomare Geheimnisse und Nuklearmaterial von den Vereinigten Staaten gestohlen hat, um den Nahoststaat mit der letzten Waffe zu versorgen.

Jetzt sind neue Unterlagen ans Licht gekommen, wonach bereits 1967/68 Eitan zuständig für eine umfangreiche Operation gegen amerikanische Atomanlagen gewesen ist. Washingtoner Spionageabwehr-Informaten haben erklärt, daß diese eine Einzelheit »die Behauptungen der israelischen Regierung zunichte macht, die den Pollard-Fall als eine isolierte, abwegige, wilde Aktion abtut«.

»Nach dem sowjetischen Geheimdienst ist es der israelische Geheimdienst und seine weitreichende Durchdringung der Reagan-Administration, der heute die größte Bedrohung für unsere nationale Sicherheit darstellt«, wie ein Sicherheitsbeamter erklärte, der seit langem mit der Spionageabwehr vertraut ist. »Die unheilvollen Einzelheiten der Pollard-Operation kommen erst langsam an die Oberfläche. Da ist noch mehr und Schlimmeres«. □

CIA

Geld für okkulte Forschung

Victor Marchetti

Szenario: In Salzburg, im Winter 1963/64, eine schneeverwehte Nacht in den Alpen. In einer kleinen Hütte, vor dem knisternden Kaminfeuer, das geheimnisvolle Schatten an die Decke und Wände wirft, sitzen sich zwei Männer an einem winzigen Tisch gegenüber. Es herrschte eine merkwürdige Stille in dem Raum.

Einer der Männer, ein in Europa weit bekannter Mystiker, war in tiefe Konzentration versunken und rief die Geister der anderen Welt an. Er fragte nach Oleg Penkowski, Oberst der GRU, dem sowjetischen Militärgeheimdienst, der ein Spion für den CIA gewesen war. Penkowski war im Jahr zuvor vom KGB verhaftet und hingerichtet worden.

Man sprach mit Penkowskis Geist

Der andere Mann war der CIA-Fallbeauftragte Penkowskis gewesen. Er wollte ein letztes Interview mit seinem früheren Agenten, dem besten, den der CIA jemals hinter dem Eisernen Vorhang gehabt hat. Es gab noch immer so viele unbeantwortete Fragen, so viele Dinge, die Penkowski ihm berichten könnte, wenn er ihn nur noch einmal kontaktieren könnte.

Nach einer Weile brachte der Mystiker Laute hervor, zunächst unzusammenhängend, dann jedoch verständlich. Der CIA-Fallbeauftragte, ängstlich bemüht, keine Bewegung zu machen und so die Seance zu unterbrechen, versuchte, die Worte des Mystikers zu hören. Er sprach russisch. Das war ein gutes Zeichen.

Der Fallbeauftragte hörte die Worte »Puschkin Ulitza« – »Puschkinstraße«. Der CIA-Mann wurde starr vor Spannung. Er und Penkowski hatten einmal die Eingangshalle eines Apartmenthauses in der Puschkinstraße in Moskau als einen »Ankerplatz« für den Austausch von Mitteilungen benutzt. Der Mystiker konnte davon in keiner Weise Kenntnis gehabt haben.

Der Mystiker sprach mit jemanden oder mit etwas, vielleicht mit Penkowskis Geist. Doch der CIA-Mann konnte die andere Stimme nicht hören. Gelegentlich gab der Mystiker ein Wort oder einen Satz von sich, den er verstehen konnte: »Mount Royal Hotel, Earle's Court, Montgomery, Wynne . . .«

Es handelte sich dabei um Namen von Orten und Personen, die Teil von Penkowskis Unternehmung waren. Der Mystiker konnte die Leute und Orte nicht kennen. Er hatte den Kontakt zu dem Agenten auf der anderen Seite hergestellt.

Jetzt hielt es der CIA-Mann nicht mehr aus. »Frage ihn nach der SS-8 ICBM. Er sollte mir einige Dokumente über dieses System besorgen.«

Plötzlich war es still. Kein Gemurmel mehr. Nichts. Nur das Knistern der Holzscheite im Kamin war zu hören. Etwas war schiefgegangen.

Mit Hilfe von Hellsehern

Der CIA-Mann, beleibt und rund, mühte sich aufzustehen und fluchte, als er beinahe über seinen Stuhl fiel. Er schaltete das Licht an.

Der Mystiker lag zusammengesunken in seinem Stuhl mit einem grotesken Ausdruck auf seinem Gesicht. Er war tot – anscheinend Herzanfall oder Schlaganfall. Der Kontakt mit Penkowski war unterbrochen worden.

Mehrere Jahre danach, als der CIA verzweifelt nach Informationen über die Vorhaben des Kremls für die antiballistische Raketenabwehr suchte, bediente man sich wiederum der Hilfe von Weisen und Hellsehern. Ohne Informanten oder Spione innerhalb der inneren Zirkel des Sowjetmilitärs versehen, wandte sich Amerikas erster Geheimdienst noch einmal an das Paranormale in der Hoffnung, die Gedanken Moskaus zu lesen.

Mystiker und Professoren von mehreren angesehenen Universitäten wurden zusammengerufen in einem Versuch, die Wand der Geheimhaltung mittels der Macht der außersinnlichen Wahrnehmung (ESP) zu durchbrechen. Unter der Leitung von eigenen CIA-Geheimdienstmännern wurden die Versuche, sich in die Gedanken der Sowjets einzuschleichen, in einem Luxushaus in Nord-Virginia, nicht weit von dem CIA-Hauptquartier in Langley bei Washington, durchgeführt.

Diese Versuche haben allerdings niemals irgendwelche verifizierbaren Ergebnisse gezeitigt.

Doch jetzt, Jahre nach den ersten zweifelhaften Versuchen des CIA in den okkulten Bereich einzudringen, wird eine große amerikanische TV-Nachrichtenmagazin-Sendung eine Dokumentation zu dem Thema bringen, wobei Fallbeauftragte und Professoren auftreten werden, die sich mit diesen fragwürdigen Methoden befassen.

Eine peinliche Show für den CIA

Die Show dürfte für den CIA peinlich werden. Und schon jetzt bemüht sich die Agentur darum, den amerikanischen Fernsehsender daran zu hindern, die Show vor dem amerikanischen Publikum zu zeigen. William Casey, der CIA-Direktor, versteigt sich sogar zu der Behauptung, die Show werde die »Methoden und Techniken« des Geheimdienstsektors bloßstellen.

Doch die Hersteller der Show haben gegenüber Journalisten erklärt, sie seien entschlossen, das Programm durchzuziehen: »Die amerikanische Öffentlichkeit muß erfahren, welcher Unsinn sich in jenem Palast der Geheimhaltung abspielt. Casey kann nichts tun, was uns aufhalten kann. Es sei denn, die Gerichte interpretieren Experimente mit ESP als eine Art bizarre Geheimdienst-Kommunikation und schlagen uns mit einer einstweiligen Verfügung. Wenn sie das tun, dann sind sie verrückter als Casey, und das amerikanische Volk ist der Verlierer.«

Aber schon merkwürdigere Skandale als dieser sind als top-secret eingestuft und der Öffentlichkeit vorenthalten worden. □

USS-Liberty

Israels Angriff auf ein US-Schiff

James P. Tucker jr.

Am Tag der Abschlußfeier der US-Marine-Akademie, erklärte Dale Crowley in einem amerikanischen religiösen Radioprogramm, daß Israels Angriff auf die »USS-Liberty« während des Sechs-Tage-Krieges von 1967 ein »Akt des Terrorismus« gewesen sei, aber die Vertuschung des Zwischenfalls durch Amerikas Politiker sei »ein noch größeres Verbrechen«.

»Die Vereinigten Staaten befinden sich heute in einem unglücklichen Zustand«, sagte Dale Crowley, dessen wöchentlicher Radio-Kommentar in der amerikanischen Hauptstadt Washington live ausgestrahlt wird. »Die Nation ist bei den Banker verschuldet und die politischen Führer kollaborieren mit einem feindlichen Land.«

Neun Jahre der Unklarheit

Die Kollaboration, wie Crowley sagte, wird durch die großen Anstrengungen bewiesen, die die Establishment-Anführer in den Vereinigten Staaten unternommen haben, um Israel bei der Darstellung des Angriffs als einem »Fehler« zu helfen, während er tatsächlich ein vorsätzlicher Versuch war, das Schiff zu versenken und die gesamte Mannschaft zu töten.

Der Angriff, bei dem 34 amerikanische Matrosen umkamen und 171 verwundet wurden, ereignete sich am 8. Juni 1967, während die »Liberty« sich in internationalen Gewässern aufhielt und Israels Vorbereitungen für den Beginn eines Krieges gegen die Araber beobachtete.

Neun Jahre lang blieb die von den Israelis und der amerikanischen Regierung verbreitete Vertuschungsgeschichte aufrechterhalten, bis im April 1976 überraschende Beweise veröffentlicht wurden, die den Angriff als vorsätzlich nachwiesen.

Haviv Schieber, Gründer des »Holy Land State Committee«, warnt die USA, daß sie aus der arabischen Welt durch die Israelis vertrieben werden.

Seitdem haben Bücher von Überlebenden wie James Ennes und dem ehemaligen Republikaner Paul Findley die Tatsachen ans Licht der Öffentlichkeit gebracht.

Admiral Thomas H. Moorer, ehemals Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, der oberste Befehlshaber, hat viele Male behauptet, der Angriff der Israelis sei vorsätzlich vorgenommen worden.

Dennoch haben die Establishment-Politiker und die Presse praktisch den Fall ignoriert und die Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit in dem Glauben gelassen, der Angriff sei ein tragischer Irrtum gewesen, wie es damals proklamiert wurde.

Dies ist, wie Crowley den Journalisten auf einer Pressekonferenz erklärte, das »größere Verbrechen«: den Mythos zu bewahren, der Angriff sei ein »Fehler« gewesen.

Warum würde Israel ein Schiff eines Landes angreifen, das ihm jedes Jahr Millionen von Dollar schickt?

Moorer und andere Militärexperten glauben, daß das israelische Oberkommando besorgt war, die »Liberty« würde auf dem Weg der Funküberwachung erfahren, daß Israel Truppen in der Nähe der Golan-Höhen zusammenziehe, um nach Syrien einzufallen.

Israel befürchtete, daß Washington, wie schon bei der Suez-Krise von 1956, Druck ausüben werde, damit es davon Abstand nehme. 1956 hatte Präsident Dwight Eisenhower die Israelis zum Rückzug vom Suez-Kanal mit der Drohung gezwungen, er werde Amerikas Hilfe einstellen.

Die Behauptung von dem »Fehler« ist völlig zerstört worden, da die Tatsachen – im Widerspruch zu vielen direkten Lügen – im Laufe der Jahre an die Öffentlichkeit gekommen sind. Der Zwischenfall war in Washington als ein Angriff in der »sechsten Minute« beschrieben worden, der beendet war, als die Israelis erkannten, daß die »Liberty« ein amerikanisches Schiff war.

Tatsache ist, daß die Israelis das Schiff der Länge nach aufgeklärt und Fotos gemacht hatten, ehe sie es von der Luft und vom Wasser aus angriffen. Der Angriff selbst dauerte über eine Stunde. Es war ein klarer Tag, die Sichtweite war gut, die amerikanische Flagge wehte voll im Wind, und die Konfiguration des Schiffes war eindeutig amerikanisch.

Die Bemühungen des Establishments, die Sache zu vertuschen, zeigten sich noch einmal in der »Washington Post«, als es 1982 in Washington zu einem Treffen der »Liberty«-Crew kam. Das Ereignis selbst konnte kaum ignoriert werden, also schickte die »Washington Post« eine Reporterin zur Berichterstattung hin. Jeder der von der Reporterin befragten Überlebenden sagte, der Angriff sei vorsätzlich geschehen, und sie hörte, wie Moorer in seiner formellen Rede denselben Sachverhalt darlegte.

Doch ihren Bericht widmete sie den mehr gefühlsbetonten, menschlichen Seiten des Treffens, wie zum Beispiel den Hobbies der Männer – einer züchtete Weihnachtsbäume. In ihrer Story, die unter der Rubrik »Style« erschien, wurde am Ende kaum erwähnt, daß die Männer gesagt hatten, der Angriff sei vorsätzlich gewesen.

Auf Kosten der Araber

Andrew Kilgore, der als ein amerikanischer Diplomat zwanzig Jahre in mehreren Ländern des Mittleren Ostens verbracht hat, sagte, daß Israel vorsätzlich angegriffen habe und der Fall wieder aufgerollt werden sollte.

»Vor dreißig Jahren hatten wir Amerikaner eine Liebesaffäre mit den Arabern des Mittleren Ostens«, äußerte Kilgore auf einer Pressekonferenz. Er würde jedoch heute keinen Posten mehr dort annehmen, weil, wie er sagte, die amerikanische Politik Israel, auf Kosten der Araber, dermaßen begünstigt hat, daß Amerikas frühere Freunde jetzt Feindschaft gegen Amerika empfinden.

»Die Vereinigten Staaten sind dabei, aus der arabischen Welt vertrieben zu werden«, so warnte er.

Ein Journalist der amerikanischen Zeitschrift »Annapolis Capital« fragte Haviv Schieber, den Gründer des Holy Land State Commitee« und Sponsor der Pressekonferenz, auf der über die »Liberty«-Affaire berichtet wurde, bezüglich seiner Ziele.

»Ich möchte den amerikanischen Kongreß dahinbringen, daß er zuerst an Amerika denkt, danach an internationale Angelegenheiten. Und ich möchte die amerikanischen Juden dahinbringen, daß sie mit Israel brechen«, antwortete Schieber.

Schieber, der Jude und ein ehemaliger Bürgermeister der israelischen Stadt Beersheba ist, erklärte, daß Amerika in Israel »eine anti-kommunistische Demokratie und einen amerikanischen Verbündeten« sieht, und »es könnte keine größere Lüge geben«. □

Erster Weltkrieg

Der Untergang der »Lusitania«

Michael Collins Piper

Der 7. Mai ist der Jahrestag des Unterganges der »Lusitania«, des einst schnellsten und größten englischen Dampfschiffes der Welt. Sie wurde von einem deutschen U-Boot vor der Küste von Cork, Irland, im Frühjahr 1915 torpediert; dabei kamen 1200 Menschen ums Leben, darunter 128 Amerikaner. Viele Jahre sind seit der Zerstörung des eleganten Flaggschiffes der englischen Cunard-Linie vergangen. Doch erst kürzlich sind die wahren Tatsachen über das Unglück ans Licht gebracht worden.

Historiker des Revisionismus, die amerikanische und englische Archive durchgearbeitet haben, haben angefangen, die wahre Geschichte hinter den Ereignissen zusammenzutragen, die zu der Tragödie geführt haben. Es ist eine Erzählung des internationalen Ränkespiels durch mächtige Sonderinteressen und Schlüsselfiguren auf höchster Ebene der Regierungen Großbritanniens und Amerikas.

Die USA in den Krieg ziehen

Es ist die Dokumentation einer unendlichen Verschwörung mit dem Zweck, einen Weltkrieg zu machen, und die Vereinigten Staaten in den damals in Europa geführten Krieg hineinzuziehen, und zwar dadurch, daß zwei wichtige Tatsachen vertuscht wurden:

Erstens, die »Lusitania« war ein bewaffnetes Schiff, mit Soldaten und Kriegsmaterial an Bord, so, wie es die deutsche Regierung, die damals mit England Krieg führte, behauptet hat.

Zweitens, englische und amerikanische Politiker wußten weit im voraus, daß ein U-Boot-Angriff auf die »Lusitania« unvermeidlich war. Sie ließen das Schiff in die von U-Booten wimmelnde Kriegszone laufen in der Hoffnung, daß ein Angriff auf das Linienschiff die Verwicklung Amerikas in den europäischen Krieg herbeiführen würde.

Und sicher, das Seeunglück löste eine Kettenreaktion aus, die Amerika schließlich in den Krieg führte.

Die Version der orthodoxen Geschichtsschreibung für diesen Zeitraum lautet in etwa so: Die deutschen Aggressoren, die in ihrem blutigen Krieg mit ihren französischen und englischen Feinden nicht weiterkamen, starteten einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg gegen unbewaffnete Zivilschiffe.

Gemäß Establishment-Historikern, deren Arbeiten von gutbetuchten Stiftungen und Denk-Tanks finanziert und verbreitet werden, die wiederum von den internationalen Banker und ausländischen Interessengruppen kontrolliert werden, war der Krieg in Europa eine Folge des deutschen Imperialismus, der wilde Kriegsbrände auf dem ganzen Kontinent entzündet hatte.

Die Alliierten, insbesondere England – das seinerzeit über das mächtige Kolonialreich in der ganzen Welt regierte –, werden als die Verteidiger von Freiheitsrechten und Freiheit und dem Recht der Selbstbestimmung dargestellt. Die Deutschen werden dagegen von den Hofschreibern als brutale und militaristische Eroberer beschrieben, darauf aus, die Welt zu vergewaltigen.

Ein Schiff mit Kanonen bestückt

Vor diesem zuhöchst und vorsätzlich erfundenen Hintergrund, der in Amerika vor allem durch die New Yorker Presse publik gemacht wurde, kam die Zerstörung der »Lusitania« gerade zur rechten Zeit, um die Leidenschaften der ansonsten neutralen, friedliebenden Amerikaner aufzupeitschen, die es vorzogen, sich an die Warnung zu halten, die sich in der Abschiedsadresse des Gründers der Vereinigten Staaten, des ersten Präsidenten George Washington findet:

»Europa hat eine Reihe von primären Interessen, die keine oder nur eine sehr entfernte Beziehung zu uns haben. Es ist daher in häufige Kontroversen verflochten, deren Ursachen unseren Anliegen im wesentlichen fremd sind. Daher ist es für uns nicht weise, uns durch künstliche Bindungen in die normalen Wechselfälle seiner Politik oder die normalen Zusammenschlüsse und geheimen Abmachungen seiner Freundschaften oder Feindschaften einzubinden.«

Als die »Lusitania« zu ihrer letzten Fahrt von New York nach Liverpool auslief, befanden sich 1959 Männer, Frauen und Kinder als Passagiere und Besatzung an Bord.

Die deutsche Regierung hat besonders eingehend am 22. April 1915 durch die kaiserliche deutsche Botschaft in Washington eine Bekanntmachung verbreiten lassen mit dem Inhalt: »Reisende, die sich auf eine Reise über den Atlantik begeben wollen, werden daran erinnert, daß zwischen Deutschland sowie seinen Verbündeten und Großbritannien sowie seinen Verbündeten der Kriegszustand herrscht; daß zu der Kriegszone auch die Gewässer in der Nähe der britischen Inseln gehören; daß gemäß der formellen Mitteilung durch die kaiserliche deutsche Regierung Schiffe unter der Flagge Großbritanniens sowie irgendeines seiner Verbündeten Gefahr laufen, in jenen Gewässern zerstört zu werden, und daß Reisende, die auf Schiffen Großbritanniens oder seiner Verbündeten in die Kriegszone reisen, dies auf eigenes Risiko tun.

Kaiserliche deutsche Botschaft Washington, D. C., 22. April 1915.«

Die deutsche Regierung hat diese öffentliche Warnung selbst bezahlt; sie erschien in den Zeitungen von New York am 1. Mai 1915, und zwar am Tag bevor die »Lusitania« auslief.

Man wartete auf den unvermeidlichen Angriff

Trotz aller Bemühungen der deutschen Regierung wußten die meisten Passagiere nichts von dem einzigartigen Status der »Lusitania«. Die »Lusitania« war ein von der englischen Regierung voll und ganz finanziertes Passagierschiff, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Schiffseigner, die Cunard-Gesellschaft, das Schiff für militärische Zwekke einsetzen muß, falls dies notwendig werden sollte.

Die »Lusitania« läuft zu ihrer letzten Reise aus New York aus. Sie wird am 7. Mai 1915 vor der irischen Küste versenkt.

Erster Weltkrieg

Der Untergang der »Lusitania«

Das mehr als 200 Meter lange Schiff wurde speziell so konstruiert, daß es leicht in ein Kriegsschiff zu verwandeln war. Und zwei Jahre bevor es dann zu seiner Torpedierung kam, war das englische Linienschiff mit 12 Sechs-Zoll-Kanonen bestückt und *offiziell* als *ein für* den Kriegseinsatz vorbereiteter, bewaffneter Hilfskreuzer in das Flottenregister der Admiralität eingetragen worden.

Zum Unglück für die an Bord reisenden Zivilpassagiere sahen die konventionellen Regeln der Seekriegsführung keinen echten Schutz für sie vor. Ein Schiff wie die »Lusitania« war somit einem Direktangriff ohne vorherige Warnung ausgesetzt. Selbst der grünste Amateur in Sachen Seekrieg konnte klar erkennen, daß kein U-Boot-Kommandant bereit sein würde, aufzutauchen und einen Befehl zum Verlassen der »Lusitania« geben kann, ehe er sie versenkt, wodurch er riskieren könnte, sein U-Boot den schweren Geschützen des Cunard-Schiffes auszusetzen.

In den Tagen vor dem Untergang des Linienschiffes waren zahlreiche englische Schiffe in der Kriegszone versenkt worden, durch die die »Lusitania« planmäßig fahren sollte. Doch das Schiff wurde nicht zurückgehalten.

Die Kriegszone, die von den Zentralmächten erklärt worden war, war als eine direkte Antwort auf die Kriegszone errichtet worden, die die Engländer selbst um den europäischen Kontinent gezogen hatten, wodurch sie – zumindest auf dem Papier – eine Blockade um Deutschland gelegt hatten.

Während die »Lusitania« ihrem Untergang entgegenfuhr, warteten hochrangige Beamte sowohl in der amerikanischen wie auch englischen Regierung mit angehaltenem Atem auf den als unvermeidlich angesehenen Angriff auf das Schiff.

Winston Churchill, erster Lord der britischen Admiralität und später Premierminister, gehörte zu jenen, die direkt für den Rückzug eines Zerstörergeleites für das Passagierschiff verantwortlich war, als es sich der Kriegszone näherte. Tatsächlich war es Churchill und anderen voll bewußt, daß die Wahrscheinlichkeit eines Angriffes auf die »Lusitania« gegeben war, weil der militärische Nachrichtendienst angezeigt hatte, daß sich in eben jenen Gewässern feindliche U-Boote befanden.

Ein großes Schiff geht unter

Das Motiv, aus dem die »Lusitania« in die Kriegszone einlaufen durfte, ist offensichtlich. Aufschlußreich sind die Fragen, die an »Col« Edward M. House, den schattenhaften persönlichen Emissionär des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, von dem englischen Außenminister, Sir Edward Grey, an genau dem Tag gestellt wurden, da die »Lusitania« torpediert wurde.

»Was wird Amerika tun«, fragte Grey, »wenn die Deutschen einen Ozeandampfer mit amerikanischen Passagieren an Bord versenken?«

House erwiderte darauf: »Ich glaube, daß eine Flamme der Entrüstung die Vereinigten Staaten ergreifen wird, und das allein würde schon ausreichen, um uns in den Krieg eintreten zu lassen.«

Die gleichen Gedanken gingen offensichtlich auch König Georg V. durch den Sinn, der am selben Tag die Frage an House stellte: »Was wird Amerika tun, wenn die Deutschen die ›Lusitania‹ versenken?«

Und so kam es, daß am 7. Mai 1915, um 15.10 Uhr, ein deutscher U-Boot-Kommandant einen Torpedo in den Rumpf der »Lusitania« abfeuern ließ und die Wünsche der hochrangigen Verschwörer in der amerikanischen und englischen Regierung erfüllte.

Der Torpedo traf den königlichen Ozeanriesen auf der Steuerbordseite, knapp hinter dem ersten Schornstein. Die Explosion brachte das Schiff zum Schwanken, und die »Lusitania« begann, sich nach steuerbord zu neigen, scheinbar dem Kentern nahe.

Doch der Torpedo an sich brachte dem Cunard-Schiff nicht die tödliche Verwundung, sondern der tödliche Schaden entstand durch die Sekundärexplosion von wenigstens 10,5 Tonen Munition, die im Frachtraum der »Lusitania« verstaut waren. Die englischen Behörden und die Cunard-Gesellschaft haben jahrelang danach verneint, die Munition habe jemals existiert.

Mit aufgerissenem Rumpf und einem überfluteten Maschinenraum war die große »Lusitania« nun hilflos. Ja, es dauerte nicht einmal 20 Minuten, bis das gigantische Schiff vollständig in den ruhigen, kalten Gewässern vor der irischen Südküste verschwunden war, wo das Meer eine Tiefe von 500 Fuß hat.

Zu den Opfern des Unglücks zählten einige der prominentesten Amerikaner ihrer Zeit: Alfred Gwynne Vanderbilt, Oberhaupt einer der reichsten Familien Amerikas; der Broadway-Impressario Charles Frohman; der talentierte Autor und Sozialkritiker Elbert Hubbard, die »Legende von East Aurora«; und Mrs. O. H. Hammond, eine Dame der New Yorker Gesellschaft, deren damalige dreijährige Tochter – und nicht an Bord – die pfeifenrauchende US-Abgeordnete Millicent Fenwick werden sollte.

William T. Turner, der Kapitän der »Lusitania«, war nur ein Bauer in einem internationalen Machtspiel.

Die Intrige vertuschen

Dies waren nur einige der vielen, die in dem Unglück ihr Leben verloren, doch der Nachhall dieser Tragödie ging weit über diese Menschenverluste hinaus. Der internationale Aufschrei über den Zwischenfall brachte – wie von den Verschwörern erwartet – Amerika näher an den Krieg.

Die offizielle Untersuchung der englischen Regierung versuchte, den Untergang von der Intrige reinzuwaschen.

Einer von Winston Churchills Top-Mitarbeitern in der Admiralität informierte Lord Mersey, den Richter des Untersuchungsgerichts für die Affäre, daß es »politisch für wünschenswert gehalten werde, William T. Turner, dem Kapitän der »Lusitania«, äußerst sichtbar die Schuld an dem Dissaster zu geben«.

Mersey, wegen seiner verständigen Untersuchung in dem höchst kontroversen Untergang des White-Star-Dampfers »Titanic« weit geachtet, weigerte sich, Turner zu lynchen; er widersetzte sich dem Druck von Churchill. Aber Mersey folgte der Establishment-Linie in anderer Hinsicht: Er erklärte, daß sich an Bord des verlorengegangenen Schiffes keine Konterbande befunden habe und daß keine Truppen mit der »Lusitania« gereist seien, obwohl eine erhebliche Anzahl der Passagiere auf dem Weg nach England Kanadier waren, die in Europa bei den Alliierten Kriegsdienste antreten wollten.

Als Verachtungsbeweis für die englischen Behörden weigerte sich Mersey, ein Honorar für die Behandlung des Falles anzunehmen und bat darum, nie wieder als Richter in einer zukünftigen Sache benannt zu werden. Die »Lusitania«-Affäre, wie er seinen Kindern sagte, war ein »verdammt dreckiges Geschäft«.

In Amerika sorgte der Außenministerumsberater Robert Lan-

sing, ein hochkarätiger Wall-Street-Anwalt, für die amerikanische Vertuschung im Namen der Wilson-Regierung und den in New York ansässigen internationalen Banken-Interessen, die die Intervention in den europäischen Konflikt im Namen Englands vorangetrieben hatten.

Empört über die Kriegstreiberei der Wilson-Regierung, legte US-Innenminister William Jennings Bryan, ein getreuer Volksdiener seiner Zeit, aus Protest sein Amt nieder. Bryan wurde von Lansing ersetzt, der seine Anhänglichkeit an die pro-englischen Weltgeld-Interessen unter Beweis gestellt hatte, die im Schutz der Außenpolitik der Wilson-Regierung einen diplomatischen Krieg gegen die deutsche Regierung führten.

Senator Robert M. LaFollette, selber ein angesehener Populist, gehörte zu jenen prominenten Amerikanern, die die in der Öffentlichkeit verbreitete Opposition gegen Amerikas »alignment« mit dem britischen Empire und den Kriegsgewinnlern zum Ausdruck brachte, die den meisten Profit an Amerikas Intervention haben würden.

Endlich Krieg mit Deutschland

Am 20. September 1917 klagte LaFollette Wilson öffentlich an, von der Tatsache Kenntnis gehabt zu haben, daß die »Lusitania« Kriegsmaterial für die Engländer mit sich führte. Unter dem Druck des Establishments wurde im US-Senat der Antrag gestellt, den Staatsmann aus Wisconsin wegen der Anklage auszustoßen.

Doch als der ehemalige Zollchef des New Yorker Hafens erklärte, er werde für LaFollette aussagen und die Richtigkeit der Anklage belegen, gab das Establishment seine Bemühungen auf, LaFollette aus dem Senat zu werfen.

Dennoch nahmen die Spannungen zwischen Amerika und Deutschland aufgrund der »Lusitania«-Affäre erheblich zu. Deutschland bezahlte Reparationen für die Versenkung und verpflichtete sich des weiteren, keine »Passagierschiffe« mehr ohne vorherige Warnung zu versenken.

Nach angemessener Zeit, am 6. April 1917, traten die Vereinigten Staaten endlich in den Bruderstreit ein, der bereits in Europa wütete.

Mehr als 50 000 amerikanische Männer sind für Englands Krieg gestorben, und weitere Tausende erlitten Verwundungen. Und eine noch größere Zahl von Engländern, Deutschen, Russen und Angehörige anderer Nationen, Soldaten wie Zivilisten, litten unter den Verwüstungen des in ihren Heimatländern ausgetragenen Krieges. Der Erste Weltkrieg hatte mit einem Sieg der Alliierten geendet: ein erobertes Deutschland.

Der fremdartige Virus des sowjetischen Kommunismus, der mitten im Ersten Weltkrieg auftauchte, verbreitete sich über ganz Europa, insbesondere nach Deutschland.

Der Versailler Vertrag, mit dem »der Krieg zur Beendigung aller Kriege« zu Ende gegangen war, säte die Saat des Hasses und des Ressentiments, die unter dem deutschen Volk die Verbitterung noch verstärkten und direkt zu der antikommunistischen Revolution beitrugen, die als Drittes Reich in die Geschichte eingegangen ist.

Profite in Milliardenhöhe wurden auf Kosten von Millionen Menschenleben aus Amerika und Europa gemacht, und diejenigen, die die Gewinne an dem mit List und Tücke bewerkstelligten Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg einstrichen, waren die Großbanker, deren Tresore sich mit der Kriegsbeute füllten.

Gewiß hat sich der Kommandant des deutschen U-Bootes, das die »Lusitania« versenkte, nicht träumen lassen, welche Folgen seine Tat schlußendlich haben würde. □

US-Senator Robert M. LaFollette klagte US-Präsident Wilson an, gewußt zu haben, daß die »Lusitania« Kriegskonterbande nach England mit sich führte.

Das Leben und Werk von LaFollette wird beschrieben in dem Buch »Profiles in Populism«. Es ist die authentische Geschichte der populistischen Bewegung. Das Buch ist für 12,95 Dollar erhältlich bei Liberty Library, 300 Independence Ave., SE, Washington, D. C. 20003, USA.

Terrorismus

Bomben für Gegner Israels

P. Samuel Foner

In den Vereinigten Staaten steht der staatlich unterstützte Terrorismus kurz vor dem Ausbruch, gerade so, wie es die Reagan-Regierung und die Establishment-Medien vorhergesagt haben. Doch werden die Täter nicht Libyens starker Mann, Oberst Muammar el-Gaddafi sein, noch der Söldner Abu Nidal.

In die Luft gejagt werden sollen Amerikaner von Agenten der terroristischen Jewish Defense League (JDL). Die Liga hat geschworen, jeden zu vernichten, den sie für anti-israelisch hält. Beschafft wurden diese Informationen nicht etwa von Amerikas oder seinen verbündeten Geheimdienst-Organisationen. Sie erschienen in der Titelgeschichte des pro-israelischen New Yorker Massenblattes »Village Voice«.

Ziel sind Neonazis und Arabo-Amerikaner

Die »Voice« ist so stark an Israel gebunden, daß sie einst ihren Star-Kolumnisten, Alexander Cockburn, wegen »pro-arabischer« Gesinnung gefeuert hat. Genau diese Zeitung hat die Überschrift gebracht: »Die Rückkehr der JDL: Lieber jüdischer Junge mit Bomben«, ein Interview von Robert I. Friedman des Victor Vancier, eines verurteilten Bombenlegers und neuer Kopf der JDL in New York.

Öffentlich fordert Vancier mehr Mord an Arabo-Amerikanern und »Neonazis«, das heißt, an jedem, den die Terroristen für Feinde Israels halten. Mit bemerkenswerter Offenheit legte Vancier dar, daß ein prominenter amerikanischer Professor palästinensischer Abstammung zur »Liquidation« bestimmt sei. Das auserkorene Opfer wird in der »Voice«-Story nicht namentlich genannt, doch FBI-Informanten sagten, das Ziel sei Professor Edward Said, ein weit geachteter Gelehrter der Columbia Universität.

Wenngleich die langatmige und verwirrende »Voice«-Story stellenweise suggeriert, die JDL-Terroristen seien bloß, wie es ein New Yorker Gesetzeshüter ausgedrückt hat, »extreme aufrichtige, ergebene und treue« Militanten für den israelischen Staat, so gibt sie doch einige interessante Aufschlüsse.

Mordechai Levy (alias Mordechai Levi, Mark Levy und Mark Levi), ein alter JDL-Schläger, der jetzt seine eigene Fraktion kommandiert, die Jewis Defense Organization (JDO), hat eine Reihe von gewalttätigen Verbrechen begangen, als er für die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge als Informant gearbeitet hat.

In der Vergangenheit haben Levy und ADL energisch jede Verbindung mit dem Terrorismus geleugnet.

Geld für Kahanes politische Basis

Die ADL ist in zahlreichen Fällen als ein nicht eingetragener, was illegal ist, Agent für den ausländischen Staat Israel in den Vereinigten Staaten identifiziert worden.

Die JDL hat ein »russisches Kapital« erworben, das sind Neuankömmlinge aus der Sowjetunion, deren Zielscheiben Amerikaner mit bekannter anti-kommunistischer Vergangenheit sind, wie zum Beispiel Tscherim Soobzokow, der am 15. August 1985 von einem terroristischen Bombenanschlag getötet wurde.

Die JDL und andere terroristische Organisationen, die von Rabbi Meir Kahane in Amerika ins Leben gerufen wurden, der jetzt ein Mitglied der Knesset in Israel ist, haben die Geldmittel aufgetrieben, die für Kahanes politische Basis in Israel benötigt wurden. »Wenn Kahanes Dollar ausblieben, könnte er auch seine Unterstützung in Israel verlieren«, schreibt Friedman.

Israel dient seinerseits als der wegweisende Sponsor für den JDL-Terrorismus in den Vereinigten Staaten. Friedman zitiert ein JDL-Mitglied, das »zwei Jahre in einem Staatsgefängnis wegen Herstellung von Bomben gesessen hat« und bemerkt, daß »der jüdische Untergrund in Israel die Bühne für den jüdischen Untergrund in Amerika vorbereitet hat«.

Amerikaner sollten sich auf »eine noch nie dagewesene Welle der Gewalt« vorbereiten, wie Vancier warnt. »Wenn Sie denken, daß die Schiiten im Libanon zu fantastischen Aktionen des selbstmörderischen Terrorismus fähig sind, so wird der israelische Untergrund Ziele angreifen, die den Amerikanern den Atem rauben werden.«

Opfer sind die Gegner Israels

FBI-Informanten berichten, daß ein aktualisierter Bericht über die Reaktivierung von Gewaltakten in den USA mit israelischen Verbindungen auf dem Schreibtisch von US-Präsident Ronald Reagan läge.

Währenddessen setzen die Establishment-Medien ihr theatralisches Geschwätz darüber fort, wie die Vereinigten Staaten auf den Terrorismus »mit Macht reagieren« werden, doch die auserkorenen Opfer werden alle, was vielleicht gar nicht so merkwürdig ist, als Gegner Israels betrachtet. □

In der »Village Voice« enthüllten JDL-Terroristen ihre Pläne.

Zionismus

Israel greift nach Arbeiter-Renten

Charles M. Fischbein

Die Israel Bond Organization (IBO) übt auf amerikanische Kommunal- und Gewerkschaftsführer Druck aus, damit sie Mittel aus den Arbeiter-Altersversicherungen in israelischen Rententiteln anlegen und damit die Sicherheit der amerikanischen Arbeiter an die bleibende Existenz Israels binden. In den letzten Jahren haben viele Gewerkschaften und Versicherungsgesellschaften erhebliche Mengen an israelischen Rentenpapieren mit den Beitragsgeldern amerikanischer Arbeiter gekauft.

Zu einem Zeitpunkt, da die Gewerkschaften Druck auf US-Kongreßmitglieder ausüben, um protektionistische Handelsschranken zu errichten, investieren die amerikansichen Gewerkschaften selbst in ausländische Wertpapiere und unterstützen ein rassistisches, restriktives Regime.

Kein rein wirtschaftlicher Schritt

Die israelische Regierung hat kürzlich Aryeh Makleff, Direktor der amerikanisch-israelischen Handelskammer, nach Washington entsandt, wo er sich mit hohen Gewerkschafts-Offiziellen getroffen hat, um sie zum Kauf neuer »Jumbo«-Bonds Israels zu höchst attraktiven Zinssätzen aufzufordern. Die Zinssätze dieser Schuldverschreibungen können mit denen amerikanischer Banken konkurrieren. Die Bonds werden von Rockefellers Chase Manhattan Bank in New York versichert.

Zu den Gewerkschaften, die bereits erhebliche Bondkäufe getätigt haben und weitere Käufe in Erwägung ziehen, gehören die Electrical Workers Union of America, die International Union of Bricklayers and Allied Craftsmen, die Sheetmetal Workers International sowie die Bakers and Confectionary Workers Union (Gewerkschaft der Elektrotechniker, der internationalen Gewerkschaft Steine und Erden, der Metallarbeiter sowie der Bäcker und Konditoren). Außerdem sind die Bonds an große Lebensversicherungsgesellschaften in Amerika und Kanada vermarktet worden.

Der Verkauf dieser Bonds an die Gewerkschaften in Amerika, der Israel hohe Kosten verursacht, ist nicht bloß ein rein wirtschaftlicher Schritt. Mit Hilfe dieser Bonds oder Rententitel hat Israel eine sehr viel größere Hebelkraft als jemals zuvor, die es auf den amerikanichen Kongreß und das Weiße Haus ausüben kann.

Was wird aus Renten, wenn Israel zahlungsunfähig wird?

Die Sicherheit von Millionen von amerikanischen Arbeitern und Inhabern von Policen bei großen Lebensversicherungen hängt jetzt von der Beibehaltung der finanziellen Integrität der israelischen Bonds ab. Diese Bonds oder Renten werden wertlos, wenn die israelische Regierung zahlungsunfähig wird oder vor der physischen Auslöschung steht.

Israel und seine amerikanischen Anhänger können jetzt vor den amerikanischen Kongreß gehen und behaupten, daß Millionen von Amerikanern unmittelbar finanzielle Härten erleiden werden, wenn die anhaltende Unterstützung von Israel nicht garantiert und die Militärhilfe an das zionistische Regime nicht jährlich aufgestockt wird.

In Telefonaten mit Gewerkschafts-Offiziellen, die diese Renten gekauft haben, war zu erfahren, daß in der Mehrzahl der Fälle die Mitglieder nicht befragt wurden, um diese fragwürdigen Auslandsinvestitionen zu billigen.

Werden die Gewerkschaften von den Banker gezwungen

Ja, man hat uns gesagt, daß die betreffenden Gewerkschaften kein Interesse haben, diese Käufe bei ihren Mitgliedern publik zu machen.

Gegenüber Journalisten sagten IBO-Offizielle, sie seien nicht an der Bekanntmachung oder Reklame für ihre Gewerkschaftsverkäufe interessiert. Einem Reporter, der die Büros der IBO in Washington besuchte, um Informationen über die Bonds einzuholen, sagte man, die IBO möchte keinerlei Publicity für ihre Verkaufsaktivitäten bezüglich der Bonds.

Er wurde auch belogen, als es um die Anwesenheit von hochgestellten israelischen Bankleuten ging, die angeblich nicht im Büro wären, obwohl sie tatsächlich nur einige Türen weiter von ihm saßen. Diese Offiziellen hielten sich in den Vereinigten Staaten auf, um an amerikanische Gewerkschaften Rententitel in Millionenhöhe zu verkaufen.

Wie es scheint, wurden viele Gewerkschaftsführer von pro-israelischen Bankern zum Großeinkauf dieser Bonds genötigt. Großbanken wie die Chase Manhattan, Riggs National Bank und andere Finanzgiganten mit engen israelischen Verbindungen helfen dabei, die Gewerkschaften unter Druck zu setzen, um groß in israelische Bonds einzusteigen. Kommunale Gewerkschaften wie zum Beispiel die Lehrer, die Polizei und öffentliche Angestellte haben hohe Investitionen in israelische Bonds.

Gewerkschaftsführer rechtfertigen den Erwerb der Bonds damit, daß sie sagen, daß sie die starke Gewerkschaftsbewegung innerhalb Israels unterstützen helfen. Was sie sagen, ist, daß die israelische Arbeitsbewegung eine der restriktivsten und am stärksten auf Rassentrennung bestehendste in der ganzen Welt ist und sämtliche Minoritäten diskriminiert, eingeschlossen israelische Araber und orientalische Juden.

Existiert Israel in 12 Jahren noch?

Bisher ist Israel noch bei keiner seiner verkauften Bonds oder Renten in Verzug geraten. Jedoch ist die israelische Wirtschaft nie zuvor in einer schlechteren Verfassung gewesen und wird nur von den Milliarden an Dollar aus den USA aufrechtgehalten, die aus Steuergeldern jährlich in das israelische Schatzamt fließen.

Ein anderes Problem bei den Käufern ist, daß Israel sich heute einer mehr gebündelten arabischen Militärbedrohung gegenübersieht als jemals zuvor und daß seine physische Existenz heute mehr denn je in Frage gestellt ist.

Die neuen Bonds, die von Gewerkschaften erworben werden, werden erst in 12 Jahren fällig. Damit bleibt die Frage offen, ob die israelische Regierung in 12 Jahren überhaupt noch existieren wird, um die Bonds einzulösen, die heute mit dem Geld amerikanischer Arbeiter gekauft werden. Indessen drängen internationalistische Megabanker und zionistische Geschäftsleute amerikanische Gewerkschaftsführer zur Unterstützung der israelischen Regierung. □

Zionismus

Das Geschäft mit Spenden

Erster Teil

Charles M. Fischbein

Das ist der erste Beitrag in einer Reihe von Artikeln über die täglichen Manipulationen in der komplexen, hochmächtigen, hochspielenden Welt der zionistischen Spendensammlungen. Niemand ist besser für diese Artikelserie qualifiziert als Charles M. Fischbein, der elf Jahre lang in der jüdischen Gemeindearbeit tätig war und vor drei Jahren sein Amt als Exekutivdirektor des Jewish National Fund niedergelegt hat.

Der Eckstein für Israels Macht ist eine einzigartige Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Aufgrund dieser Beziehung hat Israel Zugang zu hochgeheimen US-Technologien und kann eine Schlüsselrolle in der amerikanischen Außenpolitik spielen, sowie bei der amerikanischen Verteidigung und den internen politischen Verhältnissen.

Die Schüler von Theodor Herzl

Israels Existenz beruht auf der Stärke und Macht der Vielzahl von zionistischen Dienststellen und Organisationen, die in den Vereinigten Staaten operieren. Zwei der wichtigsten Zionisten-Agenturen sind der »United Jewish Appeal« und der »Jewish National Fund«. Zusammen bringen sie Hunderte von Millionen von Dollar auf und stellen die Netzwerke bereit, durch die zionistische Geschäftsleute gedeihen.

Es ist gut bekannt, daß die ersten Zionisten an einer Vielzahl von illegalen Unternehmungen beteiligt waren, um ihre Ziele in Palästina zu erreichen. Jahrelang haben Zionisten in Amerika und Europa sowohl arabische Landbesitzer als auch britische Behörden, die in Palästina regierten, hintergangen.

Es ist daher kein Wunder, daß die derzeitigen Schüler von Theodor Herzl, dem Vater des Zionismus, diese Tradition des Hintergehens und der Täuschung aufrechterhalten haben, wenn sie mit der amerikanischen Regierung, aber auch ihrer eigenen jüdischen Wählergemeinschaft umgehen.

Charles M. Fischbein, Autor der Serie, schreibt seine Beiträge aus einer elfjährigen Erfahrung in der jüdischen Gemeindearbeit. Vor drei Jahren hat er sein Amt im Jewish National Fund niedergelegt.

Während meiner elf Jahre in der zionistischen Bewegung habe ich für die B'nai B'rith, die United Jewish Appeal und schließlich als der Exekutivdirektor eines großen Büros des Jewish National Fund gearbeitet. Ich habe persönlich Kenntnis von Hunderten von zweifelhaften oder illegalen »Scheinmanövern«, die von Zionisten-Organisationen gegen Amerika begangen wurden.

Ich meine, daß es jetzt an der Zeit ist, dieses Verhalten und die Korruption aufzudecken, die sich innerhalb der zionistischen Struktur in den Vereinigten Staaten wild ausbreiten. Die Informationen, die ich in dieser Serie darlegen werde, sind durch umfangreiche Dokumente belegt. Diese Dokumente werden auf Antrag an jede Staatsanwaltschaft übergeben, die bereit ist, die Aktivitäten der fraglichen Zionisten-Agenturen zu untersuchen.

Zum Schutz der Mitarbeiter von der Zeitung »The Spotlight« und »Diagnosen« werde ich nur die Initialen der an diesen Ereignissen beteiligten Personen angeben.

Arbeit mit geheimen Agendas

Ein neuer Angestellter einer Zionisten-Agentur lernt sehr schnell, daß die persönliche Agenda von Zionisten-Offiziellen sich sehr stark von der erklärten Agenda der besonderen Agentur unterscheidet, für die er arbeitet.

Dieser Artikel befaßt sich mit einem jungen, ergebenen Zionisten, der für eine große Zionisten-Organisation in einer der wichtigsten Städte in Amerika tätig wurde und bald seine Illusionen über die Aktivitäten jener Agentur verlor und feststellen mußte, daß die wahren Ziele ihrer Führungskräfte ganz andere waren als die genannten Ziele.

Der erklärte Zweck der Agentur, die diesen Mann angestellt hatte, ist, Geld zu sammeln für die Landgewinnung und Wiederaufforstung in Israel – eine edle Geste, wenn man ein Befürworter Israels ist, wie es Millionen von fehlgeleiteten Amerikanern sind.

Die Agenda des durchschnittlichen Managers der Agentur besteht dagegen darin, sämtliche verfügbaren Mittel zu benutzen, um eine große und stabile Machtstruktur zu errichten, die ihn in die Lage versetzen soll, sein Regionalbüro unabhängig von jedweder Kontrolle durch die örtliche Gemeindeführung zu leiten. Obwohl der durchschnittliche Zionisten-Manager seine Gemeinde zwecks Spendensammlungen braucht, möchte er die Gemeinde von seinen Bürotätigkeiten fernhalten.

Mr. M. war 16 Jahre lang Regionaldirektor eines großen Büros einer wichtigen Zionisten-Agentur. Seine Geschichte ist ein Beispiel dafür, wie praktisch jeder Zionisten-Offizieller arbeitet und zeigt dem Leser die typischen Einstellungen eines Zionisten-Managers.

Mr. C. ist der junge Mann, der in diese Zionistenkabale hineingezogen wurde. Als er von dieser Agentur 1979 angestellt wurde, sagte man C., er würde der Nachfolger von M., der in ein paar Monaten pensioniert werde.

Das Wirrwarr mit Bankkonten

Dr. S., Exekutive Vice President der Agentur, sagte C., er solle sein eigenes Büro eröffnen; dann berichtete er der örtlichen Führung, daß C. eine junge Division aufstelle, getrennt von den Unternehmungen von M. Dies geschah, um zu verhindern, daß der Eindruck entstand, ein junger Direktor vertreibe einen altverdienten Anhänger.

Sobald C. mit seiner Arbeit begann, stieß er auf Widerstand von M. M. gab ihm nicht den Schlüssel zu Ms. Büro, das C. vorrübergehend benutzen mußte, bis er ein eigenes hatte.

Als C. darum bat, die Spendensammlungs-Unterlagen zu sehen, um sich mit den örtlichen Gewohnheiten vertraut zu machen, weigerte sich M. zu kooperieren. Und wenn M. früher als C. aus dem Büro ging, nahm er das Scheckbuch und die internen Unterlagen für das Büro in seiner Aktentasche mit sich.

Als C. fragte, wer der Wirtschaftsprüfer Ms. für die jährliche Buchprüfung sei, die von der Steuerbehörde für die Steuerbefreiung verlangt wird, wurde C. erklärt, er solle seinen eigenen Wirtschaftsprüfer finden; M. wollte nicht, daß er mit seinem spreche. Es dauerte nicht lange, bis C. herausgefunden hat, warum nicht.

Das Büro von M. wurde auf dieselbe Weise geleitet wie jedes andere Zionisten-Büro. Dem Exekutivdirektor wird praktisch eine Franchise geboten, um Geld zu sammeln, sein eigenes Bankkonto zu eröffnen, seine eigenen Spesen zu bezahlen und einmal im Monat den Betrag an das nationale Büro zu senden, den er wünscht.

Nachdem C. acht Monate gearbeitet hatte, sagte ihm M., er würde sich zurückziehen und er müsse in einigen Tagen nach New York, um sich um seine Pension und andere Gelder zu kümmern, die an ihn zu überweisen seien.

Am Tag von Ms. Reise nach New York erhielt C. einen merkwürdigen Anruf von Mr. J., dem ehemaligen Präsidenten der Agentur und Präsident der Bank, bei der die örtliche Agentur ihr Konto unterhielt. J. fragte C., warum er ein Agenturkonto bei seiner Bank geschlossen habe, ohne ihn davon zu unterrichten.

Wie es schien, hatte einer von Js. Angestellten, zuständig für die Überwachung von Geschäftskonten, am Tag zuvor angerufen und ihm gesagt, daß ein Konto der Agentur mit 37 000 Dollar geschlossen worden war.

C. antwortete ihm, er habe kein Konto geschlossen, und daß das Konto für sein eigenes Büro mehr als 100 000 Dollar Guthaben aufweise. J. forderte C. auf, sofort zu der Bank zu kommen.

Erfahrung in der Vertuschung

Bis zur Ankunft von C. hatte J. festgestellt, daß M. direkt vor seinen Augen, in den letzten 12 Jahren zwei Agenturkonten geführt hat. Das eine war von dem ehemaligen Direktor vor 20 Jahren eröffnet worden und brauchte gemäß Agenturvorschriften zwei Unterschriften für die Abhebung von Mitteln: eine von dem Direktor und eine von einem örtlichen Laienführer. Das zweite Konto, vor 12 Jahren eröffnet, war ein nicht erlaubtes Bankkonto, für das nur eine Unterschrift für die Abhebung nötig war und als Agenturadresse die Anschrift von M. angab.

Auf diese Weise wurden Auszüge, die an das Büro gingen, nicht geöffnet, wenn M. abwesend oder im Urlaub war. Eine rasche Überprüfung der Kontenbewegungen zeigte, daß in nur zwei Jahren mehr als 100 000 Dollar über das Konto bewegt worden waren.

Das Konto war nur einige Tage zuvor geschlossen worden; ein bestätigter Scheck in Höhe von 37 000 Dollar war an Mr. und Mrs. M. ausgestellt worden.

Zunächst glaubte C., dies sei nur ein Ausnahmefall, und er war sicher, sein nationales Büro würde die Angelegenheit handhaben und an die amerikanische Staatsanwaltschaft verweisen, sowie an die örtlichen Führungsleute, deren Geld es schließlich war. In den nächsten Tagen sollte C. herausfinden, daß er höchst falsch vermutet hatte.

Sobald C. sein nationales Büro anrief, erfuhr er, daß S. und sein Stab jede Menge Erfahrung im Umgang mit solchen Dingen hatte, sowie einen vollen Operationsplan, um diesen Betrug zu vertuschen. S. sagte ihm, er dürfe die Sache nicht weiter erzählen, vor allem nicht an irgend jemand von den örtlichen Führern.

Als J. sagte, er müsse sie Sache an die US-Staatsanwaltschaft geben, weil es um seine Bank ging und weil er der ehemalige Präsident der Organisation sei, erhob S. Protest.

Als C. die Bank verließ, fand er in seinem Büro eine dringende Nachricht vor; sie kam aus New York. S. schickte C. in das Büro von M.; man rief einen Schlosser, um die Türen zu öffnen und die Schlösser auszutauschen. Danach sollte er zum Flughafen fahren und ein Team von Wirtschaftsprüfern abholen, das von New York geschickt wurde.

Auch sagte man ihm, daß die Interessen des nationalen Büros ganz andere seien als die der örtlichen Laienführer, und daß er das nationale Büro in allen Fragen zu unterstützen habe. Man sagte ihm, er solle die Anweisungen aus New York befolgen, selbst wenn dies bedeuten würde, daß den örtlichen Führern persönlich Schaden geschehe; falls dies notwendig sei, würde man ihn in ein anderes Büro versetzen, so daß er seine Karriere fortsetzen kann.

C. begann nunmehr mit seiner Lektion in den Sammelmethoden mit harten Bandagen. Ihm wurde unverblümt gesagt, er müsse mit der geplanten Vertuschung des Diebstahls »mitmachen«. Man sagte ihm, daß die zukünftigen Spendenbemühungen der Zionisten einen ernsthaften Rückschlag erleben würden, wenn das kriminelle Verhalten von M. jemals bekannt würde.

Ein Hinweis an die Presse

Juden wie Nichtjuden müssen glauben, so wurde ihm gesagt, daß die Promotors von Israel ein Image der Reinheit, wenn nicht gar göttlicher Unantastbarkeit haben.

Um seine Karriere zu retten, blieb C. keine andere Wahl als »mitzumachen« und den Schwindel und die scheinheilige Vertuschung hinzunehmen.

In den nächsten drei Wochen wurde festgestellt, daß die »finanziellen Unregelmäßigkeiten«, wie es die Zionisten nannten, in Ms. Büro in die Hunderte von Tausenden von Dollar gingen. Man gab bekannt, daß M. in Pension geht.

Etwa eine Woche nach dem Zwischenfall jedoch erhielt die örtliche Zionisten-Zeitung einen Tip von einem Bankangestellten, daß es einen größeren Skandal in der jüdischen Gemeinde gäbe. Die Zeitung hörte sich um und konnte schließlich eine Fotokopie von dem 37 000-Dollar-Scheck bekommen, den M. bei der Bank abgehoben hatte.

Als Mr.H., Redakteur und Herausgeber der örtlichen Zionisten-Zeitung, bei der Agentur nachfragte, um eine vollständige Aufdeckung des Falles zu erhalten, wurde das Telefon eingehängt. Kurz nach dem Anruf des Herausgebers telefonierte C. mit S. und drei der wichtigsten Inserenten in der Zeitung. S. sagte ihnen, sie müßten tun, was immer nötig sei, damit der Zwischenfall nicht in der Zeitung erschien.

C. rief H. an und bat ihn, nichts über die Ereignisse zu berichten, es könnte der zionistischen Sache schaden.

H. lehnte ab und brachte die Story auf der Titelseite. Monatelang forderte die Zeitung die Zionistenführer auf, der Gemeinde mitzuteilen, was mit ihren Spenden passiert sei, und wie M. zwei Bankkonten vor den Augen der örtlichen Führer führen konnte, ohne entdeckt zu werden.

Die Zeitung forderte die Agentur auf, Kopien der jährlichen Prüfberichte des Büros vorzulegen, die angeblich von dem Hauptsitz der Agentur New York verlangt werden, sowie vom Finanzamt. Die Agentur erwiderte, sie habe in 16 Jahren niemals einen Prüfbericht von einem örtlichen Büro erhalten. Die Agentur hat der Gemeinde niemals den Betrag bekanntgegeben, den sie verloren hat.

Politischer Druck verhindert Untersuchung

Nachdem die Zeitung eine Reihe von Artikeln zu dem Fall gebracht hatte, nahm die Unterstützung durch die örtlichen Zionisten-Geschäftsleute ab. Befehl war ergangen, H. für seine Aufdeckung des Skandals zu bestrafen.

H. war gezwungen, nach einem Jahr seine Zeitung zu verkaufen, da er unter heftigem Finanzdruck stand. Die Zionisten hatten einen tapferen Verleger aus der Stadt vertrieben.

M. wurde nach Florida beordert, damit er den Mund halte. Man versicherte ihm, die Sache würde bald geklärt. Und genau das geschah auch. Die Untersuchung durch den US-Staatsanwalt wurde mittels politischem Druck abgeblockt, und M. erhielt seine Pension mit dem Versprechen, die Stadt zu verlassen. Die ganze Sache wurde vertuscht.

Während der Untersuchung hatte C. allerdings erfahren, daß praktisch alle örtlichen Büros der Agentur solche Vorfälle zu verbuchen hatten, und daß sie alle vertuscht wurden. Tatsächlich erzählte ihm einer der Wirtschaftsprüfer der Agentur, der auch für drei andere Zionisten-Agenturen arbeitete, daß praktisch jedes Büro der Zionisten Organization of America und der American Friends of the Hebrew University im Verlauf der Zeit ähnliche Vorfälle aufwiesen. Ein Jahr nach dem Zwischenfall kehrte C. der zionistischen Sache den Rücken. □

China

US-Waffen für die Roten

John Bishop

Massive Waffengeschäfte zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China (Rotchina), durch die das Regime in Peking superfortschrittliche amerikanische Waffen und Technologie in Höhe bis zu einer Milliarde Dollar erhalten wird, gefährden die freie Republik China auf Taiwan (Nationalchina).

Man erwartet, daß in Kürze in Washington ein Abkommen bekanntgemacht wird, wodurch Amerika eine Vielzahl moderner Geräte und Technologien zur Nachrüstung der chinesisch-kommunistischen Marine verkaufen wird. Derzeit ist die rotchinesische Marine praktisch wegwerfreif. Sie besteht aus einem bunten Durcheinander kleinerer, schlecht ausgerüsteter Schiffe, von denen viele veraltet sind wie beispielsweise die alten von Japan gebauten Zerstörer aus dem Zweiten Weltkrieg.

Supermoderne Ausrüstung aus USA

Das Abkommen mit Washington wird die Roten in die Lage versetzen, moderne Turbinenmotoren – wie die, die verschiedene US-Schiffe antreiben – zu erhalten sowie eine Vielfalt von U-Boot-Ausrüstungen einschließlich Torpedos, Sonar und möglicherweise Hubschrauber.

Eine hochdekorierte US-Navy-Delegation, darunter der Chef der amerikanischen Marineoperation, Admiral James D. Watkins, hat die Abkommen mit Peking ausgehandelt.

Im April 1986 gab die Reagan-Regierung bekannt, daß auch geplant sei, supermoderne Flugzeugelektronik an die Rotchinesen im Wert von 550 Millionen Dollar zu verkaufen.

Im Oktober 1985 hatte die US-Regierung vereinbart, Pläne und Ausrüstung für ein modernes Werk zur Herstellung von Zündern und Geschossen für 155-Millimeter-Artilleriegeschütze an die Rotchinesen zu liefern. Das Preisetikett dafür waren 98 Millionen Dollar.

Admiral James D. Watkins, Chef der US-Marineoperationen, hat das Waffen-Abkommen mit Peking ausgehandelt.

Mit dem Avionik-Abkommen werden amerikanische Hersteller fortgeschrittene Navigations-, Radar- und Feuerleitgeräte an die Pekinger Regierung verkaufen dürfen, die der Nachrüstung ihrer Düsenkampfflugzeuge dienen.

Mit Hilfe dieser supermodernen amerikanischen Elektronik werden die Abfangjäger der Rotchinesen eine ernsthafte Herausforderung für die hart bedrängten Luftstreitkräfte der Nationalchinesen darstellen, denen die modernen Düsenkampfjäger stets vorenthalten wurden, die Amerika fast schon gewohnheitsmäßig an verschiedene Länder der Welt verkauft, die Amerikas Interessen weit weniger unterstützen.

Die Elektronik wird sogar eingebaut

Opposition fand das Avionik-Abkommen durch US-Senator Barry Goldwater, der in dem machtvollen Senats Armed Services Committee den Vorsitz hält. Er ist über die Entscheidung der Reagan-Regierung verstimmt, den Verkauf durchzusetzen, trotz der Appelle aus Taiwan und einer Reihe von Taiwans Freunden im amerikanischen Kongreß.

Die Roten werden die Elektronikgeräte dazu verwenden, um 50 ihrer Überschalljäger vom Typ Shenyang F-8 Finback zu modernisieren. Rund 25 amerikanische bautechnische Experten und fünf Air-Force-Techniker werden nach Rotchina fahren, um die Elektronik einzubauen und die Kommunisten in Betrieb und Wartung der Geräte auszubilden.

Die F-8, die Geschwindigkeiten bis zu 2,4 Mach erreicht, basiert auf mehreren, von den Sowjets geraubten Flugzeugkonstruktionen, vor allem der des MiG-23-Flogger-Düsenabfangjägers, von dem die Rotchinesen Muster von Ägypten erhalten haben.

Als Ägypten 1972 seine militärischen Beziehungen mit den Sowjets abbrach, wurde die militärische Ausrüstung zum größten Teil aus Amerika und Rotchina bezogen.

Für einen Vertrag mit den Rotchinesen, bei dem 80 Shenyang-F-6- und 40 Xian-F-7-Düsenjäger gekauft wurden, belohnte Ägypten Peking mit einem Bonus in Form von einigen der MiG-23-Flogger-Flugzeugen, die sie vom Kreml erhalten hatten. Die Ägypter könnten vielleicht auch noch einige sowjetisch gebaute MiG-27-Düsenjäger für die Bodenattacke beigegeben haben.

Taiwanische Geheimdienstquellen deuten an, daß die Rotchinesen derzeit mehrere Hundert der F-8-Abfangjäger in Dienst haben. Es wird berichtet, daß ganze rotchinesische Geschwader seit 1982 damit ausgerüstet wurden. Wenngleich die F-8 Avionik bisher nicht ganz so hochmodern war, vor allem hinsichtlich Radar und Navigation, so ist es doch ein gutes Flugzeug, mit einem hohen Gefechtspotential, wie die Mehrzahl der Flugzeugexperten behaupten.

Nach den von Ägypten erhaltenen MiG-23 haben die Rotchinesen die modernen sowjetischen Tumansky-R-11-Turbojet-Triebwerke für den Einsatz in den F-8-Jägern nachgebaut. Die jüngsten Versionen sollen mit den von den Briten entworfenen Spey-Nachbrenner-Triebwerken ausgerüstet sein.

Chinas furchterregende Luftarmada

Im Jahre 1975 haben die Rotchinesen mit Rolls-Royce in England einen Vertrag für ein Los von 25 Spey-Triebwerken und die Bauteile für vier weitere geschlossen, die in ihrem Haupt-Flugzeugwerk in Liaoyuan (Xian) gebaut und getestet wur-

Taiwan würde gern F-20-Tigersharks von Amerika kaufen, aber die Reagan-Regierung will nicht verkaufen.

den. Es liegt im Nordosten Chinas, rund 150 Meilen von der Grenze zu Nordkorea entfernt.

Die Tests der von den Chinesen gebauten Speys sollen, wie Geheimdienstexperten sagen, 1979 in Liaoyuan begonnen haben. Kurz danach wurde mit dem Einbau der Spey-Triebwerke in die F-8 Kampfflugzeuge begonnen. Ihm fehlten jedoch immer noch moderne Avionikgeräte, über die seit 1980 zwischen den Rotchinesen und Amerika verhandelt wird.

Die rotchinesischen Luftstreitkräfte haben schätzungsweise 5300 Kampfflugzeuge, die in acht militärische Luftbereiche und drei kleinere regionale Kommandos aufgeteilt sind. Zusätzlich verfügt die rotchinesische Marine über 800 Flugzeuge, die in sechs Kampf- und drei Bomberdivisionen gegliedert sind.

Gegenüber dieser furchterregenden Luftarmada verfügen die Nationalchinesen nur über etwa 500 Flugzeuge.

Außer mehreren Hunderten von F-8-Flugzeugen haben die Rotchinesen mindestens 650 Harbin-B-5-Bomber (Nachbauten der sowjetischen Il-28 Beagle), mehr als 100 Shenyang-B-6-Bomber (Nachbauten der sowjetischen Tu-16-Bomber) und mehr als 3000 Shenyang-F-6-Jäger. Auch gehören mindestens 300 Xian-F-7-Kampfjäger und wenigstens 200 Nancheng-A-5-Leichtkampfjäger dazu.

Die Mehrzahl der rotchinesischen Kriegsflugzeuge ist mit sowjetischen AA-2-Atoll-Luft-Luft-Lenkraketen ausgerüstet.

Die Nancheng A-5, die im Westen die Bezeichnung Fantan hat, ist eine hochmoderne Version der sowjetischen MiG-19. Sie hat eine kleine Bombenkammer, die, wie Geheimdienstquellen sagen, eine 20 Kilotonnen schwere, Freie-Fall-Atombombe aufnehmen kann. Derartige Bomben gehören zum integralen Bestandteil des rotchinesischen Atomwaffenarsenals.

Die Luftstreitkräfte der Nationalchinesen haben drei Staffeln mit in den USA gebauten Northrop F-5A Freedom Fighter und F-5E-Tiger-Jägern, von denen einige in Lizenz in Taiwan gebaut werden. Eine vierte Staffel ist mit alten Lockheed F-104 Starfightern versehen und eine fünfte mit uralten amerikanischen F-100 Super Sabre.

Waffenlieferungen an Taiwan abbauen

Bemerkenswert ist, daß der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger einmal vorgeschlagen hatte, 200 F-16 an die Rotchinesen zu verkaufen, wie ein zuverlässiger Informant berichtet, ein Vorschlag, der in US-Regierungskreisen immer noch in der Diskussion ist.

In einem zwischen der Reagan-Regierung und den Rotchinesen ausgehandelten Kommuniqué des Jahres 1982 haben die Vereinigten Staaten zugestimmt, die Waffenverkäufe an Taiwan nicht zu erhöhen und sie allmählich abzubauen.

Seit 1982 hat nun die Regierung auf Taiwan Amerika wiederholt um Erlaubnis gebeten, ein Geschwader moderner Northrop-F-20-Tigershark-Düsenjäger kaufen zu dürfen, die moderner sind als die F-5, die Taiwan heute als seinen Hauptkampfjäger einsetzt, aber dennoch nicht ganz so technisch hochgezüchtet wie die F-16. Auch diese Anträge wurden stets abgewiesen, hauptsächlich aus Angst, Peking zu verletzen.

In den Jahren 1980/81 hat Taiwan versucht, 50 oder 60 Dassault-Breguet-Mirage-2000-Düsenflugzeuge (Abfangjäger) zu kaufen, indem es ein drittes Land eingeschaltet hat, das den Kauf von dem französischen Hersteller für Rechnung Taiwans getätigt hätte.

Der assoziierte Staat Dominica, ein kleiner Inselstaat in der Karibik, war ein Land, das von einem amerikanischen Zwischenhändler angesprochen wurde. Doch das Abkommen wurde von der Regierung unter Premierminister Eugenia Charles abschlägig behandelt. Dominica hätte einen Prozentsatz von der Gesamttransaktion erhalten, zu der auch der Erwerb von zwei kleinen Diesel-U-Booten für Taiwan gehört hätte. □

China

Invasion auf Taiwan?

Andrew Russo

Könnte das kommunistische China einen erfolgreichen Angriff auf die freie Republik China auf Taiwan vornehmen? Würden die Rotchinesen es wagen?

Im Gegenteil zu dem, was einige glauben, hat die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Rotchina und den Vereinigten Staaten im Jahr 1979 nicht dazu geführt, daß Peking auf den Einsatz von Gewalt zur Beilegung der Taiwan-»Frage« verzichtet hat. Tatsächlich haben die Kommunisten wiederholt behauptet, Gewalt sei immer noch ihre einzige Wahl.

Militärmacht basiert auf Wirtschaftsmacht

Hu Yaobang, Sekretär der Kommunistischen Partei Chinas, wurde kürzlich mit den Worten zitiert, Peking »könnte einen militärischen Angriff auf Taiwan in der nächsten Dekade in Betracht ziehen. Wir müssen warten, bis unsere Wirtschaft auf dem richtigen Gleis ist. Militärmacht basiert auf Wirtschaftsmacht.

In sieben bis zehn Jahren wird unsere Wirtschaft sehr stark sein, ausgerüstet mit modernisierter Verteidigungskraft, Dann, wenn die Mehrheit des Volkes aus Taiwan zurück will – zum Mutterland – und nur ein paar nein sagen, werden wir bei ihnen mit etwas Gewalt nachhelfen«.

Offenbar ist Peking durchaus bereit zu warten, bis es wirtschaftlich und militärisch stark genug ist, einen Überfall auf das freie China zu starten. Die massive Ausweitung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe der Reagan-Regierung an das Festland droht, den Tag schneller herbeizuführen, an dem die Roten sich stark genug fühlen, die Nationalisten anzugreifen.

Während die freie Republik China derzeit militärisch durchaus potent ist, ist es fraglich, ob der Inselstaat mit seinen 19 Millionen Menschen einen Totalangriff durch ein kommunistisches China widerstehen könnte, das von Amerika mit Waffen und Geräten ausgestattet wird.

Taiwan gibt fast 8 Prozent seines Bruttosozialprodukts für die Verteidigung aus, das sind rund 5 Milliarden Dollar.

Das Heer besteht aus 330 000 gut ausgebildeten, zuverlässigen Soldaten, zusammen mit Reservisten könnte eine Mobilmachung gut über 1,5 Millionen Mann zusammenbringen. Das Heer gliedert sich in 12 schwer- und 6 leichtbewaffnete Infanteriedivisionen, 6 Panzerinfanterie- und 3 Luftbrigaden, 4 Panzergruppen und 20 Feldartillerie- und 5 andere Bataillone.

Der F-8-Düsenjäger der Rotchinesen ist ein Nachbau der sowjetischen MiG-23 Flogger.

Die Mehrzahl der 236 Schiffe in der Marine der freien Republik sind ehemalige US-Navy-Schiffe, die jetzt weit über 30 Jahre alt sind und ersetzt werden müssen.

Streitkräfte der Republik China

Es gibt zwei dieselgetriebene Patrouillen-Boote, 26 Zerstörer, 10 Fregatten, eine neue Corvette, 3 Begleitschiffe, 35 Schnellboote, 9 Verteidigungsboote, 14 Küstenminensucher, einen Küstenminenleger, 28 Küstenwachboote, 2 Docklandungs-Schiffe, ein amphibisches Flaggschiff und 26 Landungsschiffe.

Die Marine verfügt auch über 12 Hubschrauber für die U-Boot-Torpedo-Abwehr und die Einsatzkontrolle über zwei Geschwader an Tracker-Flugzeugen für die U-Boot-Bekämpfung. Im Jahr 1985 zählten die Aktiven in der Marine mehr als 7100 Offiziere und 28 000 Maate und Matrosen; 3000 Marineoffiziere und 26 000 Mann waren in Reserve.

Andrew Russo ist erster Vorsitzender der amerikanischen Studentenbewegung für Populismus.

Die Luftstreitkräfte der Nationalchinesen sind hauptsächlich mit amerikanischem Fluggerät ausgerüstet, darunter F-5E-Kampfflugzeuge, die in Taiwan gebaut werden. Sie haben 13 Geschwader mit F-104G Starfightern, F-5A, F-5E und F-5F, sowie F-100-Super-Sabre-Kampfbomber. Außerdem ein Abfanggeschwader mit F-104S Starfightern und ein taktisches Aufklärungsgeschwader mit RF-104G Starfightern.

Es gibt für die Marine-Kooperation ein Geschwader mit S-2A/E Trackern und ASW-Geschwader mit Hughes 500-MD-Hubschraubern. Gesamtstärke: 77 000 Mann und etwas über 500 Gefechtsflugzeuge.

Peking steckt 30 Milliarden Dollar jährlich in die Rüstung

Rotchina gibt 8,5 Prozent seines Bruttosozialproduktes an das Militär oder 30 Milliarden Dollar im Jahr.

Das rotchinesische Heer hat 3,2 Millionen Mann unter Waffen stehen. Es besteht aus 191 Divisionen, davon 31 Artillerie-, 13 Panzer-, 118 Infanterie-, 3 Luft- und 73 Lokaldivisionen. Die sogenannte Volksmiliz kann bis zu 6 Millionen Mann stellen.

Die Marine des kommunistischen Chinas zählt 300 000 Aktive, davon 30 000 in den Luftstreitkräften der Marine und mehr als 28 000 Marinepersonal. Die Marine verfügt über zwei atomar betriebene und mit ballistischen Raketen bestückte U-Boote, ein dieselangetriebenes U-Boot mit ballistischen Raketenabschußbasen, 6 atomare Verschiebe-U-Boote, 113 Patrouillen-U-Boote, 20 Zerstörer, 26 Fregatten und 14 Begleitschiffe. Außerdem 220 Raketenboote, 21 große Patrouillenboote, 40 Schnellboote, 350 schnelle Kanonenboote, 260 schnelle Torpedoboote, 24 Meeresminensucher und 80 Minenleger.

Die Roten haben Atomwaffen

Die weitgehend auf dem Land stationierten Marineflieger besitzen 720 Flugzeuge, hauptsächlich für die Verteidigung und U-Boot-Abwehr, darunter MiG-17-, MiG-19- und MiG-15-Kampfjäger sowie 130 Il-28-Torpedo-Bomber, Madge Flugboote, Hound-Mi4- und Super-Frelon-Hubschrauber sowie Kommunikations- und Transportflugzeuge.

Nach Schätzungen aus dem Jahre 1984 verfügten die roten Luftstreitkräfte über 5300 Kampfflugzeuge, die in mehr als 100 Regimentern mit Düsenjägern und rund 12 Regimentern mit taktischen Bombern gegliedert waren; außerdem Aufklä-

rungs-, Transport- und Hubschraubereinheiten.

Die Geräte sind überwiegend sowjetischer Herkunft, darunter rund 500 J-7- (MiG 21), 2000 F-6-(MiG-19) und 500 F-5- (MiG-17) Abfangjänger und Kampfbomber, rund 400 H-5- (Il-28) Düsenbomber und rund 120 H-6, chinesische Nachbauten des sowjetischen Tu-16, doppelstrahligen strategischen Bombers.

Außerdem gehören ein paar kolbengetriebene Tu-4 strategische Bomber dazu (sowjetische Nachbauten der Boeing B-29), sowie 350 Q-5-Doppeldüsen-Kampfbomber (im Westen als Fantan bekannt), die eine Weiterentwicklung der MiG-19 darstellen.

Die Gesamtstärke der Luftstreitkräfte der Rotchinesen belief sich 1983 auf rund 490 000 Mann.

Die Roten haben eine Atomstreitkraft entwickelt, die weite Teile von Rußland und Asien erreichen kann. An Bodenraketen gelten als aufgestellt vier interkontinentale, 60 Zwischenstrekkenraketen (etwa 3000 bis 5000 Kilometer) und 50 Mittelstrekkenraketen (1100 Kilometer).

Lange Zeit hat Taiwan einen qualitativen Vorsprung vor dem Festland gehabt. Obwohl es zahlenmäßig den chinesischen Kommunisten unterlegen war, hatte es mit den amerikanischen Waffen einen waffentechnischen Vorteil. Zum Beispiel glaubt man, daß die F-5-Düsenjäger, die mit Luft-Luft-Raketen bestückt sind, den chinesischen MiG 21 überlegen sind.

Darüber hinaus sind viele von Pekings Flugzeugen veraltet. Allerdings ist das Festland zweifellos überlegen, was die Atomwaffen anbelangt – die Taiwan geschworen hat, niemals zu entwickeln –, sowie Großkampfschiffe über und unter Wasser.

Während viele Militärexperten glauben, daß China derzeit nicht das Gerät hat, um eine Invasion über die Straße von Formosa hinweg durchzuführen, insbesondere nicht die Landefahrzeuge besitzt, die für das Übersetzen eines Heeres benötigt werden, das sich immerhin mindestens 1,5 Millionen national-chinesischen Soldaten und Reservisten gegenübersehen würde, könnte die von Amerika an Peking gelieferte Militärhilfe die Wahrscheinlichkeit einer solchen Invasion vergrößern.

Die USA setzen auf Peking

»Wenn die Forderungen der freien Republik China nach moderneren Flugzeugen, U-Booten und anderen Arten fortschrittlicher militärischer Ausrüstung nicht sehr bald erfüllt werden, wird das Sicherheits-Ungleichgewicht bedrohliche Formen annehmen«, wie Yu-Ming Shaw sagte, Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen der Nationalen Universität Tschengschi.

Gewiß, US-Präsident Ronald Reagan hat den Waffenverkauf an Nationalchina in einem Versuch begrenzt, die »Chicoms« zu beschwichtigen. Er hat Taiwans Antrag auf F-16-Düsenjäger und Harpoon-Boden-Boden-Raketen zurückgewiesen. Dafür hat sich die Regierung entschieden, Taiwan einfach mit mehr der Waffen zu beliefern, die es bereits hat. Auch hat der Wert der US-Waffenverkäufe an die Nationalisten kontinuierlich abgenommen – in Übereinstimmung mit dem berüchtigten Kommunique vom August 1982 zwischen Washington und Peking. 1983 war die Höchstgrenze für solche Verkäufe auf 800 Millionen Dollar festgelegt worden. 1986 wird sie auf 740 Millionen Dollar sinken.

Während die Waffenverkäufe an Taipei begrenzt werden, hat die Regierung die Schleusentore für die Verkäufe an die Rotchinesen geöffnet: Panzer- und Flugzeugabwehrraketen, Radar, Schützenpanzer, moderne Triebwerke für Düsenflugzeuge, Avionikgerät zur Aufwertung der F-8-Jäger und fortgeschrittene Nukleartechnologie

Wenngleich Taiwan wahrscheinlich für die nächste Zukunft frei bleiben wird, führen die schlecht beratenen Anstrengungen der Regierung, sich bei den Tyrannen in Peking beliebt zu machen und unsere Freunde in Taipei zu verstoßen, zu einer Vergrößerung der Gefahr, daß sich die Kommunisten eines Tages stark genug fühlen werden, um die dornenreiche Frage gewaltsam zu lösen. □

Angola

Entscheidung über Namibias Zukunft

Vier britische Parlamentarier, die im Frühjahr Südwestafrika/Namibia besucht hatten, stellen in einem Bericht an das britische Unterhaus fest, daß die Entscheidung über die Zukunft in Angola fällt. Die Sowjetunion habe in den letzten Monaten ein Drittel ihres gesamten Lufttransportes dazu hergegeben, mindestens 58 MiG-21-Kampfbomber, 20 MiG-23, 13 MI-25-Hubschrauber, 44 MI-8-Hubschrauber, eine Anzahl MI-24-Kampfhubschrauber und mehrere hundert Panzer nach Angola zu bringen.

Die Briten sehen für die Zukunft zwei Alternativen: Entweder siegt die MPLA in Angola gegen Savimbis UNITA, dann können die Kubaner in den Norden oder ganz abgezogen werden und Südafrika wird Resolution 435 durchführen müssen, wobei ein Wahlsieg der SWAPO mit Hilfe der Vereinigten Nationen möglich ist. In diesem Fall gebe es eine marxistische Regierung, die nicht im Interesse Südafrikas, des Westens oder Großbritanniens sein könnte.

Die Alternative: Die Kubaner werden weiterhin benötigt, die MPLA gegen die UNITA zu schützen. Sie ziehen nicht ab, so kommt es nicht zu Resolution 435. Die Übergangsregierung macht Fortschritte. Es gibt eine neue Verfassung, die per Referendum von den Einwohnern akzeptiert wird.

Die Übergangsregierung ändert die ethnische Grundlage auf einer zweiten Ebene, verringert die Arbeitslosigkeit und könnte im ganzen Land einen Wahlsieg erringen. Die SWAPO könnte an solchen Wahlen teilnehmen, wenn aufgrund der UNITA-Erfolge die Regierung in Luanda mehr Druck auf Nujoma ausübt. Die Wahl würde unter Aufsicht der westlichen Kontaktgruppe stattfinden, die die SWAPO zur Teilnahme einlädt.

Das Wahlergebnis würde bedeuten: Eine pluralistische, unabhängige, demokratische Regierung, die dem Westen gegenüber freundlich ist. Internationale Anerkennung und erhebliche Investitionen würden nicht ausbleiben.

Die britischen Parlamentarier bescheinigen der Übergangsregierung in der Zeit seit 17. Juni 1985 große Erfolge. Allerdings bilden die Kirchen eine ernstzunehmende Opposition, wenngleich ihre Mitglieder nicht einer Meinung sind.

Aufrund des Konzeptes der »Befreiungstheologie« seien die katholische und die protestantische Kirche gegen die Übergangsregierung. Der Generalvikar der Katholiken, Pater Nordkamp, habe erklärt, er sehe keinen Unterschied zwischen den Aktionen sowjetischer Truppen in Afghanistan und denen südafrikanischer Truppen in Namibia.

Am Kreuzweg zum marxistischen Einheitsstaat

Die Parlamentarier weisen darauf hin, daß eine SWAPO-Regierung marxistisch wird. Sie empfehlen, daß die UNO und vor allem die Mitglieder der Kontaktgruppe alle Parteien in Südwestafrika/Namibia als gleichberechtigt behandeln und anerkennen.

Alle Gelder, die durch die UN an die SWAPO gehen, sollen eingefroren oder in gleichen Verhältnissen auf alle Parteien verteilt werden. Die britische Regierung soll auf höchster Ebene Kontakte zur Übergangsregierung aufnehmen und sich für Verhandlungen zwischen der Übergangsregierung und der SWAPO einsetzen, »damit der Terrorismus beendet und die SWAPO an den Konferenztisch gebracht werden kann«.

Dort müssen eine neue Verfassung und freie Wahlen besprochen werden. Die britische Regierung sollte Methoden untersuchen, mit denen die Entwicklung in Südwestafrika/Namibia gefördert werden kann. Das Land stehe an einem Kreuzweg, der zum marxistischen Einheitsstaat oder zum demokratischen Staat nach westlichem Muster führen könne.

Bei Durchführung von Resolution 435 müsse die Übergangsregierung aufgelöst werden. Das Land werde vom General-Administrator und einem UN-Vertreter regiert. □

Angola

Der Schlüssel zum Frieden

Carlos Kandanda

Das ist ein Bericht über die militärische Situation in Verbindung mit den sozio-ökonomischen, politischen und humanitären Bedingungen in Angola. Nach dem Bürgerkrieg des Jahres 1976 wurde die UNITA von dem vorrückenden kubanischen Expeditionskorps, das 12 000 Mann stark und mit sowjetischen Panzern und Flugzeugen schwer bewaffnet war, aus den städtischen Zentren Angolas vertrieben. Diese unglückliche Entwicklung war aufgrund des Nichtstuns der Westmächte möglich. Die Sowjetunion hatte damit im angolanischen Konflikt freie Hand. Die Schwäche der amerikanischen Politik, die damals an einer Kombination von Vietnam-Trauma und Watergate-Syndrom litt, löste eine hoffnungslose Situation aus, was wiederum dem Kreml die Chance ermöglichte, seinen Traum zu verwirklichen.

Heute ist die UNITA in drei Fünfteln des Territoriums militärisch effektiv und kontrolliert ein Gebiet, das zweimal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland ist. Während der letzten Jahre hat die UNITA weite Strecken der Provinzen Cuando-Cubango, Moxico, Bié, Huambo und Cunene voll befreit. In diesen Gebieten befindet sich keine einzige Stellung der Streitkräfte der Kubaner und der MPLA. In diesen Gebieten wurde die Verwaltung durch die UNITA etabliert.

Das Leben in den befreiten Gebieten

In den befreiten Gebieten der UNITA leben derzeit etwa 3,5 Millionen der insgesamt 7 Millionen Menschen. Rund 58 000 Kinder gehen in die Grund- oder Oberschule. Etwa 10 000 Erwachsene werden im Rahmen des Alphabetisierungs-Programms das Lesen und Schreiben gelehrt. Die UNITA hat mehrere Kindergärten und Sozialzentren eingerichtet, die sich um Waisenkinder und Kriegsopfer kümmern.

Kliniken und Krankenhäuser sind in vielen Teilen der befreiten Gebiete eingerichtet worden. In den Kriegszonen wird die Bevölkerung durch mobile Ärzte-Teams oder Kliniken betreut. Unter der Leitung der Partei und örtlicher Ausschüsse stehen kooperative Farmen in allen Teilen der befreiten Gebiete.

Zieht man einen Vergleich zwischen dem Lebensstandard der Menschen, die einerseits unter MPLA-, andererseits unter UNITA-Kontrolle leben, so stellt man fest, daß es letzten besser geht. Hunger ist in den UNITA-Gebieten unbekannt. Im Gegensatz zur anderen Seite. Dort, also in den MPLA-Gebieten, haben das Internationale Rote Kreuz und andere humanitäre Organisationen Lager eingerichtet, um die Menschen mit den notwendigsten Nahrungsmitteln zu versorgen.

Der Reporter der »Washington Times«, Fred Reed, hat die befreiten Gebiete Angolas so beschrieben: »Die UNITA ist viel größer, besser organisiert und in ihrer Zielsetzung breiter angelegt. Es ist eine funktionierende Gesellschaft. Schulen, Stützpunkte, Hospitäler, Modell-Farmen und administrative Zentren existieren wirklich und funktionieren auch. Die UNITA ist eine militärische Kraft, mit der man rechnen muß.«

Angola ein blutiger Friedhof

Im nicht von der UNITA kontrollierten Angola sterben die Menschen an Hunger. Es ist zwar so, daß sich die ganze Welt in einer Phase der Rezession befindet, doch trifft auf Angola zu, daß sich seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur nationalen Tragödie entwickeln. Die hauptsächlichen Ursachen dafür, daß Angola wirtschaftlich in Trümmern liegt, sind folgende: 40 000 Kubaner, Militärausgaben in Höhe von über 75 Prozent des angolanischen Einkommens, Korruption, mangelnde Leistung, Inkompetenz und Mißbrauch öffentlicher Gelder durch die Führung in Luanda, Diebstahl und schließlich die Tatsache, daß Edelsteine und Devisen ins Ausland geschmuggelt werden.

Es herrscht ein permanenter Mangel an Nahrungsmitteln. Die staatlichen Supermärkte sind leer und zwingen die meisten Stadtbewohner, sich zu astronomischen Preisen auf dem schwarzen Markt zu versorgen.

Alle Sektoren der Wirtschaft – die Öl-Industrie ausgenommen – werden durch schlechtes Management, außerordentlichen Mangel an Facharbeitern, ungenügende Transportmöglichkeiten, Schwächen im Energiesektor und mangelnde Ausrüstung geplagt.

In allen Sektoren der Wirtschaft ist die Produktion nach der kubanischen Invasion im Jahr 1975 abgesunken und sinkt weiter ab. Ein Beispiel dafür ist die Kaffee-Industrie. Angola war einmal der viertgrößte Kaffee-Produzent in der Welt. Zwischen 1975 und 1976 brach dieser Industriezweig dann jedoch zusammen. Hierzu kam es, als die Arbeitskräfte des zentralen Hochlandes und auch die weißen Farmer flohen. Inzwischen ist die Produktion auf 20 000 Tonnen abgesunken, was lediglich ein Zehntel der Ernte von 1974 darstellt.

In der Minen-Industrie sank die Diamanten-Produktion von durchschnittlich 2,4 Karat jährlich vor der Unabhängigkeit auf fast 0,9 Karat ab. Dieser Industriezweig wird von Schwierigkeiten in den Sektoren Versorgung und Ersatzteile ebenso geplagt wie durch Abwesenheit der Arbeiter von der Arbeitsstelle und ungenügende Transportmöglichkeiten. Korruption und schlechtes Management führen dazu, daß sich Schmuggler mit bis zu 70 Prozent der geförderten Diamanten davonmachen.

Noch schlimmer sind die Aussichten für die Gewinnung von Eisen, dessen Exporte sich früher auf 6 Millionen Tonnen jährlich beliefen. Die Kassinga-Minen in der Huila-Provinz stellten die Produktion 1975 ein und konnten bis heute nicht reakti-

Ein Teil des Kriegsmaterials, das während der Operation Protea von der UNITA erbeutet wurde. Ein Bericht von vier britischen Parlamentariern stellt klar: »Die Entscheidung über Namibias Zukunft fällt beim militärischen Kampf in Angola.« Man rechnet jetzt mit einer großen Offensive der MPLA gegen die UNITA.

viert werden. Pläne der österreichischen Firma »Austro Mineral«, den dortigen Bergbau auf der Basis einer jährlichen Produktionsrate von 1,1 Millionen Tonnen auf die Beine zu bringen, haben keinerlei Chance auf Verwirklichung. Denn das Gebiet, in dem sich die Minen befinden, ist vom Krieg schwer betroffen.

Der Exodus der portugiesischen Facharbeiter – sie wurden durch Kubaner und andere Experten aus der Sowjetunion sowie Osteuropa ersetzt – und die Stillegung von rund 60 Prozent der Herstellerfirmen zwischen 1975 und 1976, was die MPLA veranlaßte, weitreichende Beschlagnahmungen und Verstaatlichungen durchzuführen, hat die Industrieproduktion nach dem genannten Datum vernichtend getroffen.

Aufgrund der Öl-Vorkommen begann das Luanda-Regime zwischen 1979 und 1980 sich auf eine Reihe kreditgestützter, finanzieller Ausgaben einzulassen, um die angeschlagene Wirtschaft zu beleben und die Streitkräfte auszubauen. Der Optimismus war von kurzer Dauer.

Einzige Gewinner sind die Sowjets

In dem Maße, in dem der Krieg intensiviert wurde und sich zwischen 1980 und 1982 über das Land erstreckte, mußten 85 Prozent des angolanischen Einkommens für militärische Zwecke ausgegeben werden. In den letzten drei Jahren hat die Luanda-Regierung über 24 Milliarden Dollar für Waffen und für die Unterhaltung der kubanischen Streitkräfte im Land aufgewendet.

Inzwischen hat der Ölpreis einen weltweiten Tiefpunkt erreicht. Die öffentlichen Finanzen Angolas und die externen Zahlungen rutschen in ein unübersehbares Defizit. Importe von Grundnahrungsmitteln, Rohstoffen, Ersatzteilen, Fahrzeugen für zivile Zwecke und Maschinen – alles Produkte, an denen es in fast allen Wirtschaftszweigen fehlt – wurden zugunsten des Militärbudgets und der erhöhten Profite der internationalistischen Aktienbesitzer der Öl-Industrie ausgesetzt.

Diese Maßnahmen beschleunigten nur noch das Tempo des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, speziell in den Bereichen Nahrungsmittel und Textilien. Viele Fabriken, Farmen und Bergwerke mußten geschlossen werden. Die Produktion rutschte steil ab, Arbeitslosigkeit erreichte eine Rekordhöhe.

Die einzigen Gewinner dieser Art von Politik sind natürlich die Sowjets, die der einzige Waffenlieferant für Angola sind, und das Regime Fidel Castro, das 40 000 Mann in das angolanische Kriegsunternehmen investiert hat.

Es sieht so aus, daß die westlichen Ölgesellschaften, insbesondere die Amerikaner, mit den enormen Profiten in Angola sehr zufrieden sind. Immerhin kommen über 50 Prozent der angolanischen Importe – überwiegend militärische Ausrüstung – aus dem Sowjetblock. Der Westen ist hauptsächlich Lieferant von Finanzen und Technologie. Die Sowjetunion absorbiert über 60 Prozent der angolanischen Ressourcen in Form von Waffenlieferungen und militärischen Diensten.

Mit anderen Worten: ausländische Investitionen im heutigen Angola, speziell westliche Investitionen und andere massive Hilfsprogramme, sind, was eine Ironie ist, zur sowjetischen Art und Weise der Finanzierung ihrer Unternehmen in Angola geworden. Der Westen bezahlt für die sowjetisch-kubanische Okkupation des Landes.

Es ist eine Tatsache, daß täglich nahezu 3 Millionen Dollar zur Stützung der sowjetischen Kriegsbemühungen in Angola ausgegeben werden. Die Sowjetunion könnte ein solch hohes Risiko nicht eingehen, wenn es nicht die westlichen Multinationalen wären, die diese Bürde erleichtern und der Sowjetunion einen lukrativen Markt für den Verkauf ihrer Waffen bieten.

Aussichten für den Frieden in der Region

Die Stabilität Angolas wird nicht von der Entwicklung in Namibia abhängen, sondern das umgekehrte ist der Fall. Berücksichtigt man die geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung des südlichen Afrikas, dann kann die sowjetische Okkupation Angolas nicht Selbstzweck sein. Sie ist vielmehr das Mittel zur sowjetischen Unterdrückung dieses reichen afrikanischen Subkontinents, was klarerweise gegen die westlichen Interessen ist.

Es ist so, daß die Sowjets Angola und Afrika praktisch seit der Oktober-Revolution studiert haben. Sie wissen, was sie wollen, und sie haben stets auf klar abgesteckte Ziele hingearbeitet. Im Gegensatz hierzu hat der Westen, der Afrika kolonisierte, Angola praktisch erst seit 1975 entdeckt, nämlich im Zuge der kubanischen Invasion.

Seit 1975 haben die Sowjets Angola in intensiver Weise zur Förderung ihrer expansionistischen Politik in der Welt benutzt. 1977 und 1978 haben Kräfte, die von Angola aus organisiert und geführt wurden, zweimal die Shaba-Provinz des benachbarten Zaire angegriffen. 1977 wurde die sowjetische Intervention im somalisch-äthiopischen Ogaden-Krieg dadurch erleichtert, daß kubanische Truppen von Angola aus per Luftbrücke nach Äthiopien gebracht wurden. Dies in Erwartung frischer Verstärkung aus Havanna.

Im Januar 1980, als die Vereinten Nationen die sowjetische Invasion Afghanistans verurteilte, gehörte das Luanda-Regime der MPLA zu den einsamen Stimmen in der Welt, die offen die sowjetische Invasion unterstützte. Barbrak Karmal erklärte wenige Tage später, daß das von den Sowjets okkupierte Angola einer der besten Verbündeten Afghanistans sei.

Im Jahr 1982, während der Falkland-Krise, führten die Sowjets von ihren Stützpunkten in Angola Aufklärungsflüge durch, um die auf dem Weg in den südlichen Atlantik befindliche britische Flotte auszuspionieren.

Die sowjetischen Absichten in Namibia sind nur zu gut bekannt. Es geht um die Schaffung weiterer Volksrepubliken nach sowjetischem Muster, nämlich in Namibia und dann Südafrika. Dies ist der Grund, warum Südafrika als dekolonisierende Macht die sowjetisch-kubanische Präsenz im benachbarten Angola nicht einfach vom Schicksal des übrigen Teiles der Region trennen kann, und zwar ohne Rücksicht darauf, was die Welt über Apartheid und Rassismus denkt.

Gerüchte werden verbreitet, wonach ein Plan zum Zusammenschluß des nördlichen Namibia mit Angola existiert. In Wirklichkeit ist unvorstellbar, wie ein derartiges Unternehmen in die Weltordnung eingefügt werden könnte. Es gibt keinen vernünftigen Menschen in Angola und Namibia, der auch nur davon träumen könnte, die derzeitigen Grenzen zu ändern und einen künstlichen Staat zu schaffen, der keinerlei Zukunft zum Überleben hätte.

Wichtig ist die Stärke der UNITA

Kern des Konflikts in diesem Raum ist jedoch der Kampf der UNITA gegen die Kubaner auf der einen Seite und der Kampf der SWAPO gegen die Südafrikaner auf der anderen. Alle Bemühungen der Sowjets, der Kubaner und der MPLA in diesem Raum zielen in erster Linie auf die Vernichtung der UNITA und auf nichts anderes ab.

Die Stärke der UNITA im Land ist heute jedoch im politischen wie im militärischen Sinne unbestritten. Die Streitkräfte der UNITA umfassen 15 000 semireguläre Truppen und mehr als 25 000 Guerillas. Diese Streitkräfte sind sehr gut ausgebildet, gut geführt, ausreichend bewaffnet, und sie manövrieren im Kampf mit Geschick.

Die UNITA hat keine Stützpunkte für Ausbildung oder Operationen außerhalb Angolas. Sie verfügt nicht über ausländische Instruktoren. Die angolanischen Patrioten schließen sich den UNITA-Streitkräften freiwillig an. Sie werden dienen, bis der Krieg vorbei ist. Und es gibt keinerlei finanzielle Belohnungen für diesen Dienst, weder in den Streitkräften noch in der Partei.

Sechzig Prozent der Bewaffnung der UNITA wurde dem Feind abgenommen. Der Rest setzt sich aus Schenkungen von Freunden, aus Ankäufen und Überbleibseln früherer Kriege zusammen. □

Südafrika

Goldaktien – Geschäft oder Risiko?

Martin Burns

Auf seinem Feldzug um Besitz und Kontrolle über die Hauptproduktionsmittel der Welt hält das Establishment stets Ausschau nach einem guten Geschäft. Eines davon, das derzeit angeboten wird, sind florierende Unternehmen in Südafrika – ganz besonders Goldminen.

Dem kommunistisch angeführten »African National Congress« (ANC) und Straßenbanden ist es gelungen, den Anschein zu erwecken, daß sie die Regierung Südafrikas destabilisieren. Als eine Folge davon sind die Preise für südafrikanische Goldaktien, die in Europa und Amerika breit gehandelt werden, zurückgegangen.

»Kauf, wenn Blut auf der Straße fließt«

Diese Aktienkurse steigen und fallen in Harmonie mit dem Goldpreis, der seit 1980 gedrückt ist. Doch Vorhersagen in den amerikanischen Medien über den bevorstehenden Kollaps von Südafrika und der Machtübernahme durch eine von Schwarzen geführte Regierung haben die Kurse dieser Aktien noch weiter nach unten gedrückt.

Selbst das südafrikanische Establishment ist zur Kapitulation bereit. Auf einer breit publizierten Versammlung in Johannisburg im Jahr 1979 hat Premierminister P. W. Botha die Kapitäne der südafrikanischen Industrie ausdrücklich aufgefordert, ihn dabei zu unterstützen, das Land auf einen neuen, liberaleren Kurs zu führen, und ihre Reaktion darauf ist generell begeistert gewesen. Der liberale Kurs hat sich in der Tat durchgesetzt.

Die Mehrheit der südafrikanischen Presse, einschließlich Buch- und Zeitschriftenvertriebe, befinden sich im Besitz von Harry Oppenheimers Anglo-American Corp. Die staatliche South African Broadcasting Corp. steht für eine »Privatisierung« an, und zwar auf dem Weg des Aktienverkaufs an die Öffentlichkeit. Es dürfte wahrscheinlich sein, daß am Ende die effektive Kontrolle in der Hand von Oppenheimer-Interessen liegt. Dies kann nur zu einer weiteren Unterminierung der Moral des weißen Südafrikas führen.

Howard Phillips besorgt die Geschäfte der Informations-Herausgeber, die die Kuh schlachten und doch die Milch haben.

Harry Oppenheimer wird bei einer Privatisierung von Funk und Fernsehen auch die Kontrolle über diese Medien haben.

Schon Baron Edmond de Rothschild riet: »Kaufen, wenn Blut in den Straßen fließt!«

Wachsender Widerstand der Weißen

Das passiert jetzt buchstäblich, und ein risikofreudiger Anleger könnte gut beraten sein, einige unumschränkte Mittel – Mittel, deren Verlust er verkraften kann – für eine Anlage in südafrikanische Aktien einzusetzen. Es gibt dafür zwei spezifische Gründe.

Erstens, wie an anderer Stelle von Ivor Benson in dieser Ausgabe berichtet wird, treffen die Weißen Südafrikas Maßnahmen, um ihr eigenes Schicksal wieder in die eigene Hand zu nehmen. Es ist lächerlich zu denken, der ANC oder irgendeine andere Terroristengruppe könnte einen großen Erfolg bei der Störung der südafrikanischen Wirtschaft haben, wenn die Regierung den Willen hat, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wenngleich man sich nicht immer gegen willkürliche Überfälle, Bombenanschläge und Attentate schützen kann, so können doch Aktionen, die die grundlegende Wirtschafts- und soziale Infrastruktur bedrohen, verhindert werden.

Tatsächlich sind die Terroristen nicht sehr erfolgreich gewesen, erhebliche Verluste unter den Weißen anzurichten oder irgendeinen meßbaren Akt der Wirtschaftssabotage durchzuführen. Da Gold allein mehr als ein Drittel der südafrikanischen Exporte ausmacht, und Gold in Verbindung mit Diamanten, Platin und anderen Edelmetallen zwei Drittel des Exports, kennt Südafrika seine Interessen und hat die Möglichkeit, sie zu schützen.

Die jüngsten militärischen Ausfälle südafrikanischer Truppen gegen verdächtige Terroristen-Stützpunkte in drei sogenannten Frontstaaten – Zambia, Simbabwe und Botswana – werden diesen Trend nur noch bestärken. Möglich, daß der Ruf des US-Establishments nach erhöhten Sanktionen als einer Reaktion auf die Überfälle dazu führen, größeren Wirtschaftsdruck auf Pretoria auszuüben, doch kann die südafrikanische Regierung solchem Druck standhalten, wie sie es in der Vergangenheit bewiesen hat.

Die Überfälle stellen einen Versuch der südafrikanischen Regierung dar, die Unterstützung in den Reihen des eigenen unzufriedenen weißen Mittelstandes zu festigen, der für einen harten Kurs gegen die schwarze internationalistische Revolutionsbewegung ist. Solche Grundsätze deuten an, daß die Entschlossenheit der Weißen sehr stark ist – ein positives Signal für Anleger in Goldaktien.

Es gibt noch einen anderen Grund, warum Südafrika nicht zusammenbrechen wird: dem Establishment, das eine »geregelte« Übertragung der Macht an die »Mehrheitsherrschaft« zu erreichen versucht, schuldet Südafrika, über seinen Bankensektor, 24 Milliarden Dollar. Südafrika befindet sich in der beneidenswerten Position, daß es das gesamte Kartenhaus des internationalen Bankensystems zum Einsturz bringen kann. Wenn es gegen die Wand gedrängt wird, und unter Führung einer Regierung, der das nationale Interesse am Herzen liegt, könnte sich das Land dazu entschließen.

Südafrikas Macht über die Banken

Im Juli 1985, nachdem Südafrika einen Notstand ausgerufen hatte, setzten die Großbanken dem Land die Daumenschrauben an. Die Chase Manhattan Bank gab Ende Juli 1985 bekannt, daß sie rund 400 Millionen Dollar in kurzfristigen Darlehen nicht erneuern würde; außerdem verlangte sie die Rückzahlung von mittelfristigen Darlehen, wozu sie das Recht hat.

Südafrika ist der einzige, pflichttreueste Schuldner auf dem afrikanischen Kontinent, der niemals eine Zinszahlung oder Kapitalrückzahlung versäumt hat. Doch die amerikanischen Ban-

ken waren knapp dabei, sich selbst in den Fuß zu schießen.

Die Südafrikaner haben versucht, mit dieser Krise fertig zu werden. Am 27. August 1985 wurde der Aktien- und Devisenhandel eingestellt. Südafrika schickte amtliche Vertreter ins Ausland, wo sie abgewiesen wurden. Die Bank of England weigerte sich zuzugeben, daß ihr Gouverneur sich mit seinem südafrikanischen Kollegen, Dr. Gerhard de Kock, getroffen habe, obwohl es zutraf.

Das amerikanische Außenministerium stellte nur einen Vertreter niedrigen Ranges für die Konsultationen ab. Die amerikanischen Banken waren unansprechbar für eine Neustrukturierung, da dies als eine Konzession an Pretoria ausgelegt werden konnte.

Damit ergab sich die absurde Situation, daß Südafrika niemanden finden konnte, um über eine Neustrukturierung seiner Darlehen sprechen zu können, obwohl seine Gläubiger die Krise herbeigeführt hatten.

Am 1. Oktober 1985 entschloß sich Südafrika zum einseitigen Handeln. Es gab eine viermonatige Einfrierung aller Tilgungszahlungen durch den Privatsektor bekannt. Ausgenommen waren jedoch Zinsen, Darlehen an die Regierung und von der Regierung garantierte Darlehen sowie der Gewinntransfer ins Ausland durch multinationale Konzerne. Die Banken konnten das Gesicht wahren, indem sie erklärten, man habe ihnen diese Lösung auferlegt, und die Krise ging vorüber.

Doch Südafrika hat in diesem Vorgang bewiesen, daß es die Macht hat, die Banken zu Fall zu bringen, bevor es selbst fällt.

Man muß sich vor Augen halten, daß die derzeitige Welle der düsteren Prophezeiungen über die Zukunft von Südafrika ihren Ursprung in den amerikanischen Nachrichtenmedien hat und überwiegend auf sie beschränkt ist. Die europäische Presse ist bisher von der Art der feindlichen Propaganda frei geblieben, die von den amerikanischen Medien verbreitet wird.

Europäer haben sich seit jeher sehr stark in südafrikanischen Goldaktien engagiert. Der Ausstieg à la Amerika wird von den Europäern nicht praktiziert. Gewiß ist, daß, wenn die Europäer aussteigen würden, genügend neues Investitionskapital vorhanden ist aus Japan, Südkorea und Singapur.

Gold macht allein mehr als ein Drittel der südafrikanischen Exporte aus.

Was die falschen Freunde schreiben

Es ist schon schlimm genug, wenn man von seinen Feinden angegriffen wird. Das läßt sich wenigstens voraussagen. Doch leider bemühen sich viele von Südafrikas sogenannten Freunden nach besten Kräften, die Zerstörung eines prosperierenden und pro-westlichen Südafrika zu beschleunigen. Diese falschen Freunde sind die konservativen, geldsuchenden Herausgeber von Informationsbriefen, die regelmäßig die bevorstehende kommunistische Übernahme jenes Landes beklagen und die die Investitions-Entscheidungen ihrer reichen Abonnenten beeinflussen.

Sie drängen zum sofortigen Verkauf von südafrikanischen Goldaktien. Ihre konventionelle Klugheit lautet, daß erhöhte Sanktionen und Terrorismus Südafrikas Wirtschaft zum Zusammenbruch führen werden. Die Goldminen werden sabotiert. Der Goldpreis wird in die Höhe schnellen, und die Aktienkurse werden fallen.

»Trends, die in Bewegung sind, bleiben in Bewegung«, dies scheint ihr Schlachtschrei zu sein, da die südafrikanischen Minenaktien bereits auf niedrigem Niveau liegen, werden sie dadurch gewiß noch weiter fallen.

Was soll ein Anleger mit dem Geld tun, das er früher in südafrikanische Goldaktien angelegt hat? Herausgeber von Informationsbriefen geben oft den Namen, Adresse und gebührenfreie Telefonnummern von Maklern an, die sich auf Gold-, Silber- und Minenaktien an den Börsen spezialisiert haben. Sie propagieren die Geschicklichkeit und Integrität dieser Makler, von denen sie hübsche Provisionen für ihre Vermittlung einstreichen.

Das auffallende Beispiel hierfür ist eine 14seitige »Analyse« über Südafrika von dem »McAlvany Intelligence Advisor«, der eine ganze Ausgabe Südafrika gewidmet hat. McAlvany wetzt seine Messer gegen die Kommunisten, die liberalen Nachrichtenmedien, verschiedene multinationale Banken und Konzerne, sowie gegen südafrikanische Terroristen und Revoluzzer, deren Aktivitäten in graphischen und blutigen Einzelheiten beschrieben werden.

Soweit, so gut. Aber McAlvany unterschreibt die »Liberalisierungsschritte« der südafrikanischen Regierung und ruft nach Machtteilung mit dem Zulu-Häuptling Mangosthu Buthelezi auf, den er als Präsidenten in einem »freien und demokratischen, vielrassigen Südafrika« propagiert.

Eine derartige Regierung wäre selbstverständlich nur eine »Übergangs«-Regierung, genauso wie die Kerensky-Regierung in Rußland nur ein Übergang zwischen dem Zaren und den Kommunisten war, und die Muzorewa-Regierung von Simbabwe-Rhodesien nur ein Übergang zwischen dem Rhodesien von Ian Smith und dem Simbabwe des Marxisten Robert Mugabe.

So schlachtet man die Kuh

McAlvany möchte auch, daß seine Leser »handeln«. Er möchte, daß sie ihm Geld schicken, damit er einen Dokumentarfilm über Südafrika produzieren kann. Außerdem sollen sie Geld an den »Conservative Caucus« (»Konservative Parteiorganisation«) von Howard Phillips schicken, damit Phillips einen »gemäßigten« Schwarzen aus Südafrika ins amerikanische Fernsehen bringen kann, und er dann mit ihm und Phillips vom 8. bis 25. November 1986 nach Südafrika fahren kann. »Sie können beruhigt sein«, sagt McAlvany, »wir werden Sie nicht den Revolutionären in den Städten preisgeben.«

So schlachtet man die Kuh und hat doch die Milch. Nachdem er auf 14 Seiten seine Leser zu Tode erschrocken hat, wobei er Südafrika mit dem Iran in den letzten Tagen der Regentschaft des Schahs vergleicht, sagt er, nur hereinspaziert, das Gelände ist jetzt sicher.

Ich denke jedoch, daß alles Geld, was Anleger in dieses Abenteuer eines der vielen Wirtschafts- und Finanz-Informationsdienste investieren möchten, besser in südafrikanischen Goldaktien angelegt ist. Wenn der Goldpreis steigt, was unvermeidlich ist, dann werden diese jetzt noch unterbewerteten Aktien sehr wahrscheinlich noch schneller steigen. □

Südafrika

Widerstand der Weißen wächst

Ivor Benson

Der einsame Abgeordnete der angeblich weit rechtsstehenden Herstigte Nasionale Party (HNP) in dem südafrikanischen Parlament hat guten Grund, sich ermutigt, ja sogar geschmeichelt zu fühlen, und zwar von den Ergebnissen, die er seit seinem unerwarteten Sieg in den Nachwahlen im vergangenen Oktober erreicht hat.

»Derart ist die Leistung des anscheinend niemals müde werdenden Louis Stofberg«, so kommentiert Patrick Cull, der politische Korrespondent der Establishment-Zeitung »Eastern Province Herald« in Port Elizabeth, Südafrika, »daß er die ganze 18 Mann starke Conservative Party (CP) so gut wie in den Schatten gestellt hat, die zuvor die parlamentarischen Fahnenträger der Rechten gewesen sind.«

Louis Stofberg, der erste Abgeordnete der konservativen Weißen im südafrikanischen Parlament.

Im Parlament klare Position

Stofberg, der praktisch zu allen im Parlament erörterten Streitfragen Stellung nimmt, hat seine Position von dem Moment an absolut klargemacht, da er ins Parlament einzog. Er hat sich von der neuen Verfassung mit ihrem Drei-Kammer-Parlament distanziert, indem er sich weigerte, bei irgendeinem der ständigen Ausschüsse mitzuarbeiten, denen Abgeordnete der beiden anderen Kammern als Asiaten und Farbige angehören.

In Südafrika bezieht sich der Begriff »Farbige« auf eine Gruppe von zwei Millionen Menschen mit gemischter weißer, malayischer und schwarzer Abstammung.

»Ich und die HNP«, so erklärte Stofberg kürzlich im Parlament, »sagen der Regierung, der Progressive Federal Party (PFP), der linken offiziellen ›Opposition‹ und der Welt, daß die Afrikaner niemals ihre souveräne politische Unabhängigkeit opfern werden, niemals, selbst wenn dies bedeuten sollte, den Kampf mit anderen Mitteln aufzunehmen.«

Diese Haltung, die einer unverblümten Erklärung gleichkommt, daß die Afrikaner nicht die Absicht haben, in das marxistische Brunnenloch zu fallen wie Rhodesien, wird gemäß der Berichte der Zeitung von Port Elizabeth, »mit erheblicher nervöser Unruhe sowohl von der PFP als auch der Regierung gesehen, die verzweifelt versucht, das Maß der Gewalttätigkeit in Südafrika zu verringern«.

Politiker und Journalisten, die von Versuchen zur Reduzierung des Maßes an Gewalttätigkeit reden, ignorieren auch weiterhin die wiederholten Erklärungen derjenigen, die diese Gewalttätigkeit fördern, vor allem in den Gemeinden der Schwarzen – einschließlich der Kirchenvertreter der »Befreiungstheologie« –, wonach sie nicht das geringste Interesse an Reformen haben und nichts anderes akzeptieren werden als den totalen Sturz der weißen Herrschaft.

Gegen eine schrittweise Kapitulation

Die feste Haltung eines Mannes hat offenbar mehr Eindruck gemacht als der ganze Rest der konservativen Opposition im Parlament. Wie es in der »Herald« heißt: »Nach den Worten eines Abgeordneten der PFP hat Stofberg uns gezwungen, anzuerkennen, was wir bisher nicht konfrontieren wollten – und das ist die Realität der Entschlossenheit des rechten Flügels darin, daß Weiße die Macht niemals abgeben und, falls notwendig, kämpfen werden, um das Recht auf Selbstbestimmung ihrer eigenen Zukunft zu bewahren.«

Es heißt im »Herald« weiter: »Stofbergs Präsenz im Parlament hat ohne jede Frage die wenig schmackhafte Wahrheit deutlich vor Augen gestellt, daß es nicht nur die Entfremdung der Schwarzen ist, die die Hoffnung auf einen friedlichen Wandel in Südafrika bedroht, sondern eine rechtsgerichtete weiße Kraft, deren Reihen mit alarmierender Geschwindigkeit anschwellen.«

Auch außerhalb des Parlaments gibt es viele Anzeichen für eine wachsende Opposition zu der Politik der »Reform«, die, wie in Rhodesien, ganz klar als nichts anderes erkennbar ist als eine Politik der schrittweisen Kapitulation.

»Schatten des marschierenden Burenvolkes über der Politik Südafrikas«, so eine schreiende Schlagzeile über einem Artikel von Christopher Munnion, dem Südafrika-Vertreter des Londoner »Daily Telegraph«.

Hauptthema dieses Artikels ist die militante »Afrikaner Weerstandsbewegung«, Afrikaner Resistance Movement (ARM). Er enthält auch ein Bild ihres Anführers, Eugene Terre-Blanche, auf einem Pferd sitzend, und die Beschreibung: »Jeder Zoll ein Buren-General von gestern.«

Dazu der Kommentar von Munnion: »Verspottet von vielen als verrückte Außenseiter, nimmt sich jedoch die ARM selbst sehr ernst. Darin steht sie nicht allein. Präsident P. W. Botha und seine Regierung zeigen sich in wachsendem Maße über das An-

Südafrikanische Rekruten in Johannisburg. Experten behaupten, daß die südafrikanische Armee ihren Nachbarn weit überlegen ist.

Auf dem Gebiet der Elektronik ist Südafrika weltweit ein ernstzunehmender Konkurrent auf dem Weltmarkt.

wachsen des rechten Flügels nervös, ein Trend, der weitgehend der Reaktion der Weißen auf die Unruhen zugeschrieben wird, die von der ›liberalen‹ Reformpolitik Pretorias hervorgerufen wurden.«

Die Kampflinien sind gezogen

Beide rechten, inoffiziellen Oppositions-Parteien – die HNP und die CP – sprechen von einer dramatischen Zunahme ihrer Mitglieder und ihrer Anhängerschaft.

Von gleicher Bedeutung ist auch der Druck, der sich innerhalb der regierenden National Party (NP) aufgebaut hat. Jetzt wird offen zugegeben, daß es Druck innerhalb seiner eigenen Partei war, der den Präsidenten Botha gezwungen hat, seinen Außenminister R. F. Botha, öffentlich dafür zu demütigen, daß er gesagt hat, was jedermann als die volle Wahrheit wissen sollte, nämlich, daß es nach der gegenwärtigen Verfassung, mit ihrem Drei-Kammern-Parlament, möglich ist, daß sich die Südafrikaner mit einem Schwarzen als Präsidenten wiederfinden.

Da die ARM nur eine Bürgerinitiative und keine politische Partei ist, haben die von Terre-Blanche überall im Land gehaltenen feurigen Reden dazu gedient, daß sich die Leute um die HNP und CP scharen.

Es gibt noch keine vollständige Erklärung für die Tatsache, daß, seitdem Stofberg ins Parlament eingezogen ist, die 18 Mann starke CP von Dr. Andries Treurnicht sich mit der Rolle einer gemäßigten rechten Opposition im Parlament begnügen mußte.

Der ziemlich verwirrte Zustand in der südafrikanischen Innenpolitik, voller Möglichkeiten dramatischer Weiterentwicklungen in den kommenden Monaten, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die NP, unter Präsident Botha, wurde »entführt« und ist jetzt eine linke Partei. Dennoch erhält die NP immer noch ein erheblich rechtes Element, das einen Bremseffekt auf die Regierungspolitik der sogenannten Reform ausübt. Die Möglichkeit einer weiteren Revolte innerhalb der NP und ein Abspalten ist nicht auszuschließen.

Die Linkswende der NP hat die offizielle Opposition, die PFP, einer Rolle in der südafrikanischen Politik beraubt. Sie scheidet damit aus dem Spiel aus.

Es gibt überall Zeichen für eine volksnahe Revolte, die das gesamte Gesicht der südafrikanischen Politik verändern könnte.

Derzeit besteht wenig Aussicht auf eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien der Rechten, der HNP und der CP. Jedoch ist es durch einen Wählerpakt zwischen diesen beiden dazu gekommen, daß die HNP einer ihrer Leute, Stofberg, ins Parlament gebracht hat. Dies könnte wieder geschehen.

Hinter den Kulissen wird erheblicher Einfluß aufgeboten, unter anderem von Dr. Carel Boshoff, einem der prominentesten Männer im Kulturleben des Landes, um alle Kräfte der Rechten zusammenzubringen.

Sowohl die CP als auch die HNP richten jetzt vermehrt ihre Appelle an die englischsprechenden Wähler. Bisher waren sie gezwungen, sich auf die Solidarität der Afrikaner als dem Schlüssel für das Überleben der Weißen in Südafrika zu konzentrieren.

Auf einen Nenner gebracht, der revolutionäre Charakter des derzeitigen nicht erklärten Krieges gegen Südafrika zeitigt endlich eine radikale gegenrevolutionäre Erwiderung. Das heißt mit anderen Worten, daß die Politik des Landes gezwungenermaßen zunehmend auf Konfrontationskurs geht. □

Südafrika

P. W. Botha sollte gehen

S. E. D. Brown

Es war einmal, vor noch gar nicht langer Zeit, daß eine Verschwörung zum Zwecke des Verrates an der rassenmäßigen und nationalen Integrität einer weißen Nation geheime Zeichen und Parolen benutzte und ihre subversiven Ziele versteckt vor den Augen der Öffentlichkeit verfolgen mußte: sie war ein Übel aus dem Dunkeln. Welch ein Unterschied zu heute!

Heute marschieren Verrat und Ausverkauf des weißen Mannes – euphemistisch als »Verhandlung«, »Reform« und »Frieden« bezeichnet – nicht nur die Straße bei hellichtem Tage entlang; heute verkündigen sie ihren Zweck nicht nur von jeder Turmspitze; nein, heute beherrschen sie auch das Radio und das Fernsehen, alle Zeitungen, usurpieren die Kanzeln und haben als ihren erklärten Hauptprotagonisten die südafrikanische Regierung, deren Anführer, Pieter Willem Botha, nicht zögert, seine unsterbliche Seele aufs Spiel zu setzen mit der Verbreitung der unverschämtesten politischen Lügen, um seine neue Politik der Reform und Veränderung voranzutreiben.

Pieter Botha verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit, weil er über den Ausverkauf Südafrikas verhandelt.

Beschwichtigung von Feinden

Wir weisen auf diese greifbaren Lügen hin: Seine neue Politik der Reform und Veränderung – und jetzt seine »Friedens«-Initiativen mit Kommunisten innerhalb und außerhalb der südafrikanischen Grenzen – bedeutet nichts anderes, als daß er alles in seiner Macht Stehende tut, um Freundschaft mit Schwarzafrika zu schließen als einem Mittel, um die traditionelle Politik der getrennten Entwicklung und den Status quo der weißen Nation in Südafrika aufrechtzuerhalten.

In Wirklichkeit aber haben seine neuen Initiativen immer nichts anderes bedeutet als die Beschwichtigung des schwarzen Nationalismus und Beschwichtigung des Kommunismus – kurz, die Beschwichtigung aller Feinde der weißen Rasse und Zivilisation.

Unsere Feinde werden keine Konzessionen an uns machen, daher müssen wir alle Konzessionen machen, die für den »Frieden« notwendig sind, einschließlich unserer eigenen schlußendlichen politischen und militärischen Kapitulation.

Wir haben gesehen, wie eben dies in Mozambique, Angola und Rhodesien stattgefunden hat – wie dasselbe heute in Südwestafrika und in Südafrika stattfindet.

P. W. Botha weiß sehr wohl, daß die neuen verfassungsmäßigen Initiativen, die er in Gang gesetzt hat, nichts anderes bedeuten als einen massiven und radikalen revolutionären Wandel in

Südafrika

P. W. Botha sollte gehen

Südafrika, der die Vernichtung und das Ende der weißen Nation selbst mit sich bringt.

Verheimlichung der Wahrheit

Wahrheit wird nicht nur durch eine Lüge verletzt, sondern auch durch Verheimlichung der Wahrheit. Und nirgendwo ist die Verheimlichung der Wahrheit und der Wirklichkeit so offenkundig wie in der neuen Politik der »Reform« und Veränderung von P. W. Botha.

Tatsächlich ist der wichtigste einzelne Faktor unserer Situation der, daß Botha niemals eine definitive Erklärung über seine neue Politik geliefert oder verursacht hat, zu umreißen, was er am Ende des »konsoziationellen« Weges sieht, den er das Land Schritt um Schritt zu gehen zwingt.

Die Entwürfe und Architekten seiner neuen verfassungsmäßigen Reformen und deren zugrundeliegende Realitäten werden noch immer vorsätzlich und sorgfältig vor den Augen der Öffentlichkeit verheimlicht.

Bothas einzige Schwierigkeit bei der systematischen Demontage und Zerstörung der Apartheid, die das Ende der weißen Nation in Südafrika bedeuten wird, liegt darin, wie er diese Demontage bewerkstelligt, ohne dabei preiszugeben, daß er und seine Regierung die Demolierung der weißen Nation selbst fachmännisch betreiben.

Botha dürfte in die Geschichte als der südafrikanische »Staatsmann« eingehen, der durch rigorose Durchsetzung der Apartheid (traditionelle separate Entwicklungspolitik) an die Macht gelangt ist und der dann begonnen hat, durch Heuchelei und doppeltes Spiel ihre Zerstörung herbeizuführen.

Zu erwarten, daß Botha und seine Regierung jetzt ihre Visionen für die Zukunft von Südafrika und vom Süden Afrikas umreißen und ehrlich erklären, hieße, zuviel von einer Nationalen Partei erwarten, deren Anführer seit langem die Methoden der Verheimlichung und Täuschung und den Einsatz von Gewalt vorgezogen haben, wann immer es notwendig war.

Die unschmackhafte Wahrheit, der es bezüglich des Staatspräsidenten Pieter Willem Botha ins Auge zu sehen gilt, ist, daß sein Leben eine politische Lüge gewesen ist, und zwar seit 1974, als er keine Gewissensbisse hatte, einem Leben mit konservativen Grundsätzen den Rücken zu kehren und sich diejenigen all der Feinde seiner eigenen Rasse und Nation und Zivilisation anzueignen und dies alles im Namen Gottes und der Christenheit zu tun.

Kapitulation und Ausverkauf in Raten

Bothas politische Laufbahn seit 1974 ist glasklar, zuerst als Verteidigungsminister, dann als Premierminister und heute als Staatspräsident von Südafrika.

Seine Akte der Kollaboration in Sachen des Auseinanderbrechens und der Zerstörung der geopolitischen Einheit, die einmal Südafrika hieß, in Sachen der Politik und Diktate des US-Außenministeriums – zuerst in Mozambique, dann in Angola, Rhodesien, Südwestafrika und jetzt in Südafrika – spricht für sich selbst.

Hier findet sich der traurige Beleg für die weiße Abdankung, Kapitulation und den Ausverkauf von Gesamtsüdafrika auf Raten, wofür Botha in hohem Maße verantwortlich ist, während er die ganze Zeit die Maske eines entschiedenen Kämpfers gegen die internationale kommunistische Verschwörung und ihre bösen Folgen für Südafrika trägt.

Es hat bedeutet, daß sich 1974 die südafrikanische Regierung verpflichtet hat, weder direkt noch indirekt in den Prozeß der kommunistischen Übernahme von Mozambique und Angola einzugreifen, und daß seitdem die südafrikanische Regierung das kommunistische Regime in Mozambique mit massiven finanziellen und technischen Hilfeleistungen sowie reichlichen Lieferungen von Weizen und Mais aufgepäppelt hat.

Und es war eben dieses kommunistische Land, das in der Zeit fünf Jahre lang sichere Ausgangsbasen für Mugabes Zanu-Terroristen-Einfälle nach Rhodesien bereitgestellt hat, die schließlich das Ende von Rhodesien herbeigeführt haben.

Es bedeutet, daß Südafrikas Truppen aus Rhodesien abgezogen wurden, die damals dort waren, wodurch Rhodesien und der weiße Mann dort unter Druck gesetzt und auf dem Altar der »Black rule« geopfert wurden; auch hat es dazu beigetragen, den Weg, mit Henry Kissingers Hilfe, für die Übernahme des Landes durch Mugabe freizumachen.

Ian Smith, ehemaliger Premier von Rhodesien, konnte durch die Machtübergabe an die Schwarzen einen neuen Buschkrieg nicht verhindern.

Und dann hat die damalige südafrikanische Regierung nichts ungetan gelassen, um den Handel und die Wirtschaftsbeziehungen mit dem kommunistischen Mugabe-Regime aufrechtzuerhalten und zu erweitern.

Es hat bedeutet, daß sich Südafrika aus Südwestafrika zurückgezogen hat, dadurch dem Territorium eine Vielrassenregierung aufgezwungen und ein Schritt in Richtung »Unabhängigkeit« für das Territorium gemacht wurde, als man es der Kontrolle der UNO oder anderer überließ. Dadurch wurde der Weg schließlich frei für die schwarze Mehrheitsherrschaft und Uhuru, mit all seinen unvermeidlichen Folgen.

Und zu Hause in Südafrika hat es die ganze Zeit über bedeutet, daß die Apartheid abgeworfen, der Prozeß der radikalen revolutionären Veränderung beschleunigt wird; daß der Weg für eine vielrassige, sich die Macht teilende Regierung frei wird; und daß schlußendlich das Prinzip der »Ein-Mann-eine-Stimme«-Mehrheitsherrschaft angenommen wird, und zwar nicht nur in Rhodesien und Südwestafrika, sondern für den gesamten südlichen Teil Afrikas einschließlich der Republik Südafrika.

Das tödliche kommerzielle Denken

Darüber hinaus wurden in Südafrika selbst – ebenfalls weitgehend dank Pieter Willem Botha – traditionsbewußte und konservative Afrikaner neutralisiert und zum Schweigen gebracht; Afrikanertum ist in dichten liberalen Nebel eingehüllt; das Afrikaans »liberale« Establishment hat die vollständige Kontrolle über die Partei-Maschinerie; neureiche Afrikaner haben die Funktionen der wahren Anführer des Volkes usurpiert; ein tödliches kommerzielles Denken hat im Volk Wurzeln geschlagen; das Afrikanertum ist mittendurch gespalten und steckt in einer tiefen Krise.

Außerdem nimmt die kommunistisch inspirierte »Black-Power«-Bewegung innerhalb des Landes schnell zu, insbesondere unter dem Anreiz der internationalen, auf vollen Touren laufenden Kampagne gegen Südafrika, die heute von den Zionisten, Kommunisten und den jüdischen internationalen Banker betrieben wird.

Angesichts der zukünftigen »Konstellation der Staaten« der Regierung und ihrer Wirtschaftspolitik, die jetzt auf das Wachstum von Industrie und Privatsektor abgestimmt ist, befindet sich Harry Oppenheimer – der tödlichste interne Feind unserer Politik für das nationale Überleben – in guter Position, um auch die politische Kontrolle über das gesamte Südafrika zu gewinnen, sobald Bothas »Reformen« erst einmal greifen.

Es ist derselbe Pieter Willem Botha, der im letzten Jahr auf einer Versammlung den Weißen gesagt hat, »habt keine Angst, euch auf einen Treck ins Unbekannte zu begeben« und dies im Interesse von »Frieden und Stabilität« zu tun, weil er und seine Regierung »von christlichen Überzeugungen geleitet werden«, nicht durch »Druck von seiten der Außenwelt«.

Ja, Botha wird es nie müde, dem Land immer wieder zu versichern, daß er und seine Regierung sich vom Ausland »nichts diktieren« lassen.

Und er sagt immer wieder, daß das, was sich in Südafrika ereignet, durch ihn getan wird, weil er an »Vernunft und Gerechtigkeit« glaubt und »an Frieden und persönliche Freiheit«.

Dagegen verhält es sich in Wahrheit so, daß alles Denken und Planen für P. W. Bothas Aktionen und politischen Entscheidungen sowie den Terror seiner öffentlichen Erklärungen von anderen besorgt wurde und wird.

Er ist nur eine leere Form, durch die die Aktionen und die Propaganda des finanziellen und liberalen Establishments innerhalb und außerhalb Südafrikas hinausgepreßt werden.

Er wird von diesen liberalen und finanziellen Kräften mitgenommen und benutzt, von denen er sich einbildet, daß er selbst sie benutze.

Totaler Krieg gegen die Konservativen

Um des persönlichen Ansehens und der Macht willen, ist er nur allzu willig – wie sein totaler Krieg gegen die Konservativen gezeigt hat – vor dem Wind zu segeln, den diese Männer des »Big money« entfacht haben, und seinen Kompaß in die Richtung zu halten, in die er unermüdlich von ihnen getrieben wird.

Für sie hat sich Bothas Nützlichkeit auch erheblich durch seine ausgeprägte Fähigkeit vergrößert, genau zu wissen, wann er einen konservativen Schritt nach Rechts machen muß, sobald er auf Opposition stößt, und wann er wieder zwei, drei große Schritte nach Links machen kann, sobald niemand hinsieht – das Strickmuster seiner gesamten Führungszeit.

Unterdessen setzen unsere Feinde ihre Strategie der Übernahme wie am Fließband fort.

Ihre schrittweise Übernahme des südlichen Afrikas – und von Südafrika – ist in einzelne Abschnitte unterteilt, wobei ein jeder davon so unschuldig, sicher und vertraut aussieht wie nur möglich. Jedes Stück paßt zum anderen, und alle passen perfekt in das endgültige Mosaik, und jedes hat seinen Bauplan mit exakten Einzelheiten.

Die Männer, die die Baupläne erstellt haben, wissen genau, wie das Endergebnis aussehen wird.

Genauso wie sie wissen, daß die Baupläne für alle von Bothas »totalen Strategie«-Initiativen, seine »Konstellation der Staaten« und nunmehr seine neuen vielrassigen Verfassungserlasse alle in dieselbe Richtung führen – direkt zu einer gemeinsamen gemischten Gesellschaft und schlußendlich zur Mehrheitsherrschaft und Vorherrschaft der Schwarzen.

Sein Führungsstil erinnert an die Geschichte eines Armeegenerals im amerikanischen Bürgerkrieg, der, als ihn seine Adjutanten darauf hinwiesen, daß er im Rückzug, statt im Vormarsch sei, antwortete: »Zum Teufel mit dem Rückzug. Ich bin im Vormarsch in einer neuen Richtung.«

Auch ist dies der ein und derselbe Pieter Willem Botha, der heute darauf besteht, daß er und seine Regierung ein »glasklares Mandat« haben – aus dem 1983 abgehaltenen Referendum – für seine »bisherigen« Reform-Initiativen.

Er sagt, daß, wenn »Fortschritt« gemacht würde, der auf Abweichungen von der gebilligten Politik hinausliefe, er das Land in einem weiteren Referendum befragen würde.

Tatsächlich ist es aber so, daß die weitreichenden »Reformen«, die er bisher eingeleitet hat, und solche, die er noch einleiten will – in Sachen der Schwarzen –, eine drastische Abweichung von dem Mandat darstellen, das er 1983 erhalten hat.

Hätte Botha zur Zeit des Referendums der südafrikanischen Öffentlichkeit ehrlich über die wirklich drastische Art der »Reformen« berichtet, die er vorhatte und die er heute hilflosen Weißen mittels Verheimlichung und Täuschung aufzwingt – und die auf die Vernichtung der weißen Nation hinauslaufen –, dann wäre Botha aus der Nationalen Partei hinausgeworfen worden und gezwungen gewesen, der Progressiven Reform-Partei beizutreten, die heute seine natürliche politische Heimat ist.

Henry Kissinger formulierte die wesentlichen Ziele der Verschwörung, in deren Diensten er steht.

Zu diesem Schritt hätte ihn eigentlich politische Ehrlichkeit und normaler Anstand schon längst bewegen müssen.

Botha fürchtet Wahlen wie die Pest

Jedenfalls wurden die Wähler in dem Referendum von 1983 nicht davor gewarnt, daß die neue Verfassung eine Klausel enthält, Nummer 100 (IV), dahingehend, daß der Staatspräsident das Recht hat, die erste Sitzung des Drei-Kammern-Parlaments als den Beginn einer neuen fünfjährigen Amtszeit des Parlaments zu erklären.

Daher ist zweifelhaft, ob Staatspräsident Botha rechtmäßige Gründe hat, die für 1986 vorgesehenen allgemeinen Wahlen bis 1989 aufzuschieben, Wahlen, die er fürchtet wie die Pest.

Eben dieser Pieter Willem Botha hat auch kürzlich die Kühnheit gehabt, öffentlich zu erklären, daß wir »aus dem veralteten Konzept der Apartheid herausgewachsen« sind, dem System, das »widerlich« ist, wie er gleichfalls sagte. Genausogut hätte er sagen können, daß er seine ganze fünfzigjährige politische Karriere »widerlich« findet.

Er hat damit nicht nur gesagt, daß ihm die Politik der getrennten Entwicklung widerlich ist, sondern daß ihm auch seine eigene Rasse, seine eigene Nation und seine eigene westliche, christliche Zivilisation widerlich geworden sind.

Was er dabei völlig übersieht, ist die Wirklichkeit und die Tatsache, daß es eine weiße Nation in Südafrika gibt, die auf ihre Unabhängigkeit und Freiheit seit 300 Jahren stolz ist und die bis zum bitteren Ende kämpfen wird, jetzt, da ihre Souveränität und Freiheit aufs ärgste bedroht sind.

Dieses Versagen auf seiten von Botha und seinen Mitläufern von radikalen linken Revolutionären, die Realität der weißen Nation in Südafrika zu akzeptieren, wird sie letztlich zu Fall bringen.

Niemals war Botha vor die Wahl zwischen Frieden und Konfrontation mit unseren Feinden gestellt, wie er uns stets weismachen will.

Wir befanden uns bereits im Krieg und sind es die letzten 40 Jahre gewesen, und seine einzige wirkliche Wahl bestand darin, ob Südafrika als eine weiße Nation den Kampf fortsetzen wollte oder lieber vor seinen weißen und schwarzen Feinden in die Knie zu fallen.

Sorgfältig geplanter Kurswechsel

Im Namen von Entspannung und »Reform« Frieden zu suchen, mit der einzigen Begründung, daß der »Preis der Konfrontation« zu hoch sei, war praktisch eine Deklaration des Rückzugs und der Kapitulation.

Und so haben es auch alle unsere Feinde gesehen. Es hat viele Bedeutungen für viele Leute gehabt. Doch die Zeit ist gekommen, es bei seinem wirklichen Namen zu nennen: simple, altmodische, feige, herzlose Beschwichtigung all der Feinde unserer Rasse und Zivilisation.

Südafrika

P. W. Botha sollte gehen

Es bedeutet, daß Südafrikaner keine Chance erhalten, gegen ihre wirklichen Feinde zu kämpfen. Es bedeutet in Wahrheit, daß wir von oben ausverkauft und von innen her übernommen werden.

Doch viele gutgläubige Afrikaner halten hartnäckig an dem Glauben fest, daß das Multi-Rassendisaster, dem wir entgegeneilen – und von dem wir erst den Anfang erleben – rein zufällig geschieht oder vielleicht noch aufgrund von Dummheit, aber sicher nicht aufgrund eines absichtlichen und sorgfältig geplanten Kurswechsels in der politischen Richtung durch Botha und seine Politikschreiber.

Das letzte, was diese Afrikaner-Getreuen begreifen werden, nachdem es längst zu spät ist, ist, daß sie ihre eigene Freiheit als Weiße verschenken, zusammen mit ihrem Erbe, ihrer Nachkommenschaft und ihrem eigenen Land.

Sie erkennen einfach nicht, daß ihre Nationale Partei von heute eine komplette Wende zu all dem vollzogen hat, wofür die Nationale Partei jahrelang eingetreten ist, und daß sie jetzt durch Kräfte von außen zu einem Schlüsselinstrument in einem breit organisierten Vorhaben erhoben wird, um von innen gegen die weiße Nation in Südafrika einen Vernichtungsschlag zu führen.

Sie weigern sich einfach zu sehen – genauso wie die Weißen in Rhodesien und Südwestafrika –, daß sie von der Spitze, von ihren eigenen Anführern ausverkauft und von innen, von den Mächten der internationalen Hochfinanz und des Liberalismus des 20. Jahrhunderts übernommen werden, die zusammen mit dem Kommunismus und dem politischen Zionismus Kräfte der ein und derselben Weltrevolution sind.

Wir müssen bereit sein, den Tatsachen ins Auge zu sehen, oder wir werden von ihnen vernichtet werden.

Die eine, wichtigste Tatsache in unserer gefährlichen Lage, die es zu konfrontieren gilt, ist die, daß die unmittelbare und vordringlichste Gefahr für unser Land nicht von dem kommunistischen Aggressor oder von dem »totalen marxistischen Ansturm«, wie es Botha ausdrückt, ausgeht. Die sehr reale und tödliche Gefahr für Südafrika kommt von innen.

Für Botha heißt es jetzt oder nie

Sie kommt von dem »liberalen« und finanziellen Establishment, innerhalb und außerhalb Südafrikas, das heute die Nationale Partei kontrolliert, ihre Führungsspitze, ihre politischen Entscheidungen sowie ihre Zeitungen und TV-Sender.

Nelson Mandela, Funktionär des Afrikanischen Nationalkongresses, wurde 1963 zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Sie geht heute direkt von dem Staatspräsidenten Pieter Willem Botha aus, dessen »totale Strategie«-Politik der »Reform« und »Veränderung« genau das Gewebe unserer weißen Nation ruiniert und zerstört.

Tatsächlich hat Botha nie die Natur des Kampfes verstanden, in dem wir uns als eine weiße Nation engagiert haben. Er hat noch nie unsere wirklichen Feinde erkennen oder bekämpfen können. Und er hat den Wert dessen, was ihm seine Vorväter und seine Zivilisation vermacht haben, wenig oder nicht wirklich begriffen.

Für Botha heißt es jetzt oder nie. Er ist ein pragmatischer Premierminister, der nicht länger von Partei-Kongressen und Partei-Doktrinen und Prinzipien eingeengt wird.

Er hat sich jetzt mit »Super-Sekretären« umgeben, mit einer Armee von linksgerichteten »Ja-Sagern« sowie unzähligen Räten und Ausschüssen mit Männern und Frauen aller Schichten, die alle von ihm persönlich ausgesucht wurden, die ihm all die Schützenhilfe geben werden, die er braucht, um sein Jahrzehnt der »Reformen« und Veränderungen an Südafrika zu verkaufen.

Wir sehen uns tatsächlich einem neuen Phänomen in Südafrika gegenüber: einem diktatorischen Staatspräsidenten, der so mächtig ist, daß er scheinbar unangefochten und unanfechtbar ist, und einem, der es klargemacht hat, daß er keine Einmischung in die politischen Tagesgeschäfte des Landes duldet.

Aber wir sind nicht verpflichtet, zuzulassen, daß die Pläne unserer Feinde vollendet werden. Wir brauchen den Kampf nicht zu verlieren.

Wir haben viele Schichten konservativer Stärke, die noch nicht von all der Infiltration und »liberalen« Subversion verrottet sind, denen wir ausgesetzt wurden.

Es ist nur notwendig, daß alle konservativen Männer und Frauen sich auf die bewährten Werte ihrer Rasse, Nation und Zivilisation besinnen und ihr eigenes Tun und das anderer streng nach diesen Werten beurteilen, ohne Modifikation oder Ausnahme.

Doch es gibt keinen Kampf um Freiheit und Überleben ohne die totale, uneingeschränkte Hingabe. Nennen Sie es Zivilcourage, Trieb oder militanten Glauben, einfach die Bereitschaft, einzutreten und zu kämpfen.

Es steht mehr auf dem Spiel als der »Konflikt« zwischen Liberalismus und Konservatismus. Es ist der einfache Glaube an und der Kampf um die weiße südafrikanische Nation und ihre Zukunft.

P. W. Botha muß gehen

Niemand marschiert vorwärts oder gewinnt, indem er einfach auf die Knie fällt und Asche auf sein Haupt streut. Demut vor Gott ist angebracht, aber Demut vor Liberalen, Kommunisten, politischen Zionisten und der internationalen Hochfinanz – und vor den Genossen von Pieter Willem Botha und seinen »Mitreformern« in der Nationalen Partei – ist entehrend, wahnsinnig und selbstmörderisch.

Wenn jemand in Ihr Haus einbricht und Ihre Familie belästigt und Ihr Haus zerstört, dann führen Sie keine akademischen Diskussionen über Verbrechen und Manieren mit ihm, noch versuchen Sie, ihm mit Vernunft zu kommen oder ihn auf die moralische Verurteilung durch die öffentliche Meinung hinzuweisen, die sein Verhalten unweigerlich nach sich zieht. Nein, Sie stellen ihn, Sie bekämpfen ihn, Sie halten ihn ab.

Das aber haben wir in unserem Verhältnis mit unseren Feinden vergessen. Wir haben alle Probleme, die sie für uns geschaffen haben, zu Problemen für Diskussionen reduziert, zu einem intellektuellen Wettstreiten, einer akademischen Auseinandersetzung, in der wir angeblich nichts anderes zu tun haben, als die logischeren und zwingenderen Argumente vorzubringen und die überzeugenderen Empfehlungen zu machen.

Doch eben das ist der Weg des keinen Willen haben, der uns von einem Unglück zum anderen führt und uns in unsere neue multirassige und selbstmörderische, machtteilende Verfassung geführt hat.

Unser unmittelbares Problem – und die Hauptaufgabe aller unserer konservativen Anführer – ist es daher, den Willen der weißen Nation wachzurütteln und zu veredeln. Nicht nur unsere zionistischen und kommunistischen Feinde zu konfrontieren, sondern die subversive P.-W.-Botha-Regierung in ihrem Weg aufzuhalten.

Ohne Zweifel – Pieter Willem Botha muß gehen! □

Alltag in Afghanistan: Verwaiste Kinder, Hunger und Elend. Mit ihrem Einmarsch haben die Sowjets eine Flüchtlingslawine in diesem bettelarmen Land ausgelöst.

Weltkirchenrat

Schweigen zu Afghanistan

Ulrich Schlüer

Im Forschungszentrum für Konfliktstudien der kanadischen Universität von New Brunswick ist im Sommer 1985 eine von J. A. Emerson Vermaat verfaßte Studie über die Haltung des Weltkirchenrates zu Afghanistan erschienen. Selten zuvor ist die Zwiespältigkeit der politischen Stellungnahmen des Weltkirchenrates deutlicher herausgearbeitet worden. Die Studie trägt den Originaltitel »The World Council of Churches and the Afghanistan Crisis 1980–1984«, erschienen in der Zeitschrift »Conflict Quarterly, Vol. V, Nr. 3, Sommer 1985.

Als die Koreakrise im Jahre 1950 die Welt erschütterte, wurde das kommunistische Nordkorea vom Weltkirchenrat unverzüglich und in aller Schärfe als Aggressor verurteilt. Scharfe Kritik von seiten des Ostblocks und der Volksrepublik China änderte nichts an dieser Haltung. Auch 1968, anläßlich des sowjetischen Einmarsches in die Tschechoslowakei, kritisierte der Weltkirchenrat die »unüberlegte Aktion« der Sowjets und forderte den Abzug der sowjetischen Truppen.

Monatelanges Schweigen in Genf

Anfang der siebziger Jahre traten dann auch die osteuropäischen Kirchen, insbesondere die russisch-orthodoxe Kirche, dem Weltkirchenrat bei. Wie sich als Folge dieser Erweiterung die politische Positionsbezüge des Weltkirchenrats verändert haben, zeigt die vom Weltkirchenrat gegenüber Afghanistan eingenommene Haltung deutlich.

Nachdem 1979 die sowjetische Aggression gegen Afghanistan erfolgt war, vergingen Monate, bis der Weltkirchenrat nur seine »ernsthafte Besorgnis« zur »militärischen Aktion der UdSSR« äußerte. Eine Aufforderung zum Truppenabzug erfolgte überhaupt nicht. Getreu der offiziellen sowjetischen Haltung wurde indessen der sowjetische Einmarsch begründet mit dem Hinweis, er sei eine Antwort auf den NATO-Nachrüstungsbeschluß. Die Aufstellung der sowjetischen SS-20-Raketen, die die NATO-Nachrüstung ausgelöst hatte, erwähnte der Weltkirchenrat überhaupt nicht.

Vom 12. bis 15. Mai 1980 tagte in Melbourne eine vom Weltkirchenrat einberufene »Weltkonferenz über Mission und Evangelium«, der das Motto »Dein Reich komme« vorangestellt war. Diese Weltkonferenz legte ein Bekenntnis zur Theologie der Befreiung ab, kritisierte mit dem Slogan »Stoppt die Repression in El Salvador« die Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten scharf und verurteilte Südafrika. Zu Afghanistan erfolgte hingegen über keine Äußerung. Die russische Delegation, unterstützt von verschiedenen lateinamerikanischen Dele-

Weltkirchenrat

Schweigen zu Afghanistan

gierten, verhinderte jegliche Stellungnahme.

In Afghanistan nur Heiden bedroht

Schon vor der Konferenz hatten sich amerikanische und russische Delegierte geeinigt, die Konferenz nicht mit Afghanistan zu belasten. Um sich gemeinsam auf die »Friedensfrage« zu konzentrieren, sollten kontroverse Themen ausgeklammert werden, so lautete die zwischen amerikanischen und sowjetischen Geistlichen ausgehandelte Kompromißformel.

Als einige europäische und pakistanische Delegierte die Afghanistan-Frage trotzdem zur Sprache bringen wollten, drohten die Russen gar, ihre Beteiligung im Weltkirchenrat in Frage zu stellen. Schließlich fand man sich im Kompromiß, im Schlußdokument dieser Konferenz kein Land mit Namen zu erwähnen. Es sollten darin nur allgemeine Formulierungen zur Friedensfrage verwendet werden.

Vor der Genfer Konferenz des Zentralausschusses im August 1980 hatte der Exekutiv-Ausschuß des Weltkirchenrates einen Resolutionsentwurf zum Thema »Bedrohung des Friedens« ausgearbeitet und darin Afghanistan erstmals ausdrücklich erwähnt. Weil der russisch-orthodoxe Delegierte, Erzbischof Kirill von Leningrad, zu diesem Entwurf seine Zustimmung gegeben hatte und diese Tatsache von westlichen Radiostationen auch in den Ostblock verbreitet werden konnte, wurde Erzbischof Kirill vom sowjeti-

In der Berglandschaft verstreut liegen die primitiven Hütten, die kaum vor Kälte schützen. Frauen und Kinder, die Männer kämpfen, haben Sträucher zusammengebunden und mit Planen überdeckt. Die Kinder suchen einander zu wärmen, die Flucht hat sie gezeichnet. Die Hilfe des Westens kommt nur spärlich. Für den Weltkirchenrat ist aber Afghanistan kein Thema.

schen »Rat für religiöse Angelegenheiten« gerügt.

In der Folge wirkte die russisch-orthodoxe Delegation unter Erzbischof Kirill mit allen Mitteln darauf hin, daß in Genf nur das Prinzip der Friedensbedrohung, hingegen keine konkreten Beispiele von Friedensverletzung oder -bedrohung in den Resolutionstext aufgenommen wurden. Diese zurückhaltende Kompromißformel wurde vom damaligen Weltkirchenrats-Generalsekretär Philip Potter ausdrücklich auch damit begründet, man habe Kirill in der Sowjetunion nicht in Schwierigkeiten bringen wollen.

Weil andererseits keine ähnlichen Schwierigkeiten zu erwarten waren, wenn die USA wegen ihrer Lateinamerikapolitik vom Weltkirchenrat kritisiert wurden, fiel die gegen Amerika gerichtete Erklärung zur El Salvador-Krise in der gewohnten Schärfe aus. Daß El Salvador von den USA nicht besetzt worden war, wie Afghanistan durch die Sowjets, fand dagegen keine Erwähnung.

Handlungsspielraum des Weltkirchenrates

Als Weltkirchenrats-Generalsekretär Philip Potter auf die Unterschiede zwischen der Afghanistan-Resolution und der rund dreißig Jahre früher abgegebenen Erklärung zur Koreakrise angesprochen wurde, gab er zur Antwort, in Korea hätten Christen unter der Friedensbedrohung gelitten, während in Afghanistan lediglich »Heiden« bedroht seien. Und unverzüglich wiederholte er wieder die bereits sattsam bekannte Kreml-Position, wonach der sowjetische Einmarsch in Afghanistan eine zwingende Folge des NATO-Nachrüstungsbeschlusses gewesen sei.

Aus der Behandlung der Afghanistan-Frage werden die offiziellen Spielregeln und damit der Handlungsspielraum des Weltkirchenrates erkennbar: Er kann nur dann gegen einen Staat und eine Regierung auftreten, wenn dies vom Weltkirchenrats-Mitglied aus dem betreffenden Land gutgeheißen wird. Steht dieses jedoch – wie im Ostblock – unter staatlicher Kontrolle, so ist dem Weltkirchenrat jegliche Möglichkeit genommen, die betreffenden Staaten zu kritisieren.

Daß der Weltkirchenrat die Ostblockstaaten einäugig, ja blind behandelt, dafür sorgt nicht zuletzt Bischof Karoly Toth, einerseits Mitglied des Weltkirchenrates-Zentralausschusses, andererseits auch Präsident der in Prag domizilierten Christlichen Friedenskonferenz (CFK), einer klar als Frontorganisation des Kreml identifizierten Körperschaft.

Fast vier Jahre nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan konnte der Weltkirchenrat an der Vollversammlung von Vancouver einer Stellungnahme zu Afghanistan endlich nicht mehr entgehen. Langwierige Vorverhandlungen hatten aber dafür gesorgt, daß darin nur solche Positionen vertreten wurden, die auch der UNO-Generalsekretär – mit Zustimmung der Sowjetunion – im Zuge verschiedener Vermittlungsbemühungen einnahm.

Das Weltkirchenratspapier stellte folgende vier Bedingungen zu Afghanistan auf: Erstens, Einstellung aller Waffenlieferungen; zweitens, Schaffung von Voraussetzungen, Flüchtlingen die Rückkehr nach Afghanistan zu ermöglichen; drittens, Aushandlung eines durch die USA, die UdSSR, die Volksrepublik China und Pakistan zu garantierenden Abkommens; viertens, Rückzug der Sowjettruppen im Rahmen einer umfassenden Konfliktregelung, die auch eine Vereinbarung zwischen Afghanistan und der Sowjetunion mit einschließen müsse.

Die Delegierten aus westlichen Ländern, mehrheitlich zufrieden, daß Afghanistan vom Weltkirchenrat überhaupt einmal erwähnt wurde, nahmen keinen Anstoß daran, daß diese vier Punkte vollumfänglich mit der von der UdSSR gegenüber dem UNO-Generalsekretär eingenommenen Haltung übereinstimmten. Ausgeklammert und verschwiegen wurde darin insbesondere, daß die UNO-Vollversammlung in mehreren Resolutionen die Sowjetaggression gegen Afghanistan klar verurteilt hatte.

Politische Einseitigkeit statt Glaubwürdigkeit

In der Vollversammlung des Weltkirchenrates erwuchs diesem Kompromißtext allerdings einige Opposition. Er sei »inhaltlos«, verschleiere die Tatsachen und sei in »schwächstmöglicher Sprache« abgefaßt, wurde bemängelt. Alle Änderungsanträge wurden von den russischen Delegierten aber aufs entschiedenste bekämpft. Zum Teil sogar mit der Drohung, die russisch-orthodoxe Loyalität gegenüber der ökumenischen Bewegung einzustellen.

Eisern hielten die Russen an ihrer Hauptforderung, der Einstellung aller Waffenlieferungen fest. Daß man sich auch mit den Gründen befaßt hätte, weshalb die afghanischen Widerstandskämpfer auf Waffenlieferungen angewiesen sind, verhinderten die sowjetischen Kirchenfunktionäre mit Erfolg. Um so entschiedener forderten sie für die Sowjetunion das Recht, solange in Afghanistan zu bleiben, bis eine »politische Lösung« gefunden sei, der alle Konfliktparteien zustimmen könnten. Der Aggressor wurde nie beim Namen genannt.

Am russischen Widerstand sind alle Anstrengungen, die Erklärung zu Afghanistan zu präzisieren, schließlich gescheitert.

Seither ist es im Weltkirchenrat still geworden um Afghanistan. Nachdem der Uruguayaner Emilio Castro Philip Potter als Generalsekretär des Weltkirchenrates abgelöst hat, hat sich der Weltkirchenrat nie mehr mit Afghanistan befaßt. Castro begründete dieses Schweigen auch damit, daß der Widerstand in Afghanistan eben »uneinheitlich« sei. Dies ganz im Gegensatz zur PLO, die von Castro als »Muster der Einheit« gelobt wurde.

Die Vancouver-Resolution des Weltkirchenrates klammert die sowjetischen Kriegsverbrechen in Afghanistan vollständig aus. Sie verschweigt, daß die sowjetische Invasion Auslöser des afghanischen Widerstandes ist. Sie äußert lediglich unverbindliche »Besorgnis« und übernimmt alle sowjetischen Vorbedingungen, insbesondere das Verbot von Waffenlieferungen an die Widerstandskämpfer. Damit hat der Weltkirchenrat den afghanischen Freiheitskämpfern aberkannt, für eine gerechte Sache zu kämpfen.

Wann immer der Weltkirchenrat sich mit »Opfern« amerikanischer Intervention – wie zum Beispiel in Vietnam – oder mit den verschiedenen »Befreiungsbewegungen« befaßt hat, wurde deren Kampf stets und von vorneherein als »gerecht« bezeichnet und als »letzter Ausweg« begründet. Die Verurteilung von Gewaltanwendung durch den Weltkirchenrat erübrigte sich damit von selbst. Daß in Afghanistan die brutalsten Kriegsmethoden in der Geschichte der Menschheit täglich angewandt werden, darüber geht der Weltkirchenrat dagegen schweigend hinweg.

Die Tragödie der Ökumene

Die krasse politische Einseitigkeit untergräbt die Glaubwürdigkeit des Weltkirchenrates grundlegend. Es war in Vancouver einem Kirchenführer aus Pakistan vorbehalten, diese Tatsache wie folgt in Worte zu fassen:

»Es fällt mir sehr schwer, den Weltkirchenrat zu respektieren. Es scheint mir, daß dieser mit den Russen einen vollen Kompromiß eingegangen ist und daß er alles tut, um die Russen nicht zu beleidigen. Stellen Sie sich vor, wir hätten einen Weltkirchenrat gehabt, der sich in den dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkriegs ähnlich hätte unter Druck setzen lassen von den damaligen sogenannten ›deutschen Christen‹, so daß eine Verurteilung von Hitlers Aktionen in Europa damals unmöglich gewesen wäre. Das wäre eine Paralle zu dem, was der Weltkirchenrat in Vancouver getan hat.«

Als wichtigste Schlußfolgerung hält J. A. Emerson Vermaat, Autor der hier zusammengefaßten Studie, fest, daß sich der Weltkirchenrat um das dringende Thema der Afghanistan-Frage herumgedrückt und alles unternommen habe, jene Ostblock-Kirchen nicht in Verlegenheit zu bringen, die linientreu den sowjetischen Kurs unterstützen. Vermaat sieht in dieser Haltung des Weltkirchenrates eine schwerwiegende Tragödie der gegenwärtigen ökumenischen Bewegung, die in den dreißiger Jahren noch so mutig sowohl gegen den Nationalsozialismus als auch gegen den Kommunismus aufgetreten, jetzt aber politischer Erpressung zum Opfer gefallen sei. □

Zinsen

Kapitalismus – ein Gottesgericht

Ernst van Loen

Die Geschichte der Macht muß neu geschrieben werden. Vor 30 Jahren forderte der weltbekannte Fachmann in Kapital- und Währungsfragen, Professor Irving Fischer, Professor an der Yale-University, USA, von den Historikern des Westens, daß die Geschichte der politischen Macht, unter dem Gesichtspunkt des Vorranges der Kapitalmacht vor der Politik, über die letzten Jahrzehnte, ja vielleicht über die letzten beiden Jahrhunderte, neu geschrieben werden muß. Er beklagte die grobe Ignoranz nicht nur der maßgebenden Geschichtsschreiber, sondern auch der Politiker und Intellektuellen über das Geld- und Bankwesen, deren Durchschnittskenntnis von diesen Dingen so unwissend und falsch sei, daß vor ihnen als einzige volkstümliche Vorstellung über die Macht des Kapitalismus nur die des Tabus bestehe, die der alten Ansicht von Recht und Unrecht entspreche. Die volkstümlichen Begriffe und Vorstellungen des Durchschnittsmenschen im Westen seien so völlig primitiv, wie der Aberglaube eines russischen Bauern vor dem Weltkrieg.

Einige von uns, so sagte er, die dieses Gebiet überschauen, werden finden, daß Historiker, die der Geldillusion verfallen sind, oder die Fragen der Geldwirtschaft gänzlich unberührt lassen, bei den bedeutenden geschichtlichsten Ereignissen das Wesentliche einfach übersehen haben, infolgedessen sollte die Geschichte aller wichtigen Zeitabschnitte mit steigenden und fallenden Preisen – und das ist die eigentliche Geschichte des Kapitalismus – von Geschichtsschreibern, die ihre eigentliche Aufgabe vor den inzwischen bekannten Ursachen und Wirkungen von Inflation und Deflation nicht mehr verschließen, neu bearbeitet werden.

Roosevelt und Dollar-Deflation

Als Beispiele für seine Behauptung, daß das Kapital die Politik bestimme und nicht umgekehrt, führt Irving Fischer die Tatsache an, daß der Aufstieg Roosevelts nicht wesentlich anders war als die politische Auswirkung einer Dollar-Deflation:

»Wenn wir für unsere eigene Zeit so sehr blind sein können, sollten wir uns nicht darüber wundern, daß die Geschichtsschreiber mit verbundenen Augen von den alten bis in die neueren Zeiten über die vielen aufeinanderfolgenden Hügel und Täler der Inflation und Deflation hinwegeilen. Nur gelegentlich taucht diese Frage wirklich an die Oberfläche. Einige Wirtschaftsgeschichtsschreiber haben darauf hingewiesen, daß die Kriegsinflation nach dem Ersten Krieg eine mit einer Krise endende Scheinkonjunktur hervorruft. Dies zum Beispiel nach den napoleonischen Kriegen im Jahr 1818, nach dem Krimkrieg im Jahr 1859, nach dem amerikanischen Bürgerkrieg im Jahr 1866, nach dem deutsch-französischen Krieg im Jahr 1873, nach dem Weltkrieg im Jahr 1920.«

Die Börse, ein Tempel des Götzen Mammon. Er ist der eigentliche Sieger aller Kriege und Revolutionen.

Aber die Geschichte, so sagte er, sei ebenso erfüllt von wenigen hervorstechenden Beispielen riesiger, aus schwankender Währung entspringende Störungen. Und er fragt: »Was hat die deutsche Moral 1918 bis 1920 schließlich gebrochen, wenn nicht das Sinken der Mark, das als solches unerkannt blieb, aber unter dem Ruf ›Schiebertum‹ gebranntmarkt wurde?«

Der Dollar als größter Taschendieb

Was denn anderes als Deflation bereitete dem Kommunismus den Weg, und was entzog ihm die Grundlage, wenn nicht die Inflation? Was denn anderes als ein sinkender Rubel führte in Rußland zum Bolschewismus? Lord D'Abernon, einer der tüchtigsten Kenner des Geldwesens in England, ging so weit, zu behaupten, daß nach seiner Ansicht 80 Prozent der sozialen Unzufriedenheit nach dem Krieg in Europa auf diese Ursache zurückzuführen sind.

Was brachte England in erster Linie eine Labour-Regierung?: »Was habe England in erster Linie eine Labour-Regierung gebracht, was in Irland die erste Unzufriedenheit unter den Bauern verursacht und was später diese Unzufriedenheit zur Revolution getrieben? Was habe Regierungen gestürzt und die vielen Revolutionen in ganz Europa nach dem Ersten Weltkrieg verursacht?«

So fragt der große Kenner des Kapitals im Jahr 1934 und gibt darauf selbst die Antwort, als Amerikaner, der um die Weltbedeutung der Macht des Dollars weiß: »Je eindeutiger man den Fall untersuchen wird, desto tiefer wird die öffentliche Überzeugung wachsen, daß ein unsteter Dollar an den ungeheueren sozialen Mißständen schuld ist, und um so mehr schuld ist, als diese Mißstände gewöhnlich anderen Ursachen zugeschrieben werden. Wenn die Hellsichtigen im Volk, die das Heilmittel anwenden können, begreifen, daß unser Dollar der größte Taschendieb ist, der erst die eine und dann die andere Volksschicht beraubt, sie jährlich um Milliarden beraubt, Geschäftsberechnungen umwirft, den Handel erwürgt, die Unzufriedenheit aufwühlt, die Flamme des Klassenhasses entfacht, die Politik verdirbt und dabei seine finsteren Machenschaften unbeobachtet und unverdächtigt durchführt. Wenn einmal Volk und Gesetzgeber das begreifen, dann wird eines Tages die Tat folgen. Und wir werden für alle künftigen Geschlechter eine Wohltat geschaffen haben, einen festen Maßstab für einen wertbeständigen Dollar.«

Riesengeschäft mit Präsidentenmord

Daran fehlt es also! Darin liegt die Macht des Kapitals. Da es sich hier um eine von Geheimnissen umgebene und wohlgehütete Sphäre der Macht handelt, tun wir gut daran, uns im Beweis der Dialektik ihrer Wirklichkeit hier und im folgenden an illustre und unverdächtige Zeugen zu halten.

An jenem makabren Wochenenden des 22. und 23. November 1963, als die Nachrichtenagenturen die Hiobsbotschaft von der Ermordung des amerikanischen Präsidenten Kennedy in alle Welt verbreiteten, konnte der aufmerksame Leser im inneren Wirtschafts- und Börsenteil der gleichen Zeitungen, die auf der ersten Seite mit riesigen Schlagzeilen die sensationellen Einzelheiten der Mordtat verkündeten, an versteckter, fast beschei-

dener Stelle die Kurznachrichten lesen, daß in den wenigen Stunden, vielleicht nicht einmal bis zum vorzeitigen Börsenschluß am Tag der Mordtat eines der größten Börsenmanöver nach dem Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen war.

Die nackte Wahrheit war kurz gesagt die, daß eine gewisse Hochfinanz anläßlich des Präsidentenmordes ein Riesengeschäft gemacht hat. Die Nachricht vom Attentat löste einen gewaltigen Ruck auf die Kurse aus mit der Folge einer schweren Baisse, durch die vor allem kleinere Unternehmen schwerste Verluste erlitten.

Als am Montag die Börse wieder eröffnet wurde, schnellten die Kurse dann ebenso schnell, wie sie gefallen waren, wieder nach oben. Von dem schrecklichen verdüsterten Himmel war den Börsenjobbern ein unerwartetes Geschenk in den Schoß gefallen. Die erzielten Kursgewinne wurden von Wall Street auf 15 Milliarden Dollar geschätzt. Die kurze Baisse weniger Stunden hatte zu einer der großen Hausse in der Geschichte der New Yorker Börse geführt. Der Tod des Präsidenten hatte viele arm und wenige reich gemacht. Ein makabrer Preis für einen Präsidentenmord.

Wir denken hier an jenen berühmten schwarzen Freitag 1929 an der gleichen New Yorker Börse, die damals die große Deflationskrise der Weltwirtschaft, diesmal nicht durch spekulative Ausnutzung eines Präsidentenmordes, sondern durch gezielten Coup verabredeten Börsenmanövers in Gestalt eines massiven Geldstreiks in der Absicht, die durch Kapitalfülle geschwächte Rendite des Kapitals über den Weg deflationärer Restriktion der Kapitalbildung und des Kapitalkredits durch einen gewaltsamen klinischen Eingriff in das gesamte Weltgefüge der Wirtschaft künstlich in die Höhe zu treiben.

Die Folge waren Heere von Millionen Arbeitslosen, Zusammenbrüche von Existenzen, Selbstmorde en masse, am Ende der Aufbruch der Verzweifelten in die totalitären Diktaturen.

In der Tat muß die Geschichte der Neuzeit unter dem Aspekt des primären Kapitals neu geschrieben werden. Unser Fachmann hat recht, aber 50 Jahre nach seiner Warnung befinden wir uns noch immer, vielleicht mehr denn je, der gleichen Tatsache primitivster Unkenntnis und Ignoranz gegenüber, wo Politiker und Intellektuelle die Frage nach der Legitimität der Macht erheben.

Spekulation auf Produktion

Lassen wir hier Stimme und Bekenntnis eines Zeugen folgen, der als Mann der Praxis gewiß unbedingt Sachkenntnis und Glaubwürdigkeit besitzt. Um so mehr als die ungewöhnliche Form eines Zeugnisses die Glaubwürdigkeit seines Inhalts verbürgt. Vincent Cart Wright Vickers, der englische Krupp und Rüstungskönig, weltbekannter Großindustrieller und langjähriger Gouverneur der Bank of England von 1910 bis 1919, geboren im Jahr 1879 und gestorben 1939, diktierte als totkranker Mann auf dem Sterbebett seiner Tochter als geistiges Vermächtnis seine Erfahrungen und letztes Urteil im Angesicht des Todes über die Macht des Kapitals und die Notwendigkeit ihrer Überwindung durch eine neue, konstruktive Ordnung des Geld- und Währungswesens, um das wahre Verhältnis von politischer Ordnungsmacht und dienender Währung des Geldwesens wieder zu berichtigen und wieder herzustellen.

Der Inhalt dieses testamentarischen Vermächtnisses ist bisher wahrscheinlich noch in keiner deutschen Zeitschrift erschienen, und es mag daher genügen, anstelle eigener Aussagen, die Bezeugung solchen Wissens um die Machtfragen des Kapitals im folgenden im Auszug anzuführen:

Erkennen wir, daß das entscheidende Moment des gegenwärtigen Systems der zentrale Beweggrund für jede Art von Arbeit, der Gewinn ist, so folgt daraus, daß die Praktiken, die Gesetze und Spielregeln der dieses System beherrschenden Geldindustrie, deren eigene Wünsche und Bestrebungen zur Grundlage haben.

»Die Aufgabe – der Abstimmung von Geld- und Produktions-Volumen – ist auf die Leiter und Geschäftsführer der Geldinstitute, der Banken und Finanzierungsinstitute übergegangen, an ihrer Spitze die Notenbank mit ihrem Notenprivileg. Sie verwalten und schützen das bestehende Geldsystem selbst dann, wenn es einen Krieg zur Folge haben sollte. Nämlich ein Geldwesen, das durch berufsmäßige Geldverleiher und berufsmäßige Kreditschöpfer beherrscht wird, das heißt durch Finanziers, die von der Theorie durchdrungen sind, das, weil Geld und Kredit für den Austausch von Waren, Gütern und Leistungen unverkennbar die Hauptursache seien, es darum in gleicher Weise klar, unverkennbar und nicht weniger wesentlich sei, daß nun jene, die das Geld und die Bereitstellung von Kredit kontrollieren, auch die gesamte Wirtschaft kontrollieren und somit nach ihrem eigenen und für sie höchst gewinnbringenden System jenen Wirtschaftsprozeß beherrschen, der es der Produktion ermöglicht, ihren Absatz zu finden.

Das heißt natürlich, daß in Wirklichkeit die Finanziers, wenn auch nicht die Verantwortung, so doch eindeutig die Macht übernahmen, die zwischenstaatlichen Beziehungen einer Nation zur anderen zu kontrollieren, internationaler Freundschaften und internationales Mißtrauen einbeschlossen. Unkenntnishafte Zustimmung zu dieser Theorie hat die Vorstellungswelt und die Gedankengänge ihrer Völker und ihrer Regierung bis ins tiefste durchdrungen, so daß das unmittelbare Ziel aller Menschen und aller Völker heute nicht ein angemessener Anteil an dem ungeheuren Produktionsleistungsvermögen der Welt und die Wohlfahrt der Welt ist. Nein, jene, die hungrig sind, fragen nicht nach Brot und Fleisch, sie fragen nach Geld, damit sie kaufen können.

Große Verschuldung bringt große Profite

Ein anderes wichtiges Merkmal des gegenwärtigen Geldwesens ist jene außerordentliche Neigung zu dem, was unter der Bezeichnung »Kreislauf der Wirtschaft« bekannt ist, als ein Vorgang, der von der Mehrheit unserer Bank- und Finanzleute als ein unabänderliches und unerklärliches Verhalten, vergleichbar dem Hin- und Herschwingen eines Pendels, angesehen wird, jedoch ohne bestimmte Regelmäßigkeit der Schwingung, nach welchem einem konjunkturellen Tiefstand unvermeidlich auch ein wirtschaftlicher Aufschwung folgen, ein Tiefstand also der Vorbote eines Aufschwunges sein müsse.

Dieses unberechenbare Phänomen ist selbstverständlich ein höchst zweifelhaftes und bedenkliches Charakteristikum; denn es zerstört das Vertrauen, indem es von Haus aus anständige Kaufleute in Schieber verwandelt und uns mit dem Geist von Spielern erfüllt.

Die Finanzindustrie, die Börsenbanker und Spekulanten werden durch dieses Auf und Ab der Wirtschaft reich. Ja, sie sind zum größten Teil auf dieses Wechselspiel der Konjunkturen und auf die Veränderungen des wahren Preisniveaus angewiesen, um daran zu profitieren. Die Produktionsindustrie hingegen kann nur bei stabilem Markt, bei unveränderlichem Preis und auch nur dann gedeihen, wenn heftige Konjunkturschwankungen unmöglich sind.

Auf der anderen Seite lebt die Geldindustrie und ist sogar abhängig von der Verschuldung anderer, nämlich derer, die auf Kredit angewiesen sind. Je größer die Verschuldung des Volkes, um so größer ist der Profit der Geldverleiher, und auf dieselbe Weise der Geldmarkt der Welt. Je größer die Verschuldung der ganzen Welt, um so größer ist der Profit der internationalen Finanz.

Dem Geld zu erlauben, die Erzeugung und den Gebrauch von Gütern zu regulieren, ist genau so, als wenn wir Erdbeerkörben erlauben würden, die Lieferung von Erdbeeren zu regulieren, oder wenn wir durch eine unzureichende Versorgung mit Fahrscheinzettelchen einen Eisenbahnerstreik zustande bringen würden.

Und dennoch wird die gegenwärtige 'Ordnung unseres Lebens durch die Geldbeherrscher bestimmt, das heißt aber durch jene Leute, die das Verleihen von Erdbeerkörben zum Geschäft entwickelt haben. Diese Leute bestimmen über Erzeugung und Verbrauch von Erdbeeren. Wenn man einem Wirtschaftler vom Mars oder einem

Zinsen

Kapitalismus – ein Gottesgericht

kleinen Kind von durchschnittlicher Intelligenz diesen Zustand schildern würde, würden diese sich krummlachen über solch blinden Stumpfsinn der Menschheit.

Der nationalen und hauptsächlich internationalen Gelddiktatur, die das eigene Land gegen das andere ausspielt, die durch ihre Eigentumsrechte an einem großen Teil der Presse die Reklame für ihre eigene Meinung in die allgemeine, angeblich öffentliche Meinung verdreht, darf nicht länger erlaubt werden, aus dem Begriff der Demokratie ein Zerrbild zu machen. Diese nachdrückliche Behauptung ist nichts Neues. Was hier gesagt wird, entstammt auch nicht einer verzerrten Vorstellung, sondern entspricht ohne jegliche Übertreibung der Erkenntnis tausender geistig durchaus gesunder Menschen unseres Landes.

Die Produktion selbst ist für die Finanz völlig wertlos, sofern diese nicht gegen Geld eingetauscht ist. Die Geldbeherrscher sind zu ihrem Gedeihen fast ausschließlich auf die Verschuldung anderer angewiesen. Die Vertreter der Finanz haben aber übersehen, daß das Anwachsen einer für sie gewinnbringenden Verschuldung seine Grenzen hat.

Alle diese Aktienhändler, diese Agenten, diese Börsenmakler und Jobber, die Geld- und Goldspekulanten, Geldverleiher, Anleihe-Emmissionäre, alle diese Banken und Versicherungsgesellschaften schaffen überhaupt nichts. Sie sind die Drohnen unserer Volksgemeinschaft, sie leben ausschließlich und sind abhängig von dem Honig, den andere sammeln. Sie leben auf Kosten des schaffenden Volkes.

Weil wir über keinen wirklichen zuverlässigen Wertmesser verfügen und noch niemals verfügt haben, ist die Wiederherstellung beziehungsweise die Befreiung des internationalen Handels primär nicht von der Aufhebung der bestehenden Handelsschranke, sondern in der Hauptsache von einem neueren und besseren Geldsystem abhängig.

Von einem Geld, das auf den Rohstoff- und Fertigwaren basiert und deren echten und internationalen Wert repräsentiert. Das Geld muß aufhören zu sein, was es heute ist: Ein ständiger Entzündungsherd, ein Hindernis auf dem Weg zum Fortschritt der Weltwirtschaft, eine Behinderung der Glückseligkeit der Menschen und ihres Strebens unter den Völkern.

Die Demokratie ist in Gefahr aus dem einfachen Grund, weil ihre Regierung den Sonderinteressen jener Kreise hörig ist, die das Finanzwesen beherrschen, und die es in ihrer Macht haben, die Nation in eine Finanzkrise hineinzutreiben, wenn eine diesen Interessen widersprechende Gesetzgebung ihren Vorrechtsanspruch bedrohen sollte.«

Soweit der ehemalige Gouverneur der Bank of England Vincent Cart Wright Vickers auf seinem Sterbebett. Wenn der ehemalige österreichische Bundespräsident Dr. Kirchschläger beschwörend darauf hinweist, daß die »Besitz- und Erwerbssucht« die wahre Ursache der »systeminhärenten Finanzskandale« sei, dann ist damit die tabuisierte Grundlage des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems als solche moralich verurteilt.

Nicht erst seit diesen beiden Weltkriegen, in denen der Urgeist des Götzen Mammon der eigentliche Sieger war, nicht erst seit calvinistischer Reformation, Renaissance und Rezeption des absoluten römischen Macht- und Eigentumsbegriffes, schon seit Jahrtausenden, seit der neolithischen Wende vor 9000 oder 10 000 Jahren befindet sich die Menschheit auf dem Irrweg im Bannkreis des Profit- und Machtdenkens, dessen systemstrukturelle Methode das grenzenlose Gewinn- und Erwerbsstreben des wucherischen Zinseszins-Mechanismus ist.

Leider bleiben die öffentlichen Wehklagen über Korruption und Betrugsskandale in der moralischen Verurteilung ihrer kriminellen Einzelresultate stecken, ohne auf die systeminhärente Wurzel des Baumes, der solche faulen Früchte bringt, hinzuweisen und seine Ausrottung, bis in die letzten und eigentlichen Wurzeln seines wucherischen Urgrundes, zu fordern. □

One-World-Bewegung

Der göttliche Wille

Max Tornau

Die heutige Astronomie mißt mit ihren elektronischen Geräten Galaxien, die bis zu 18 Milliarden Lichtjahre entfernt sind und hinter diesen werden Galaxien wie Sand am Meer vermutet. Wenn dahinter nichts ist, wo hört das Nichts auf, was ist dahinter und was vor dem Anfang? Das Weltall kann daher nur ewig und endlich sein.

Nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Astronomie unserer Zeit pulsieren in diesem unendlichen Weltall vehemente Energien, und kosmische Wellen beeinflussen den gesamten Lebenszyklus. Eine Materie an sich gibt es nicht. Alle Materie entsteht und besteht nur durch die Kraft, die die Atomteilchen in Schwingungen versetzt und sie zum winzigsten Sonnensystem zusammenhält. Hinter dieser Kraft, die mit einer für den Menschen nicht verständlichen Harmonie und Vollkommenheit arbeitet, müssen wir einen bewußten intelligenten Geist annehmen. Dieser Geist, den wir mit unserer Vernunft nicht erfassen können, regiert das Weltall. Höheres als die Vollkommenheit gibt es nicht, so nennen wir es Gott.

Seit Ewigkeit herrscht Leben

Den göttlichen Willen, »den heiligen Willen, der hoch über Zeit und Raume lebendig webt«, wie Friedrich von Schiller schreibt, können wir jedoch aus den gottgewollten, sich ewig wandelnden Erscheinungen des Alls erkennen. Nicht aber aus irrigen menschlichen Deutungen aus einer Zeit, in der Lebewesen mit menschlichem Antlitz nicht ahnten, daß die Erde im Verhältnis zu dem heute bekannten Teil des Weltalls so klein ist wie ein Tropfen im Ozean.

Was sagen uns nun diese göttlichen Erscheinungen? Seit Ewigkeit herrscht Leben. Die Sterne, die wir heute sehen, ziehen ihre Kreise und strahlen Leben aus. Sie sind alle eingeordnet, so daß zum Beispiel Astronomen berechnen können, wann und wo sich ein Komet der Erde nähert. Alle Erscheinungen sind dem ewigen Wandel unterworfen und an Raum und Zeit gebunden.

Auf unserem Stern Erde, die vor Milliarden Jahren auch eine feurige Kugel war, hat sich nach vielfachem Wandel organisches Leben entwickelt. Heute leben in der von Menschen unberührten Natur unzählige Arten von Lebewesen, von denen jedes für seinen Bereich eingeordnet, in seiner Art seine Aufgabe zu erfüllen hat.

Dabei haben sich alle Glieder in ihrer Art frei zu entfalten und einander und dem Ganzen zu dienen. Eine Auserwähltheit und eine Herrschaft eines Gliedes über das andere oder gar über alle Tiere und Pflanzen gibt es daher nicht. Es gibt auch keinen »Kampf ums Dasein«.

»Was Du nicht willst . . . «

Darwin hat menschliche Vorstellungen seiner Zeit auf die Tierwelt übertragen. Wenn ein Raubtier sich heranschleicht und ein anderes Tier tötet, dann doch nur um seinen Hunger zu stillen und zu leben und auch andere Tiere leben zu lassen, denn es läßt von seiner Beute für andere Tiere noch etwas übrig. Kämpfe zwischen Artgenossen dienen der Auslese.

Immer aber ist dafür gesorgt, daß trotz Tötens vieler Tiere und trotz des ungeheuren Verbrauchs von Pflanzen und deren Früchten die Arterhaltung und Fortpflanzung gesichert ist. Es gibt daher kein Ausrotten.

Der göttliche Wille ist somit aus

Mythische Motive zieren den Unterteil einer etruskischen Lampe aus dem 7. Jahrhundert vor Christus.

den Erscheinungen aller Dinge deutlich zu erkennen.

Der Mensch dagegen ist das einzige Lebewesen, das will. Er ist mit Vernunft ausgestattet und kann einen freien Willen entwikkeln. Er kann das Göttliche bewußt erleben und schöpferisch nach dem Höchsten streben. Was allen Gliedern des Alls zur Aufgabe gemacht ist, das kann doch dem Menschen, einem mit freiem Willen begabten Wesen, nicht vorenthalten sein.

Zur göttlichen Ordnung des Weltalls gehört also das Recht jedes Menschen und jeden Volkes sich nach seiner Eigenart frei zu entfalten. Dieses Ur-Recht ist nur begrenzt durch die göttliche Bestimmung, die Freiheit des Nächsten und die anderer Völker nicht anzutasten. Damit er diese Pflicht erfüllen kann, hat ihm Gott »hohe völkische Eigenschaften, Offenheit und Ehrlichkeit« sowie die goldene Regel gegeben, die in dem Sprichwort »Was Du nicht willst, das man Dir tu', das füg' auch keinem anderen zu« zum Ausdruck kommt.

Diese Weisheit ist schon in uralten Schriften der Chinesen, Inder und Griechen niedergelegt. Dieses Recht auf sittlich begrenzte Freiheit ist Gottes Gebot, seine Mißachtung Rebellion gegen Gott und die von ihm gesetzte Ordnung.

Die Menschheit wurde geboren, als unseren Vorfahren vor Millionen von Jahren die Vernunft aufleuchtete. Zugleich mit der Vernunft und dem freien Willen wurde der Menschheit auch ein Keim des Untergangs in die Wiege gelegt. Denn die Vernunft ist irrfähig und kann den Willen zum falschen Weg führen. Der Irrtum kann sich zum Wahn, ja zum Massenwahn entwickeln, der zur Selbstvernichtung führen muß.

Dieser Wahn, der die ganze Welt bestach

Weltherrschaft, One World, von wem sie auch immer angestrebt wird, kann ohne Verletzung der Menschenrechte nicht errichtet werden. Sie ist ebenso wie der Auserwähltheitsdünkel ein Wahn, der die Völker »herauslöst aus jeder Art von Stamm, Sprache, Volk und Nation«, wie es in der Offenbarung des Johannes heißt, die subtilste, aber sicherste Art des Völkermordes.

Schließlich können die Verfasser der Protokolle der Weisen von Zion, die nach dem neunten Vortrag »über einen unbändigen Ehrgeiz, brennende Habgier, schonungslose Rachsucht und unerbittlichen Haß verfügen, und mit List, Heuchelei, Terror, Bestechung und Verrat« die ihr nicht gefügige Menschheit zugrunde richten, keine Wesen mit gesundem Menschenverstand sein.

Und die Bibel mit ihrem Auserwähltheitsdünkel und Weltherrschaftswahn ist das Vorbild dieser widergöttlichen Protokolle.

Dieser »Wahn, der die ganze Welt bestach«, dem schon Schiller »den Krieg angekündigt hat«, hat – so der große jüdische Philosoph Erich Fromm – ein Ausmaß angenommen, daß die ganze Menschheit eigentlich in ein Irrenhaus gehöre.

Aber Gott hat dem Menschen die Vernunft gegeben, damit er sie zur Erhaltung des Lebens betätige, damit er denkt und die Wahrheit erkennt und nicht glaubt, was die von Wahn Besessenen ihm mit List, Heuchelei und Terror einflößen.

Dazu schreibt Erich Fromm: »Ich möchte nur sagen, das Überleben ist mit der Vernunft verknüpft. Je unvernünftiger, desto geringer die Chancen für das Überleben. Das heißt, die Vernunft ist nicht nur eine intellektuelle, sondern auch eine biologische Größe, die dem Überleben dient, und die Wahrheit ist ein Ausdruck der Vernunft, so daß die Wahrheit selbst auch eine biologische Funktion hat.«

Friedrich von Schiller schrieb vor bald 200 Jahren: »Höheren Sieg hat der errungen, der der Wahrheit Blitz geschwungen, der die Geister selbst befreit. Freiheit der Vernunft erfechten heißt für alle Völker rechten, gilt für alle ewge Zeit.«

Wie eingangs erwähnt, beeinflussen kosmische Wellen den gesamten Lebenszyklus, und da in der naturgesetzlichen kosmischen Ordnung alles seine Entsprechung findet – wie im Großen, so im Kleinen, wie im Makrokosmos, so im Mikrokosmos, wie oben, so unten, sagt die Philosophie –, so ist es nicht abwegig, wenn die Astrologie in unserer Milchstraßen-Galaxie eine Zentralsonne annimmt, um die sich die Milchstraßensterne drehen, so daß wir auf der Erde immer wieder anderen Einflüssen unterworfen sind, die wir aber nicht genau feststellen können.

One-World-Bewegung

Der göttliche Wille

Die Astrologie spricht von einem Ende des Fische- und einem Anfang des Wassermann-Zeitalters, von einem Wechsel von der Zeit des Glaubens zu der des Wissens und der Erkenntnis und weist auf die sich mehrenden Naturkatastrophen, Vulkanausbrüche, Erdbeben, Trockenheit und Überschwemmungen hin, auf die gewaltigen Veränderungen und Unruhen auf geistig-seelischem Gebiet.

Die Herrscher des Fische-Zeitalters

Wenn man die Zeit, die als Fische-Zeitalter angegeben wird, betrachtet, so ist es nicht zu verkennen, daß sie beherrscht wird von der Bibel, den Protokollen der Weisen von Zion, von den Illuminaten, den Freimaurern, sonstigen Geheimgesellschaften und Orden sowie der Hochfinanz. Den Zionisten ist von Jehova die Weltherrschaft versprochen, wenn sie seine Gebote »Unterjochen, Ausrotten und Vertreibung der nicht-jüdischen Völker und die Vernichtung deren Kulturen« befolgen.

Die Bibel schreibt ein unterschiedliches sittliches und politisches Verhalten vor, einmal für die Juden untereinander – »Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst« – und dann für die Juden gegenüber den Fremden, den Nichtjuden – »Du wirst alle Völker verzehren, die Jehova, Dein Gott, Dir geben wird«, »Von dem Fremden magst du Wucher nehmen«.

Nach dem Talmud und den Protokollen, aber auch nach der Bibel sind die Fremden »nur Tiere in Menschengestalt ohne jegliche Menschenrechte, deren Entartung« gewollt ist. Der Verlust der arteigenen Kultur ist die subtilste, aber auch sicherste Art des Völkermordes.

Das hat auch der hochintelligente Jude Marcus Eli Ravage mit erstaunlicher Klarheit und Offenheit festgestellt. In der Aufbürdung des jüdischen Christentums sieht er einen »Real Case Against the Jews«. Er schreibt:

»Vor neunzehnhundert Jahren wart Ihr eine unverdorbene, sorgenfreie heidnische Rasse. Ihr tummeltet Euch auf Bergeshängen und Talesgründen im freien weiten Feld, und kamt dabei aufs Sinnieren über die Wunder und die Geheimnisse des Lebens und legtet den Grundstein der Naturwissenschaften und Philosophie. Euch war zu eigen eine edle, sinnlich-lebenswahre Kultur unverfälscht durch Spitzfindigkeiten eines gesellschaftlichen Bewußtseins und seiner sentimentalen Fragestellerei über die Gleichheit der Menschen«.

Und was haben wir daraus gemacht?

»Wir haben Eure natürliche Welt in Besitz genommen, Eure Ideale, Euer Schicksal und haben Schindluder damit getrieben. Wir waren die letzte Ursache nicht nur vom letzten Krieg, sondern von fast allen Euren Kriegen. Wir waren die Urheber nicht nur der russischen, sondern aller größeren Revolutionen in Eurer Geschichte . . .

In Eurem innersten Herzen seid Ihr jedoch noch Heiden, aber wir haben Eure Seele gespalten. Eure Triebe verwirrt und Eure Wünsche unmöglich gemacht.«

Das alles ist der Erfolg einer Kriegsführung in der höchsten Form, der psychologischen.

Die Stunde hat geschlagen

Die Protokolle der Weisen von Zion sind Niederschriften der Vorträge aus einer geheimen – der oberste Grundsatz jeder erfolgreichen Staatskunst ist die strengste Geheimhaltung aller Unternehmungen, so steht es in den Protokollen – Tagung der Zionisten im Jahre 1897 in Basel. Sie erstreben, wie die Bibel, von einem Auserwähltheitswahn besessen, auch die Weltdiktatur unter einem König aus dem Haus David.

Nach ihren Weisungen wird seit zwanzig Jahrhunderten gearbeitet, denn es heißt in den Protokollen: »Im Laufe der zwanzig Jahrhunderten haben wir bei allen Nichtjuden die persönlichen und völkischen Gegensätze, den Rassen- und Glaubenshaß eifrig geschürt.«

Aber dies taten und tun nicht nur die Zionisten, sondern auch die eingangs erwähnten Logen, Orden und Geheimgesellschaften, die etwas zu verbergen haben und Offenheit und Ehrlichkeit fürchten müssen.

Bereits 1913, anläßlich der Gründung der internationalen Banken-Allianz in Paris, wurde verkündet: »Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze für die Welt zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat. Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten mit einer Autorität, die sich nicht nur über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt.«

So wurde denn auch, nach diesen Weisungen, mit List, Heuchelei und Terror gearbeitet und das jüdische Christentum mit Feuer und Schwert eingeimpft.

Erinnert sei nur an »Karl den Großen«, der 3500 edle Sachsen, die nicht »zu Kreuze kriechen« wollten, abschlachten ließ, an Millionen »Ketzer« und »Hexen«, die lebendig verbrannt wurden, an die Kreuzzüge, die Invasionen in Amerika mit der Ausplünderung und Ausrottung der Urbevölkerung unter Vernichtung deren Kulturen – Pizarro –, an die Missionen, sowie an den dreißigjährigen Krieg und andere Glaubenskriege.

Einen Höhepunkt der Zerstörung, Ausrottung, Vertreibung und Unterjochung – Dresden, Palästinenser, Ostdeutsche und Schlesier durch die Juden und Polen –, List, Heuchelei, Bestechung und Verrat erlebten und erleben wir mit dem letzten Weltkrieg und dessen Folgen. Er kann durch einen dritten Weltkrieg, der zur Vernichtung der Menschheit führen würde, übertroffen werden.

Das Fische-Zeitalter war also eine Zeit – wie es in den Protokollen steht –, in der mit List, Heuchelei, Terror regiert wurde und »hohe völkische Eigenschaften, wie Offenheit und Ehrbarkeit für die Machthaber Klippen der Staatskunst« sind.

Es muß eine Wende kommen

Aber diese hohen völkischen Eigenschaften wie auch Vertrauen, Treue und Achtung der sittlich begrenzten Freiheit sind nun einmal die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Es muß also eine Wende eintreten, sonst geht die Menschheit zugrunde.

Von unseren Politikern, Kohl, Wörner, Weizsäcker, Strauß, Schmidt, Rauh ist eine Wende nicht zu erwarten. Sie leben immer noch im Fische-Zeitalter, sind an die geheimen Orden und Gesellschaften gebunden und wollen nicht begreifen, daß sich der Satz »Si vis pacem para bellum« im Laufe der Menschheitsgeschichte als ein fundamentaler Irrtum erwiesen hat.

Zwar wird nicht mehr, wer nicht an Jehova glaubt, lebendig verbrannt, aber wer heute nicht glaubt, was an Mythen und Legenden verbreitet wird, hat mit dem Verlust der Freiheit zu rechnen.

Zu allen Zeiten hat es Persönlichkeiten gegeben, die den göttlichen Willen, wie ihn die Natur offenbart, zu erfüllen trachteten, die für Wahrheit, Recht und sittlich begrenzte Freiheit für alle eintraten.

Aber Luther wurde ermordet, als er »von den Juden und ihren Lügen« schrieb und als er verbot, das Alte Testament in den Schulen zu lehren. Schiller erlitt dasselbe Schicksal, als er für Wahrheit und sittlich begrenzte Freiheit eintrat und den Freimaurern eine Gefahr wurde.

In den Protokollen heißt es dazu: »In den Freimaurerlogen vollziehen wir die Todesstrafe in einer Weise, daß niemand außer den Logenbrüdern Verdacht schöpfen kann, nicht einmal die Todesopfer selber, sie alle sterben, sobald es nötig ist, scheinbar eines natürlichen Todes.«

Es ist zu hoffen, daß diese Erkenntnis sich durchsetzt, und zwar bei allen Gruppen, die sich auserwählt wähnen die Welt zu regieren, und daß eine Zeit des Wissens, der Erkenntnis, der gegenseitigen Achtung, der Gewaltlosigkeit und Menschenwürde – man mag sie nennen, wie man will – anbricht. □

Die in diesem Artikel erwähnten »Protokolle der Weisen von Zion« sind unter dem Titel »Protokolle der Weltdiktatur – Satans neues Testament« als Anhang im Buch von Des Griffins »Wer regiert die Welt?« veröffentlicht. Das Buch ist im Verlag Diagnosen erschienen und ist hier oder im Buchhandel erhältlich.

Ein Porträt des dänischen Astronoms Tycho Brahe; er war bekannt für seine genauen, sorgfältigen Beobachtungen.

Tschernobyl

Folgt die Erde dem Planet Luzifer

Otto Munkwitz

Die nur fünf bekannten atomaren Ereignisse zeigen sehr ähnliche astrologische Aspekte zwischen Sonne und dem Planeten Pluto an. Es sind Winkelstellungen, die sich in Zusammenständen oder Oppositionen der beiden Himmelskörper zeigen.

Bei den fünf atomaren Ereignissen oder Katastrophen handelt es sich um folgende: Hiroshima, 6. August 1945, 8.15 Uhr morgens japanischer Zeit; Nagasaki, 9. August 1945, 11.02 Uhr mittags japanischer Zeit; 9./10. August 1953 detonierte die erste Wasserstoffbombe; Harrisburg, 28. März 1979, 4 Uhr früh, erster größerer Reaktorunfall in den USA; Lyon, 13. April 1984, gegen 24 Uhr, Reaktorunfall; Tschernobyl, 26. April 1986, nachmittags, die bisher größte Katastrophe in Europa. An diesem Tag war eine exakte Opposition zwischen der Sonne und dem Planeten Pluto. Es war deshalb auch einer der stärksten Unfälle.

Aus den hier angeführten Ereignissen kann abgeleitet werden, daß auch in Zukunft bei Zusammenkünften von Sonne und Pluto nukleare Katastrophen drohen.

Zur Zeit und in den kommenden Jahren bis 1995 bewegt sich der Planet Pluto durch das Zeichen Skorpion und verbindet sich zweimal im Jahr mit der Sonne in eine Konjunktion oder Opposition. Hier sind es besonders die Zeiten vom 20. April bis 20. Mai und vom 23. Oktober bis 22. November, in denen ähnliche Winkelstellungen zu erwarten sind, wie sie unter Hiroshima, Nagasaki, Harrisburg, Tschernobyl und bei der Detonation der ersten Wasserstoffbombe und beim Reaktorunfall in Frankreich gegeben waren.

Während der angegeben Zeiten bestehen erhöhte Gefahren, entweder durch atomare Kampfmittel wie auch durch Unfälle in den Kernkraftwerken. Dabei ist es gleich, wo die Gefahrenherde liegen.

Kommt es zu keiner Vernichtung der Kernwaffen und unternimmt man nichts gegen die »sauberste Energiegewinnung«, die nach der Auffassung der Kernkraftbetreiber nur geringe Risiken in sich birgt, dann bestehen weiterhin Gefahren für die Gesundheit, überhaupt für unser Leben.

Zur Zeit, das heißt schon seit 1983, bewegt sich der Planet Pluto durch das Zeichen Skorpion und strahlt in diese Zone des Tierkreises bis 1995 ein. Das Zeichen Skorpion gilt schon seit altersher als ein gefahrbringender Teil des Tierkreises, es ist die Todeszone schlechthin.

Wenn es zu Ketten-Reaktionen kommt

Wenn die Menschen dieser Erde weiterhin so vernunftwidrig und grausam handeln, dann können sich nicht auszudenkende Katastrophen einstellen, die zu Ketten-Reaktionen führen und die Erde zerstören können.

Unsere Erde wäre dann der zweite Planet innerhalb unseres Sonnensystems, denn zwischen den Bahnen von Mars und Jupiter kreisen die Trümmer eines untergegangenen Planeten – das sind die Planetoiden –. Dieser Planet trug den Namen Luzifer, der Lichtbringer und der vom Himmel Gestürzte.

Auch uns brachten die Wissenschaftler grelles Licht, das sich bei den Atombombenexplosionen zeigte. Leiten sie damit unseren Untergang ein?

Vielleicht waren auf diesem Planeten, das heißt auf Luzifer, einmal Wesen, die sich sehr klug dünkten und sich arrogant in wissenschaftlichen Fragen verhielten. Doch sehr wahrscheinlich fehlte diesen Wegen ein Teil des Verstandes, indem sie den Ast absägten, auf dem sie saßen und so in die Tiefe stürzten.

Neben den hier angeführten Pluto-Sonne-Aspekten sind auch noch andere Positionen im Tierkreis bedeutsam, wie zum Beispiel aspektarische Verbindungen zu den Fixsternen. Auch wäre noch festzustellen, ob die Halbmondphasen, die sich in den nächsten neun Jahren bei den Sonnendurchgängen durch die Zeichen Löwe und Wassermann ergeben, bei ihren Berührungen mit dem Pluto (Quadratstellungen) ähnliche Schäden anrichten können. □

Tschernobyl

Gefahr durch elektromagnetische Wellen

Wolfgang Volkrodt

Die Welt ist nach Tschernobyl nicht mehr dieselbe wie zuvor. Die Aussichten der Politiker und der ihnen hörigen Wissenschaftler stehen schlecht, uns, dem Fußvolk, die Ängste vor der Atomkraft eines Tages wieder ausreden zu können. Langsam wird der Bevölkerung bewußt, daß neben dem radioaktiven Material in Kernreaktoren auch Unmengen teuflisches Zeug in Form von Atomraketen, Atombomben und Atomminen und Giftgas sich in unserem Land befindet. Das gammelt so langsam vor sich hin. Alles Material in Nachbarschaft zu radioaktiv strahlendem Material wie Plutonium versprödet und wird unberechenbar.

Ist das Personal, das für atomares Kriegsmaterial zuständig ist, wirklich ausreichend geschult und problembewußt? Mit der von der Regierung geplanten schärferen Überprüfung der Reaktorsicherheit ist es bei uns leider nicht allein getan. Doch welche Chancen hat der neuernannte Bundesminister für Umweltfragen, Wallmann, das Sicherheitsrisiko der bei uns gelagerten Atomwaffen überprüfen und Mängel abstellen zu lassen? Darüber in der Öffentlichkeit zu diskutieren dürfte angesichts unserer nach Tschernobyl angewachsenen Ängste nicht nur erlaubt, sondern auch notwendig sein.

Alle Lebewesen vertragen nur Licht

Ein weiteres heißes Diskussionsthema steht vor der Tür und dürfte bei den bevorstehenden Land- und Bundestagswahlen eine beachtliche Rolle spielen. Gammastrahlen im Gefolge des radioaktiven Fallouts nach Tschernobyl sind extrem kurzwellige elektromagnetische Wellen. Daß die vergleichweise langwelligen Röntgenstrahlen und zwischen sichtbarem Licht und den Röntgenstrahlen angesiedelten harten UV-Strahlen Haut- und Gewebekrebs verursachen können, ist allgemein bekannt.

Unbeschadet vertragen alle Lebewesen nur die elektromagnetischen Wellen, die wir Licht nennen. Wird es uns zuviel, blendet es uns, so können wir als einfachste Abhilfe die Augen schließen oder in den Schatten gehen. Daß ein zu wenig an Licht Schäden verursachen kann, weiß jeder, der sich um das optimale Gedeihen seiner Zimmerpflanzen bemüht. Wir Menschen und alles, was auf dieser Erde lebt, sind Kinder des Lichts, aber nur des mit unseren Sinnen wahrnehmbaren Anteils.

Seit etwa 1900 ist die Menschheit dabei, das bisher auf unserer Erde unbekannte Gebiet der im Vergleich zum Licht längeren elektromagnetischen Wellen sich mit Hilfe der Technik zu erschließen. Daß es hierbei biologische Wirkungen gibt, weiß jeder, der einmal beim Arzt mit Kurz- oder Mikrowelle bestrahlt wurde. Zeit, Art und Ort der Bestrahlung waren nach medizinischen Erfahrungen ausgewählt und zeitlich auf einige Minuten begrenzt, somit eine Überdosierung ausgeschlossen.

Was geschieht aber mit einem Organismus, der nicht nur für wenige Minuten, sondern Tag und Nacht mit seinem ganzen Körper ein Leben lang biologisch wirksamen Mikrowellen ausgesetzt ist? Wie hoch darf dann die Strahlenintensität sein, ohne daß gesundheitliche Schäden auftreten?

Benjamin Franklin läßt einen Schlüssel über eine Drachenschnur gleiten und setzt sich dabei einem Blitzschlag aus.

Schutzlos gegen elektromagnetischen Smog

Hierüber besteht seit Jahren erheblicher Streit unter den Wissenschaftlern. Ausgelöst wurde er von der Tatsache, daß die zulässige Belastung durch technisch erzeugte elektromagnetische Wellen in der UdSSR bei etwa einem Tausendstel der in den USA und fast allen westlichen Staaten tolerierten Werte liegt. Die Hersteller und Betreiber von Geräten, die elektromagnetische Wellen erzeugen, sind genauso wie die Kernkraftlobby bestrebt, die ihren guten Umsatz schmälernden Gefahren herunterzuspielen.

Inzwischen beweisen eine Vielzahl von Berichten von internationalen Kongressen, daß an der Wirkung schwacher Mikrowellenstrahlung auf biologische Systeme keine Zweifel mehr möglich sind. Man weiß, daß der DIN-Grenzwert für Mikrowellen millionenfach höher ist als die natürliche elektromagnetische Strahlung zum Beispiel aus Mikrogewittern in der Atmosphäre.

Es gibt kein Lebewesen, das in früheren Jahrtausenden Abwehrmechanismen gegen die zu hohe Mikrowellenbelastung, wie sie heute besteht, entwickeln konnte. Wir sind völlig schutzlos dem millionenfach zu hohen elektromagnetischen Smog ausgesetzt und bezahlen hierfür die Rechnung durch ständig weiter ansteigende Allergiker- und Krebsraten sowie genetischer Defekte, also Erbschäden bei unseren Kindern und Kindeskindern.

Dies beweisen unter anderen die von Professor Dr. C. Käs, Universität der Bundeswehr München, zusammengetragene Literaturrecherchen mit 277 Quellen, sowie seine eignen Versuche in Zusammenarbeit mit den »Instituten der Gesellschaft für Strahlenforschung«, Neuherberg, dem »Pathologischen Institut des Krankenhauses München-Pasing« und dem »Forstbotanischen Institut der Universität München«.

Nach Tschernobyl mit seiner radioaktiven Gamma-Strahlung sind nunmehr die anderen elektromagnetischen Strahlen reif zur öffentlichen Diskussion. Wir müssen das umgehende Abschalten der mit enormen Impulsleistungen arbeitenden und für Mensch und Umwelt extrem gesundheitsschädlichen militärischen Radaranlagen fordern. Die ebenfalls mit viel zu hohen Sendeleistungen arbeitenden Fernseh- und Rundfunksender sind großflächig durch Glasfaserlichtleiter-Kabelnetze zu ersetzen. Das ist machbar, man muß es nur wollen.

Künftige Kriege mit Waffen, die nicht töten

Dies nachdrücklich von unseren Politikern zu fordern, bietet sich zwangsläufig als Ergänzung zur durch Tschernobyl ausgelösten Atomenergie-Debatte für künftige Wahlkampf-Auseinandersetzungen an. Es geht um die Gesundheit und das Wohlbefinden von jedem einzelnen unter uns.

Die Mikrowellenforschung hat den Militärs in Ost und West zu Einsichten verholfen, die die Entwicklung von mit elektromagnetischen Wellen arbeitenden neuen Waffen ermöglichen. Es ist bekannt, daß mit »Extrem Low Frequency«-Wellen, kurz ELF-Wellen genannt, unmittelbar auf die Psyche und den Biorhythmus von Menschen Einfluß genommen werden kann.

Die Bereitwilligkeit der UdSSR zu Abrüstungsgesprächen und zum Verzicht auf weitere Atomtests wird von einigen Fachleuten damit erklärt, daß die UdSSR über ein funktionierendes Arsenal mit »Psychotronischen Waffen« verfügt. Das Zeitalter des gegenseitigen Abschlachtens von Menschen und Vernichtung von dessen Land durch Atom- und konventionelle Waffen scheint sich dem Ende zu nähern. Reagans SDI-Initiative dürfte sich als kostspieliger Anachronismus erweisen.

Künftige Auseinandersetzungen werden unblutig ausgefochten. Man überzieht das Land des Gegners, auch über große Entfernungen hinweg, mit unmittelbar auf den Biorhythmus und die Psyche einwirkende elektromagnetische Welle. Ihre Wirkung: Der durch Fremdeinwirkung gestörte Biorhythmus führt zu Kopfschmerzen, Verwirrung, Kraft- und Mutlosigkeit. Man beginnt zunehmend an sich selbst zu verzweifeln, verliert wie gelähmt an Lebensmut und an Widerstandskraft gegenüber einer äußeren Bedrohung.

Unsere übersteigerten Ängste nach Tschernobyl seien nicht mehr real, entziehen sich einer Erklärung durch den gesunden Menschenverstand, behaupten einige Politiker. Kennen sie möglicherweise andere Ursachen für die unter uns grassierenden Ängste, den fehlenden Lebensmut der Heranwachsenden und das Gefühl der Sinnlosigkeit, Kinder in diese kaputte Welt zu setzen?

Die Sorge um die Bedrohung unseres Lebens durch den elektromagnetischen Smog veranlaßte mich zu Versuchen mit einfachen Meßgeräten, die den Grad der Gefährdung durch zu hohe Mikrowellenbelastung anzuzeigen vermögen. Ich suchte Hersteller zwecks kostengünstiger Serienfertigung von solchen Geräten. Etwa 70 bekundeten Interesse. Ich schickte ihnen Informationsmaterial.

Oft gehörte Reaktionen am Telefon waren: »Das gibt doch kein Geschäft. Für solch ein Gerät interessiert sich doch niemand in unserer Wohlstandsgesellschaft.«

Nullenergie-Konvertertechnik

In letzter Zeit häuften sich wieder die Fragen zum Thema »Energiekonversion aus dem Nichts«. Natürlich wäre es phantastisch, wenn wir die Atomreaktortechnik kurzfristig durch eine andersartig bessere Energietechnik ablösen könnten. Aber man muß hierbei zwischen Wunschträumen und Realität unterscheiden.

Versuche zur Klärung der Wirkungsweise von »Tachyonen-Energie-Konvertern« nach DePalma und Newman ergaben, daß ein bei rotierenden elektromagnetischen Energiekonvertern immer wiederkehrender Fehler für Verwirrung sorgt. Bei nach dem Homopolarprinzip arbeitenden Maschinen gibt es Probleme, das überall gültige Prinzip »actio gleich reactio« zu verstehen und zu berücksichtigen. Wenn man es sich zu einfach macht und dieses Prinzip vernachlässigt und nur mit Wirkwiderständen rechnet, dann kommt man spielend auf Wirkungsgrade von 800 bis 1400 Prozent. In keinem der mir vorliegenden Arbeiten über N-Maschinen und Varianten hiervon fand ich andeutungsweise den Begriff »Ankerrückwirkung« erwähnt. Wirklich verläßliche Meßergebnisse werden nicht genannt.

Der von mir vor einiger Zeit zur Diskussion gestellte »Ferromagnetische Konverter« hat keine Gemeinsamkeiten mit rotierenden N-Maschinen und den anderen in der Literatur bisher behandelten Konvertern. Er arbeitet mit elektrodynamischen Einwirkungen auf die Stabilitätskriterien und Sprungstrukturen bei quantenphysikalischen Vorgängen.

Um eine verwertbare Leistungsausbeute zu erzielen, bedarf es sich zyklisch sehr rasch wiederholender Vorgänge, also relativ hoher Frequenzen. Hier bestehen Gemeinsamkeiten mit den Versuchsanordnungen von Nicola Tesla. Er war der erste, der elektromagnetische Wellen hoher Leistung erzeugen konnte. Mit ihm begann eine Entwicklung, die schließlich zum heutigen teuflischen Mikrowellensmog in unserer Umwelt führte.

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich eine fatale Erkenntnis: Sobald der Mensch mit dem »Äther« oder der »Quantenergie des Vakuums« zu spielen beginnt, greift er negativ in seine herkömmliche biologische Umwelt ein. Betrachtet man die Energiekonversion aus dem »Vakuum« als dritten Weg parallel zur Kernspaltung und der noch nicht ganz funktionierenden Kernfusion, so ist auch dieser Weg nicht frei von biologischen Risiken.

Es gibt eine Chance: Wir müssen beim Takten von Konvertern in biologisch unbedenklichen Frequenzbereichen arbeiten, also im Wellenlängenbereich des seit Jahrmillionen von allen Lebewesen gewöhnten Lichts. Doch das ist nichts Neues, daran wird schon etwa seit einem Jahrzehnt gearbeitet: Moderne Lasertechnik mit stark gebündelten und ausgerichteten Lichtstrahlen. Über die hierbei bereits erzielten Effekte erfährt allerdings die Öffentlichkeit nichts. Sie unterliegen der strengen militärischen Geheimhaltung zum Beispiel im Rahmen des SDI-Projekts.

Probleme mit der Kernkraftlobby

Für die hohe Frequenz des Lichts scheiden Ferromagnetika wegen zu großer innerer Trägheit aus. Die oberste Frequenz für ferromagnetische Konverter liegt im Bereich unserer heutigen UKW-Sender. Wird ein Konverter zum Beispiel mit 100 Megahertz und für 10 kW Leistungsausbeute betrieben, so steht er mit der »Struktur des Vakuums« oder dem »Äther« in Wechselwirkungen, kann selbst durch Rückwirkung zum Sender sehr starker Mikrowellen werden.

Wer sich in der unmittelbaren Nachbarschaft eines solchen ungeschirmten Konverters aufhält, geht das Risiko erheblicher Gesundheitsschäden ein. Es darf sich ein ähnliches Debakel wie bei den Wissenschaftlern, die in Unkenntnis vor Jahrzehnten allzu leichtfertig mit Röntgen- und radioaktiven Strahlen hantierten und qualvoll starben, nicht wiederholen.

Meine Ermahnungen an »Konverterbastler«, nur unter Einsatz nachweislich wirksamer Abschirmungen Konverterversuche durchzuführen, werden entweder nicht verstanden oder ignoriert. Angesichts vorstehender Risiken erachte ich eine Fortführung der Konverterforschung nur noch in bestausgestatteten Großforschungsanlagen für verantwortbar.

In unseren Großforschungsanlagen haben allein die Kernspalter und Kernfusionäre das Sagen. Sie dulden keinerlei Konkurrenz. Fortschritte auf dem Konvertergebiet sind nur dann erzielbar, wenn es gelingt, die arrogante und allzusehr von sich überzeugte Kernkraftlobby von ihrem Thron zu stoßen. Das gelingt aber nur, wenn man kurzfristig realisierbare Alternativen zur Kernkraft nennen und deren Machbarkeit beweisen kann. □

Weitere Informationen erhalten Sie von Dr. Wolfgang Volkrodt, Waldsiedlung 8, D-8740 Bad Neustadt.

Naturheilmittel

Hilfe bei Strahlen-schäden

Nikolaus Bergmüller

Die radioaktive Verseuchung von Tschernobyl hat weltweit Verunsicherung ausgeübt und teilweise sogar Panik ausgelöst. Die Konfrontation mit »harten Strahlen« und ihren Folgen stellt sich auch in der Nachbehandlung von Krebs. Die therapeutische Röntgenbestrahlung stellt noch immer ein großes medizinisches Problem dar. Die Frage der Patienten nach einer Verminderung der Strahlennebenwirkung wird immer häufiger an den Arzt herangetragen.

Bei Tumorkranken liegt oft eine Schädigung des Immunsystems vor, das zur Tumorerkrankung disponiert. Durch das höhere durchschnittliche Lebensalter ist der Mensch darüber hinaus vermehrt tumorauslösenden Belastungen ausgesetzt. Zu diesen Belastungen gehören in erster Linie die Strahlen aufgrund von medizinisch-diagnostischen Eingriffen, sowie chemische, krebsauslösende Stoffe in der Nahrung, zum Beispiel Nitrosamine, oder die Gifte in den Auspuffgasen und im Straßenteer. Als Ergebnis vieler Einzelfaktoren stirbt heute bei uns jeder dritte Mensch an einem Krebsleiden.

80 Prozent aller Geschwulste kommen von Umwelteinflüssen

Was kann man dagegen tun? Ein Teil der Umweltbelastung könnte durch politische Entscheidungen gemindert werden. Als unvermeidliches Tribut an die Wohlstandsgesellschaft bleiben jedoch erhebliche Restrisiken. Erwähnt sei die unverzichtbare Anwendung ionisierender Strahlen in der Unfallchirurgie, ferner der Straßenbau und der Gebrauch des Autos. Selbst in der Freizeit und im Urlaub ist man in den Bergen und an der See vermehrt kanzerogener UV-Strahlung ausgesetzt.

Zu den Belastungen für das Immunsystem gehören auch die medizinisch-diagnostischen Eingriffe bei Röntgenuntersuchungen.

Achtzig Prozent aller Geschwulste beim Menschen kann man auf Umwelteinflüsse zurückführen. Da man diese nur zum Teil vermeiden kann, ist es sinnvoll, diejenigen körpereigenen Prozesse zu stärken, die normalerweise die stets in geringer Zahl im Körper entstehenden Krebszellen vernichten.

Es ist dies in erster Linie das zelluläre Immunsystem der Lymphozyten und Makrophagen. Diese Zellen erkennen gealterte oder durch Viren und Tumormutationen veränderte eigene Körperzellen und bewirken deren Vernichtung. Wird dieses Zellsystem durch Alterung, Umweltgifte oder zum Beispiel bei Organ-Transplantationen medikamentös geschwächt, treten gehäuft Tumoren auf.

AIDS als krasses Beispiel

Ein krasses Beispiel ist die erworbene Immunschwäche AIDS, bei der durch das HTL-VIII-Virus immunregulatorische T-Lymphozyten quantitativ und qualitativ beeinträchtigt werden. Die Folge ist ein völliger Zusammenbruch sowohl des humoralen als auch des lymphozytären Immunsystems.

Eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen beschäftigen sich mit dem Immunstatus bei Tumorpatienten. Bei diesen Patienten besteht eine Schwächung der Immunlage einerseits durch das Tumorleiden selber, andererseits durch die aggressive Primär-Tumortherapie.

Dabei wurde festgestellt, daß das Tumorgewebe den Patienten, ähnlich wie ein Kind im Mutterleib, ohne Rücksicht auf den Tumorträger, wertvoller Energieträger und Vitamine beraubt. Es saugt sich gleichsam auf Kosten des Patienten wie ein Schwamm mit allen notwendigen Substanzen voll. Das Ergebnis ist die Aushungerung des Patienten (Kachexie).

Untersucht man hierbei den Stoffwechsel des Patienten, so stellt man fest, daß der Körper über die Nebennieren eine hormonelle Umstellung vornimmt, die Muskelproteine zu Zucker und schließlich zu Energie abbaut. Die Hormonumstellung führt zu einer Schwächung des Immunsystems und damit zu einer schlechteren Tumorabwehrlage.

Es ist daher sinnvoll, die dem Körper durch den Tumor entzogenen Energiestoffe, Vitamine und Spurenelemente durch entsprechende Präparate zu ersetzen. Durch eine hochkalorische Infusionsbehandlung kann die eiweiß-abbauende Stoffwechsellage vermieden werden. Gleichzeitig verbessert sich auch die Immunsuppression.

Der Organismus wird durch den spontanen oder therapie-bedingten Zerfall von Tumorgewebe

mit giftigen Abbauprodukten überschwemmt. Diese belasten die Entgiftungsfunktionen der Leber. Letztere sind sehr energieaufwendig und verbrauchen zusätzlich Vitamine und Spurenelemente. Ferner wirken Tumorabbauprodukte immunhemmend und appetitlähmend.

Der operierte und bestrahlte Tumorpatient zeigt eine Immunsuppresion auch dann, wenn er klinisch tumorfrei ist. Diese ist bedingt durch Operationsstreß sowie durch eine eventuelle Strahlenbelastung und vor allem durch die Chemotherapie.

Für immungeschwächte Tumorpatienten in der Tumornachsorge bietet sich somit eine kalorienreiche und qualitativ hochwertige Ernährung an. Unsere üblichen Nahrungsmittel eignen sich hierfür nur bedingt, da sie zum Teil erheblich denaturiert und mit Konservierungsstoffen versetzt sind. Es ist darum zu empfehlen eine kurmäßige Anwendung eines ganzheitlich wirkenden Präparates, das dem Organismus alle jene Zellbausteine zuführt, die ihm durch das Grundleiden entzogen wurden.

Als Alternative für eine Diät

Als Alternative für eine vitalstoffreiche Diät, in die die oft älteren Patienten erst mühsam und aufwendig eingeführt werden mußten, bietet sich eine Behandlung mit dem Naturheilpräparat »Regazell Energen« an, das eine Vielzahl von Vitalstoffen und Spurenelementen, zum Beispiel Weizenkeimextrakt, Mikropollen und Gelee Royale enthält.

Ärzte untersuchten beim Tumorpatienten in der Frühnachsorge eine Reihe objektivierbarer Parameter der humoralen und zellulären Immunlage. Ferner maßen sie eine Reihe Substanzen, die eine Regeneration oder Stoffwechsel-Dekompensation anzeigten.

Vor der Therapie mit »Regazell Energen« fand sich bei allen Patienten eine tumor- beziehungsweise therapiebedingte Schwächung der Immunlage. Blutsenkung, Blutbild, Entzündungsproteine, Immunglobuline und in der Immunscore der Recall Hautantigene zeigten krankhaft veränderte Werte.

Nach einem beziehungsweise zwei Zyklen der kurmäßigen Anwendung von »Regazell Energen« fand sich bei 80 Prozent der Patienten eine Zunahme von Gewicht und Leistungsfähigkeit sowie des subjektiven Wohlbefindens. Die Entzündungsproteine und die Immunglobuline hatten sich normalisiert. Vor allem der Immunscore als Ausdruck der zellvermittelten Immunlage fand sich deutlich angehoben. Gegenläufig hierzu fand sich ein Abfall des Cortisonspiegels.

In einer zweiten Studie untersuchten Ärzte speziell das Verhalten der für die Tumorabwehr so wichtigen T-Lymphozyten nebst zwei ihrer wesentlichen Untergruppen. Hierzu wurden zwei Untersuchungsgruppen gebildet, von denen nur eine zwei Kurzyklen des Präparates erhielten. Die andere Gruppe diente als Kontrolle.

Gegen Folgen von Strahlen

In beiden Gruppen fand sich eine Tendenz zur Normalisierung der Lymphozytenwerte. In der behandelten Gruppe fand sich jedoch eine schnellere und intensivere Regeneration.

Zusammenfassend kann man sagen, daß »Regazell Energen« eine nachweisbar roborierende und immunstimulierende Wirkung bei Tumorpatienten mit reduziertem Allgemeinzustand, Ernährungszustand und Immunsuppression hat. 80 Prozent der onkologischen Nachsorgepatienten profitieren von der Anwendung des Präparates. Patienten mit Resttumoren, sehr alte Patienten und präfinale Stadien sprachen auf das Präparat nicht an.

Von Patienten wird der Wunsch nach einer Verminderung der Strahlennebenwirkung – vor allem nach dem Kernkraftwerk-Unfall in Tschernobyl – immer wieder an den Arzt herangetragen. Eine direkte Schutzwirkung des Präparates gegenüber ionisierender Strahlung ist schwer nachzuweisen. Folgen einer Strahlenschädigung werden jedoch, wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, durch das Naturheilmittel wesentlich schneller und intensiver behoben als bei unbehandelten Kontrollen. □

Medizin-Journal

Niedrige Blutfettspiegel schützen vor Halsgefäß-verengungen

Nicht nur die Verkalkung der Herzkranzgefäße wird durch zu hohe Blutfettspiegel begünstigt, sondern auch die Halsschlagadern können davon in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine Verengung der Halsschlagadern aber gilt als Risikofaktor für den Gehirnschlag. Zumindest kann eine Verengung dieser Halsgefäße zu einer Unterversorgung des Gehirns mit Sauerstoff führen. Diese Ergebnisse brachte eine Untersuchung eines Wissenschaftlerteams um Marianne Tschinkel von der Grazer Universitätsklinik zutage. □

Mit Sport gegen Bluthochdruck

Seit längerem ist bekannt, daß Sport durchaus einen günstigen Einfluß auf zu hohen Blutdruck haben kann. Die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin betont allerdings, daß dies nicht für plötzliche Höchstbelastungen oder für isometrische Anspannungsübungen gilt, sondern für ein gezieltes, vorsichtig gesteigertes dynamisches Ausdauertraining unter ärztlicher Kontrolle. Jogging, Radfahren und Skilanglauf wirken sich hier besonders günstig aus.

Wie der Wissenschaftler Alfred Wirth aus Bad Rothenfelde berichtet, senkt ein regelmäßig durchgeführtes Ausdauertraining nicht nur den hohen Blutdruck, sondern es hat auch einen günstigen Einfluß auf Übergewicht, Zuckerkrankheit, Fettstoffwechselstörungen und zu hohe Harnsäurespiegel. □

Alkoholunverträglichkeit: Manchmal fehlt ein Enzym

Knapp fünf Prozent der Europäer kennen ein unliebsames Phänomen: Schon beim Genuß kleiner Mengen Alkohol steigt ihnen Röte und Hitze ins Gesicht, und ihr Puls beschleunigt sich. Auch Kopfschmerzen und Atemstörungen können dabei auftreten.

Den Grund hierfür deckte kürzlich der amerikanische Forscher Dr. Samuel Ho auf. Diesen Menschen fehlt ein wichtiges Enzym, um den Alkohol im Körper um- und abzubauen. Dadurch fällt vermehrt ein Abbauprodukt des Alkohols an, nämlich das sogenannte Azetaldehyd. Hierdurch kommt es zu der stark erhöhten Hauttemperatur und dem ausgeprägten Anstieg der Herzschlagzahl. □

Der ideale Wärmespeicher: Die Fango-Rubriment-Paraffin-Packung für zu Hause. Bei rheumatischen Erkrankungen, Gelenkerkrankungen und Prellungen einfach im Backofen aufwärmen und wohltuende Wärme spüren. Die Packung ist bis zu 15mal verwendbar und in Apotheken für 29,90 DM erhältlich.

Bei Verbrennungen sofort kaltes Wasser

Schon im alten China wurden frische Verbrennungen mit kaltem Wasser behandelt. Das Wissen um diese Behandlungsmethoden ging aber verloren und wurde erst vor einem knappen Vierteljahrhundert wieder entdeckt. Idealerweise sollte man eine frische Brandverletzung innerhalb der ersten halben Stunde nach Verbrennung oder Verbrühung etwa 15 bis 30 Minuten lang in Wasser von rund 20 Grad Celsius bis zur Schmerzfreiheit kühlen.

In einer Münchner Unfallklinik konnte deren Leiter, Professor Dr. H. E. Köhnlein, jetzt aufgrund ausgedehnter Untersuchungen nachweisen, daß kaltes Wasser auf einer frischen Brandverletzung nicht nur für sofortige Schmerzlinderung sorgt, sondern auch durch eine Senkung des Stoffwechsels das sogenannte »Nachbrennen« verhindert, das durch Freisetzen von Giftstoffen entsteht.

Bei großflächigen und schwerwiegenderen Verbrennungen kann das gefürchtete Schockstadium verzögert und verkürzt werden, das Allgemeinbefinden bessert sich, und der Kreislauf wird geschont. Dadurch kommt es häufig gar nicht mehr zu einem Übergang in eine Verbrennung zweiten und dritten Grades, eine schnellere Abheilung ist gewährleistet, und die Infektionsgefährdung wird verhindert. □

Herzschrittmacher gegen Depression

Bei vielen Patienten, deren Herzschlagzahl zu niedrig ist oder zu unregelmäßig funktioniert, und die aus diesem Grund einen künstlichen Schrittmacher eingesetzt bekommen, besteht nach Angaben der Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin vor der Operation auch eine depressive Verstimmung.

Wie B. Stober von der Universität Heidelberg in einer Untersuchung feststellen konnte, beruht diese Depression auf einer Sauerstoffunterversorgung des zentralen Nervensystems aufgrund der mangelhaften Herzarbeit. Sobald der künstliche Herzschrittmacher eingepflanzt worden ist, klingt in diesen Fällen auch die Depression ab, da das Gehirn wieder ausreichend mit Sauerstoff versorgt werden kann. □

Die Haut braucht nach den Sonnentagen nicht nur äußerlich Pflege. Damit sie nicht zum »Spiegel der Urlaubserinnerungen« wird, sollte man sofort mit einer Kur mit Levurinetten Spezial für trockene Haut beginnen.

Lärm treibt Hormonspiegel in die Höhe

Daß andauernder Lärm zur Bluthochdruckkrankheit führen kann, wissen die Arbeitsmediziner seit langem. Daß aber durch Lärm auch der Ausstoß von bestimmten Hormonen wie Adrenalin und Noradrenalin in die Höhe schnellen kann, bewiesen jetzt Gießener Wissenschaftler um U. Bolm-Audorff. Sie stellten bei Tunnelarbeitern, die während der Arbeit einer hohen Lärmbelästigung ausgesetzt sind, einen erheblichen Anstieg dieser Hormone während der Arbeitszeit fest. Hierdurch werden Blutdruck, Herzschlagzahl, der Blutfettspiegel sowie der Ausstoß anderer Hormone angeregt.

Da die Auswirkungen eines solchen andauernden Hormonanstiegs noch nicht in allen Einzelheiten geklärt sind, empfiehlt es

sich, daß bei Arbeiten mit hoher Lärmbelästigung auf alle Fälle ein Gehörschutz getragen werden sollte. □

Angehende Ärzte wollen Vorbild sein

Um das gesundheitliche Verhalten von Medizinstudenten zu erforschen, befragten Regensburger Wissenschaftler um Dr. Bernward Hochkirchen und Professor Dr. Gerd Walter Speierer 144 Regensburger Studenten der Medizin im ersten Studienjahr. Es zeigte sich die allgemeine Tendenz, daß die jungen Medizinstudenten nach Möglichkeit Risikofaktoren vermeiden und sich in puncto Ernährung, Alkohol- und Tabakgenuß sowie dem körperlichen Trainingszustand als Vorbilder sehen und auch entsprechend verhalten wollen.

Frauen ernähren sich gesünder als Männer. Etwa 80 Prozent der angehenden Ärzte sind der Ansicht, daß sie durch einen gesundheitsbewußten Lebensstil für ihre Patienten Vorbild sein sollten, und zwar waren die jungen Mediziner um so mehr dieser Ansicht, je gesundheitsbewußter sie ohnehin leben. Mit zunehmendem Übergewicht und allgemein weniger gesundheitsbewußter Lebensführung sank auch die Ansicht, der Arzt solle Vorbild sein.

Frauen machen heute Sport aktiv mit. Wichtig für das Wohlbefinden ist dabei, daß sie sich nicht nur vor dem Start langsam aufwärmen und lockern, sondern das gleiche am Ziel tun. Alle Muskeln kräftig ausschütteln.

Im Vergleich mit amerikanischen Medizinstudenten kamen die Deutschen allerdings schlechter weg, da jenseits des großen Teichs in Medizinerkreisen mehr Sport getrieben und weniger geraucht wird. □

Sauna und Schwimmbad ein Eldorado für Pilze

Die Marburger Wissenschaftler Isaak Effendy und Uwe Schirrmeister nahmen öffentliche Schwimmbäder und Saunen unter die »Pilzlupe«. In 45 Prozent ihrer Proben, die sie zuvor an allen möglichen Stellen in Bädern und Saunen entnommen hatten, ließen sich die verschiedensten Arten von Pilzen nachweisen.

Die Wissenschaftler betonten, daß sich Pilzinfektionen gerade in Schwimmbädern und Saunen über Hautschuppen leicht ausbreiten können. In dem meist warmen und feuchten Klima der Bäder wachsen Hefepilze besonders gut. Ansteckungsgefahr droht vor allen Dingen dann, wenn der Boden barfuß betreten wird.

Um eine Übertragung von Pilzinfektionen in Hallenbädern und Saunen wirkungsvoll zu vermeiden, so die Forderung der Wissenschaftler, sollten deren Benutzer sich durch sehr gründliches Abtrocknen der Füße vor einer Ansteckung schützen. □

Hautausschläge durch Streß

Die amerikanischen Forscher Walter B. Shelley und seine Mitarbeiter berichten über eine Art von Hautausschlag, der bei manchen Menschen unter großer psychischer Belastung auftritt. Es handelt sich hierbei um linsengroße rote Flecken und Quaddeln, die meist von einem weißen Hof von rund einem Zentimeter Durchmesser umgeben sind. Die Forscher fanden bei diesen Menschen erhöhte Adrenalin- und Noradrenalinwerte.

Dies allein ist aber noch keine ausreichende Erklärung für die Hautausschläge: Vielmehr deutet einiges darauf hin, daß wahrscheinlich eine Überempfindlichkeit gegen die Streßhormone Adrenalin und Noradrenalin für die Ausschläge verantwortlich ist. □

Für eine schmale Taille und schlanke Beine: Pendel-Schwung. Halten sie sich in gestreckter Bauchlage am Rand fest. Pendeln Sie mit gestreckten Beinen so weit wie möglich nach rechts und links. Knie und Füße geschlossen halten.

Sport schützt vor Krebs

Frauen, die bereits in ihrer Jugend Sport treiben, haben ein zweieinhalbmal geringeres Risiko, an einem Krebs der Gebärmutter, des Gebärmutterhalses, der Eierstöcke oder der Scheide zu erkranken als ihre nichtsporttreibenden Altersgenossinnen. Auch das Brustkrebsrisiko sinkt um die Hälfte.

Zu diesem überraschenden Ergebnis kamen amerikanische Wissenschaftler um R. E. Frisch von der Harvard Medical School in Boston aufgrund einer Untersuchung an rund 5500 Frauen unterschiedlichen Alters, die ihren Studienabschluß zwischen 1925 und 1981 absolvierten.

Möglicherweise hängt dieses Phänomen unter anderem mit der Östrogen-Produktion zusammen, die bei Sportlerinnen deutlich geringer ist als bei unsportlichen Frauen. Östrogen scheint aber eine wichtige Rolle bei der Entstehung von Krebserkrankungen der weiblichen Fortpflanzungsorgane und der Brust zu spielen. □

Kräftige Muskeln schützen vor Rückenschmerzen

Volleyball hat in den letzten Jahren auf breiter Ebene einen immer größeren Zuspruch gefunden. Volleyball wird heutzutage nicht nur in leistungsorientierten Mannschaften trainiert und gespielt, sondern gilt auch als Ausgleichssport oder als Freizeitvergnügen. Dabei weiß man seit langem, daß gerade diese Sportart wegen ihrer häufigen Sprungbewegungen zu Abnützungen an Gelenken und Wirbelsäule führen kann.

Wie Wissenschaftler um Volker Lasch von der orthopädischen Klinik der Universität Göttingen aufgrund einer Untersuchung an 77 Volleyballspielern der Seniorenklasse im Alter von 32 bis 58 Jahren nachweisen konnten, wird besonders die Lendenwirbelsäule im Lauf der Zeit stark beansprucht. Überdurchschnittlich viele Spieler mit langjähriger Spielpraxis klagen daher über Rückenschmerzen.

Gerade für Spieler im höheren Alter sei es wichtig – so die Forscher –, daß während des Trainings auf eine ausreichende Kräftigung der Bauch- und Rückenmuskulatur geachtet wird. In ihrer Untersuchung war nämlich auffällig, daß Spieler mit gut ausgeprägter Rücken- und Bauchmuskulatur wesentlich seltener über Rückenschmerzen klagten als Spieler, die diesen Muskelgruppen keine besondere Aufmerksamkeit schenkten. □

Naturarzt

Heilen mit natürlichen Antibiotika

Alfred Vogel

Der Körper hat besonders bei Leberstörungen weniger Abwehrkräfte und damit weniger Immunitätsstoffe als sonst. Es ist deshalb dringend notwendig, daß natürliche Antibiotika hinzugeführt werden, um dem Körper die Möglichkeit zu geben, Infektionen zu begegnen, und zwar trotz der Schwäche, die er infolge mangelhafter Leberfunktion erlitten hat. Es ist unbedingt wichtig, daß der Körper genügend Immunitätsstoffe, genügend Abwehrkräfte als eine Gegenwehr besitzt, um durch die Bakterien nicht empfindlich geschädigt zu werden. In verschiedenen Pflanzen, vor allem in Kräutern, die ätherische Öle enthalten, wie auch in verschiedenen Gewürzkräutern, finden sich Abwehrkräfte gegen eine ganze Menge Bakterien.

Durch die Entdeckung der Antibiotika, wie Penizillin, Streptomycin, Auromycin und ähnlicher Präparate, die auf den Markt gekommen sind, hat man im Kampf gegen Bakterieninfektionen bestimmt stark wirksame Stoffe gefunden. Gegen gewisse Infektionen, vor allem gegen verschiedene Tropenkrankheiten, haben sich diese Mittel in zahlreichen Fällen als lebensrettend erwiesen. Bei uns werden jedoch diese Präparate schon bei irgendeiner Kleinigkeit, die leicht mit anderen Stoffen beseitigt werden könnte, angewandt, so bei Halsentzündung oder einer harmlosen Infektion.

Der Körper wird resistent

Dadurch bilden sie eine gewisse Gefahr für uns. Erstens gewöhnt sich der Körper daran und wird bei öfterer Einnahme dieser Mittel restistenz, so daß sie nicht mehr wirken, wenn eine schwerwiegende Gefahr droht. Zweitens wird die Darmflora mit der Zeit geschädigt und zugrunde gerichtet, denn diese stark wirkenden Antibiotika werden nur zum Teil aufgenommen, also nicht vollständig resorbiert. Ein Teil geht daher durch den ganzen Darm hindurch und schädigt jene Bakterien, die zu unserer Gesunderhaltung notwendig sind.

So, wie zur Assimilation der Nahrungsstoffe gewisse Bakterien im Darm notwendig sind, benötigt die Pflanze zur Aufnahme ihrer Nahrung eine bestimmte Bakterienflora, wenn sie richtig gedeihen soll. Man kann beispielsweise keine ertragreiche Sojaernte bekommen, wenn man bei der Aussaat der Sojabohnen den Boden nicht mit besonderen Bakterien impft, die das Gedeihen der Pflanzen ermöglichen. Sie sind unbedingt notwendig für den Boden.

So verhält es sich auch mit unserem Darm; auch er benötigt verschiedene Bakterien. Das ist der Grund, weshalb zur Darmpflege Joghurt ganz besonders empfohlen wird, denn es unterstützt und begünstigt die Bakterienflora des Darmes. Die Milchsäurebakterien, besonders zusammen mit Acidophilus, sind günstig für uns, denn sie arbeiten mit den Darmbakterien brüderlich zusammen.

Stark wirkende Antibiotika schädigen Darmbakterien

Wenn wir aber die zuvor erwähnten Antibiotika nehmen, also Penizillin, Streptomycin, Auromycin, und wie sie alle heißen, dann müssen wir mit dem Nachteil rechnen, daß nur ein Teil davon im Dünndarm aufgenommen wird, während der größere Teil den Darm passiert und dabei die nützlichen Darmbakterien schädigt. Durch diese Schädigung der Darmflora können neu eindringende Bakteriengifte viel stärker wirksam werden, so daß der Mensch noch weniger geschützt ist als zuvor.

Gibt man erneut solch stark wirkende Antibiotika ein, dann reagiert der Körper nicht mehr auf sie, er wird resistent. Dadurch ist man dann eben auch bei schwierigen Krankheiten hilflos, weil selbst die übrigen, konservativen Methoden in solchen Fällen weniger gut ansprechen.

Da beispielsweise der Leberkranke besonders geschützt werden muß, ist es notwendig, dem Körper durch Zufuhr von Stoffen in Form natürlicher Antibiotika behilflich zu sein. Auf diese Weise vermögen wir den ohnedies geschwächten Körper zu schützen. Dies ist zwar nicht nur bei Leberkranken, sondern auch bei Tuberkulosegefährdeten, bei Krebsleiden und noch vielen anderen Erkrankungen von lebenswichtiger Bedeutung.

Schon vor vielen Jahren machte ich interessante Versuche sowohl mit Meerrettich als auch mit Brunnenkresse, Gartenkresse, ja sogar noch mit Kapuzinerkresse. Ich beobachtete dabei, daß der Körper durch die regelmäßige Einnahme dieser Pflanzen viel widerstandsfähiger wurde, also weniger den Katarrhen und Infektionskrankheiten ausgesetzt war.

Wohl wurde man damals ausgelacht, wenn man verlauten ließ, daß auch die Kapuzinerkresse zu unserer Ernährung von Nutzen sei. Zu jener Zeit war uns allerdings noch nicht bekannt, aus welchem Grund diese Pflanzen so günstig zu wirken vermögen. Dies ist auch bei verschiedenen anderen Naturheilverfahren so. Man beobachtet die gute Wirkung auf den Patienten und wendet deshalb die Methode zu seinem Wohl an, wenn auch die wissenschaftliche Erklärung der Ursache noch fehlen mag.

Zu meiner nicht geringen Freude habe ich nun in der modernen Fachliteratur eine Bestätigung gefunden, daß die damaligen Beobachtungen richtig waren. Der einst geerntete Spott, der dem Salat mit beigemischter Kapuzinerkresse galt, fällt nun dahin, nachdem der Wert dieser Pflanze auch durch wissenschaftliche Forschung, besonders durch die Arbeiten von Professor Dr. Winter in Köln, klargestellt worden ist.

Die Wirkung von Kapuziner- und Brunnenkresse

Damals beobachtete ich unter anderem, daß die Kapuzinerkresse auch tierische Parasiten vernichtet. Versuche mit einem Rohextrakt aus Kapuzinerkresse als Spritzmittel gegen Blattläuse und andere tierische Parasiten zeigten vorzügliche Ergebnisse. Sämtliche Beobachtungen be-

Kinder sollten nicht gleich bei jedem Schnupfen Antibiotika erhalten. Natürliche Antibiotika wie Meerrettich und Brunnenkresse helfen auch.

Naturarzt

Heilen mit natürlichen Antibiotika

wiesen, daß die Kapuzinerkresse einen besonders stark wirkenden Stoff enthält, der nun heute auch durch die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse bestätigt wird.

Allerdings drängte sich mir noch ein weiterer Gedanke auf, daß nämlich sowohl die Kapuziner- wie die Brunnenkresse womöglich auch noch andere Stoffe enthalten, die vielleicht noch wirksamer sind als die erwähnten antibiotischen. Vielleicht beruht die Wirkung auf die tierischen Parasiten auf noch stärkeren Wirkstoffen, die von der Wissenschaft noch nicht erforscht worden sind.

Ähnliche Wirkungen wie die Kapuzinerkresse zeigte auch die Brunnenkresse, die besonders im Engadin an den Bergbächen wächst. Genießt man diese Brunnenkresse roh, dann spürt man förmlich, wie man gegen Katarrhe und Infektionskrankheiten weniger empfindlich ist.

Noch bessere Erfahrungen machte ich mit einer anderen bis jetzt gänzlich unerforschten Pflanze. Es handelt sich hierbei um eine Moos- oder Flechtenart, die sich Usnea nennt. Beim Skifahren aß ich regelmäßig von dieser Pflanze und konnte dabei beobachten, daß sich auch Hirsche, Rehe und Gemsen daran gütlich taten. Lag hoher Schnee, dann war immer alles Usnea in Reichweite dieser Tiere weggefressen.

Nähere Untersuchungen haben nun gezeigt, daß Usnea wie noch andere Moosarten einen hohen Gehalt an Kohlenhydraten, also an Stärke, aufweist und somit einen nicht geringen Nährwert darstellt. Diesen Vorzug scheint sich also auch das Wild zunutze zu machen. Aber zugleich wird auch die antibiotische Wirkung die Abwehrkräfte vermehren.

Immer wieder konnte ich beobachten, daß Usnea Katarrhe rasch beseitigt. Ist ein solcher im Anzug, meldet er sich durch Halsweh und Auswurf, dann hilft ein stetiges Kauen von Usnea so erfolgreich, daß nach beendeter Tour auch die Empfindlichkeit wieder behoben ist.

Diese wertvollen Erfahrungen zeigten mir, daß dieses einfache Lärchenmoos einer näheren Prüfung unterzogen werden sollte, und ich benutzte nunmehr den Extrakt für das vorbeugende Präparat Usneasan. Erfahrungen haben bestätigt, daß durch dessen regelmäßige Einnahme die Anfälligkeit für Schnupfen und Katarrhe wesentlich vermindert wird.

Warum ein Risiko eingehen?

Warum sollen wir also ein Risiko eingehen und stark wirkende Stoffe einnehmen, die neben einem Vorteil womöglich zwei Nachteile mit sich bringen? Wenn uns die Natur sowohl Nahrungspflanzen als auch Gebirgspflanzen schenkt, aus denen wir hilfreiche Wirkstoffe ziehen können, die stets im richtigen Verhältnis geordnet und gesetzmäßig geregelt sind, so daß sie uns nie benachteiligen, warum sollen wir sie dann nicht benutzen?

Warum sollen wir uns überhaupt irgendwelchen Gefahren aussetzen? Solche natürlichen Antibiotika schädigen die Darmflora keineswegs und lassen selbst bei regelmäßiger Einnahme den Körper nicht resistent werden. Es ist daher für Gesunde und Kranke, vor allem auch für Krebskranke, sehr empfehlenswert, regelmäßig Salate zu genießen, die aus Brunnenkresse, Gartenkresse und Kapuzinerkresse hergestellt sind. Auch belegte Brötchen lassen sich damit gut zubereiten.

Der Mohrrübensalat sollte immer etwas fein geraffelten Meerrettich enthalten, wodurch er nicht nur aromatischer schmeckt, sondern auch noch wertvoller wird. Führen wir uns regelmäßig diese Stoffe zu, dann werden wir widerstandsfähiger und sind somit weniger anfällig für Infektionen.

Die Einnahme dieser heilwirkenden Nahrungsstoffe wird auch selbst eine erfolgte Infektion rasch wieder zu beheben vermögen. Steigt man nach wiedererlangter Gesundheit in die Berge hinaus, wo man in über 1500 Meter Höhe das Lärchenmoos antreffen kann, dann sollte man nie vergessen, diese heilwirkende Pflanze auf seinen Touren stets zu kauen.

Eine weitere Pflanze, mit gleich starker Wirkung ist Petasites officinalis, also die Pestwurz. Sie ist besonders für Krebskranke von großer Bedeutung. Allerdings kann sie nicht als Gewürzkraut verwendet werden, da sie zu stark wirkt. Sie ist ziemlich selten, meist in Gebirgstälern anzutreffen, wo sie den Bächen entlang zu finden ist. Will man die Vorzüge dieser Pflanze benutzen, dann muß man sie als Präparat einnehmen.

Um auch die anderen erwähnten Frischpflanzen täglich auf einfache Art einnehmen zu können, ist aus ihnen ein Frischpflanzenpräparat in Tinkturen- und Tablettenform hergestellt worden. Es nennt sich Petroconale, denn es besteht aus Petasites officinalis (Pestwurz), Tropaeolum majus (Kapuzinerkresse), Armoracia rusticana (Meerrettich), Nasturtium off. (Brunnenkresse) und Lepdium sativum (Gartenkresse).

Ähnlich ist auch Trocomare zusammengestellt und ist wie ein Würzsalz zu verwenden. Man kann damit belegte Brötchen, Salate, Gemüse und Suppen würzen.

Erhöhter Wert der Rohkost

Gar mancher, der bis heute mitleidsvoll Rohkost verlachte, mag nun verstummen und etwas nachdenklicher werden. Wenn die antibiotischen Wirkstoffe durch das Kochen verlorengehen, dann rechtfertigt dies die Vertreter der Rohkost, wenn sie behaupten, daß viele Wirkstoffe hitzeempfindlich sind, nicht nur die Vitamine, sondern auch noch andere bekannte, ja vielleicht sogar noch unbekannte Stoffe, die wir nötig haben.

Um demnach den Bedarf an wichtigen Wirkstoffen zu dekken, sollte jeder Mensch eine gewisse Menge Rohkost zu sich nehmen. Es sind in unserem Fall also die Schutzstoffe, die uns vor Infektionskrankheiten bewahren können.

Wer einen eigenen Garten besitzt, sollte sich daher unbedingt die erwähnten Kressearten, also Gartenkresse, Brunnenkresse und Kapuzinerkresse wie auch Meerrettich anpflanzen, um diese Würzkräuter täglich in bescheidener Menge verwenden zu können. Man kann sie als Salat zubereiten, kann sie aber auch den Suppen feingehackt roh beigeben oder sie gut zerkleinert unter den Quark mengen.

Unsere Abwehrkraft und Widerstandskraft ist heute empfindlich gefährdet. Kommt dann noch eine berufliche Mehrbelastung hinzu, dann halten wir nicht mehr stand, denn steter Tropfen höhlt den Stein. Da ein wenig Gift, dort verkehrte Ernährung, woanders wieder vergaste Luft, kurz, all die bekannten Schädigungen, denen wir infolge unserer vielgepriesenen Kultur heute ausgesetzt sind, tragen dazu bei, unseren ursprünglichen harmonischen Körperbau mit seinen wunderbaren Funktionen aus dem Gleichgewicht zu bringen und seine Abwehrkraft zu untergraben.

Kein Wunder daher, wenn den Krankheiten trotz wissenschaftlicher Arbeit und Forschung immer mehr Einlaß gewährt wird. Steht uns denn überhaupt noch eine Möglichkeit zur Verfügung, um in den bestehenden Verhältnissen unsere Widerstandskraft einigermaßen zu schützen und zu erneuern? Am ehesten wird uns in dieser Hinsicht wohl eine möglichst naturgemäße Lebensweise behilflich sein können, denn diese steht ja nach unserer Einstellung, unserer Geschicklichkeit und unserem Willen mehr oder weniger immer noch in unserer eigenen Hand.

Wir kehren also zur Naturkost zurück, sorgen für guten Schlaf, für genügend Bewegung und Atmung, aber auch für Ruhe und Entspannung. Wenn es auch gewissermaßen eine Kunst bedeuten wird, diese Umstellung zustande zu bringen, wird uns der Einsatz an Anstrengung und Mühe doch nicht enttäuschen, sondern uns sowohl seelisch als auch körperlich erstarken lassen, was vor allem auch dem Leberleidenden die besten Vorteile bieten wird. □

Der Schweizer Naturarzt Dr. h. c. Alfred Vogel hat seine medizinischen Erfahrungen sowie Ratschläge für eine Leberdiät und Schonkost in seinem Buch »Die Leber als Regulator der Gesundheit« niedergeschrieben. Das Buch ist zu beziehen über den Buchversand Förster, Postfach 5003, D-7750 Konstanz.

Arznei-pflanzen

Die Zauberpflanze Wacholder

Wacholder, schon seit alters her als Heil- und Zauberpflanze bekannt, gibt es in Mitteleuropa in etwa 60 verschiedenen Arten. Die Pflanze wächst in Mooren, in der Heide, an sonnigen Plätzen in der Ebene, aber auch im Bergland.

Neben seiner Verwendung als pflanzliches Arzneimittel ist Wacholder auch Grundlage für die Herstellung von Spirituosen wie Gin oder Genever. Diese sind nicht nur reine Genußmittel, sondern in Maßen genommen, auch halbarzneiliche Anwendungen. Viele verbinden deshalb das Angenehme mit dem Nützlichen, wenn sie das Wacholderdestillat zur Appetitanregung oder zur Verdauungsförderung zu sich nehmen. Auch als Gewürz findet Wacholder Verwendung, zum Beispiel in Verbindung mit manchen Fleisch- und Fischgerichten.

Wacholder wirkt bei Wasserstauungen, belebt den Stoffwechsel und steigert die Abwehrkräfte des Körpers.

Die Früchte der Pflanze, die Wacholderbeeren, und das aus den Beeren gewonnene ätherische Öl werden zu Arzneimitteln verarbeitet, die von den Herstellern üblicherweise gegen Verdauungsbeschwerden empfohlen werden. Daneben wirken diese Arzneimittel aber auch auf die Niere und führen zur Entwässerung.

Pause nach der Wacholderkur

Da diese Wirkung durch eine Reizung des Nierengewebes verursacht wird, dürfen diese Medikamente nur von Personen mit gesunder Niere angewendet werden. Generell gilt, daß die Dauer der Anwendung begrenzt bleiben muß.

Aufgrund seiner wassertreibenden Wirkung wird dem Wacholder in der Volksmedizin auch ein günstiger Einfluß bei rheumatischen Beschwerden nachgesagt. Bekannt und immer noch beliebt ist die Wacholderkur des »Wasserpastors« Sebastian Kneipp aus Wörishofen.

Hier das Originalrezept von Kneipp: »Den ersten Tag sollen sie mit vier Beeren beginnen, den zweiten Tag mit fünf Beeren fortfahren, den dritten Tag sollen sie sechs, den vierten Tag sieben Beeren kauen und so mit Tagen und Beeren bis auf 12 Tage und 15 Beeren auf- und dann wieder auf fünf Beeren heruntersteigen, beim Absteigen jeden Tag eine Beere auslassend.«

Wacholder auch als Tee

Nach dieser Kur muß eine einmonatige »Wacholderpause« eingelegt werden. Nach heutigen Erkenntnissen aber muß eine solche Kur kritisch beurteilt werden wegen des Risikos nierenschädigender Wirkung.

Wacholder wird als Tee, Tinktur, als Badezusatz, Öl oder äußerlich in Form von Waschungen, Kompressen oder als Einreibung mit einer ölhaltigen Emulsion angewendet.

Da Wacholder, gleichgültig in welcher Zubereitung, Nebenwirkungen haben kann, sollte vor Anwendung dieses pflanzlichen Arzneimittels der sachkundige Rat von Arzt oder Apotheker eingeholt und keine unkritische Selbstbehandlung durchgeführt werden. □

Naturheilverfahren

Sauerstoff vom Wasserhahn

Hanspeter Sommer

An einem extrem föhnigen Sommertag setzte sich eine schwer leidende Asthmatikerin in einem Klimainstitut auf den vorbereiteten Stuhl in einer Duschkabine. Dort gab es eine einfache Vorrichtung, die an die Dusche angeschlossen war. Eine Assistentin drehte den Kaltwasserhahn an und in der Vorrichtung spritzte ein scharfer Wasserstrahl auf ein trichterförmig gebogenes Metallplättchen. In der Duschkabine verbreitete sich sofort ein kühles, erfrischendes Klima, das an die Luftsituation erinnerte, wie sie nach einem kräftigen Gewitterregen entsteht. Schon nach einigen Minuten konnte die Frau kräftig und erfrischt die Duschkabine verlassen.

In einer anderen Kabine eines anderen Instituts wurde der Vergleichstest durchgeführt. Hier wurde mit Hilfe eines mit Elektrizität betriebenen Gerätes eine Luftsituation geschaffen, die bei der Asthmakranken Benommenheit, Kopfschmerzen und Müdigkeit hervorrief.

Mit diesem einfachen Test konnte gezeigt werden, wie erheblich die Wirkung von Luftionen den Menschen beeinflussen kann. In der ersten Kabine wurden negative, in der zweiten des anderen Instituts positive Luftionen erzeugt.

Das Geheimnis der Luftionen

Luftionen sind kleine Luftpartikel, die elektrisch positiv oder negativ geladen sind. Im Freien wird die Luft laufend ionisiert durch Gewitter, Wind, Regen oder an Wasserfällen. Diese Luftionen gelangen durch die Atmung in die Lunge und beeinflussen so die Funktion unseres Körpers und damit unser Wohlbefinden.

Vor einem Gewitter, vor einer anrückenden Föhnwelle oder bei stark fallendem Luftdruck reichert sich die Luft mit positiv geladenen Ionen an.

Hierzu muß man wissen, daß in der Luft ständig feste und flüssige Stoffe, die man Kerne nennt, schweben. Ein Teil dieser Stoffe sowie ein Teil der Luftmoleküle werden durch die radioaktive Strahlung der Erde, durch die radioaktive Strahlung der Luft sowie durch die kosmische Höhenstrahlung laufend ionisiert. Sie wird in elektrisch geladene Partikel gespalten. Dabei lagern sich leichte Ionen und Elektronen sehr schnell an größere Kerne an und bilden hierdurch elektrisch geladene Kerne. Dabei entstehen Ionen, die natürlich aufgrund der Umweltbedingungen nicht immer chemisch rein und frei von Schmutzstoffen sein können.

Die Luftionen sind deshalb unterschiedlich groß und schwer. Sogar Schwermetalle, die eigentlich wegen ihres Gewichts herunterfallen müßten, bleiben schweben, weil elektrisch geladen im Raum. Es gibt dabei positiv und negativ geladene Ionen, die keinesfalls hinsichtlich ihrer Anwesenheit Gleichgewicht demonstrieren. Die schwankenden Feldstärken, die Einflüsse der Schwerkraft und des Windes sorgen dafür, daß ihre Präsenz unterschiedlich ist.

Sie würzen die Luft mit Frische

Wenn die Luft zudem sehr trokken ist, wie etwa bei Föhnstimmung, bleibt die positive Ladung der Ionen länger bestehen und verursacht dementsprechend auch über eine längere Zeit Beschwerden.

Wahrscheinlich finden wir hier die Antwort auf so viele Fragen: Warum wir plötzlich Gemütsschwankungen ausgesetzt sind, warum vor einem Gewitter das Vieh unruhig wird und den Schutz der Gemeinsamkeit sucht, warum Rheumatiker und Knochenbruchgeschädigte den Wetterwechsel schon im voraus »riechen«, und selbst bei Ameisen kann man beobachten, daß diese vor einem Gewitterregen ihre Gänge verschließen.

Die Auswirkungen des massiven Einbruchs positiver Ionen spüren viele Menschen mit einem unangenehmen Gefühl des Unwohlseins, der Unruhe, eines Kribbelns am ganzen Körper. Wetterempfindliche sind dann besonders schlecht dran. Herzbeschwerden, Migräneanfälle und Kopfschmerzattacken stellen sich ein. Frauen in den Wechseljahren werden von Hitzewallungen geplagt, alte Leute klagen über Atemnot und Gelenkschmerzen, Asthmatiker keuchen und röcheln und auch Kinder werden in der Schule und zu Hause zu Tyrannen.

Übererregbarkeit und Antriebsschwäche mit plötzlichen Müdigkeitsphasen führen zu einem Anstieg der Unfallzahlen. Menschen, die sich in solchen Situationen der Wetteränderung rasch anpassen können, haben häufig den Eindruck, daß der Rest der Welt verrückt spielt.

Nach dem Gewitterregen jedoch herrschen die gesunden, negativen Ionen vor. Sie würzen die Luft mit wohltuender Frische, man atmet tief ein und auf und fühlt sich, als könnte man »Bäume ausreißen«. Die Luft ist rein, befreiend. Man ist wieder aktiv und geht kreative Aufgaben mit Elan an. Beethoven hat den letzten Satz seiner Pastorale nach einem Unwetter geschrieben und ihm den Titel gegeben: »Frohe und dankbare Gefühle nach einem Sturm«.

Aber nicht nur die Wetterbedingungen sind es, die uns so häufig die lebensnotwendigen Ionen vorenthalten, auch in den Wohn- und Arbeitsräumen fehlen in der Luft gesunde Sauerstoffionen. Sind solche vorhanden, werden sie von Wänden, Wasser- und Heizungsrohren, von elektrischen Geräten angezogen und entladen. Während draußen im Freien noch Luftströme dafür sorgen, daß positive Ionen zum Teil einfach »weggeblasen« werden, wird die Atemluft in geschlossenen Räumen zur Qual, zur »dicken Luft«. Verdrossenheit, Arbeitsunlust oder auch Überdrehtsein führen besonders in Arbeitsräumen zu schlechter Stimmung. Die Mitarbeiter werden auch krankheitsanfälliger, ihre Abwehrkraft nimmt ab.

Es liegt nicht immer nur am Wetter

Der günstige Einfluß negativer Luftionen auf dem Gebiet der Leistungssteigerung konnte in einem sogenannten Paulitest nachgewiesen werden. In diesem Test müssen die Versuchsperso-

Aus jedem Wasserhahn kann ein Gesundbrunnen werden, aus dem biologisch lebendiger Sauerstoff kommt.

Naturheilverfahren

Sauerstoff vom Wasserhahn

nen ohne Unterlaß einstellige Zahlen addieren. Nach einer Stunde werden die Ergebnisse begutachtet. Als Leistungsmaß dient die Anzahl der durchschnittlich in drei Minuten vollzogenen Additionen. Ein solcher Test unter Einfluß negativer Ionen wurde einmal in einem Karlsruher Mädchengymnasium mit 12 Schülerinnen durchgeführt. Gewertet wurden dabei nur die Leistungen zwischen der 25. und 48. Minute, um das Versuchsergebnis nicht von Extremsituationen am Anfang und Ende der Zählarbeit verfälschen zu lassen.

Gegenüber einer Kontrollgruppe, die ohne Zufuhr negativer Ionen arbeitete, ergab sich eine Leistungssteigerung bis zu 50 Prozent bei den Mädchen, die in der mit negativen Ionen angereicherten Luft rechneten. Die Mädchen, denen man negative Ionen angeboten hatte, waren also erheblich besser.

Der amerikanische Physiker A. Krueger hat sich besonders der Untersuchung des Streßgefühls, wie es von Großstädtern so oft beklagt wird, gewidmet. Unter dem Vorzeichen des geringen Ionenanteils der Großstadtluft wurden dort weitere Gründe gefunden. Überall dort nämlich, wo die Luft zusätzlich verunreinigt ist, verbinden sich die Luftionen mit Schmutzteilchen, Rauch und Smog und werden dadurch biologisch wertlos. Daraus kann man die zusätzliche Erkenntnis gewinnen, daß es nicht nur die »schmutzige« Luft, sondern auch ihre Ionenarmut ist, die zum schlechten Befinden der Menschen beiträgt.

Am Hygiene-Institut der Universität Bern wurden mit einem Ionisator, der mit Hilfe eines Schmutzmagneten die verunreinigten Luftteilchen an den Auffangstreifen des Gerätes anzieht, bereits nach einer Betriebsdauer von vier Stunden 165 000 Keime der verschiedensten Art gezählt.

Wie sich die Luftionen auf das Befinden des Menschen auswirken, wurde in zahlreichen klinischen Studien bewertet. Leider und völlig grundlos nehmen zu viele Menschen frustriert ihre Beschwerden mit dem Hinweis »das wird wohl am Wetter liegen« einfach hin. Sie verdammen die Entwicklung der Luft- und Umweltqualität, schimpfen auf Industrie- und Autoabgase, finden in den Berichten über Wald- und Tiersterben neuen Nährboden für ihren Unmut – und wissen doch genau, daß es in einer modernen Industriegesellschaft nur wenige, aber keinesfalls ausreichende Möglichkeiten gibt, Umweltschutz optimal zu gestalten.

Wer jedoch einsieht, daß man selbst seinen Beitrag für eine bessere Luftqualität leisten kann, damit besser aussieht, sich wohl und gesund fühlt, der wird auch andere motivieren, es ihm gleichzutun. Der Multiplikationseffekt des gesunden Vorbildes könnte eine entscheidende Verbesserung der Gesundheitssituation nach sich ziehen.

Was hat Serotonin mit Ionen zu tun?

Während man zu Beginn der klinischen Studien über die Wirksamkeit von Luftionen auf den menschlichen Organismus der Meinung war, daß sowohl positive als auch negative Ionen einen günstigen Einfluß ausüben, geht man heute davon aus, daß es grundsätzlich die negativen Ionen sind, denen man die guten Wirkungen zuschreiben kann.

Im Knochenmark des Menschen werden scheibenförmige Blutkörperchen oder Blutplättchen gebildet, die man Thrombozyten nennt. Diese Plättchen spielen eine wichtige Rolle bei der Blutgerinnung. Sie enthalten eine Menge eines Streß- oder Schmerzhormons. Zerfallen diese Blutplättchen, entsteht an der entsprechenden Stelle ein Schmerz. Das Schmerzhormon, auch Serotonin genannt, verengt jedoch auch die Blutgefäße und wirkt hemmend auf die Übertragung von Nervenreizen. Was hat nun dieses Serotonin mit Ionen zu tun?

Positive Ionen wirken auf die Blutplättchen ein, das Streßhormon freizusetzen. Negative Ionen aber fördern die Fähigkeit der Blutplättchen, das Serotonin zu speichern. Wenn die Atemluft überwiegend positiv geladen ist, wird viel Streßhormon freigesetzt. Vor einem Gewitter, also bei einem Überhang positiver Ionen, werden die Menschen deshalb nervös. Die Blutgefäße verengen sich, ein idealer Nährboden für Migräneanfälle entsteht.

Bei Menschen mit Schmerzerkrankungen verschlimmert sich die Situation. Übererregbarkeit und Antriebsschwäche tun ihr übriges, um eine »gespannte« Stimmung aufkommen zu lassen. Nervosität und Zerfahrenheit sind dann oft die Ursachen für das vermehrte Auftreten von Unfällen. Depressive sind in solchen Luftverhältnissen besonders schlimm dran und bei Herz-Kreislaufkranken besteht akute Gefahr.

Doch nicht nur die Serotoninausschüttung ist ein Faktor für die Föhnempfindlichkeit, obgleich 43 Prozent aller Wetterempfindlichen darauf reagieren. Es ist auch eine Verarmung an Katecholamin, zum Beispiel das im Nebennierenmark gebildete Adrenalin, an dem sogar 44 Prozent der Wetterempfindlichen leiden. Die »restlichen« 13 Prozent haben erhöhte Schilddrüsenwerte.

Natürlich fragen sich viele Menschen angesichts dieser Erkenntnisse immer wieder, wie die Sauerstoffaufnahme überhaupt vor sich gehe. Es mag zwar glaubhaft erscheinen, was »Positives« über die Vorzüge des Sauerstoffs geschrieben und geredet wird, doch fehlt das Verständnis für das Praktische, das »Wie«.

Die Bedeutung des Sauerstoffs

Um dies zu verstehen, muß man sich schon etwas eingehender mit den biophysiologischen Gegebenheiten – die Physiologie ist bekanntlich die Lehre von den Lebensvorgängen und die Biophysiologie entsprechend von den Lebensvorgängen im Menschen – befassen. Sauerstoffaufnahme geht so vor sich, daß der Luftsauerstoff zunächst durch Einatmen über die Lungenbläschen in die Blutbahn gelangt. Dort bindet er sich an den roten Blutfarbstoff Hämoglobin, der ihn als »Träger« dorthin in den Körper befördert, wo ein Bedarf besteht.

Wenn an diesen Bedarfsstellen der Sauerstoff sowohl von der Qualität als auch von der Menge her seine lebenserhaltende Funktion ausüben soll, bedarf es eines den jeweiligen Gegebenheiten angepaßten Druckes. Es würde zu weit führen, dieses Thema zu lang und zu breit zu erklären. Es ist jedoch wichtig, zu wissen, daß der Mensch abhängig ist von der jeweiligen körperlichen Belastung und ganz einfach auf diesen Sauerstoffdruck angewiesen ist. Wir verbrauchen vermehrt Sauerstoff, nicht nur bei der Nahrungsaufnahme oder einer Arbeitsleistung; auch in der Erholungsphase ermüdeter Muskeln zum Beispiel wird mehr Sauerstoff benötigt, um Schlackenprodukte zu beseitigen.

Wenn der Sauerstoff nun seinen Weg von der Anwendung an den arteriellen Kreislauf fortsetzt, benötigt er diese Druckverhältnisse. Dies wird jedem klar, der die Unterschiede in der Durchgängigkeit zwischen großen und kleinen Blutgefäßen kennt. Wenn er die Hürde der Arterien genommen hat, wird er zum Gasaustausch in den kleinen Gefäßen und damit im sogenannten venösen Blut benötigt. Der Sauerstoff wechselt in diesem Stadium vom Blut in das Gewebe und verliert erneut an Druck, doch er hat immer noch genug Kraft, um den Umsatz in die Zelle zu schaffen. Die Zellatmung kommt in Gang.

Wenn der Mensch ausatmet, werden nicht benutzte Sauerstoffmoleküle und Kohlensäure ausgeschieden. Kohlensäure entsteht bei den im Körper abgelaufenen Funktionen. Daraus kann man folgern, daß Kohlensäure ebenfalls über die Blutbahn transportiert wird, jedoch in umgekehrter Richtung wie der Sauerstoff. Ungünstige Wetterverhältnisse oder bereits leichte Krankheitserscheinungen können sich einstellen, wenn das Gleichgewicht zwischen Sauerstoffzufuhr und Kohlensäureabtransport nicht stimmt.

Überhöhte Kohlensäuremengen sind jedoch häufig dann vorhanden, wenn sich die Luftverhältnisse derart verschlechtern, daß ihr Abtransport erschwert wird. Man könnte dann sogar von Vergiftungserscheinungen sprechen, die sich in plötzlichem Unwohlsein und beschwerlichem Atmen zeigen. In Arbeitsräumen glaubte man bisher, diese Erscheinungen mit Lüftungsan-

lagen in den Griff zu bekommen.

Lüftung und Luftfeuchtigkeit waren die Devise. Die Luftklimatisierung ist eine populäre Angelegenheit. Man hält Luftumwälzung und »Air-conditioning« für einen Gipfel wissenschaftlicher Vollendung und glaubt, daß die Luft, die gefiltert, gewaschen, angefeuchtet, gekühlt oder erwärmt ist, für die Atmung das Optimum darstelle. Tatsache ist, daß Klimaanlagen »tote Luft« liefern.

Wenn die Sauerstoff-Versorgung kritisch wird

Gerade bei Luftreinigern ist die Gefahr der Verunreinigung dann nicht zu unterschätzen, wenn man diese nicht peinlichst sauber hält. Professor Daschner, einer der bekanntesten Hygienespezialisten hierzulande, warnt immer wieder vor verunreinigten Inhalationsgeräten; eine Tatsache, die auch auf sogenannte Luftbefeuchter und nicht gewartete Klimaanlagen übertragen werden könnte.

Es ist außer Zweifel, daß hinter diesen Entwicklungen eine Menge Ideen und Gedanken zum Wohl des Menschen stehen. Die Praxis zeigt jedoch leider allzu häufig, daß in der Gedankenfolge Fehler gemacht werden.

Das eindrucksvollste Beispiel liefert uns hierzu die Raumfahrt. Wenn man sich der ersten Raumflüge und der grandiosen Wasserungen amerikanischer Raumkapseln erinnert, bleibt noch immer der Eindruck der geschwächten, wankenden Astronauten auf ihrem Weg zur Quarantänestation. Davon ist nichts übriggeblieben. Heute entsteigen die Raumfahrer ihren Space Shuttles mit ebenso normalem Elan, als kämen sie aus dem Kino oder von einer Relaxstunde im Hotel.

Der Grund dafür: Raumfahrer waren früher – wie auch heute – in Anzügen mit Sauerstoff versorgt. Die Sauerstoffzufuhr konnte man sogar von den Bodenstationen aus steuern. Nur, man hat eines übersehen, die Wissenschaftler gaben reinen Sauerstoff, und der war leblos, weil die entsprechende Ionisierung fehlte. Erst seit Ionengeneratoren vor die Sauerstoffversorgung der Raumkapseln geschaltet sind, gibt es für die Astronauten keinerlei Adaptionsprobleme mehr beim Verlassen ihrer Raumfähre.

Was für Raumfahrer »überlebensnotwendig« ist, sollte für den normalen Bürger zur täglichen Selbstverständlichkeit werden, das Einatmen von natürlichem, gesundem Sauerstoff.

Messungen haben ergeben, daß zum Beispiel die Luft in den Bergen etwa 10 000, die in Großstädten 500 und die in geschlossenen Räumen rund 20 bis 50 negative Ionen pro Kubikzentimeter Luft enthält. Dies reicht gerade noch aus, um den Lebensprozeß aufrechtzuerhalten. Für die biologische Erneuerung der Zellen ist dieses Sauerstoffangebot zu gering.

Es entsteht eine kritische Energielage. Besonders im Alter, bei Krankheiten, geschwächter Abwehrstärke (Immunsystem) und in Streßsituationen wird durch die schlechte energetische Lage die Blutzirkulation gedrosselt. Wenn Energiemangel besteht, verengen sich die feinsten Blutgefäße, weil die Zellen an den Gefäßwänden anschwellen. Der Querschnitt verringert sich und das Blut fließt langsamer. Die Sauerstoffversorgung wird kritisch, es besteht Gefahr eines Herzinfarktes, Durchblutungsstörungen treten auf.

Professor Manfred von Ardenne, der wohl bekannteste Sauerstoffwissenschaftler, hat erst vor kurzem in einem Interview der sauerstoffgeschädigten Menschheit, und dies betrifft uns alle, Hoffnungen gemacht. Denn, so von Ardenne, mit einer besseren Sauerstoffversorgung kann man auch eine schon bestehende Durchblutungsstörung, wozu Arteriosklerose, Angina pectoris und damit Herzinfarktgefahr zu zählen sind, günstig beeinflussen, indem die Blutmikrozirkulation wieder »hochgeschaltet« wird.

Doch wie kommt man in unserer sauerstoffarmen Umwelt zu jenem gesunden, natürlichen Sauerstoff? □

In der nächsten Ausgabe setzen wir den Bericht von Hanspeter Sommer »Sauerstoff vom Wasserhahn« fort. Weitere Informationen über Ionisatoren erhalten Sie über den Pro-Vital-Versand, Postfach 2468-1, D-4460 Nordhorn.

Kosmetik

Samtweiche Haut wie Kleopatra

Ein ausgezeichneter Tip für Frauen, die auch noch mit 40 jung und gesund wie Zwanzigjährige aussehen möchten. Deutsche Wissenschaftler gruben eine der legendären Rezepturen gegen welke Haut und Falten aus: Eselsmilch, das Zaubermittel der sündhaft schönen Kleopatra. Das Eselsmilch-Präparat »Burra« ist ab sofort in den Apotheken erhältlich.

Verführerische Schönheit durch Eselsmilch. Kleopatra wußte um dieses Geheimnis für weibliche Reize.

Fachleute glauben inzwischen zu wissen, warum sich Kleopatra, die letzte Königin von Ägypten, vor zweitausend Jahren ausgerechnet beim Baden in Eselsmilch ihre weiblichen Reize bewahrte. Der Frankfurter Arzneimittelexperte Dr. Antonius Curtze: »Es liegt wahrscheinlich an der hohen Milchzucker-Konzentration in der Eselsmilch. Sie schützt die Haut vor dem Austrocknen, beugt damit einem der drastischsten Prozesse der Hautalterung vor.«

Verlangsamung des Alterungsprozesses

Gemeint ist die Alterung der Talgdrüsen in der Haut. Ihr Betrieb wird vom Hormonsystem im Körper gesteuert. Läßt die Hormonproduktion nach, so versagen automatisch auch die Talgdrüsen ihren Dienst, sie produzieren immer weniger Fett, das die Haut geschmeidig halten soll.

Die Folge ist, daß die Haut immer mehr an Feuchtigkeit verliert, sie trocknet aus, wird welk. Es kommt zur Faltenbildung, für viele Frauen im Alter zwischen 30 und 40 ein schwerer seelischer Schock.

Die in dem Präparat »Burra«, eine Körperlotion zum Einmassieren, enthaltene Eselsmilch kann diesen Alterungsprozeß verlangsamen. Dr. Curtze: »Die Hautfeuchtigkeit wird in der Hornschicht festgehalten, die Haut bleibt dadurch länger jung.«

Zusätzlichen Schutz vor der nachlassenden Fettproduktion der Talgdrüsen bietet die dem Mittel beigegebene Mandelmilch. Auch dies getreu dem Schönheitsrezept Kleopatras.

Die Milch von fünfhundert Eselinnen

Dem abwechselnden Bad in Eselsmilch und dem Samenöl des Mandelbaumes verdankte die Königin vom Nil (69 bis 30 vor Christus), Geliebte der römischen Feldherren Julius Cäsar und Marc Antonius, die verführerische Anziehungskraft ihrer Haut.

Genau wie hundert Jahre später Proppäa Sabina, die zweite Ehefrau von Kaiser Nero. Zum Jung- und Schönbleiben pflegte sie sich zeitlebens mit der Milch von fünfhundert Eselinnen. □

Krebs

Die Heilkraft des Pilzes Kombucha

Dem Arzt Dr. Rudolf Sklenar kommt das Verdienst zu, eine wirksame biologische Krebs-Therapie entwickelt zu haben, in der der Pilz Kombucha eine wesentliche Rolle spielt. Die ärztliche Tagesarbeit und seine intensive Forschung über viele Jahre haben Dr. Sklenar gleichermaßen zu reichen praktischen Erfahrungen und zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen mit diesem jahrhundertealten Naturheilmittel aus dem ostasiatischen Raum verholfen.

Eine erste Veröffentlichung über seine ärztlichen Erfahrungen mit dem Teepilz Kombucha brachte Dr. Sklenar schon im Jahr 1964 in die Zeitschrift »Erfahrungsheilkunde«. Der Pilz ist ein wertvolles biologisches Therapeutikum nicht nur bei Krebserkrankungen, sondern entfaltet heilende Wirkungen auch bei anderen Stoffwechselkrankheiten.

Eine Symbiose von Hefezellen

Der aus einer gelatinösen und zähen Pilzgeflecht-Membran bestehende Teepilz Kombucha stellt eine Symbiose von Hefezellen mit verschiedenen Bakterien dar. Identifiziert wurde das Bacterium xylinum, Bacterium gluconicum, Acetobacter ketogenum, Pichia fermentans und Hefen verschiedener Art. Der Pilz lebt in einer Nährlösung aus Tee und Zucker und vermehrt sich darin ständig, zunächst durch Ausbreitung an der gesamten Oberfläche des Nährsubstrates und danach durch Verdickung der Membran. Die Vermehrung erfolgt nicht durch Sporen wie bei echten Hefen, sondern nur vegetativ durch Sprossung. Ein »echter« und gesunder Kombuchapilz zeichnet sich dadurch aus, daß er sich ständig vermehrt.

Trotz etlicher Analysen konnte das eigentliche Geheimnis der Wirksamkeit dieses »göttlichen Tsche« – des Kombuchapilzes – nicht vollständig offengelegt werden. Stets blieb hierbei ein »Zuckerderivat unbekannter Zusammensetzung aus der Klasse der Glukuronsäuren« übrig.

Dr. med. Rudolf Sklenar hat das Naturheilmittel Kombucha wieder entdeckt und bei der Früherkennung von Krebs eingesetzt.

Klar ist aber, daß die tatsächlich vorhandene Glukuronsäure eine durchgreifende Entgiftung im Organismus bewirkt. Sie geht also eine sogenannte gepaarte Glukuronsäure-Verbindung mit Stoffwechsel-Abbauprodukten und körperfremden Substanzen – manche Arzneien wie auch Gifte – ein und trägt so zur Entgiftung bei.

In gebundener Form ist die Glukuronsäure der Baustein von so bedeutenden Polysacchariden wie Hyaluronsäure (Grundsubstanz des Bindegewebes), Chondroitinsulfat (Grundsubstanz des Knorpels), Mukoitinsulfat (Baustein der Magenschleimhaut und des Augenglaskörpers) und Heparin.

Mit dem Inhaltsstoff Milchsäure erzeugt der Kombuchapilz auch eine starke Hemmwirkung gegenüber einer Reihe von Bakterien und wirkt damit energisch einer Darmfäulnis entgegen. Er entwickelt so auch antibiotische Eigenschaften.

Das Virus-Gesicht des Krebses

Es trifft aber nicht den Kern der Sache, aus dem Kombuchapilz einige Inhaltsstoffe isolieren zu wollen und davon dann die wohltuenden Wirkungen auf den Organismus zu erwarten. Tatsächlich handelt es sich bei diesem Mittel um ein nicht kopierbares echtes Kompositium für den Menschen; deshalb ist es so universell und vielfältig in seiner Heilkraft.

So vermittelt der Kombuchapilz außer der entgiftenden und entschlackenden Wirkung auch eine auffallende Belebung des gesamten Drüsensystems und des Stoffwechsels allgemein. Mit Recht kann man deshalb den Kombuchapilz als ein sehr hilfreiches biologisches »Allround«-Mittel ohne schädliche Nebenwirkungen ansehen.

Der Teepilz Kombucha ist eine Symbiose von Hefezellen – hier 5500fach vergrößert – mit verschiedenen Bakterien.

In der Therapie des Dr. Sklenar stellt er eine wichtige Säule dar, wobei ergänzend selbstverständlich auch noch andere Therapeutika zur Anwendung kommen, besonders Colipräparate zur Sanierung der wichtigen Darmflora.

Forschende Ärzte, Bakteriologen und Mikrobiologen haben unabhängig voneinander in der Vergangenheit bei Krebs immer wieder parasitäre Mikroorganismen im Gewebe und Blut der Kranken entdeckt, die ihnen als verantwortlich für die Tumorgenese erschienen.

Das begann schon 1890, als der Brite Russel »Fuchsienkörper« in den Krebszellen feststellte und sie beschrieb. Und noch 1984 gelang es den Virologen Bishop, Vormus, Galle und dem Physiker Rosenberg, mit dem Virus Krebs bei Menschenaffen auszulösen.

Viele andere Forscher fanden ebenfalls den Mikroparasitismus bei Krebs. Es ändert dabei nichts an der Grundtatsache, daß diese Forscher das Virus mit unterschiedlichen Namen und Begriffen belegten. Was so bei dem einen Forscher »Onkomyxa neoformans« genannt wurde, bezeichnete ein anderer Forscher mit »Cryptomyces pleomorpha«.

Für seine Krebstherapie mit dem Kombuchapilz macht Dr. Sklenar jedenfalls geltend, daß überhaupt jede wirksame Krebstherapie auf das Vorhandensein eines Virus ausgerichtet sein muß.

Der Therapie-Ansatz bei Krebs

Aus der Biologie ist bekannt, daß niedere Bakterien mit Alkalitätsbedarf und Pilzformen aller Art mit Säurebedarf vereinigt sich in ihrer Entwicklung gegenseitig schädigen und am Wachstum hindern. Den für die spätere Viruswirksamkeit bedeutsamen cyclogenetischen Aufstieg des Mikroorganismus kann man somit durch Säureanreicherung seines Nährmediums stoppen. Im menschlichen Organismus sind die Faktoren hierzu der pH-Wert des Blutes beziehungsweise der Säure-Basen-Haushalt des Körpers. Es kommt also auf das »Milieu« im Organismus an.

Gleich vielen anderen Ärzten hat auch Dr. Sklenar immer wieder beobachtet, daß jeder chronischen Krankheit in ihrer Endform – wie auch dem Krebs – eine Allgemeinerkrankung des Organismus vorausgeht, die in erster Linie aus einem gestörten Stoffwechsel resultiert. Eine dadurch fortschreitende Vergiftung und Verschlackung im Körper bildet dann das Milieu für die Entwicklung des Erregers. Bekanntlich hat kein Krebskranker einen gesunden Darm. Die Naturheilkunde prägt seit langem den Satz »Der Tod sitzt im Darm!«

Der Krebs läßt sich deshalb wirksam über das Darmbakterium beeinflussen. Die physiologischen Bakterienstämme (Escherichia coli) sind keine »Erreger«, sondern überaus wichtige Funktionsträger für den Stoffwechsel und die Abwehrvorgänge des Immunsystems.

So konnte auch das anti-karzinomatöse Vitamin K 2 bisher nur in Colibakterien nachgewiesen werden. Hier fand man zwei Asparaginase-Gruppen: Das eine Enzym war völlig unwirksam, das andere dagegen zeigte eine ungemein starke Wirksamkeit. Es weist eine der stärksten tumorhemmenden Aktivitäten auf, die bisher beobachtet wurden. Die heute in der Krebstherapie eingesetzte Asparaginase stammt aus diesen Colibakterien.

Bei Krebs: Pilz gegen Pilz

Zu der lebensnotwendigen Darmsanierung bei Krebskranken mit Colipräparaten – zum Beispiel dem »Mutaflor« nach Professor Nissle, Hersteller: Ardeypharm Heilmittelgesellschaft, D-5804 Herdecke – kommt die durchgreifende therapeutische Wirkung des Kombuchapilzes.

Ein anderer deutscher Arzt, Dr. Valentin Köhler, erzielte mit Glukuronsäure – einem der Inhaltsstoffe des Pilzes – überraschende Erfolge bei klinisch desolaten Krebskranken. Er ließ darüber in der Zeitschrift »Ärztliche Praxis« Nr. 24/1981, einen Beitrag mit dem Titel »Glukuronsäure macht Krebskranken Mut« veröffentlichen.

Die Therapieerfolge von Dr. Köhler zeigten sich so: keine neuen Metastasen; Stillstand des Gewichtsverlustes, teilweise sogar Gewichtszunahme; Besserung des Allgemeinbefindens; keine Bettlägerigkeit mehr; Zunahme des Interesses der Patienten am Umweltgeschehen; Einschränkung des Verbrauchs an schmerzlindernden Mitteln; Abschwächung des Hustenreizes.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Köhlerschen Beobachtungen mit der Glukuronsäure an der Universität München mit Gießwasser gegen das Baumsterben untersucht wurden. Dr. Köhler hat mit diesem Mittel nämlich sogar Erfolge bei der Behandlung von Baumschäden erzielen können.

Den ganzen Pilz, nicht nur einen seiner Inhaltsstoffe, setzte Dr., Sklenar zu Getränken und Präparaten für die Krebstherapie beim Menschen ein. Diese Therapie schließt dabei auch Präkanzerosen und die Krebsprävention ein. Eine lange Reihe erfolgreicher Behandlungen ist nachweisbar, sogar bei schweren Leidenszuständen in Spätstadien.

Dem Krebsvirus »Endobiont« oder »Siphonospora polymorpha«, oder wie er sonst noch benannt wird, ist nach Dr. Sklenar nur beizukommen, wenn ihm der Nährboden – das Milieu – entzogen wird.

»Die Mikrobe ist nichts, das Terrain (Milieu) ist alles«, schrieb Pasteur. Der Kombuchapilz als Sprossenpilz mit Säurebedarf blockiert oder behindert die Entwicklung der niederen Mikrobe »Endobiont« mit Alkalitätsbedarf, so daß sie für den Menschen ungefährlich bleibt beziehungsweise wird.

Die Behandlung von Krebs in allen seinen Stadien liegt daher in der einfachen Formel: Pilz gegen Pilz! Eingehende Forschungen von vorurteilslosen anderen Stellen sollten den Bestand dieser Therapie untermauern oder ausbauen und vielleicht auch Verbesserungen zum Segen der Kranken finden lassen. □

Weitere Auskünfte zu dieser Therapie erteilt Dr. med. Sklenar, Bio-Produkte GmbH, Bochumer Straße 92–104, D-4270 Dorsten.

Feuer des Lebens

Problematik Zelle – Elemente

Josef Oberbach

Die übliche medizinische Therapie gipfelt darin, zum Beispiel bei Kalium-Mangel ein entsprechendes Präparat einzusetzen. Leider bleibt trotzdem der Heilerfolg zu oft aus. Das ist logisch, wenn man bedenkt, daß Kalium für die Zelle zu ihren Transportgütern zählt. Diese Ware wird zwar irgendwo benötigt, aber sie erreicht ihren Bestimmungsort nicht, wenn die Bio-Zöllner streiken.

Türen und Tore der Zollgrenze der Zelle, die Zell-Membran, sind blockiert. Die Bio-Zöllner verlangen Ersatz für erhöhte Betriebsausgaben und sie öffnen nicht eher ihre Tore für den Kalium-Transit, bis ihre Forderung betreffs des Elements Tellurium erfüllt ist. Überall in der Betriebsgemeinschaft Zelle kann das gleiche passieren.

Notstand im Hochhaus Mensch

Da gibt es noch eine andere Zollschranke. Man nennt sie fachwissenschaftlich »Kernsporen«. Hier wird nur gearbeitet, wenn der zuständige Bio-Ernährungs-Minister eine stets ausreichende Menge des Arbeits-Elementes Cäsium zur Verfügung stellt. Ohne Cäsium bleiben auch hier die Tore verschlossen.

Die lichthungrigen Kerle in der Kern-Membran denken gar nicht daran, in der Dunkelheit zu wühlen und zu wursteln. Sie schreien laut: Erst Helium her!

Wenn die mit Germanium armierten Wachposten des endoplasmatischen Retikulums nicht aufpassen, dann geraten die »hohen Herrschaften« in den Etagen der Doppel-Helix gewaltig in Erregung. Es kommt sofort zum Zell-Kern-Erregungsalarm, der Auftakt zum Krankheits-Walzer.

Plötzlich erlöschen alle Lichter im Ballsaal Zelle, weil dem Bio-Elektrizitätswerk in den »Mitochondrien« der Treibstoff Selenium ausgegangen ist.

Doch man findet bald den schuldigen Direktor im Transportunternehmen der Zellkommune »Golgi-Apparat GmbH«, der das Betriebsvermögen Molybdän verwirtschaftet hat.

Schließlich bricht die gesamte Organisation im computergesteuerten Hochhaus Mensch zusammen. Mit fiebrigen Schriftzügen »Geschlossen wegen ernster Selenium-Insuffizienz« verkündet das Seh- und Nachrichten-Zentrum, das Sensorium mit dem siebenten Sinn und dem dritten Auge, den absoluten Notstand.

Meistens beginnt es mit Selenium-Mangel

Die oben erwähnte Kalium-Hilfsaktion wäre nutzlos. Allzuoft beginnen Gesundheitsstörungen durch Selenium-Mangel. Der Bioenergiefluß stoppt und der Mensch verliert den Kontakt mit den Urschöpfungskräften, den Photonen und Elementen.

Bei der Erforschung des Bioplasmas – eruptiver Ausstoß von Teilchen atomarer Art – mußte ich mich mit meinem intuitiven Vordringen in die Urschöpfungszeiten und der Planeten-Entstehung als Folge des Urknalls mit den Elementen auseinandersetzen. Nach dem holistischen Prinzip entspricht eine Zelle des Menschen oder Pflanze demselben Faktum, daß Planeten ein Konglomerat von Elementen sind.

Ich überlegte weiter, wenn anorganische oder organische Medikamente Heileffekte auslösen können, aber zu gleicher Zeit ungünstige Nebenwirkungen haben, kann es nur ein einziges Element darin sein, das irgendwo den Heilimpuls gibt.

Man muß also den verschiedenartigen Zellstrukturen das richtige Element offerieren. In biologischer Form liefern die Pflanzen uns alle bisher bekannten und unbekannten Elemente. Als Beispiel wähle ich die Pflanze Hamamelis, auch verheißungsvoll Zaubernuß genannt.

Hamamelis Birginiana ist ein haselnußähnlicher Strauch. Die Fruchtkörner reifen nur in warmen Zonen. Mit meiner Biotensor-Technik fand ich heraus, daß die Hamamelis die Elemente Lithium und Zirconium speichert. Natürlich will nun der Bioplasma-Forscher wissen, wo die Elemente im menschlichen Organismus Aufgaben oder Funktionen zu erfüllen haben.

Mein siebenter Sinn machte durch Biotensor-Reaktionen auf das Herz aufmerksam. Demzufolge konnte ich ermitteln, daß bei Personen mit erhöhtem Blutdruck oftmals Lithium-Mangel vorlag. Langwierige Nachforschungen führten schließlich zu dem Ergebnis, daß das Element Lithium eine essentielle Substanz im Herzbeutelwasser ist.

Dr. Josef Oberbach bringt mit seinen Thesen und Erkenntnissen die herrschende Hochschul-Medizin und Physik ins Wanken.

Die Lehre der anorganischen Chemie weist nach, daß das Alkali-Element Lithium eine mehrfach mögliche Ablagerung sowohl von Anionen als auch von Kationen über die H-Brükken bewirken kann. Der Grund ist energetischer Natur und beruht auf dem jeweiligen Aktivitätszustand der Plus-Minus-Polarität. Je nach Übergewicht einer Polarisationskraft entsteht das Herzbeutelwasser bei einer erhöhten Anlagerung von Kationen, die pluspolig sind, als Folge ein erhöhter Blutdruck, beziehungsweise bei erhöhter Anlagerung von Anionen, die minuspolig sind, ein verminderter Druck.

Jedes Element hat nur eine Aufgabe

Der Chemiker weist auch auf die »chemische Reaktionswärme« von Lithium hin. Wir wissen, daß »Hochdruckler« hitzig sind und den »Niederdrucklern« Wärme fehlt.

Zirconium dagegen finden wir bioplasmatisch als »Funktionsmittel« nur in den Zellen der elastischen Membranen der Gefäße, Arterien und reduziert in den Venen sowie in den Zellen der Papillarmuskeln des Herzens.

Beides beweist, daß man nicht einfach bei jeder Art von Herzbeschwerden weder Hamamelis noch irgendein anderes Medikament nehmen kann. Jedes Element hat nur eine einzige, programmierte und oft einmalige Aufgabe. Wenn dem nicht so wäre, würde verständlicherweise ein gewaltiges Durcheinander im Organismus entstehen, so wie dies oft genug bei der Einnahme unpassender Medikamente vorgekommen ist.

Der Heilerfolg ist außer der psychisch-energetischen Bereitwilligkeit abhängig von folgendem: das richtige Element herauszufinden; die richtige Potenz des Elementes zu ermitteln; die perfekte Dosierung zu ertesten und zu kontrollieren und die wirkungsbeste Einnahme-Zeit zu erkennen und einzuhalten.

Weil der Mangel an irgendeinem Element der Anlaß von Zellfunktionsstörungen und schließlich der stille Anfang einer Krankheit ist, kann die »Elemente-Diagnose« der große Wurf zur Heilung bedeuten. □

Abtreibung

Pro familia als Tötungszentrum

Der Verein »pro familia« in Deutschland ist eine der 103 Zweigstellen in der Welt der »International Planned Parenthood Federation« (IPPF). Der amerikanische Steuerzahler bezahlt mehr als 50 Prozent der Gelder, die für Empfängnisverhütung, Sterilisierung, Abtreibung und abtreibende Mittel in den unterentwickelten Nationen ausgegeben werden. Hinzu kommen hohe Schenkungen von vielen steuerfreien Stiftungen. Hohe Summen werden zugeleitet durch den »UN-Fonds for Population Activities« (UNFPA), der »Agency for International Development« (AID) des amerikanischen Außenministeriums, und IPPF, deren Budget zu 40 Prozent von amerikanischem Geld bezahlt wird. Die deutsche Bundesregierung zahlt mit jährlicher Anpassung hohe Beträge an den Bevölkerungsfonds UNFPA und an die IPPF.

Nach Paragraph 218 des Strafgesetzbuches ist eine Abtreibung in der Bundesrepublik Deutschland aus den nachstehenden, von pro familia vertretenen Gründen nicht erlaubt beziehungsweise gesetzwidrig: Abtreibung aus Gründen der Familienplanung; Abtreibung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Frau; Abtreibung aus Gründen der Emanzipation; Abtreibung aus bevölkerungspolitischen Gründen; Abtreibung als »back up« bei Versagen der Verhütungsmittel; Abtreibung innerhalb des »Rechtes«, den Zeitpunkt jeder Geburt selbst festlegen zu können.

Beratung vor dem Abbruch

Ferner ist nach dem Strafgesetzbuch eine Abtreibung nach den von pro familia vertretenen Gründen gesetzwidrig: Abtreibung auf Grund selbst konstruierter Rechte und Dogmen.

Wunschkinddogma: Allein die Unerwünschtheit eines Kindes ist eine schwere soziale Notlage, die eine Abtreibung rechtfertigt.

Lebensplandogma: Soziale Notlage ist alles, was gegen die Lebensperspektive und das Lebensinteresse der Frau verstößt.

Hedonismus: Das Lustprinzip hat absoluten Vorrang, die Folgen werden beseitigt.

Mit diesen Punkten korrespondiert auch der Aufruf an die Frauen, mit durchgängiger Berufstätigkeit besser gesellschaftlich partizipieren zu können als durch Gebären von Kindern und die sogenannten sozio-ökonomischen Gründe: ohne Kinder höherer Lebensstandard.

Ebenfalls nach dem Strafgesetzbuch ist nicht erlaubt: Abtreibung anstatt austragen des Kindes und Freigabe zur Adoption nach der Geburt. Begründung von pro familia e. V.: Eine Frau will nach der Geburt in den meisten Fällen das Kind behalten.

Bei pro familia ist die Abtreibung ein Bestandteil der Beratungsfunktion: »Mit diesen Beschlüssen wurde fast einstimmig das Bremer Konzept der integrierten Familienplanung und Sexualpädagogik angenommen, das ausdrücklich den Schwangerschaftsabbruch als Teil der Beratungskonzeption versteht.«

Ein weiteres Zitat: »Pro familia kann nur vorläufig und unter Protest diese vom Gesetzgeber gestellte Aufgabe übernehmen (gemeint ist die Schwangerschaftskonfliktberatung). Als Beratungsinstanz verhält sich pro familia konsequent, wenn sie in Fällen fehlgeschlagener Empfängnisverhütung Frauen durch einen technisch-medizinisch einwandfreien Schwangerschaftsabbruch und eine humane Behandlung hilft.«

Im Gegensatz zur Verfassung

Die Leiterin des Hamburger pro-familia-Zentrums: »Hier wird keiner hin- und hergeschickt und umgequatscht.« Gegenüber dem Verband der Frauenärzte sagte die Leiterin, eine Schwangerschaftskonfliktberatung fände nur auf Wunsch statt.

Die Beratung vor dem Abbruch soll dem Schutz des ungeborenen Kindes dienen. Sie wurde vom Gesetzgeber an die Stelle der früheren Strafandrohung gesetzt. Hier wird eindeutig gesetzeswidrig gehandelt.

Pro familia e. V. steht damit im Gegensatz zur Verfassung und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975. Im Grundgesetz heißt es, daß die Verfassung das geborene wie ungeborene Leben gleichermaßen schützt.

Im Urteil zur Fristenlösung aus dem Jahre 1975 wird festgestellt, daß das sich entwickelnde Kind ein vom Staat zu schützendes selbständiges Rechtsgut ist, über das die Schwangere nicht frei verfügen kann. Dem Schutz des ungeborenen Kindes steht die Gespannbildung, das heißt Indikationsstellung, Beratung und Abtreibung unter einem Dach wie pro familia, entgegen.

Angeblich stehen in der Bundesrepublik Deutschland Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. An eine Auflösung der Institution Ehe und Familie oder eine Umwandlung

Das Ungeborene, 6 Wochen alt: Das Kind schwimmt in einer Blase voll Fruchtwasser. Der Fötus ist kein Ding mehr. Bei »pro familia« besteht die List darin, das Böse unter dem Schein des Guten zu verbergen.

Abtreibung

pro familia als Tötungszentrum

in eine sogenannte »verantwortete Partnerschaft« ist nach dem Grundgesetz nicht gedacht.

Bei pro familia spielt jedoch nur die Situation der Frau, deren Zukunftsperspektive, Lebensinteresse und Partnerprobleme, weniger deren sozial-materielle Notsituation eine Rolle. Deshalb hat auch der Verein in einer Stellungnahme vom 19. Januar 1984 die Bundesstiftung »Mutter und Kind« attackiert und aufgefordert, einer solchen »Politik sowohl in der Form von Stiftungs- wie Regierungspolitik die Mitarbeit zu verweigern«.

Dazu Suse Hönes, Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes: »Wir sagen natürlich nicht, die Frauen sollen das Geld nicht annehmen. Das wäre ja rechtswidrig.«

Ideologie und Politik statt Beratung

Das ungeborene Kind bleibt also auf Grund der Ideologie und der Politik in der Beratung bei pro familia immer unberücksichtigt. Pro familia bezeichnete dann auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bei der Ablehnung der Fristenlösung als »hochproblematisch« und hielt dem höchsten Gericht einen »eigentümlichen Lebensbegriff« vor. Pro familia vertritt das absolute Selbstbestimmungsrecht der Frau, die über Leben und Tod des Kindes entscheidet.

Zum Beispiel der Beschluß des Tribunals über den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches in Berlin: »Niemand hat mehr das Recht und die Befugnis über die Fortsetzung oder den Abbruch der Schwangerschaft zu entscheiden als die Frau selbst.«

Vor allem die Frauenzentren haben eine kämpferische Position gegenüber den Frauenärzten bezogen. Sie haben »Ärztelisten« angefertigt, auf denen alle Mediziner verzeichnet sind, deren Verhalten Bedenken hervorruft. Diese Listen sind für die Ärzte sehr brisant. In einigen Großstädten kümmerte sich sogar die Polizei um sie. Diese Politik der kritischen Arztüberwachung hat sehr schnell dazu geführt, daß Ärzte dem Frauenzentrum ihre Verhaltensänderung anzeigten, um die Streichung ihres Namens zu bewirken.

»In der ersten Hessenklinik, dem Dreieich-Krankenhaus in Langen, machten wir im November 1976 ein Go-in. Mit Erfolg, wie sich nach anderthalb Jahren zeigt: Im Dreieich-Krankenhaus erhielten in letzter Zeit mehrere Frauen mit sozialer Indikation anstandslos ein Bett.«

Pro familia richtet, wie die 103 in der International Planned Parenthood Federation (IPPF) organisierten Vereine, in der Bundesrepublik Ketten von Tötungs- und Sterilisations-Kliniken ein, sogenannte Familienplanungszentren oder Ambulatorien. Dort findet man alles unter einem Dach. Dabei kommt es oftmals zur Vernetzung mit anderen Organisationen. Übrigens ist pro familia auch Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband und organisiert in der Gewerkschaft ÖTV.

Da deutschsprachige Veröffentlichungen zur internationalen Familienplanung fast nicht vorhanden sind, hat die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirchen Deutschlands die Finanzierung einer erweiterten Auflage des »pro familia Magazin« übernommen.

Indikationsstellung, Beratung und Abtreibung mit zwei Ruhephasen dauern nach den Angaben von pro familia eineinhalb Stunden.

Für das Betreiben der Tötungszentren gibt es Bedarfsrechnungen. Ein Beispiel für eine solche Kosten-Nutzen-Rechnung aus Saarbrücken: Einmalige Kosten für Renovierung und Investitionen 140 000 DM. Einmaliger Zuschuß zu den Betriebskosten für 1985 von 178 000 DM. Jährlicher Mehrbedarf für die folgenden Jahre 268 000 DM. Saarbrücken: 20 Tötungen pro Woche; Rüsselsheim: 20 Tötungen pro Woche; Gießen: 20 Tötungen pro Woche.

Sexualität ohne soziale Bindung

Aus einem Wegweiser zu pro familia e. V. Bremen: »Das Wei-

7. Woche

Das Ungeborene, 7 Wochen alt: Angeblich stehen in der Bundesrepublik Deutschland Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates.

Das Ungeborene, zwölf Wochen alt: In dieser Zeit beginnen die Kinder bereits am Daumen zu lutschen.

ten des Gebärmutterhalses mit dünnen Metallstäbchen kann ein Ziehen im Bauch verursachen, so als ob Sie Ihre Regel bekommen. Dann wird das Schwangerschaftsgewebe mit einem dünnen, biegsamen Plastikröhrchen aus der Gebärmutter herausgesaugt.«

Der Begriff Ehe und Familie wird von pro familia kaum gebraucht. Er wird weitestgehend durch die Formulierung »verantwortliche Partnerschaft« ersetzt. Pro familia fordert im Januar 1985, die Sexualität unter das Ziel einer emanzipatorischen und lustvollen Sexualität zu stellen und sieht dabei das Individuum als Mittelpunkt. Also Sexualität ohne soziale Bindung, ohne soziale Verantwortung für den Partner.

Da, so pro familia, in der Ehe und Familie nur die Rolle des traditionell stärkeren Mannes noch bekräftigt wird, ist es an der Zeit, die Rolle der Frau dadurch zu festigen, daß man mit der These aufräumt, nur in Ehen und Familien könnten Kinder gut aufwachsen.

In ihrem Programm »Thesen zur Sexualpädagogik« nimmt pro familia zum Rollenverständnis Mann-Frau Stellung: »So sollen neben der Ehe alternative Lebensformen anerkannt und unterstützt werden. Sexualpädagogik dieser Art strebt ein Sexualverhalten an, das sich auf den einzelnen selbst, den Partner des anderen und des eigenen Geschlechtes bezieht.«

Seit Ende 1984 führt pro familia in Bremen Inseminationen mit anonymen Samenspendern durch. Damit soll der einseitigen Aufwertung der biologischen Elternschaft entgegengewirkt werden und die biologische Vaterschaft – eine wesentliche Stütze des Patriarchats – ins Wanken geraten. Die Möglichkeit der Insemination, die Vermittlung von Geschlechtsverkehr mit einem anderen Mann oder der Adoption kann von der Betroffenen ausgewählt werden.

Zum Bremer Modell heißt es: »Das Modell in Bremen ist als Kampfschritt gegen den Paragraphen 218 und als Beitrag zu seiner ersatzlosen Streichung zu sehen.« Diesen Kampfschritt unterstützen unter anderen die IV. Internationale, die Deutsche Kommunistische Partei und die Grünen.

Das Präsidium von pro familia lehnt es ab, in den üblichen Statistiken zum Jahresbericht auszuführen, wie oft in den Beratungsstellen von pro familia eine Indikation gestellt und wie oft die Indikation abgelehnt wird. Begründung: Man befürchtet nachteilige politische Wirkung.

Ist das Familien-Ministerium gut beraten?

Professor Dr. med. P. Petersen und Frau Dr. med. Ingeborg Retzlaff, ehemaliges Kuratoriumsmitglied bei pro familia und 1980 zurückgetreten, schreiben im »Deutschen Ärzteblatt«: »Das Präsidium weigert sich damit, in der Öffentlichkeit für Handlungen die Verantwortung zu übernehmen, die mit seinem Wissen und seiner Billigung innerhalb von pro familia ausgeführt werden. Unseres Wissens werden pro Jahr einige Millionen Steuergelder von pro familia entgegengenommen. Und weiter: Ist das Familienministerium gut beraten, dem Bundesverband pro-familia Gelder zukommen zu lassen, der durch seine Ideologie die Grundlagen von Familienverantwortung überhaupt zerstört?«

Was pro familia von ihren Mitarbeitern erwartet, wurde auf der letzten Bundesarbeitstagung von pro familia deutlich formuliert und ist nachzulesen in der pro-familia-Zeitschrift »Sexualpädagogik und Familienplanung«: »Die Einsicht, daß unsere Arbeit durchgängig politisch ist, hat sich bisher trotz jahrelanger Bemühungen keineswegs schon wirksam in die tagtägliche Praxis umgesetzt. Wäre es uns selbstverständlich, in den Frauen und Männern, mit denen wir zu tun haben, mögliche Komplizen politischen Handelns zu sehen, hätten sich Selbstverständnis und Struktur von Beratung schon entscheidender gewandelt, als dies bisher zu beobachten ist.«

Diese Erklärung beweist eigentlich eindeutig, daß bei pro familia nicht ärztliche und soziale Tätigkeit, sondern politische Ausrichtung den Kurs bestimmen. □

Weitere Informationen: Europäische Ärzteaktion, Postfach 1123, D-7900 Ulm.

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz M. Schwan

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

DIAGNOSEN hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen), Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Druck: Limmatdruck AG., CH-8957 Spreitenbach

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 24. September 1986 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Briefe

Betr.: In eigener Sache »Jüdische Führer nehmen Stellung«, Nr. 6/86

Es freut mich, daß auch Juden in Diagnosen Stellung nehmen können. Ich bin Jude, meine Familie stammt aus Luxemburg und über die Merowinger kann ich meine Ahnenreihe bis auf David und Echnaton verfolgen.

Trotzdem bin ich in keiner Loge, denn meine Vorfahren gaben schon vor Generationen das Exil auf, weil sie von den 2 Prozent oder 5 Prozent der Zinseszinsziehenden, sogenannten Juden nicht mehr alle 20–30 oder 40 Jahre verheizt werden wollten. Weil sie erkannten, daß die einzigste Motivation des Exils das Geschäft mit dem Zinsnehmen ist, weil in der Thora geschrieben steht, von dem Fremden von dem Ausländer sollst zu Zinsen nehmen . . . von dem Bruder von dem Mitbürger darfst du keine Zinsen nehmen.

Meine Vorfahren wollten aber Brüder in dem Land sein in dem sie lebten, von dem sie lebten, in dem sie Freunde und Familie hatten. Und sie wollten sich auch von dem Hauf fremden Volk das mitzog (Moses), das unseren Gott Jahve = Jehova = Ich bin Aton = Echnaton nie und seine Gesetze bis heute nicht verstanden hat, distanzieren.

Wenn Sie in Ihrer Zeitschrift Juden zu Wort kommen lassen, dann differenzieren Sie und bitte auch die Leser zwischen den Is Ra Eliten = Gottesstreiter = die für den Gott Ra / Re streiten, den alten Gott unserer Väter (2. Moses 3,15) und zwischen den Geschäftemachern in den Logen, die weder von der Erbmasse noch von der Religion her was mit dem Juden-Bund, der Re-Liga gemein haben. Die unseren heiligen Namen Jude = Jati = Adon = Aton = Reguel = Re Freund in aller Welt zu einem Schimpf für Profitzieher gemacht haben.

Die von Zinseszinsen und vom Horten leben, die sich mehr nehmen sie sie geben und damit einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebenen Stoffwechsels.

Obwohl die Säulen unseres Juden-Bundes, Zinsnehmverbot und Einhaltung der Erlaßjahre, der Sabbatjahre, der Jubeljahre, das Abgeben, das Freilassen, das Teilen sind. (3. Moses 25).

Hans Werding, Stade

Betr.: Südafrika »Wer sind die wahren Feinde?«, Nr. 7/86

Die Juden sind weder eine Rasse noch ein Volk. Das ist offensichtlich und bedurfte eigentlich nicht der Feststellung durch einen Bruno Kreisky. Rassisch sind sie Bastarde, wenn auch der orientalische Einschlag bemerkbar ist. Geschichtliche Tatsache ist, daß es schon vor der Vertreibung der Juden aus Palästina jüdische Gemeinden in Griechenland, Rom und Kleinasien gab, und die Khasaren, die das Gros der Ostjuden stellen, und die erst im 15. Jahrhundert den jüdischen Glauben annahmen, nicht aus Palästina stammen.

Die Juden sind eine Glaubensgemeinschaft, allerdings besonderer Art. So wie Ghetto und Stetl jüdische Erfindungen waren, waren die Pogrome, wenn schon nicht selbst inszeniert, so doch erwünscht, um die Schäflein auf dem Haufen zu behalten und um die natürliche Auslese zu ersetzen. Die Judenverfolgung des Dritten Reiches war, soweit sie tatsächlich stattgefunden hatte, so undeutsch gewesen, wie nur irgend etwas, so daß ich für meine Person die Drahtzieher woanders vermute.

Es ist falsch von Antisemitismus zu reden, denn weder sind alle Semiten Juden noch alle Juden Semiten. Semitisch sind im übrigen nur die Sprachen, nicht die Menschen. Wenn zum Beispiel ein Neger aus einer ehemaligen französischen Kolonie Französisch als Muttersprache hat, ist er noch lange kein Franzose.

Ich bestreite nicht den christlich-abendländischen Charakter der Kultur Europas, aber ist sie deshalb europäisch? Der Universalismus und die lineare Denkweise, die dem christlichen Glauben innewohnen, sind uneuropäisch und orientalisch. In der Tat ist doch die christliche Religion nur eine abgewandelte jüdische.

K. Friedrich Brunner, Sottrum

*

Die ganze Welt, und damit ist bescheinigt, daß die Nachrichtenmedien weltweit gesteuert sind und bewußt beeinflussen, empört sich über den von der südafrikanischen Regierung verhängten Ausnahmezustand zum Schutze der weißen wie auch der loyalen schwarzen Bevölkerung gegen die von bezahlten Aufwieglern aufgehetzten, rabiaten Terrorbanden, die selbst ohne politisches Konzept sind, sondern sich selbst nur am grausamsten Terror, schlimmer als zu Zeiten der Inquisition, berauschen.

Kein Mensch bedenkt, daß seit der Oktoberrevolution 1917 in der UdSSR der nicht erklärte Zustand des Ausnahmezustandes besteht, am wenigsten die mutlosen, satten westlichen Politiker, ausgenommen Frau Thatcher, deren Psyche sich dem Regime zuneigt, das am lautesten mit dem Säbel rasselt und härtere Disziplin vorweist.

Mir will scheinen, diese Politiker beziehen das Konzept ihrer täglichen Diskussion gegen die international anerkannte Republik von Südafrika aus den Morgenzeitungen. Sie respektieren bestimmt nicht die Meinungen und Wünsche der arbeitenden und daher loyalen Schwarzen in Südafrika, die um ihre Arbeitsplätze bangen.

Die Nachrichtenmedien erhalten die jeweiligen Informationen von Agenturen, die zentralgesteuert nur das veröffentlichen lassen, was einer langsam bekanntgewordenen Gruppe von machtbesessenen Menschenverachtern ins Konzept paßt.

Wenn Europa glaubt, dem Untergang geweiht zu sein, und das wollen die machtbesessenen Menschen den Europäern ja weismachen, dann hat Europa noch lange nicht das Recht, das südliche Afrika, von dem es nichts versteht, aufgrund seiner kritiklosen Engstirnigkeit mit in den Strudel der eigenen Untergangsstimmung hineinzuziehen.

Die Kirchen haben über sich selbst das Urteil gesprochen mit dem Pfarrerwort: »Sie (die Schwarzen) verhungern, aber sie sind frei«. Etwas gottloseres kann es wohl kaum geben. Es ist leicht, von den kirchlichen Kanzeln politische Beeinflussung zu betreiben. Gotteslästerung ist sie in jedem Fall, weil nur darauf abgezielt, in Afrika die Schafe zu sammeln, die in Europa den Kirchen den Rücken kehren. Sie sind nur noch glaubwürdig im Bestreben ihrer Machterhaltung.

Hans Lind, Windhoek

Betr.: Südafrika »Gewaltlosigkeit von der Kirche abgewiesen«, Nr. 4/86

Wie schade und unverständlich, daß Gatsha Buthelezi diese wunderbare Rede nicht vor dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund halten durfte, wie gut, daß sie in Ihrer Zeitschrift erschienen ist und so doch noch von vielen Menschen gelesen wurde.

Hier bemüht sich ein schwarzer Führer, das Problem der Apartheid als wahrer Christ und daher ohne Gewalt lösen zu helfen. Sicher leidet auch er unter der Unterdrückung. Darum versteht er auch jene, die in der Gewaltanwendung das letzte Mittel sehen, um ihre Rechte endlich durchzusetzen und verurteilt diese Menschen nicht. Er selbst aber tritt als Christ konsequent für die Gewaltlosigkeit ein.

Mich beeindruckt vor allem das Vertrauen, das Gatsha Buthelezi in das göttliche Wirken hat. Er sieht Gottes Einfluß in allen politischen Richtungen. Sich selbst aber betrachtet er als Diener Christi. Somit stellt er sich der höchsten und weisesten Macht zur Verfügung, die viel besser als wir selbst alles ordnen und regeln kann. » . . . dann führt mich der Herr und läßt mich Dinge tun, die seinem Willen entsprechen.«

Die Erfahrung der göttlichen Führung in seinem Leben gibt ihm die Sicherheit, daß Gott auf allen Ebenen wirkt und mächtiger ist als menschliche Gewalt, die nur wieder Chaos und neue Ungerechtigkeit zeugt. Fehlt dieses Vertrauen auf das Wirken Gottes nicht vielen christlichen Politikern und auch manchen kirchlichen Führern, die zwar von Gott reden, sich letzten Endes aber doch lieber auf ihre Politik und auf die abschreckende Wirkung der Waffen verlassen als auf die göttliche Führung?

»Selig die Sanftmütigen, denn sie werden das Land besitzen«, heißt es in der Bergpredigt. Mahatma Gandhi hat als Nichtchrist nach diesem Leitsatz gehandelt und Erfolg gehabt. Es ist erfreulich, daß immer mehr Christen auf der ganzen Welt sich abwenden von der Gewalt und auf die Lehren der Bergpredigt besinnen. So bleibt die Hoffnung, daß die Einstellung von Gatsha Buthelezi sich in Südafrika – und auch in allen anderen Ländern – immer mehr durchsetzen wird.

Anneliese Kögel, München

Betr.: Schweiz »Der Fehler sind genug!«, Nr. 8/86

Es würde aber nichts nützen, wenn Schweizer Bundesräte »den Hut nehmen« würden, da dafür gesorgt ist, daß nichts Besseres nachkäme. Warum nämlich unsere Bundesbehörden gegen den klaren Volkswillen die Schweiz ums Verrecken (wörtlich gesprochen!) bei der UNO haben wollen, ist eine Frage, auf die es schon eine Antwort gibt. Die Hintergründe für ein solches Verhalten werden klar, wenn man das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?« liest. Wer dieses Buch gelesen hat, weiß Bescheid.

Unsere Kommunikationsmittel (Radio, Fernsehen, Zeitungen) stehen übrigens auf der gleichen Linie wie unsere Behörden und manipulieren unser Volk zum Falschen. Die Gehirnwäsche, die sie mit uns vornehmen, ist verheerend.

Auf der gleichen Seite steht übrigens auch die Papstkirche; sie vertritt die gleichen Prinzipien und arbeitet auf das gleiche Ziel hin:

Meinen Austritt aus der Papstkirche vom 11. März 1974 hatte ich vorher in einem 11seitigen Brief begründet, den ich an alle Bischöfe der Schweiz, Österreichs und Deutschlands und an alle katholischen Pfarrer von Basel sandte. Die Antwort dieser Herren bestand in absolutem Stillschweigen!

Vor 3 Jahren sandte ich einen 43seitigen Offenen Brief, inhaltlich eine Anklageschrift gegen die Papstkirche, an alle Bischöfe der Schweiz, an die katholischen Basler Pfarrer und an weitere Interessenten. Die Antwort seitens der »Hierarchie« bestand wieder in einem eisernen Stillschweigen. Meinen Sie nicht, daß da etwas nicht stimmt?

Ich selbst habe meine weiteren Konsequenzen gezogen, eingedenk des Satzes:

»Das sind die Weisen, die durch Irrtum zur Wahrheit reisen. Die bei dem Irrtum verharren, das sind die Narren.«

Bernhard Lüthi-Steinebrunner, Basel